



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Flucht und Vertreibung



Autor*innen dieses Heftes

Prof. Dr. Ulf Brunnbauer ist wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung an der Universität Regensburg.

Dr. Helga Hirsch studierte Germanistik und Politologie in Berlin und arbeitet als freie Journalistin und Korrespondentin, unter anderem für Die Zeit, den Westdeutschen Rundfunk und die F.A.Z.

Prof. Dr. Maren Röger ist Professorin an der Universität Augsburg im Fachbereich „Transnationale Wechselbeziehungen: Deutschland und das östliche Europa“.

Prof. Dr. Martin Schulze Wessel hat den Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der LMU München inne und leitet das Collegium Carolinum.

Prof. Dr. Michael Schwartz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin sowie apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Prof. Dr. Matthias Stickler ist apl. Professor am Lehrstuhl für Neueste Geschichte und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Hochschulkunde an der Universität Würzburg sowie im Beirat des Hauses des Deutschen Ostens (München).

Thomas Urban war Osteuropa-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung und ist Autor von Büchern zur Geschichte Polens sowie Russlands.

Prof. Dr. Matthias Weber leitet als Direktor das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg.

PD Dr. Tobias Weger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München.

Alexander Weidle arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bukowina-Institut an der Universität Augsburg. Sein Promotionsprojekt widmet sich dem Thema Institutionalisierte Erinnerung und ihre Grenzen: Landsmannschaft und Lebensgeschichten der „Bukowina-Deutschen“.

Prof. em. Dr. Walter Ziegler lehrte bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2002 Bayerische Landesgeschichte an der LMU München. Er ist ordentliches Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften sowie der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft und Träger des Bayerischen Verdienstordens.

Inhalt



Vorworte	4
<i>von Rupert Grübl, Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, und Sylvia Stierstorfer, MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene</i>	

75 Jahre Flucht und Vertreibung: Dimensionen von Erinnerung	6
<i>von Michael Schwartz</i>	



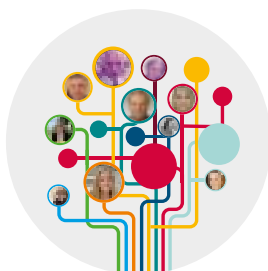
Flucht und Vertreibung in der Perspektive der Generationen	20
<i>Generation I – Interviews mit Zeitzeugen</i>	

[KARTENMATERIAL]	24
------------------	----

[FAKTEN ZUM THEMA]	28
--------------------	----

[LESESTOFF ZUM THEMA]	37
-----------------------	----

„Ethnische Säuberungen“, Deportationen und Bevölkerungsaustausch in Europa 1912 bis 1939	38
<i>von Matthias Stickler</i>	



Flucht, wilde Vertreibung und Umsiedlung aus den deutschen Ostgebieten	52
<i>von Maren Röger</i>	

Die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei	60
<i>von Martin Schulze Wessel</i>	

Flucht und Vertreibung in der Perspektive der Generationen	71
<i>Generation II – Interviews mit Zeitzeugen</i>	

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Südosteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg: Jugoslawien, Rumänien und Ungarn im Vergleich	76
<i>von Ulf Brunnbauer</i>	



Die Eingliederung der Vertriebenen in Bayern	90
<i>von Walter Ziegler</i>	

Flucht und Vertreibung in der Perspektive der Generationen	103
<i>Generation III – Interviews mit Zeitzeugen</i>	

Flucht und Vertreibung im gesellschaftlichen und politischen Diskurs Deutschlands	104
<i>von Matthias Weber</i>	



Polen als „Erbe“ der Ostgebiete	119
<i>von Thomas Urban</i>	

Flucht und Vertreibung. Die Tschechoslowakei und ihre Nachfolgestaaten	130
<i>von Tobias Weger</i>	

Über Generationen hinweg: Das Erbe der Vertreibung – Traumata, Verhaltensmuster, Mentalitäten	142
<i>von Helga Hirsch</i>	



Foto: BLZ

Vorwort des Direktors der Landeszentrale

Sehr geehrte Leser*innen,

Flucht und Vertreibung – das mag für viele heute zunächst Assoziationen an das Jahr 2015 wecken, als in Europa mehr als eine Million Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsländern Syrien, Irak, Afghanistan und anderen Ländern ankam. Doch im Kontext deutscher Zeitgeschichte bezeichnet das sperrige und erklärungsbedürftige Begriffspaar den Prozess der Jahre von ca. 1944 bis 1946, als ungefähr zwölf bis vierzehn Millionen Deutsche ihre angestammte Heimat Richtung Westen zwangsweise verlassen mussten – auf der Flucht vor der Sowjetarmee während des Kriegsgeschehens oder in Folge des auf den Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz 1945 gründenden Beschlusses der Alliierten, die Deutschen aus den östlichen Reichsprovinzen Schlesien, Pommern und Ostpreußen sowie den deutschen Siedlungsgebieten in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ in das verbleibende Staatsgebiet „zu überführen“. Die Betroffenen „bezahlten“ – stärker als die Deutschen, die dieses Los nicht teilen mussten – für die barbarische und erbarmungslose Gewaltpolitik des NS-Staates, der auf der Suche nach „Lebensraum im Osten“ den Zweiten Weltkrieg entfesselt, in einer historisch beispiellos menschenverachtenden Weise Millionen Menschen unterjocht, vertrieben oder ermordet und in einem System von Konzentrations- und Vernichtungslagern den Holocaust ins Werk gesetzt hatte. Die Vertriebenen hatten damit nicht nur mit dem Verlust der Heimat und häufig auch bestürzenden Gewalterfahrungen umzugehen – mindestens 600.000 Menschen – nach anderen Schätzungen deutlich mehr – überlebten Flucht bzw. Vertreibung nicht.

Die historische „Aufarbeitung“ bzw. eine nüchterne Einordnung von Flucht und Vertreibung gestaltet sich auch heute noch, 75 Jahre nach den historischen Ereignissen,

nicht immer leicht. Diese Geschichte zu reflektieren, heißt von Entbehrungen, Verlusten und großem Leid zu erzählen, von unschuldigen Opfern, aber auch von Beispielen überzeugter Nationalsozialisten, Hitler-Anhängern und brutaler Täter, die sich, weil auch sie zu den Vertriebenen zählten, als Opfer gerierten und sich weigerten, ihre Schuld und in deutschem Namen begangene Verbrechen anzuerkennen.

Die Integration einer solchen Menge an Menschen stellte für die Bundesrepublik und Bayern nach dem Krieg eine gewaltige Herausforderung dar. Die Aufnahmegesellschaft investierte enorm in diesen Integrationsprozess, der insgesamt gelang, aber auch schwierige Erfahrungen für die Betroffenen mit sich brachte: Die Aufnahmegesellschaft sah sich in der Not der Nachkriegsjahre durch die Vertriebenen zusätzlich hohen Belastungen ausgesetzt und begegnete ihnen auch skeptisch und oftmals sogar regelrecht feindselig. 75 Jahre nach dem Potsdamer Abkommen kann jedoch konstatiert werden, dass die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen eine Erfolgsgeschichte geworden ist. Die meisten Menschen haben sich über die Jahrzehnte gut in ihrem neuen Leben zurechtgefunden.

Das Wissen über dieses schwierige Kapitel der deutschen Geschichte wird mit dem schrittweisen Abtreten der Erlebnisgeneration weniger; für viele vor allem jüngere Menschen spielt dieser Teil der Familiengeschichte heute häufig keine Rolle mehr, zumindest solange, bis sie in irgendeiner Weise damit persönlich in Berührung kommen. Doch vielfach wird auch spürbar, dass Flucht- und Vertreibungserlebnisse doch noch Spuren hinterlassen haben. Die Landeszentrale will daher – auch mit dem vorliegenden Themenheft und dem dazugehörigen online-Themenforum (www.blz.bayern.de) – einen generationsübergreifenden Diskurs dazu anstoßen.

Die ikonischen Bilder heutiger Fluchten – Boote, Karren, Menschentrecks – sind die gleichen wie damals, auch wenn sich die politischen Gründe und gesellschaftlichen Umstände nur schwer miteinander vergleichen lassen. Flucht, das hat Andreas Kossert in seinem 2020 erschienenen, gleichnamigen Buch verdeutlicht, ist ein Menschheitsschicksal, das nicht nur die Deutschen im 20. Jahrhundert erfahren haben.

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit bedankt sich bei der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer, MdL für die intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit bei diesem Projekt.

Rupert Gröbl

Direktor der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit



Foto: Martina Klinka

Vorwort der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in diesen Jahren jähren sich Flucht und Vertreibung zum 75. Mal. Ein Dreivierteljahrhundert ist es jetzt her, seit in den Jahren 1945 und 1946 – und zum Teil auch noch danach – bis zu 14 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Als Folge des von Hitler entfachten Weltenbrandes, von Krieg und Völkermord, war die Vertreibung ein epochaler Einschnitt in der deutschen Geschichte. Dementsprechend sollte 2020 ein Jahr des Gedenkens an die damaligen Ereignisse werden. Gemeinsam mit Zeitzeugen wollten wir in Bayern die Opfer und das Schicksal der Überlebenden angemessen würdigen. Die Corona-Krise hat das leider unmöglich gemacht. Gleichwohl gilt es, davon zu berichten und zu erzählen.

In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gebe ich als Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene dieses Themenheft heraus, um die bayerischen Bürger im Gedenkjahr umfassend über die Geschichte, die Vorgeschichte und die Folgen von Flucht und Vertreibung zu informieren und damit zu einer gesellschaftlichen Debatte über dieses Thema anzuregen. Dabei ist es uns gelungen, zahlreiche renommierte Historiker als Autoren zu gewinnen, sodass die Beiträge nicht nur verschiedenste Aspekte der Thematik intensiv diskutieren und ausgewogen beleuchten, sondern auch den neuesten Stand der wissenschaftlichen Forschung widerspiegeln.

So wollen wir heuer auch das Interesse an einem einschneidenden geschichtlichen Ereignis und den damit zusammenhängenden politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen wecken, das bis in die siebziger und achtziger Jahre tief im Bewusstsein der bayerischen und west-

deutschen Bevölkerung verankert war, seitdem aber – mit kurzer Unterbrechung infolge des nach der Publikation des Romans „Im Krebsgang“ von Günther Grass im Jahr 2002 zwischenzeitlich wiedererwachten Interesses – immer stärker in den Hintergrund getreten ist. Das ist umso erstaunlicher, als die Herkunftsregionen der Heimatvertriebenen seit der Wende vor dreißig Jahren größtenteils wieder frei zugänglich sind und dort auch das Interesse an den verbliebenen Spuren deutschen Lebens zugenommen hat.

Vorliegender Band soll einen möglichst umfassenden Überblick über die Vertreibung der Deutschen vor 75 Jahren geben und so Grundlagen vermitteln. Dabei differenzieren die Beiträge sowohl auf der zeitlichen Ebene zwischen den Ereignissen selbst, ihrer Vorgeschichte und den Folgen einschließlich der Ankunft und der Eingliederung der Vertriebenen in Bayern, als auch auf der räumlichen Ebene zwischen Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches, der vor allem für Bayern als Hauptaufnahmeland so bedeutenden gewaltsamen Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei und dem Schicksal der Deutschen aus Südosteuropa.

Ich hoffe, dass dieses Themenheft von „Einsichten und Perspektiven“ Wissen vermitteln und Interesse wecken möge. Denn Flucht und Vertreibung sind unser aller Geschichte in einem Land, in dem jeder Vierte aus einer Familie von Heimatvertriebenen stammt.

Ihre

Sylvia Stierstorfer, MdL

Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene

75 JAHRE FLUCHT UND VERTREIBUNG: DIMENSIONEN VON ERINNERUNG

von Michael Schwartz



Flüchtlingstreck, der aus dem Osten des ehemaligen deutschen Reichsgebietes in einer bereits überfüllten Ortschaft westlich der Oder (vermutlich in der Lausitz) ankommt, aufgenommen im Frühjahr 1945

Foto: picture alliance/akg-images

„Das Thema verlangt eine neue – offenere – Sprache.
Wir müssen unsere Verletzungen zeigen,
damit die andere Seite die ihren zeigt.
Nur so ist Versöhnung möglich“.¹

Als ich, damals ein junger Historiker, 1994 begann, mich mit dem Thema der Integration von deutschen Vertriebenen zu beschäftigen,² besuchte ich diverse Archive und durchforstete unzählige Akten. Besonders nachdrücklich wirkten auf mich Dokumente aus dem Jahre 1945, die die unmittelbaren Folgen der millionenfachen Flucht und frühen Vertreibung spüren ließen. Da war von erschöpften alten Menschen am Wegesrand die Rede, von Hunger und Verhungern, von großer Seuchengefahr, von überforderten Lokal- und Regionalverwaltungen, die zur Notlösung griffen, das massenhafte Flüchtlingsproblem einfach anderswohin abzuschieben. Es muss ein Massensterben der Schwächsten gegeben haben – bei alten Menschen, bei kleinen Kindern und sonstigen Kranken und Behinderten. Niemand hat diese Opfer zuverlässig gezählt. Sie waren nach dem viel umfassenderen Massensterben des Krieges und nach den Massenmorden des NS-Regimes vielen schlicht gleichgültig. Das alles ist heute schwer zu fassen.

Bei meinen Recherchen im Schweriner Landeshauptarchiv stieß ich 1996 auf Fotografien aus dem ersten Nachkriegssommer 1945. Ein Arzt aus Güstrow hatte Flüchtlinge aus Danzig im Krankenhaus untersucht und einen Fotografen hinzugebeten – offensichtlich geschockt durch das, was er da vorfand. Die Fotos gingen an den Bürgermeister und von dort an die Landesverwaltung in Schwerin, wo sie hinter einem Aktendeckel verschwanden. Der Schock des Arztes übertrug sich auch auf mich, den späten Betrachter dieser längst vergessenen Fotografien. Sie zeigten überwiegend Kinder, aber auch Frauen und ein junges Mädchen – geschwächt und ausgehungert. Und eine alte Frau. Sie war nackt, man sah ihren ganzen schrecklich abgemagerten Oberkörper – eine Frau, die nur noch Haut und Knochen war und vermutlich den Tag dieser Fotografie nicht lange überlebt haben wird. Die Kinder und die Frau erinnerten mich an Bilder, die ich von überle-

benden KZ-Insassen des Nazi-Terrors kannte. Die Schicksale sind nicht vergleichbar, ebenso wenig wie die dafür Verantwortlichen, aber die schwer gepeinigten Körper glichen einander. Besonders packte mich das Gesicht der alten Frau: Sie schaute den Fotografen und durch ihn den Betrachter mit tiefen dunklen Augen an. Wer kann sagen, was sie dachte und fühlte? Über fünfzig Jahre, nachdem ihre Fotografie entstanden war, wirkte ihr eindringlicher Blick auf mich wie ein Appell, solche Schicksale nicht zu vergessen.

Ich habe es nicht vergessen, aber ich konnte lange mit diesem Foto, mit diesem Gesicht nicht umgehen. Ich ließ es damals reproduzieren, für den Fall, dass ich es brauchen könnte. Ich legte es weg, zu meinen eigenen Akten. Erst eineinhalb Jahrzehnte später, als ich mein Buch über ethnische „Säuberungen“ im 19. und 20. Jahrhundert geschrieben habe³ – bewusst über Vertreibungspolitik und Vertreibungsschicksale, nicht über die Integration der langfristig Überlebenden –, trat mir die alte geflüchtete Frau wieder vor Augen. Vor dem Hintergrund des Buches, für das ihr Abbild zum Titelbild wurde, ging es mir nicht darum, dass sie eine Deutsche gewesen war. Ihr erbärmlicher körperlicher Zustand, den das Buchcover aus Pietät nur teilweise zeigte, aber mehr noch ihr beharrlicher Blick schien vielmehr wie eine generelle Mahnung zu sein: Vergesst die konkreten Menschen und ihre Leiden nicht, wenn ihr viel später all dies einmal untersucht.

Gewiss: Als Wissenschaftler will man vor allem analysieren, wie es „dazu“ kommen konnte; welche historischen Linien wo auf welche Weise zusammengewirkt haben; wer auf unterschiedliche Art Verantwortung trug. Das ist wichtig und notwendig. Aber es ist nicht alles. Es gibt eine Ebene, auf der wir uns als Menschen berühren lassen müssen. Etwa vom auf uns gerichteten Blick dieser alten Frau.

1 Peter Glotz: Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück, Berlin 2003, S. 14.

2 Michael Schwartz: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961, München 2004.

3 Michael Schwartz: Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013, Titelcover.



Abbildung: Oldenbourg Verlag

Flucht, Vertreibung, Zwangsumsiedlung – Annäherung an die Begrifflichkeiten

Das, was wir zusammenfassend als Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung der Deutschen bezeichnen und was die Geschehnisse der Jahre 1944/45 bis etwa 1948/50 umfasst, war mit zwölf bis vierzehn Millionen Opfern eine der größten organisierten Zwangsmigrationen weltweit – und die bisher größte innerhalb Europas. Sie war ein klassischer Fall einer ethnischen „Säuberung“ – teils aus Vergeltung für die vorangegangene NS-Herrschaft, teils als präventive Vermeidung von als unvermeidlich imaginierten zukünftigen Konflikten: eine zwar schmerzhaft, aber als unumgänglich betrachtete „Amputation“ unerwünschter Bevölkerungsgruppen zugunsten einer dauerhaften Friedenslösung. Dahinter stand ein Ideal von nationaler und nationalstaatlicher

Homogenität, das uns heute – im Zeitalter globaler Migration und Interkulturalität – wiederum sehr fern und fremd anmutet, das aber damals – vor wie nach 1945 – hohe Gewaltpotentiale entfaltete.

Diese Vertreibung fiel nicht vom Himmel, war auch nicht das Resultat spontaner Racheaktionen von bislang Unterdrückten vor Ort (obwohl das gelegentlich hinzukam). Sie war vor allem eines: politisch geplant und gewollt. Zwar vollzog sich diese ethnische „Säuberung“ teilweise als panische Massenflucht in der Endphase des Krieges und noch auf Weisung des untergehenden NS-Regimes – aber ab Mai 1945 wurde auch diese Flucht eben dadurch zur dauerhaften Vertreibung, dass die siegreichen Alliierten bzw. ihre osteuropäischen Verbündeten den Flüchtlingen systematisch die Rückkehr verwehrten oder – falls sie dennoch erfolgte – durch Vertreibung und Zwangsumsiedlung wieder rückgängig machten.

Die Vertreibung der Deutschen nach 1945 war zweifellos eine Folge der NS-Verbrechen bis 1945. Ohne Hitlers Gewaltpolitik hätte es die alliierte Gewaltpolitik gegen einen Teil des besiegten deutschen Volkes, der zufällig am „falschen Ort“ wohnte, nicht gegeben. Vor 1938/39 ist das, was man ab 1945 diesen Deutschen antat, nirgends ernsthaft in Betracht gezogen worden. Die Enthemmung der NS-Politik führte zu einer mildereren (da nicht völkermordenden), aber ebenfalls enthemmten Gegenreaktion.

Diese Gegenreaktion war allerdings nur denkbar, weil es vor 1939 und auch vor 1933 längst planerische „Blaupausen“ für die organisierte und dauerhafte Entfernung unerwünschter Bevölkerungsgruppen gab. Die NS-Politik gab somit den unmittelbaren Anstoß zur Vertreibung der Deutschen, aber dass eine solche Massen-Vertreibung denkbar und machbar war, war nur möglich durch eine langfristige Vorgeschichte ethnischer „Säuberungen“ seit dem 19. und frühen 20. Jahrhundert. Das Gewaltpotential war längst anderswo an anderen erprobt worden – und ließ sich nun gegen die Deutschen im Osten richten.

Die Vertreibung der Deutschen ab 1945 bündelte dabei drei unterschiedliche, aber miteinander verschränkte Phänomene:

Erstens ging es um die Entfernung kleiner deutscher Minderheiten in anderen Staaten. Damit hatte bereits Hitler ab 1939 durch bilaterale „Umsiedlungsverträge“ begonnen. Viele dieser sogenannten „Umsiedler“ wurden in Wohnungen oder Bauernhöfe eingewiesen, aus denen das NS-Regime kurz zuvor die polnischen oder jüdischen Vorbesitzer vertrieben hatte. Diese volksdeut-

schen „Umsiedler“ erlebten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges zum zweiten Male den Verlust von Heimat und Besitz. Zahlenmäßig aber war ihre Gruppenerfahrung nicht sehr bedeutend.

Zweitens ging es um die Entfernung einer kompakten, sehr viel größeren deutschen Minderheit aus einem Nachbarstaat Deutschlands. Dies betraf die drei Millionen in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen (verkürzend „Sudetendeutsche“ genannt). Oft wurde ihre Vertreibung damit begründet, dass diese Minderheit als „fünfte Kolonne Hitlers“ agiert habe – was nicht ganz falsch ist, aber nicht nach den vielfältigen Ursachen solchen Verhaltens fragt und vorhandene Opposition gegen Hitler ausblendet. Es ging dabei aber nicht nur um Kollektivbestrafung einer vermeintlichen Kollektivschuld (von der nachweislich „antifaschistische“ Deutsche übrigens ausgenommen werden sollten), es ging auch um die endgültige Bereinigung lange schwelender Nationalitätenkonflikte (statt diese durch Kompromisse zu lösen). Die Nachkriegs-Tschechoslowakei sollte, ähnlich wie das nach Westen verschobene Nachkriegs-Polen, nun endlich ein homogener „slawischer“ Staat werden. Dass eine solche Gewaltpolitik alles andere als alternativlos war, belegt der gleichzeitig von Rumänien eingeschlagene Weg, der auf eine Vertreibung der dortigen deutschen Minderheit verzichtete.⁴

Drittens ging es um die Entfernung (fast) aller Deutschen aus den bisherigen deutschen Ostgebieten – also aus Pommern, Schlesien und Ostpreußen sowie aus dem östlichen Teil Brandenburgs. Hier wurde keine Minderheit vertrieben, sondern nahezu die Gesamtbevölkerung dieser Regionen – und zwar, weil diese Gebiete nach Kriegsende entweder von Polen oder von der Sowjetunion annektiert wurden. Erst durch diese Annexionen wurde die bisherige Bevölkerungsmehrheit zur Minderheit im neuen Staat. Dort war sie aus unterschiedlichsten Gründen nicht erwünscht – höchstens noch zeitweilig als Zwangsarbeiterschaft.

Ein zentrales Vertreibungsmotiv – neben der präventiven Ausschaltung künftiger nationaler Minderheitenprobleme – war die gewaltsame Umverteilung des beträchtlichen Eigentums der Gewaltopfer. Diese Verbindung von Vertreibung und Enteignung hatten bereits die Nazis und die Stalinisten 1939/40 in Polen und im Baltikum umgesetzt. Dieselbe Verbindung mündete

im Falle der europäischen Juden im NS-Machtbereich sogar in die Shoah, in den organisierten deutschen Völkermord an rund sechs Millionen jüdischen Menschen. Diese Verschränkung von Vertreibung, Enteignung und Umverteilung bewirkte eine selektive soziale Revolution, eine „radikale Transformation der sozialen Landschaft“, die die jeweiligen Machthaber zu ihren Zwecken nutzen konnten.⁵ Ab 1944/45 richtete sich diese Gewaltlogik gegen die deutschen Vertriebenen, doch dahinter steht ein sehr viel breiterer und letztlich globaler Zusammenhang aus Gewaltpolitik und gesellschaftlicher Transformation.⁶

Flucht und Vertreibung – ein Teil der Menschheitsgeschichte

75 Jahre nach Flucht und Vertreibung von Deutschen ist klar: Es geht um Deutsche, aber es geht nicht ausschließlich um Deutsche. Flucht oder Vertreibung sind ein nicht wegzudenkender Teil unserer „Menschheitsgeschichte“.⁷ Diese ist eine Geschichte von Opfern, aber auch von Tätern. Wobei diese beiden Rollen von Menschen auch getauscht werden konnten – je nach den Umständen, den historischen Kontexten von Macht und Möglichkeiten.⁸

Es gibt einige – vermutlich glückliche – Länder auf der Welt, deren Bewohner gar keine Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung gemacht zu haben scheinen. In seinem neuesten Buch verweist der Historiker Andreas Kossert auf Island. Dorthin habe es nach 1945 eine geflüchtete Ostpreußin verschlagen, und die Isländer hätten ihren Fluchtberichten interessiert zugehört. Am Ende aber hätten sie eine geradezu „rührende Ahnungslosigkeit“ hinsichtlich solcher Gewalterfahrungen bewiesen, als sie die Geflüchteten fragten, ob man ihr denn ihre Möbel nachgeschickt habe.⁹ Schaut man genau hin, gibt es sogar in der Geschichte Islands Fluchterfahrungen, die zur Besiedlung der Nordatlantinsel im Frühmittelalter führten, die aber

.....

5 Tony Judt: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, München/Wien 2006, S. 54.

6 Vgl. Schwartz (wie Anm. 3), S. 634–643; Hannes Siegrist/Dietmar Müller (Hg.): *Property in East Central Europe. Notions, Institutions and Practices of Landownership in the Twentieth Century*, New York/Oxford 2015; Ugur Ümit Üngör/Mehmet Polatel: *Confiscation and Destruction. The Young Turk Seizure of Armenian Property*, London/New York 2013; Dawn Chatty: *Displacement and Dispossession in the Modern Middle East*, Cambridge e.a. 2010.

7 Vgl. Andreas Kossert: *Flucht. Eine Menschheitsgeschichte*, München 2020.

8 Vgl. Schwartz (wie Anm. 3), S. 640 ff.

9 Kossert (wie Anm. 7), S. 24.

4 Mathias Beer: *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*, München 2011, S. 86.



Türkische Generalstabsoffiziere 1914 beim Studium von Landkarten
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl



Tscherkessen in einem Dorf im Kaukasus, 1901
Foto: ullstein bild

schon sehr lange zurücklagen und daher emotional verschüttet gewesen sein mögen.¹⁰ Zur Zeit der französischen Revolutionskriege um 1800, die ebenfalls zu Fluchtbewegungen führten, ließ Goethe eine seiner Figuren mit Blick auf damalige Vertriebene die skeptischen Worte sagen: „So sind die Menschen fürwahr! und einer ist doch wie der andre, / Daß er zu gaffen sich freut, wenn den Nächsten ein Unglück befället! / [...] Jeder spaziert nun hinaus, zu schauen der guten Vertriebenen / Elend, und niemand bedenkt, daß ihn das ähnliche Schicksal / Auch, vielleicht zunächst, betreffen kann, oder doch künftig. / Unverzeihlich find' ich den Leichtsin; doch liegt er im Menschen.“¹¹

Die meisten Nationen aber verfügen über nicht so weit zurückliegende Flucht- oder Vertreibungserfahrungen. Der Balkan wurde im 19. Jahrhundert nicht nur durch Revolutionen und heroische Befreiungskämpfe von der Herrschaft des osmanischen Sultans befreit, sondern auch durch Ermordung oder Vertreibung der muslimischen Bevölkerungsteile. Diese rächten sich mit

ähnlichen Methoden, sobald und soweit sie konnten. Der türkische Präsident Kemal Atatürk war in Thessaloniki geboren worden, aus dem 1912/13 die Griechen die osmanischen Muslime und auch Atatürks Familie vertrieben – worauf er 1922 mit der Vertreibung der kleinasiatischen Muslime nach Griechenland antwortete. Am Ende ist der Genozid an den Armeniern durch die „Jungtürken“ im Ersten Weltkrieg und die Vertreibung der kleinasiatischen Griechen durch die republikanischen Türken 1922/23 die Spätfolge eines einhundertjährigen Gewaltzusammenhangs. Westliche Großmächte wie Großbritannien und Frankreich, aber auch das faschistische Italien und das autoritäre Japan haben 1923 zusammen mit dem Flüchtlingskommissar des Völkerbundes Pate gestanden beim griechisch-türkischen „Transfer“-Vertrag von Lausanne, der diese Flucht und Vertreibung legitimierte und vollendete.¹² Auch Hitler und seine Anhänger beobachteten das Geschehen und waren begeistert von Atatürks nationaler Befreiung mittels ethnischer „Säuberung“.¹³

10 Oscar Peschel: Geschichte der Erdkunde bis auf A. v. Humboldt und Carl Ritter, München 1865, S. 76; Johann Baptist v. Weiß: Weltgeschichte, Bd. 4, Graz/Leipzig 1891, S. 323.

11 Johann Wolfgang von Goethe: Hermann und Dorothea, in: Goethe's sämtliche Werke in dreißig Bänden. Vollständige, neugeordnete Ausgabe, Bd. 5, Stuttgart/Tübingen 1850, S. 5.

12 Vgl. Schwartz (wie Anm. 3), S. 61–114, 235–318 und 396–424; Matthew Frank: *Making Minorities History. Population Transfer in Twentieth-Century Europe*, Oxford 2017.

13 Vgl. Stefan Ihrig: *Atatürk in the Nazi Imagination*, Cambridge/London 2014.



Angehörige der „Proviantkolonne der 2. Kolonnenabteilung“ bei einer Weihnachtsfeier in Windhuk, damals in Deutsch-Südwestafrika, am 24. Dezember 1905
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Schwelk

Parallel zum Balkan und Kleinasien wurde der Kaukasus zu einem frühen „Lernort“ von Vertreibungspolitik – insbesondere durch die dorthin vordringende russische Herrschaft, die zumindest einige der widerständigen muslimischen Völker wie die Tscherkessen ins Osmanische Reich vertrieb; aber auch durch die Osmanen, die im Ersten Weltkrieg die muslimischen Einwohner Aserbaidschans gegen die Armenier unterstützten – ein Konflikt, der in unseren Tagen blutig wieder auflebt. In der transatlantischen „Neuen Welt“ wiederum entwickelte die junge „weiße“ Siedler-Demokratie der USA bereits ab 1830 eine Politik der Vertreibung oder Zwangsumsiedlung der eingeborenen Ureinwohner, um Platz für massenhafte Neubesiedlung von Land zu schaffen. Dasselbe lässt sich in mittel- und südamerikanischen Republiken des 19. Jahrhunderts beobachten, aber auch in den britischen Kronkolonien Australien und Neuseeland. Gegen rebellierende Bevölkerungen in europäischen Kolonien erfanden die imperialistischen Großmächte um 1900 schließlich eine Kombination aus Zwangsumsiedlung und Konzentrationslager-Internierung, um den Widerstand von Guerillakämpfern zu brechen – auf Kuba, auf den Philippinen, im südafrikanischen Burenkrieg, beim gegen die deutsche Herrschaft gerichteten Aufstand der Herero und Nama im heutigen Namibia, wo die Repression sogar genozidale Züge annahm. Der Wirkzusammenhang solcher Gewaltpolitik und ihrer Verursacher, die einander stets beobach-

teten und gezielt voneinander lernten, ist global – und er wirkte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann massiv auf weite Teile Europas zurück.¹⁴

Im heutigen Europa mischen sich – durch internationale, oft transkontinentale Migrationen – solche kollektiven Gedächtnisse stärker als je zuvor. Es ist nicht so, dass es nur klar sortierbare „nationale Gedächtnisse“ an Flucht und Vertreibung gäbe – nach dem Motto „Hier die Deutschen, dort die Polen“. Unter uns, mitten in Deutschland, leben nicht nur Menschen jüdischer Herkunft, deren Familien direkt oder indirekt vom NS-Völkermord betroffen oder bedroht worden waren; es leben nicht nur Sinti und Roma unter uns, deren Familienerfahrungen oft ähnlich gewesen sind. Unter uns leben diverse Angehörige von Nationen, die unterschiedliche Gewalterfahrungen im jugoslawischen Bürgerkrieg der 1990er Jahre gemacht haben; es leben Opfer des ostafrikanischen Genozids von Ruanda hier, der erst zu Beginn der 1990er Jahre verübt wurde, aber auch einige der Täter. Unter uns leben Flüchtlinge, deren Leben durch den islamistischen IS und seinen kurzlebigen „Kalifats-Staat“ bedroht gewesen ist, und zugleich Sympathisanten oder gar Akteure dieser Terror-

.....

¹⁴ Vgl. Schwartz (wie Anm. 3), S. 185–318; Benjamin Liebermann: *Terrible Fate. Ethnic Cleansing in the Making of Modern Europe*, Chicago 2006; Antonio Ferrara/Niccolò Pianciola: *L'Età delle Migrazioni Forzate. Esodi e deportazioni in Europa 1853–1953*, Bologna 2012.

organisation. Die Einwohner der heutigen Türkei haben sämtlich unterschiedliche Opfer- und Täter-Geschichten von Flucht, Vertreibung oder gar Völkermord im kulturellen Gepäck, und jene, die nach Europa, auch nach Deutschland eingewandert sind, haben solche Erinnerungen mitgebracht. Die historischen Erfahrungen dieser Türken, Kurden, Armenier – sie müssen einbezogen werden, wenn wir von Vertreibung sprechen.

Nicht mit allen Erinnerungen geht man offen um. Die Shoah war im Nachkriegs-Deutschland lange kein oder allenfalls ein verschämt betrachtetes Thema. In der Türkei waren Zwangsumsiedlung und Völkermord an vielen anatolischen Armeniern ebenfalls tabu oder allenfalls ganz einseitig ansprechbar. Das hat sich geändert, doch bleibt das Ganze ein heftig umstrittenes Thema.¹⁵ Manche Nationen hingegen haben die Bereitschaft entwickelt, sogar sehr lange zurückliegende Vertreibungen nachträglich als Unrecht zu bezeichnen und symbolisch wieder „gut“ zu machen – etwa Spanien, das 2014 beschloss, allen weltweit lebenden Nachfahren der 1492 von dort vertriebenen spanischen Juden die Wiedereinbürgerung anzubieten.¹⁶ Den ebenfalls im 15. und im frühen 17. Jahrhundert aus Spanien vertriebenen Muslimen wurde ein solches Angebot meines Wissens freilich nicht zuteil.

Hingegen werden weit weniger lang zurückliegende Vertreibungen gern – zumindest öffentlich – „vergessen“, wenn sich die beteiligten Seiten stillschweigend darauf verständigen. So ist heute die Vertreibung von als „Reichsdeutschen“ eingestuftem Einwohnern Elsass-Lothringens, als dieses nach fast fünfzigjähriger deutscher Herrschaft 1918/19 wieder an Frankreich gelangte,¹⁷ kein Thema des französischen nationalen Gedächtnisses – ebenso wenig wie in Deutschland, wo solche Erinnerung im Zeichen heutiger bilateraler Freundschaft politisch nicht opportun erscheint, anders als zu Zeiten der Weimarer Republik, als die „mehr als 120.000 Vertriebene[n] aus Elsass-Lothringen“ gezielt im öffentlichen Bewusstsein bewahrt wurden.¹⁸ „Die

Gedächtnislosen“, von denen die deutsch-französische, in Straßburg geborene Autorin Géraldine Schwarz in ihren 2018 mit dem „Preis des Europäischen Buches“ ausgezeichneten Erinnerungen mit Blick auf ihre binationale Familie schreibt,¹⁹ haben viele Gedächtnislücken.

Auch zu noch weniger lang zurückliegenden Vertreibungen kann man sich sehr unterschiedlich verhalten. Der tschechische Präsident Václav Havel hat sich seit 1990 mehrfach mit Äußerungen des Bedauerns zur Vertreibung der Sudetendeutschen nach 1945 hervorgetan – was keineswegs den Beifall aller seiner Landsleute fand. Havel hat sogar – ähnlich wie später Spanien – ange-regt, den Nachfahren der Vertriebenen die Rückgabe der jenen damals entzogenen Staatsbürgerschaft anzubieten. Am Ende seiner Amtszeit hat er diese Vertreibung ausdrücklich verurteilt: „Ich habe immer geglaubt, dass wir auch – im eigenen Interesse – fähig sein sollten, nicht nur die moderne deutsche Geschichte und das von deutschem Boden hervorgegangene Böse zu reflektieren, sondern auch unsere eigene Geschichte und die grausamen Handlungen, die wir – wenn auch als Antwort auf grausame Handlungen Anderer – selbst begingen.“ So Václav Havel im Jahre 2003.²⁰

Anders Havels Nachfolger im Präsidentenamt. Václav Klaus betrachtete dieselbe Vertreibung derselben Bevölkerungsgruppe 2005 schlicht als Folge der NS-Verbrechen und zugleich als „präventive Maßnahme“, um einen neuen Krieg zu verhindern. Lediglich einige „widerliche“ Einzeltaten gegen Deutsche während der Vertreibung wollte er verurteilen.²¹ Vermutlich meinte er Folterungen und Massaker, aber das blieb unklar. Klaus wünschte sich stattdessen, dass Deutsche und Tschechen möglichst unbelastet „nach vorne“ blickten. Zu Recht fragte der frühere Dissident Petr Pithart kritisch, ob man die unerwünschte Vergangenheit nicht dennoch stets mit sich transportiere.²²

15 Vgl. Sibylle Thelen: *Die Armenierfrage in der Türkei*, Berlin 2010.

16 Vgl. <https://info.arte.tv/de/wiedergutmachung-oder-politisches-kalkuel> [Stand: 18.05.2021].

17 Alison Carrol: *The Return of Alsace to France 1918–1939*, Oxford 2018, S. 57–65.

18 Hans Knecht: „Elsaß-Lothringen“, in: Karl C. v. Loesch/Max H. Boehm (Hg.): *Zehn Jahre Versailles*, Bd. 3: Die grenz- und volkspolitischen Folgen des Friedensschlusses, Berlin 1930, S. 229–253, insb. S. 252; historiographisch allerdings ist das Thema durchaus präsent; vgl. Christiane Kohser-Spohn: *Deutsche aus dem Elsass: Verdrängung nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Lexikon der Vertreibungen*, hg. v. Dettlef Brandes/Holm Sundhaussen/Stefan Troebst, Wien e.a. 2010, S. 139–142.

19 Géraldine Schwarz: *Die Gedächtnislosen. Erinnerungen einer Europäerin*, Zürich 2019.

20 Vgl. <https://deutsch.radio.cz/havel-verurteilt-vertreibung-abschiedsbesuch-berlin-8070008> [Stand: 02.11.2020].

21 Vgl. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/sudetendeutsche-tschechiens-praesident-nennt-vertreibung-praeventive-massnahme-a-359363.html> [Stand: 18.05.2021].

22 Martin Schulze Wessel: *Zeitgeschichtsschreibung in Tschechien. Institutionen, Methoden, Debatten*, in: Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hg.): *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*, Göttingen 2004, S. 307–328, insb. S. 326.



Václav Klaus (links) spricht nach seiner Vereidigung zum tschechischen Präsidenten mit seinem Vorgänger Václav Havel, 7. März 2003.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo /CTK Photobank/Fotograf: Michal Dolezal

Die Sprachlosigkeit der Betroffenen

Wenn so viele nationale Erinnerungen Geschichten von Flucht und Vertreibung enthalten, sowohl Täter- als auch Opfer-Geschichten, dann müssten eigentlich viele Menschen in vielen Ländern solche Geschichten erzählen. Das tun sie aber nicht. Nicht alle jedenfalls. Nicht immer. Warum ist das so?

Darauf gibt es sicher mehr als nur eine Antwort. Aber eine mögliche (Antwort) ist diese: Opfer, auch Opfer von Flucht und Vertreibung, haben oft schwere Gewalterfahrungen machen müssen. Opfer geworden zu sein heißt, der Macht anderer hilflos ausgeliefert gewesen zu sein – bis hin zu Demütigungen, Misshandlungen, Vergewaltigungen. Nicht wenige wurden Zeugen, wie andere starben oder getötet wurden. Wem will man, wem kann man davon erzählen? Wer will hier zuhören?

Ich selbst stamme aus keiner „Vertriebenenfamilie“ (in der „alten Bundesrepublik“ war dieser Status seit den 1950er Jahren erblich). Aber ich hatte einen „angeheirateten“ Onkel. Er, ein ostpreußischer Bauernsohn des Jahrgangs 1925, hatte keine persönliche Flucht- oder Vertreibungserfahrung machen müssen oder können, denn er gelangte als blutjunger Soldat in das deutsche „Afrikakorps“, überlebte glücklicherweise die Kämpfe und geriet

in britische Kriegsgefangenschaft. Von Ägypten aus wurde er in die britische Besatzungszone Deutschlands entlassen – nach Nordrhein-Westfalen, wo er als Verwaltungsangestellter im Bergbau eine neue Heimat finden sollte, die sich erheblich vom ermländischen Bauernhof seiner Jugend unterschied. Ich kannte als Jugendlicher diese seine Geschichte. Aber wir sprachen nie über Ostpreußen.

Die eigentliche Fluchterfahrung hatte 1945 nicht mein Onkel, der fern der Heimat war, sondern seine Mutter nebst den übrigen Kindern machen müssen. Sie flüchteten Anfang 1945 vor der Roten Armee, die sie aber einholte. Sowjetische Soldaten nahmen die zwei halbwüchsigen Töchter gewaltsam fort. Sie kehrten nie wieder. Von diesem traumatischen Erlebnis der Mutter meines Onkels hörte ich erst viel später, als mir meine Tante davon erzählte. Sie war offenbar die einzige, der ihre Schwiegermutter dieses Leid anvertraut hatte. Ein schmerzliches Gespräch unter Frauen. Es eignete sich nicht für Männer, und schon gar nicht für die Öffentlichkeit.

Auch die meisten Täter schwiegen. Jedenfalls öffentlich. Das galt auch für Repräsentanten der Opfer. Als sich in der Bundesrepublik 1957/58 ein einheitlicher „Bund der Vertriebenen“ als Interessenvertretung der von Flucht und Vertreibung betroffenen Bundesbürger etablierte, fanden sich in dessen erstem Präsidium einige, die zwischen 1939 und 1945 in die gewalttätige Besatzungspolitik des NS-Regimes involviert gewesen waren. Ein Bürgermeister aus Ostpreußen hatte es zum „Gebietskommissar“ in der Ukraine und in Weißrussland gebracht und unter anderem bei der Verschleppung von Zwangsarbeitern nach Deutschland mitgewirkt. Ein Jurist aus Pommern war zum Richter und NS-Ortsgruppenleiter in Westpreußen aufgestiegen – einer Region, aus der die polnische Bevölkerung gezielt nach Osten zwangsumgesiedelt und ihres Eigentums beraubt wurde. Ein weiterer Jurist und Landwirt aus Danzig arbeitete im benachbarten Posen – dem sogenannten „Warthegau“ – in Verwaltungen, die sich mit der Nutzung enteigneter Höfe von vertriebenen Polen beschäftigten.²³ Über all das breitete man nach 1945 nach Möglichkeit den Mantel des Schweigens.

Umso lauter redete man über das den deutschen Vertriebenen nach Kriegsende zugefügte Unrecht. Nicht so sehr über das, was der Mutter meines Onkels und ihren Töchtern geschehen war. Aber generell über Heimatverlust und das „Recht auf Heimat“ (natürlich die

23 Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“, München 2013, insb. S. 559 f. und S. 567–570.

alte Heimat), über Besitzverlust und das Recht auf Entschädigung (durch einen „Lastenausgleich“). Man fand nicht allzu viele gute Worte über „die Polen“ oder „die Tschechen“, die einem „das angetan“ hatten. Man betonte möglichst lautstark, als Vertriebene die „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“ zu sein (Charta der Heimatvertriebenen 1950). Was uns heute als unbegreifliche Anmaßung gegenüber den Opfern des NS-Völkermords und der NS-Besatzungspolitik in Osteuropa vorkommt, richtete sich damals auch, wenn nicht gar vorrangig, gegen die Ignoranz der Westdeutschen, die das Leid der Vertriebenen kaum anerkannten – und schon gar nicht angemessen finanziell entschädigen wollten. Hatte man nicht selbst gelitten? Etwa im Bombenkrieg? In der Opferhierarchie der westdeutschen Nachkriegsbevölkerung rangierten, wie in den frühen 1950er Jahren eine Umfrage ergab, die eigenen gefallenen Soldaten und deren Hinterbliebenen sowie die eigenen Opfer des Bombenkriegs deutlich vor den deutschen Vertriebenen und erst recht weit vor den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus.²⁴

Trotzdem oder gerade deswegen waren Vertriebene, Vertriebenenverbände und zeitweilig sogar eine eigene Vertriebenenpartei (die aber längst nicht alle Betroffenen hinter sich hatte) in der frühen westdeutschen Demokratie eine politisch ernstzunehmende Größe. Im Laufe der 1960er Jahre änderte sich das. Dies hatte mit den wachsenden Integrationserfolgen vieler Vertriebener zu tun, die den alten Lobbyismus nicht mehr benötigten, aber auch mit der allgemeinen Trendwende hin zu einer „Entspannungspolitik“ gegenüber dem kommunistisch beherrschten Osten und einer gleichzeitigen stärkeren Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Als Willy Brandt, der Architekt einer „neuen Ostpolitik“, die die territorialen Realitäten ab 1945 faktisch anerkannte, in den Bundestagswahlen vom November 1972 triumphal wiedergewählt wurde, hatten auch viele Vertriebene diese Politik unterstützt und sich folglich vom Kurs ihrer Verbandspolitiker klar distanziert. Nach einer SPD-Analyse hatten jedenfalls die heftig umstrittenen „Ostverträge der SPD nicht geschadet“ und der Opposition kaum genutzt.²⁵

24 Vgl. Rolf Wiggershaus: Die Frankfurter Schule. Geschichte – theoretische Entwicklung – politische Bedeutung, München 1988, S. 496.

25 Vgl. Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2004, S. 270 und 279, Anm. 380.

Plötzlich erschien die Vertriebenenidentität aus der Zeit gefallen – „ewig gestrig“ und nur noch „rechts“. NS-belastete Spitzenfiguren wie Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer oder sein Nachfolger Hans Krüger (der zugleich Präsident des BdV war) hatten 1960 und 1964 schmachvoll zurücktreten müssen.²⁶ Sie waren beileibe nicht die einzigen NS-Belasteten unter Vertriebenenfunktionären, doch auch jene, die persönlich unbelastet waren, verloren durch ihre Intransigenz in der Bevölkerung zunehmend an Akzeptanz. Am Ende entschied sich sogar die Führung der CDU/CSU, die vielen organisierten Vertriebenen lange eine politische Heimat geboten hatte, 1990 angesichts der Chance zur Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR dazu, im „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ mit dem alliierten Siegermächten auf die einst deutschen Ostgebiete offiziell zu verzichten.²⁷

Seit den späten 1960er Jahren galt die Vertreibung der Vertriebenen vielen in Westdeutschland als „gerechte“ oder zumindest unvermeidliche und unumkehrbare Strafe für die NS-Verbrechen. Diesen Zusammenhang hatte die SED-Diktatur in der DDR von Anfang an so gesehen und deshalb den Tag des Kriegsendes zeitweilig hochoffiziell als „Tag der Befreiung“ auch für die Deutschen gefeiert.²⁸ Ähnliches schaffte man in der Bundesrepublik – allerdings mit wichtigen Einschränkungen – erst ab 1985.²⁹ Was rückblickend stimmig sein mochte, war zugleich für Angehörige der Erlebnissgenerationen eine ungeheure Zumutung. Befreiung durch Vertreibung? Viele jüngere Linke, darunter auch Vertriebenenkinder, stellten sich solche Fragen gar nicht, schoben die ungeliebte Vergangenheit möglichst weg. Erst viel später begannen einige, wie Otto Schily, dieses kollektive Ausblenden selbstkritisch zu hinterfragen.³⁰

26 Vgl. Schwartz (wie Anm. 23), S. 43–68.

27 Vgl. Michael Schwartz: „Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 101–151; Michael Schwartz: *Assimilation versus Incorporation. Expellee Integration Policies in East and West Germany after 1945*, in: Manuel Borutta/Jan C. Jansen (Hg.): *Vertriebene and Pieds-Noirs in Postwar Germany and France. Comparative Perspectives*, Basingstoke 2016, S. 73–94.

28 Vgl. Hubertus Knabe: *Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland*, Berlin 2005.

29 Gemeint ist die Gedenkrede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 1985; vgl. Gunter Hofmann: *Richard von Weizsäcker. Ein deutsches Leben*, München 2010, S. 157–202.

30 Gemeint ist die Rede des SPD-Bundesinnenministers Otto Schily von 1999, die als „Abbitte bei den Vertriebenen“ gewertet werden kann; vgl. Reinhold Michels: *Otto Schily. Eine Biographie*, Stuttgart/München 2001, S. 203 ff.

Die schwierige Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung

Erinnerung an Flucht und Vertreibung bleibt schwierig.³¹ Sie kann gefährlich sein. Allzu oft wurde auf eine Weise erinnert, dass ein rachsüchtiger „Revanchismus“ nicht weit war. Schuld am eigenen Schicksal waren in solcher Sicht immer nur die anderen. Man wartete auf die günstige Gelegenheit, die ungünstigen Machtverhältnisse umzukehren, das Verlorene zurückzugewinnen und zur Vergeltung andere zu vertreiben. Als Hitler 1940 Frankreich besiegte, kehrte Elsass-Lothringen kurzfristig unter deutsche Herrschaft zurück; nun vertrieb ein Gauleiter aus der Pfalz die elsässischen Franzosen westwärts, die dort lebenden Juden auch oder ostwärts in NS-Vernichtungslager.³² Wechselseitige Vertreibungsgewalt prägte auch das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen seit dem Ersten Weltkrieg: Zunächst drängten Polen ab 1918 Deutsche durch Repressalien zur Auswanderung, ein kleiner Teil wurde – als Rache für die antipolnische preußische Politik zuvor – auch zwangsweise ausgewiesen. Im Zweiten Weltkrieg drehten NS-Deutsche den Spieß brachial um, was ihnen die Polen ab 1945 vergalt.³³ Das eigene (individuelle oder nationale) Leid rechtfertigte es, die anderen leiden zu lassen, sobald man die Macht dazu hatte. Als der US-amerikanische Außenminister Mitte 1938 den deutschen Botschafter in Washington kritisch auf die Diskriminierung und Verdrängung der Juden aus Deutschland ansprach, verwies dieser zur Rechtfertigung auf die Vertreibungserfahrung seiner Familie aus dem Elsass nach 1918. Der Deutsche zeigte keine Empathie für jüdische NS-Verfolgte. Der US-Minister zeigte keine für die Vertreibung der Deutschen. Er hätte zu Recht fragen können, weshalb Deutsche aus der eigenen Erfahrung, Opfer von Vertreibung geworden zu sein, keine friedlich-humanitären Schlussfolgerungen zogen, sondern ihrerseits andere Menschen verfolgten und zu vertreiben versuchten.³⁴

Aus eigenen Gewalterfahrungen nur die Lehre zu ziehen, sich möglichst bald rächen und seinerseits vertreiben zu wollen, scheint eine naheliegende Reaktion zu sein,

heißt aber im Endeffekt, gar nichts gelernt zu haben. Der Teufelskreis der Gewalt wird nicht beendet, sondern endlos fortgesetzt. Über siebzig Jahre nach der Flucht und Vertreibung vieler muslimischer Palästinenser aus dem Staat Israel, der zu dieser Zeit von etlichen arabischen Nachbarstaaten angegriffen wurde und ums buchstäbliche Überleben kämpfte, fordern etliche Palästinenser der dritten oder vierten Generation heute immer noch ihr „Recht auf Heimat“ ein – und manche unterstreichen dies gelegentlich durch Terrorakte. Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen im Zuge der Aufteilung von Indien und Pakistan 1947/48 sind ebenso lange her wie die Vertreibung der Deutschen, lassen aber die Konflikte zwischen beiden Staaten bis heute nicht zur Ruhe kommen.

So gesehen war die „Charta der Heimatvertriebenen“ von 1950, das erste öffentliche Dokument der Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik, eine echte zivilisatorische Leistung. Manches in diesem Text will man heute zu Recht nicht mehr kritiklos unterschreiben. Doch er sprach – nur wenige Jahre nach den gewaltsamen Ereignissen – vom Verzicht auf „Rache und Vergeltung“. Man kann einwenden, 1950 wäre dem besiegten, besetzten und geteilten Deutschland Vergeltung ohnehin kaum möglich gewesen. Das stimmt. Aber auf lange Sicht? War dieses Bekenntnis zu friedlichen Mitteln gar nichts wert? Man hat eingewendet: Es sei geradezu anmaßend gewesen, dass ausgerechnet die für so viel Tod und Leid verantwortlichen Deutschen nach ihrer Niederlage plötzlich in generöser Pose anderen Völkern gegenüber auf Rache verzichtet hätten, denen sie zuvor – insbesondere Polen und Juden – so Schlimmes angetan hätten. Von diesen NS-Verbrechen höre man in der Charta kein Wort.³⁵ Wer aus einem vom NS-Rassismus verfolgten und teilweise ermordeten Volk stammt, darf so empfinden und argumentieren. Und dennoch: Der Verzicht auf „Rache und Vergeltung“ war im Kern – zumindest für einige der vielen unterschiedlichen Autoren dieser „Charta“³⁶ – ein nicht zuletzt christlich motivierter Versuch, aus den Teufelskreisen der Vergangenheit auszubrechen und einen gemeinsamen europäischen Neuanfang zu wagen. Zum 60. Jahrestag dieses Dokuments hat die damalige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen die christliche Prägung der Charta-Aussagen betont und darauf hingewiesen, dass vor dem Hintergrund massenhafter Hoffnungslosigkeit vieler Vertriebe-

31 Vgl. Vincent Regente: Flucht und Vertreibung in europäischen Museen. Deutsche, polnische und tschechische Perspektiven im Vergleich, Bielefeld 2020.

32 Wolfgang Freund: „Elsässer: NS-Vertreibung“, in: Lexikon der Vertreibungen (wie Anm. 18), S. 218 ff.

33 Vgl. Włodzimierz Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010.

34 Schwartz (wie Anm. 3), S. 359.

35 Vgl. Ralph Giordano: Die Zweite Schuld oder Von der Last ein Deutscher zu sein, München 1990, S. 281–294; Micha Brumlik: Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen, Berlin 2005, S. 103.

36 Vgl. Schwartz (wie Anm. 23), S. 23–26.



Flüchtende Mütter mit ihren Kindern während des ersten Indisch-Pakistanischen Krieges in Kaschmir, 10. Januar 1948
Foto: ullstein bild/dpa

ner die Öffentlichkeit – sowohl in Deutschland als auch im (westlichen) Ausland – ganz positiv überrascht worden sei: „Mit einer [...] so eindeutigen Absage an Revanche und Gewalt [...] hatte man nicht gerechnet.“³⁷ Dass die „Charta“ in vielem ein Formelkompromiss geblieben ist, ist dennoch der Grund für das zu Recht kritisierte allzu „Vage“, allzu „Unbestimmte“ und allzu „Vieldeutige“, für jenes „Verschwommene“, das bewusst die Möglichkeit offenließ, „sich herauszureden“. Denn die Verfasser hatten „das Hakenkreuz so gründlich aus dem Text herausgekratzt [...], dass von ihm keine Spur mehr nachgeblieben ist“.³⁸

37 Erika Steinbach: Die Macht der Erinnerung, Wien 2010, S. 74–83, insb. S. 82.

38 Giordano (wie Anm. 35), S. 293.

Einer der Charta-Autoren und –Unterzeichner scheint das gespürt zu haben. Der Text der Charta war ihm zu wenig. Darum nutzte der damals prominente katholische CDU-Vertriebenenpolitiker Linus Kather die Gelegenheit der feierlichen Verlesung dieses Dokuments in Stuttgart im August 1950, um in seiner Begleitrede sehr viel deutlicher zu werden: Laut Kather bekundete die Charta den Willen der Vertriebenen, aus dem „unseligen Kreislauf von Schuld und Vergeltung und Verhängnis“ auszuweichen. Wer dies aber tun wolle, müsse zuallererst der „vielen Millionen [...] Opfer dieser Verstrickung“ wechselseitiger Gewalt gedenken, und zwar „nicht nur derer aus unseren eigenen Reihen, sondern aller [Opfer], die die Verblendung jener letzten Jahrzehnte und besonders des letzten Dezenniums gefordert hat“. Anders als die Charta betonte Kather ausdrücklich, dass am Anfang dieser ver-



Heimatvertriebene und Kriegsbeschädigte protestieren in Bonn auf einer Kundgebung gegen den Regierungsentwurf zum Lastenausgleich. Am Rednerpult Linus Kather, der Vorsitzende des Bundes vertriebener Deutscher, 18. Februar 1951.

Foto: ullstein bild/dpa

hängnisvollen 1940er Jahre „die Verantwortlichen unseres eigenen Volkes“ die Hauptverantwortung trügen, indem sie „zuerst andere und dann sich selbst ins Unheil rissen“. Kather erklärte die Verlesung der Charta zum Anlass für die Vertriebenen, „all dieser Opfer“ zu gedenken.³⁹

Bei alledem blieb letztlich der internationale Kontext entscheidend. Dieser ließ weder eine gewaltsame Revanche noch eine friedliche Revision von Jalta und Potsdam – bzw. der dort 1945 getroffenen Entscheidungen der Alliierten – jemals zu. Das gilt bis hin zum „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ von 1990, der die Zustimmung der alliierten Siegermächte zur Vereinigung von Bundesrepublik und

DDR an die Bedingung knüpfte, endgültig auf die 1945 verlorenen Ostgebiete Verzicht zu leisten. Damit wurde implizit auch die gewaltsame Entfernung der damaligen deutschen Bevölkerung als *fait accompli* anerkannt. Das war zu diesem Zeitpunkt bei der übergroßen Mehrheit der Deutschen, auch der Vertriebenen und ihrer Nachfahren, mental längst geschehen.

Frieden durch „ethnische Säuberungen“?

Vertreibung und Revanchegefahr sind nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite ist – nicht nur vom oben zitierten Václav Klaus – oft behauptet worden, eine ethnische „Säuberung“ sei zwar hart für die Betroffenen, führe aber langfristig zu einer dauerhaften Friedenslösung. So tickten offenbar auch die alliierten Führer Churchill, Roosevelt und Truman, als sie im Zweiten Weltkrieg die möglichst vollständige Entfernung aller deutschen Minderheiten aus Ostmitteleuropa planten oder dieser zustimmten. Als man dem verbündeten Polen – mit Rücksicht auf die Sowjetunion – als Kompensation für von Stalin einbehaltene östliche Gebiete des polnischen Vorkriegsstaates immer mehr deutsche Ostgebiete zusprach, wurden auch deren deutsche Bewohner großzügig unter die zu Vertreibenden gerechnet.

Frieden durch ethnische „Säuberung“? In Israel/Palästina und auf dem indischen Subkontinent scheint das, wie diskutiert, nicht ganz zu stimmen. Auch wenn der Staat Israel wohl nur infolge solcher Gewaltpolitik überhaupt lebensfähig geworden ist und bis heute bleibt. Vertriebene Palästinenser oder besser die Nachfahren dieser Vertriebenen zurückkehren zu lassen, wie viele dies immer noch fordern, würde Israel destabilisieren, vielleicht zerstören. Auch anderswo haben Flucht und Vertreibung zu einer Vereinheitlichung, einer „nationalen Homogenisierung“ von Staaten geführt, die sich nach gewisser Zeit sogar mit den Aufnahmeländern ihrer vertriebenen Minderheiten arrangieren konnten. Nach der wechselseitigen Vertreibung und Zwangsaussiedlung von 1922/23 haben die Türkei und Griechenland keine vehementen Kriege mehr gegeneinander geführt – anders als im Jahrhundert zuvor. Echte Freunde sind diese Völker allerdings nicht geworden, wie die Reibungen unserer Gegenwart andeuten.

Und was ist mit der Vertreibung von zwölf bis vierzehn Millionen Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei, dem heutigen Tschechien und der Slowakei, und aus Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg? Kann man in den heutigen relativ guten Beziehungen Deutschlands zu

³⁹ Zit. nach Schwartz (wie Anm. 23), S. 22; dass ausgerechnet Kather sich ab 1968 radikalisiert und mit der NPD zusammengearbeitet hat, bildet zu dieser Haltung von 1950 einen traurigen Gegensatz.

diesen Nachbarn einen Beweis dafür erblicken, dass die Vertreibung zwar grausam war, aber langfristig tatsächlich Konfliktherde beseitigt und einen besseren Neuanfang ermöglicht hat? Möglich. Aber wird diese Gewalt dadurch legitim? Bis heute gibt es einen tiefen Gegensatz zwischen einer menschenrechtlichen Argumentation, die Vertreibungen prinzipiell ächten will, und einer sozialtechnokratischen Position, die zumindest „humane“ Zwangsaussiedlungen (falls es die gibt) als „ultima ratio“ für unlösbare Konflikte zulassen will.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden solche Pläne gezielter ethnischer „Säuberung“ zunehmend akzeptabler, angestoßen durch das griechisch-türkische Transferabkommen von Lausanne von 1923, bei dem diverse Großmächte und der Flüchtlingskommissar des Völkerbundes Pate standen. Vor allem aber befördert als Antwort der demokratisch-liberalen Alliierten auf Hitler-Deutschlands Aktionen im besetzten Europa.⁴⁰ Seit den 1950er Jahren hat demgegenüber die menschenrechtliche Gegenposition Konjunktur, ohne dadurch gelegentliche „Rückfälle“ oder „Ausrutscher“ verhindern zu können.⁴¹ Nach Zypern um 1975, das noch eine Ausnahme zu sein schien, erlebte diese Gewaltpolitik allerdings einen neuerlichen Höhepunkt in den ethnischen „Säuberungen“ im auseinanderfallenden Jugoslawien der 1990er Jahre und darüber hinaus im Kaukasus, namentlich im armenisch-aserbaidschanischen Konflikt um Berg-Karabach. Balkan und Kaukasus waren schon seit dem frühen 19. Jahrhundert klassische „Lernorte“ für Vertreibungspolitik. Auch in den Genozid in Ruanda 1994 waren viele „westliche“ Mächte und Großmächte verwickelt, ebenso die UN – zumeist durch unterlassene Hilfeleistung, gelegentlich aber auch (wie im Falle Frankreichs) durch allzu große Nähe zu den damaligen Tätern.

Das 20. Jahrhundert kannte – wie dieser Genozid bezeugt – nicht nur „human“ argumentierende Vertreibungsplanungen zwecks Friedenssicherung. Vielmehr entwickelte sich parallel dazu eine hemmungslose „Säuberungspolitik“ durch einseitige Vertreibung oder Völkermord, wie sie vor allem Hitlers rassistisches Imperium im Zweiten Weltkrieg umsetzte. Zugleich gab es „Vertreibungen im Innern“, wie sie in moderner Anknüpfung an

uralte imperiale Deportations-Traditionen vor allem der sowjetische Diktator Stalin gegen ihm verdächtige Völker zum Einsatz brachte. Russlanddeutsche, Krimtataren, Tschetschenen wurden nicht in ein anderes Land vertrieben, um sie für immer los zu sein, sondern in entlegene Regionen der UdSSR selbst zwangsumgesiedelt, um zwar ihre Widerstandskraft zu brechen, aber ihre Arbeitskraft weiter zu nutzen. Zuweilen durften überlebende Opfer solcher Zwangsmigration später in ihre früheren Wohnorte zurückkehren, zuweilen blieb ihnen dies dauerhaft verwehrt.

Erinnerungspolitik heute

Heutige Erinnerungspolitik hat schwierige Aufgaben. Sie muss Empathie für das Leiden von Opfern mit abstrakten Kausalketten verbinden, um Zusammenhänge und Rollenwechsel zu verdeutlichen. Sie muss multiperspektivisch sein – also nicht nur die Sicht einer („eigenen“) Gruppe präsentieren, sondern diese mit anderen Ansichten mischen und dadurch vernetzen. Sie muss auf Verständigung gerichtet sein, nicht auf Anklage oder Polarisierung.

Neben alledem muss Erinnerungspolitik noch etwas anderes versuchen: den „Osten“ für uns wiederzuentdecken. Nicht nur den – lange einseitig nationalistisch und oft auch rassistisch konnotierten – „deutschen Osten“, sondern Osteuropa in seiner einstigen und heutigen Vielschichtigkeit. Der jahrzehntelang heruntergelassene „Eiserne Vorhang“ zwischen Ost und West von 1945 bis 1989 hat, zusammen mit neuen Reiserouten der Westdeutschen in die „westliche“ Welt, mentale Landkarten gravierend verändert. Die europäische Einigung seit 1989 hat diesen Abbruch so vieler Beziehungen zum „Osten“ oft nur vordergründig zu verändern vermocht. Man reist zwar nach Prag oder Budapest, um zu besichtigen oder um zu feiern, aber – das zeigen aktuelle Debatten nur zu oft – man hat die wiedergewonnenen Nachbarn nicht wirklich verstanden, nicht ernsthaft zu verstehen versucht, ist aber rasch bereit, sie von oben herab zu verurteilen.

Auch der „deutsche Osten“ im engeren Sinne ist mental für die meisten von uns Deutschen heute verloren, geistig untergegangen, vergessen. Wer weiß noch etwas über die Geschichte der Deutschen in Schlesien, in Ostpreußen oder gar im Baltikum, wer weiß um die Deutschen im kaiserlichen St. Petersburg und in Moskau oder um die Wolgadeutschen? Freilich gibt es in unserer Zeit auch neu erwachtes Interesse an den seit 1914/18, vor allem aber in den 1940er Jahren so grausam zerstörten Vielvölkergesellschaften des älteren Europa. Multikulturelle Stadtge-

⁴⁰ Vgl. Schwartz (wie Anm. 3); Frank (wie Anm. 13); Philipp Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa, Göttingen 2011.

⁴¹ Vgl. Frank (wie Anm. 12); Lynn Tesser: *Ethnic Cleansing and the European Union. An Interdisciplinary Approach to Security, Memory and Ethnography*, New York 2013.



Denkmal zur deutsch-polnischen Aussöhnung, Kreisau
Foto: Deutsch-polnisches Jugendwerk

schichten über lange aus dem Blick geratene Metropolen wie Breslau, Königsberg oder Lemberg haben Konjunktur.⁴² Es gibt sogar Stadtgeschichten über die gewaltsamen Umbrüche seit der Vertreibung der Deutschen.⁴³ Ein neuerliches Fragen mancher Menschen im „Westen“ trifft

sich mit der Suche nach historischen Wurzeln in der jungen Generation im Osten. Treffen kann man sich sogar in gemeinsamer Wiederentdeckung der Vertreibung der Deutschen nach 1945. Junge Polen oder Tschechen haben hier Brücken gebaut, die hoffnungsvoll stimmen.⁴⁴ ▲

42 Vgl. etwa Norman Davies/Roger Moorehouse: Die Blume Europas. Breslau – Wrocław – Vratislavia: Die Geschichte einer europäischen Stadt, München 2002; Jürgen Manthey: Königsberg. Geschichte einer Weltbürgerrepublik, München/Wien 2005; Lutz C. Kleveman: Lemberg. Die vergessene Mitte Europas, Berlin 2019.

43 Vgl. etwa Gregor Thum: Die fremde Stadt. Breslau 1945, München 2003; Per Brodersen: Die Stadt im Westen. Wie Königsberg Kaliningrad wurde, Göttingen 2008.

44 Vgl. etwa die Stellungnahmen und Aktionen junger Tschechinnen und Tschechen in der deutsch-tschechisch koproduzierten ARD-Dokumentation „Vertreibung – Odsun: Das Sudetenland“, <https://www.mdr.de/tv/programm/sendung907378.html> [Stand: 18.05.2021].

FLUCHT UND VERTREIBUNG IN DER PERSPEKTIVE DER GENERATIONEN

Fast 25 Prozent der heutigen deutschen Bevölkerung stammen aus einer Familie, die Flucht oder Vertreibung erlebt hat. Mittlerweile leben die Ur- und Ururenkelgeneration der sog. „Erlebnisgeneration“. In vielen Familien gibt es Geschichten von der alten „Heimat“, von „der Flucht“ oder auch „vom Kriege“, die immer wieder erzählt werden. Traditionen, Kochrezepte, Ausdrücke, Erinnerungsgegenstände – vieles erinnert auch nach 75 Jahren und mehr daran, dass die Wurzeln der Familie oder eines Teils davon woanders lagen. Der Umgang mit dieser Geschichte unterscheidet sich dabei ziemlich: Während die Einen ihr Leben lang ihre Geschichten von Flucht und Vertreibung immer wieder erzählten, entschließen sich die Anderen erst spät dazu. Wieder Andere haben dieses Kapitel ihres Lebens mit Schweigen belegt. Interessant ist in jedem Fall die Frage, wie die nachfolgenden Generationen die Biographien ihrer (Groß-) Eltern sehen und welche Auswirkungen diese auf die jeweiligen Familien hatte.

Im Folgenden finden sich einige subjektive Erzählungen und Gedanken zum Thema „Flucht und Vertreibung“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Redaktion hat mit

Personen aus verschiedenen betroffenen Generationen gesprochen, die auf ganz unterschiedliche Weise mit dem Thema in Berührung gekommen sind. Die Geschichten wurden anonymisiert, der Redaktion liegen die Namen der Erzählenden vor. An manchen Stellen wurden die Aussagen aus Gründen der besseren Lesbarkeit gekürzt oder sprachlich überarbeitet bzw. nur in Auswahl wiedergegeben.



Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit möchte gerne auch Ihre persönlichen Biographien, Geschichten, Erinnerungen usw. sammeln. Senden Sie uns gerne Ihre Aufzeichnungen (z.B. als Email, als Worddokument oder auch als Audioaufnahme) an:

Landeszentrale@blz.bayern.de

GENERATION I

Erinnerungen der Erlebnissgeneration (Vertriebene Erwachsene und/oder deren Kinder)

Sind Sie selber geflohen oder vertrieben worden oder gab bzw. gibt es jemanden in Ihrer Familie? Können Sie diese Geschichte ganz kurz skizzieren? (Verortung, Zeit, Ablauf, Ankunftsort(e))?



Meine Mutter floh gegen Ende des Zweiten Weltkriegs aus ihrem Heimatdorf Honet-schlag, heute Hodňov, im südöstlichen Böhmerwald, das nur vier Kilometer entfernt von Oberplan, dem Geburtsort Adalbert Stifters, liegt. Sie wuchs dort auf einem Bauernhof auf und begann mit 17 Jahren die Ausbildung zur Lehrerin an der Lehrerbildungsanstalt in der Kreisstadt Krumau.

Als die Rote Armee gegen Kriegsende dem Böhmerwald näherkam, hegte meine Mutter im Gegensatz zur übrigen Familie sehr schnell den Gedanken, ihre Heimat zu verlassen und nach Bayern zu fliehen, um dort die unterbrochene Lehrerausbildung abzuschließen und ein neues Leben zu beginnen. In einer Nacht- und Nebel-Aktion verließ sie das Elternhaus und fuhr mit dem Zug in Richtung Haidmühle, einen Grenzort im Bayerischen Wald. Während der Fahrt kontrollierten sie Soldaten – in ihrer Erzählung waren es russische – im Zug und fragten, wohin sie reisen möchte. In ihrer Angst, so erzählte sie später, versprach sie sich und gab Prag als Ziel an. Da die Soldaten offensichtlich dazu angehalten waren, die deutschsprachige Zivilbevölkerung zu schikanieren, musste Mutter an der nächsten Station nicht den Zug in Richtung Prag nehmen, sondern in eine andere. Ein Versprecher war ihre Rettung gewesen: So gelangte sie nach Bayern.

Ihr erster Ankunftsort entzieht sich meiner Kenntnis. Schließlich kam sie aber ins Rottal, wo sie sich als Magd auf einem Bauernhof verdingte. Hier musste sie unter anderem bei der Zuckerrüben-ernte helfen, die damals noch nicht maschinell

vonstatten ging. Mutters starker und ungebrochener Wille ließ sie an ihrem Wunsch nach Vervollständigung der Lehrerausbildung festhalten. Sie meldete sich bei den Behörden und bekam die Erlaubnis, das Lehrerstudium fortzusetzen. Abends nach getaner Arbeit widmete sie sich dem Lernen. Sie bestand die Prüfung und wurde in den Landkreis Wolfstein (heute Freyung-Grafenau) versetzt.

Ihre Familie hatte einen beschwerlicheren Weg zu beschreiten, bis sie in Bayern ankam. Nach einem sorgenvollen, ungewissen Jahr in Honet-schlag musste die Familie ihren Hof verlassen und mit wenig Handgepäck zuerst per LKW, dann per Bahn eine ungewisse Reise ins Erzgebirge antreten. Zwangsumsiedlung besiegelte ihr Schicksal für viele Jahre. In dem verlassenen Weiler Alezgrün bei Joachimsthal fand sie ihre erste Bleibe. Mutters Brüder wurden gezwungen, in den Bergwerken im Erzgebirge Uran abzubauen für das russische Atombombenprogramm. Nach einiger Zeit wurde die Familie nach Joachimsthal umgesiedelt, wo kurze Zeit später Mutters Vater verstarb. Erst 1967 durften alle Familienmitglieder nach Fürth in Bayern aussiedeln.

Welche Begriffe, Worte, Traditionen, Dinge, Redewendungen sind Ihnen aus der ehemaligen Heimat (oder der Ihrer/ihrer Familienangehörigen) bekannt/lieb und teuer oder vielleicht unangenehm/verhasst?



„Heiko Bam o, Schmolzko Rahm o, d’Sunn afghet, D’heigan steht.“ Ich habe leider versäumt, meine Mutter nach dem Sinn des Textes zu fragen, ich denke aber, es geht um die aufgehende Sonne und um das Aufstellen einer Kinderschaukel. Ich habe das Lied meinen Kindern auch vorgesungen.

Haben Sie und/oder Ihre Verwandten die frühere Heimat einmal besucht? Welche Erfahrungen haben Sie bei diesem Besuch/den Besuchen gemacht?



Das erste Mal waren wir im Jahr 1963 in Honetschlag. Ich war damals noch ein kleiner Junge, ich kann mich aber noch daran erinnern, dass wir den Friedhof dort besuchten, der völlig verwildert war. Meine Mutter und ihre Tante mussten sich erst einen Weg zu den mit mannshohem Gestrüpp zugewachsenen Gräbern bahnen.

Als wir 1985 wieder nach Honetschlag fuhren, stellten wir fest, dass im hinteren Teil des Elternhauses meiner Mutter nun Leute wohnten. Mutter konnte noch ein bisschen Tschechisch und kam mit ihnen ins Gespräch. Die Leute kamen aus Budweis. Sie hatten das Haus gekauft, selbst instandgesetzt und ausgebaut. Auf der Heimfahrt sagte meine Mutter, dass sie froh sei, dass das Haus wieder bewohnt werde und nicht komplett verfallende. Sie hatte nie irgendwelchen Groll gegen die neuen Bewohner ihres Heimatdorfes gehegt.



Abbildung: privat

Gibt es ein Ereignis oder eine Geschichte rund um die Flucht bzw. die Vertreibung, von dem bzw. von der immer wieder erzählt wird? Was glauben Sie, warum?



Mutter erzählte oft von Ihrem Rückmarsch nach Honetschlag unmittelbar nach der Flucht mit dem Zug und von zwei Ereignissen, bei denen sie sehr viel Glück hatte. Sie wollte Habseligkeiten holen und ihre Familie überreden, mit nach Bayern zu fliehen. In Honetschlag erfuhr sie, dass viele Bewohner bereits geflohen waren oder sich aufmachten zu fliehen. Die dortigen Soldaten hatten aber befohlen, dass die Familie die Tiere der verlassenen Anwesen zu versorgen hatte und im Dorf bleiben musste.

Während Mutters Aufenthalt in ihrem Heimatdorf kamen Soldaten auf den Hof. Dabei entdeckten diese wohl Mutters Schuhe am Fuße einer Leiter, die in den Dachboden eines Wohnhausanbaus führte, wo sie sich versteckte. Misstrauisch geworden starteten sie eine Suchaktion, die sie aber gottlob nicht zu Ende führten.

Beim nächtlichen Rückmarsch über den Dreisesel nach Bayern traf Mutter erneut auf tschechische Soldaten, die im Grenzgebiet patrouillierten. Bevor

sie ihrer habhaft werden konnten, versteckte sich Mutter unter einer Brücke über einem Bach. Hier musste sie eine ganze Weile im eiskalten Gebirgswasser ausharren, bevor die Soldaten die Suche erfolglos beendeten.

Das waren einschneidende Erlebnisse meiner Mutter, in denen sie große Angst hatte. Vielleicht war das wiederholte Erzählen dieser Geschichte eine Art der Verarbeitung.

Führen Sie bestimmte Persönlichkeitsmerkmale bei sich selbst oder bei Personen in Ihrer Familie auf die Flucht bzw. die Vertreibung zurück?



Ich kann bis heute keine Lebensmittel wegwerfen, oder nur schwer, weil ich als Kleinkind in den ersten drei Nachkriegsjahren mit meiner Familie in großer Not gelebt habe und mich daran auch erinnere. Ich engagiere mich mit meiner Lebenspartnerin, die auf andere Weise Opfer von Flucht war, heute für Menschen, die als Geflüchtete nach Deutschland kommen.



Ich hatte das Gefühl, dass sich die Angsterfahrungen, die meine Mutter während ihrer Flucht gemacht hatte, nachhaltig festgesetzt hatten. Sie hatte stets Ängste – sei es bei ihren eigenen Prüfungen, die später folgten, sei es, wenn wir Kinder unterwegs waren.

Was hat Sie von der einheimischen Bevölkerung am Ankunftsort unterschieden?



Die noch größere Armut. Meine Mutter musste beim Bauern um Milch für uns Kinder betteln gehen. Aber ansonsten fand ich in der Schulzeit (in den 1940er Jahren) die Unterschiede nicht sehr groß. Arm waren damals viele Menschen. Unter großer Wohnungsnot litten sehr viele Menschen im zerstörten Nachkriegsdeutschland. Ich beneidete meinen besten Schulfreund, weil er im Unterschied zu mir schöne Spielsachen hatte.



Zum einen hatte meine Mutter keinen Besitz, als sie in Bayern einen Neuanfang wagte. Zum anderen wies natürlich ihr böhmischer Dialekt Unterschiede zum niederbayerischen Dialekt im Bayerischen Wald auf.

Uns wurden die Unterschiede gesellschaftlicher Art oftmals auch deutlich aufgezeigt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass mich im Wirtshaus jemand als „Saubähm/Sauböhmen“ beschimpfte. Man darf nicht vergessen, dass die meisten Leute im Bayerischen Wald, wenn sie nicht direkt an der Grenze wie zum Beispiel in Finsterau oder Haidmühle lebten, keine Vorstellung von Böhmen und seinen Bewohnern hatten.

Hat sich die einheimische Bevölkerung für Ihre Geschichte interessiert?

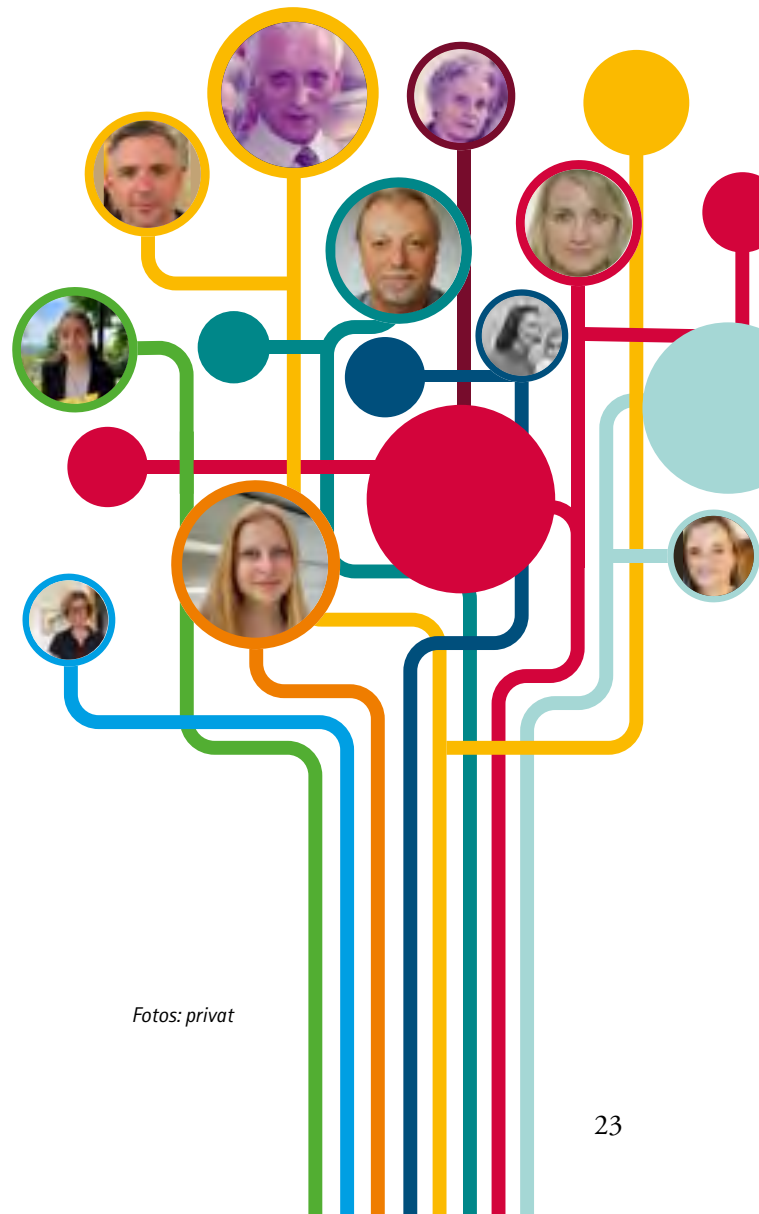


Meine Eltern haben sich sehr früh damit abgefunden, dass sie ihre Heimat für immer verloren hatten. Sie waren damals jung und sagten sich wohl: Hauptsache ist, wir leben, wenn auch auf Ruinen. Meine Eltern waren nie auf Flüchtlingstreffen oder in Flüchtlingsverbän-

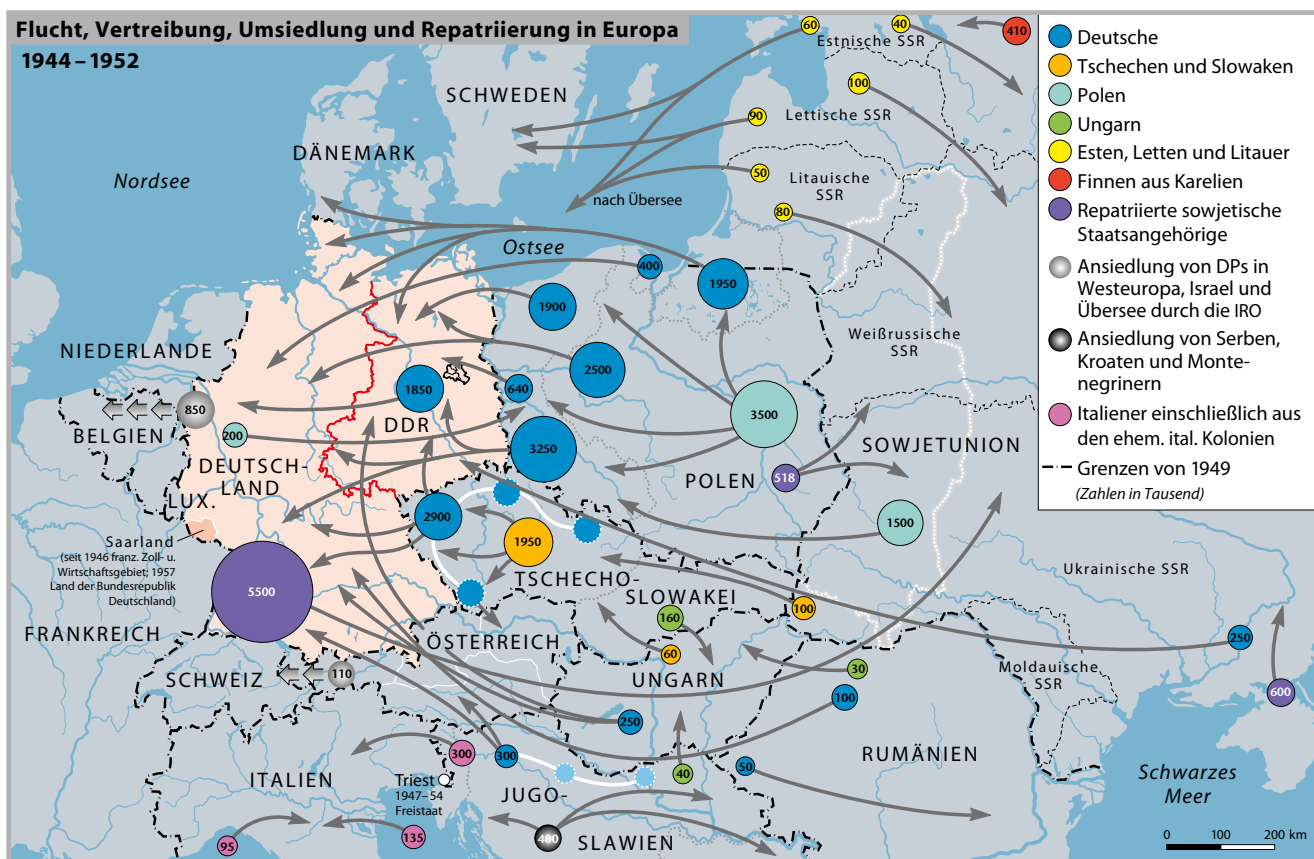
den organisiert. Knapp die Hälfte aus meiner ersten Schulklasse stammte aus Flüchtlingsfamilien. Mein damaliger Volksschullehrer hat uns einmal diktiert, welche Schüler aus meinem damaligen (neuen) Wohnort, welche aus unserem Bundesland und welche aus dem Osten kamen: Die Kinder, die aus dem Wohnort stammten, stellten gerade mal ein Drittel der Schüler/innen. Das Schulheft mit den Namenslisten habe ich aufbewahrt.



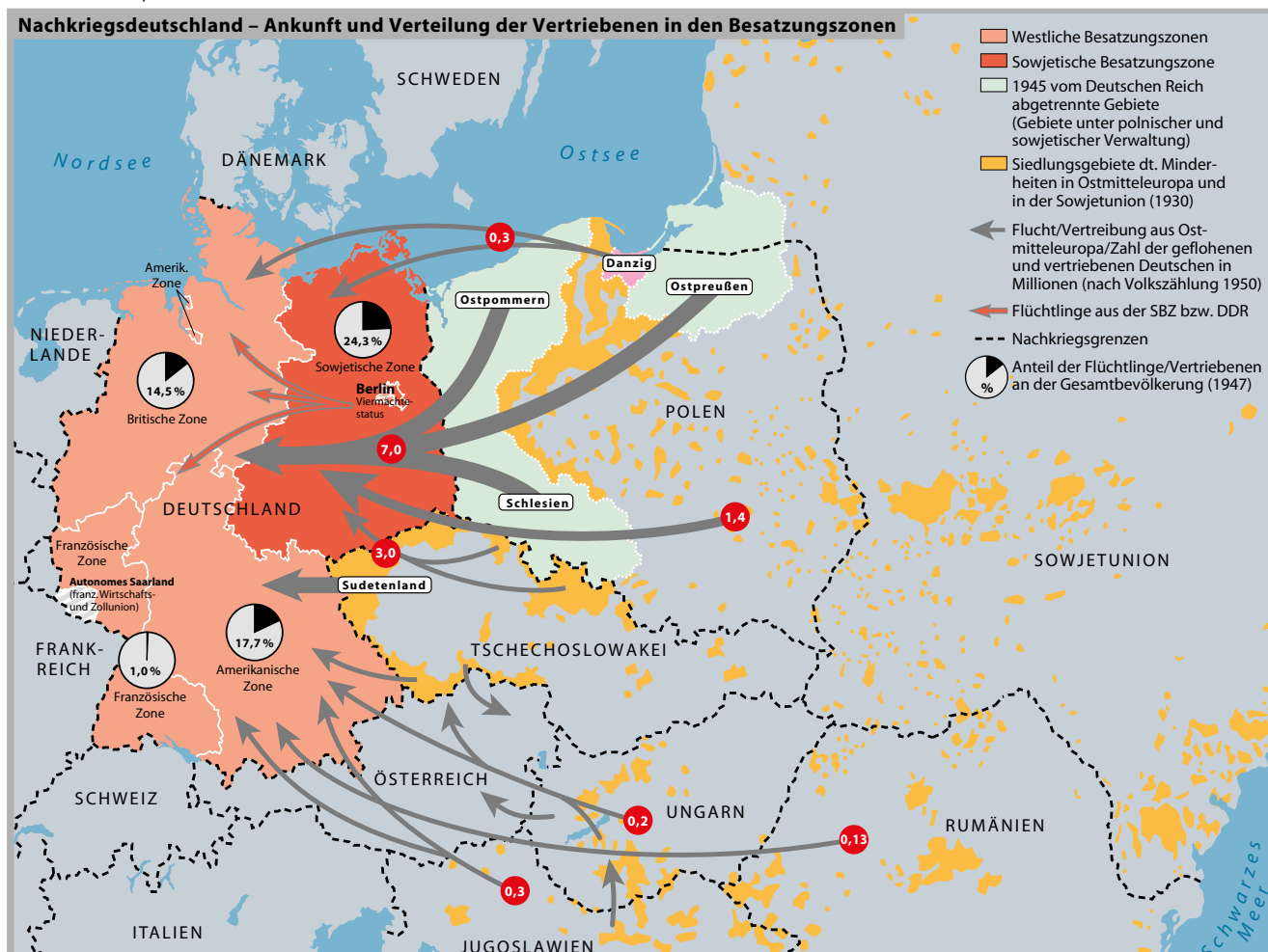
Nein. Im Grunde hatte meine Mutter ihre Geschichte nur innerhalb der Familie erzählt. Ein Grund, dass sich meine Mutter nicht mitteilen konnte, war wohl, dass sie eine Frau war. Wenn Familien zusammenkamen, haben hauptsächlich die Männer die Themen bestimmt und auch selbst erzählt, nicht die Frauen. ■



Fotos: privat



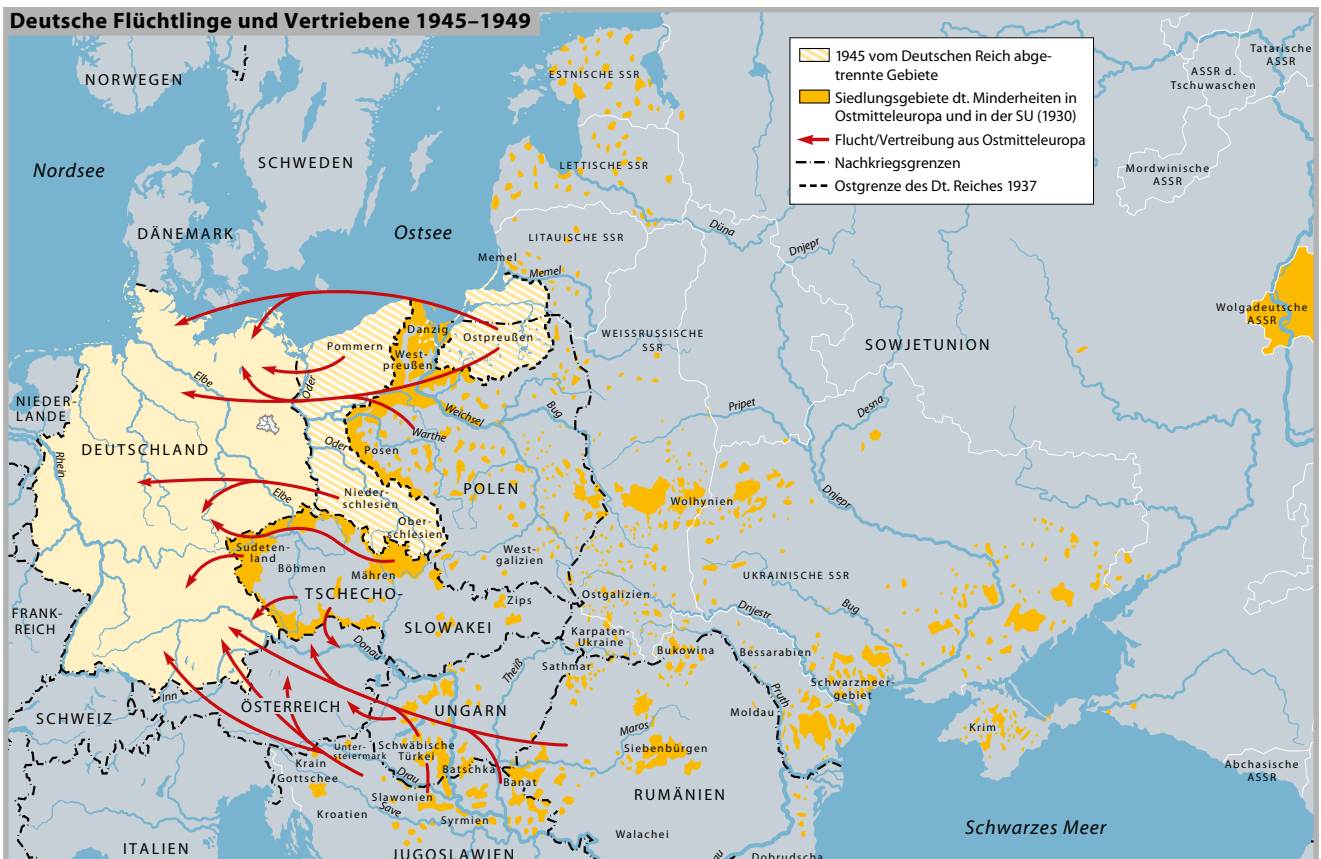
Karte: Peter Palm, Berlin



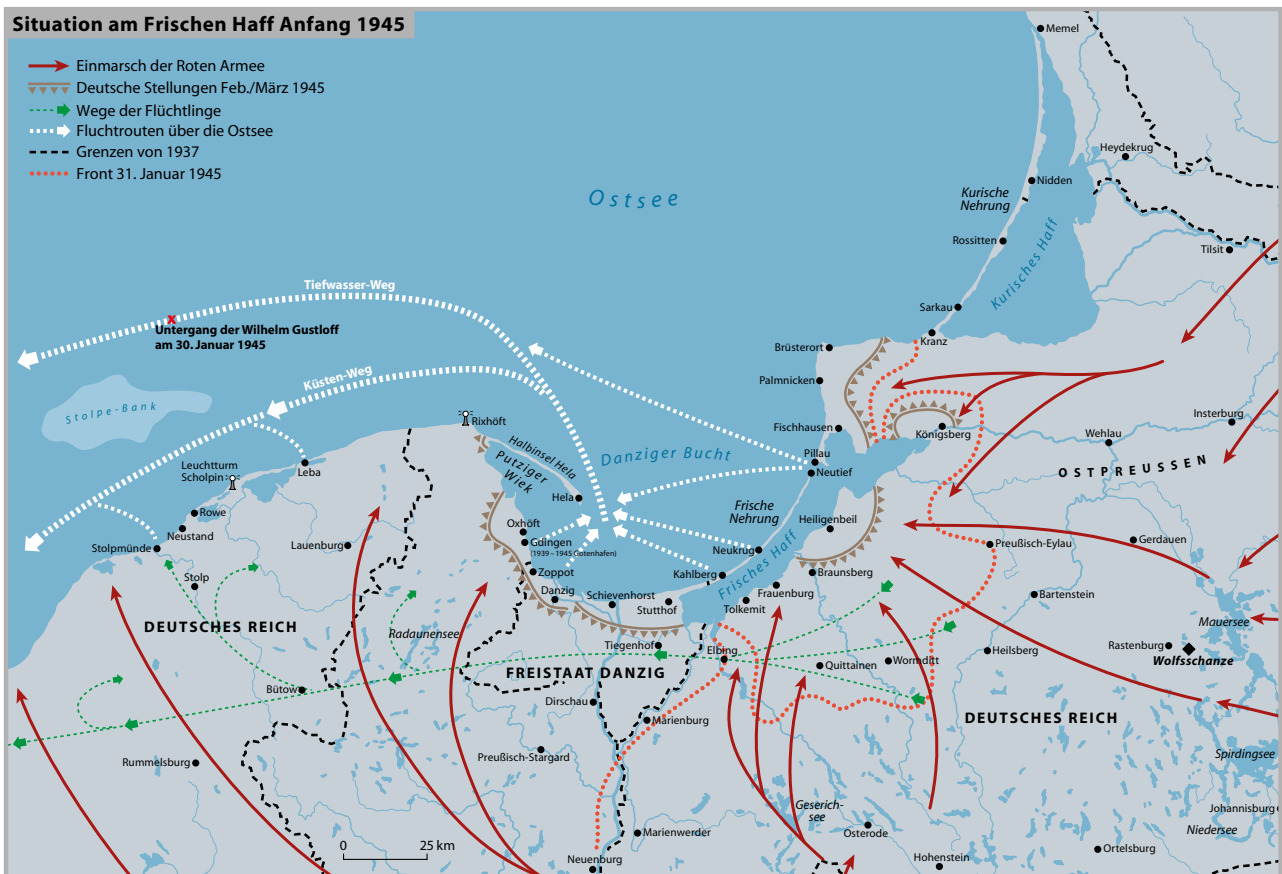
Karte: Peter Palm, Berlin



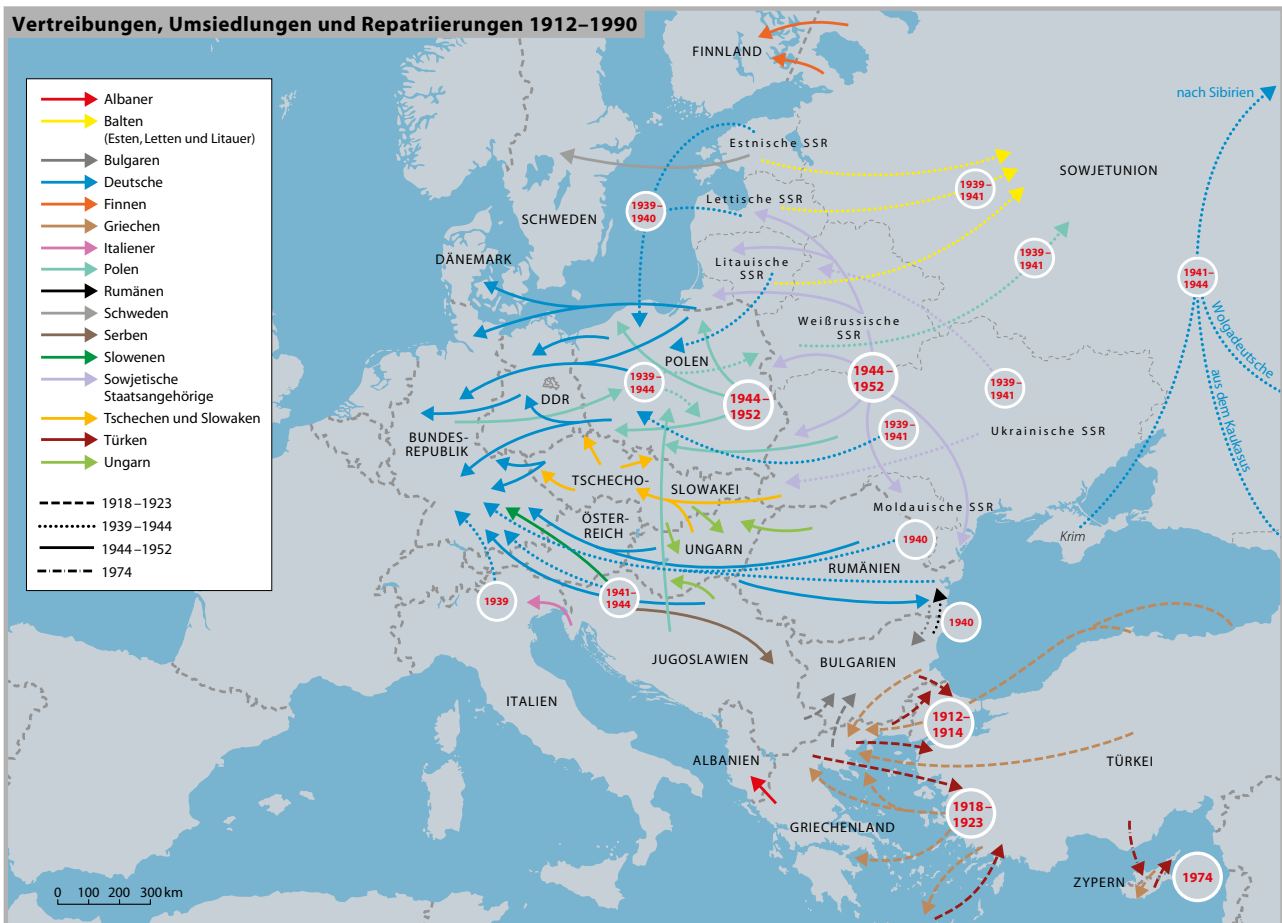
Karte: Peter Palm, Berlin



Karte: Peter Palm, Berlin



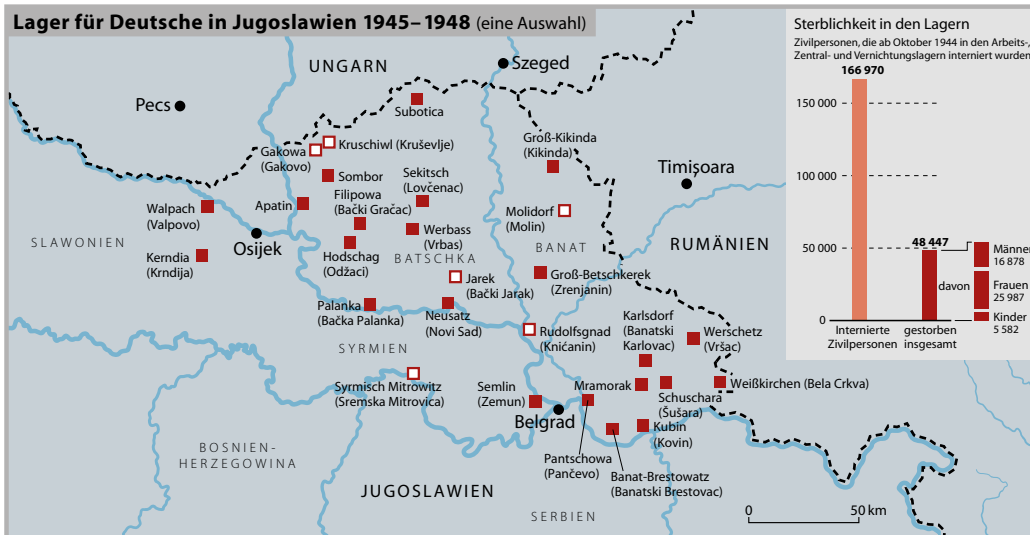
Karte: Peter Palm, Berlin



Karte: Peter Palm, Berlin



Karte: Peter Palm, Berlin



Karte: Peter Palm, Berlin



Karte: Peter Palm, Berlin



Konferenz von Jalta

von Alexander Weidle

Im Seebad von Jalta auf der Halbinsel Krim tagten vom 4. bis zum 11. Februar 1945 die Staatshäupter der alliierten Großmächte. Nur wenige Monate vor der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte berieten Franklin D. Roosevelt (USA), Josef Stalin (UdSSR) und Winston Churchill (GB) darüber, wie Deutschland aufgeteilt und wie mit den von ihm besetzten Gebieten nach Kriegsende verfahren werden sollte. Die Konferenz von Jalta war das zweite von insgesamt drei zentralen diplomatischen Treffen der Großmächte während bzw. nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Ihm voraus ging die sogenannte „Teheran-Konferenz“ (auch: EUREKA-Konferenz (Tarnname)). Sie fand vom 28. November bis 1. Dezember 1943 statt. Dort lag der Fokus auf dem Kriegsschauplatz Europa und wie der Krieg zu einem baldigen Ende zu bringen wäre. Im Hinblick auf die politische Neuordnung nach dem erwarteten Sieg der Alliierten einigte man sich darauf, dass Deutschland „entnazifiziert“ und demilitarisiert werden sollte. In anderen Punkten bestand aufgrund unterschiedlicher Interessen der Alliierten jedoch weiterhin Gesprächsbedarf: Insbesondere galt dies für die Aufteilung Deutschlands und die Zukunft der Länder Ost- und Südosteuropas, die Stalin in Jalta erfolgreich dem sowjetischen Interessensgebiet zuschlagen sollte. Für Roosevelt hatte die Kooperation mit der Sowjetunion im Kampf gegen Japan Vorrang, während Churchill das Ziel einer demokratischen (Neu-)Ordnung in Europa sowie eine Stärkung der Position Frankreichs verfolgte. In Jalta einigten sich die Alliierten unter anderem auf eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Besatzungszonen.

Die „Potsdamer Konferenz“ als drittes zentrales diplomatisches Treffen fand nach Kriegsende vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloss Cecilienhof bei Potsdam statt. Für den mittler-

weile verstorbenen Roosevelt nahm der amerikanische Präsident Harry S. Truman teil, Churchill wurde Ende Juli von seinem Nachfolger als Premierminister Großbritanniens, Clement R. Attlee, abgelöst. Die Potsdamer Konferenz konkretisierte die in Jalta gefassten Beschlüsse und schrieb sie im „Potsdamer Abkommen“ (2. August 1945) fest. Dessen wichtigste Inhalte sind als die „fünf D“ bekannt: Demokratisierung, Demilitarisierung, Demontage, Denazifizierung und Dezentralisierung. Weiter einigte man sich in Potsdam über die von Deutschland zu entrichtenden Reparationszahlungen, die politische und geografische Neuordnung Europas und den Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern. Was die künftige Grenzziehung betraf, hatte Stalin die meisten Gebiete östlich von Oder und Neiße schon vor der Potsdamer Konferenz polnischer Administration unterstellt. Die so geschaffenen Fakten wurden im „Potsdamer Abkommen“ bestätigt. Bei diesem handelte es sich jedoch nicht um einen internationalen Vertrag, sondern um eine gemeinsame Absichts- und Willensabklärung der Alliierten (= Konferenzkommunique). Für die teils seit Generationen, im Falle der von den Nationalsozialisten okkupierten Gebieten erst seit Kurzem dort lebenden Deutschen und Deutschsprachigen hatte dieser Beschluss weitreichende Folgen. Laut Abkommen sollte deren Umsiedlung „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ erfolgen. Doch erlebten viele stattdessen entbehrungsreiche Flucht, gewalttätige Vertreibung durch unterschiedliche Akteure im ostmittel- und südosteuropäischen Raum und Heimatverlust. Konkrete Zahlenangaben, wie viele Menschen mittel- und unmittelbar betroffen waren, sind kaum nachprüfbar. Die Angaben unterscheiden sich deshalb teilweise deutlich: Die Mehrzahl anerkannter Forscher spricht heute von rund zwölf Millionen.



Literaturangaben und -empfehlungen

- Wolfgang Benz: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1994.
- Andreas Grau/Markus Würz: Potsdamer Konferenz, in: Lebnediges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, online unter <<http://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/befreiung-und-besatzung/potsdamer-konferenz.html>> [Stand: 13.04.2016].
- o.A.: Die Potsdamer Konferenz, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Politik. Hintergrund aktuell, online unter <<https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/312929/die-potsdamer-konferenz>> [Stand: 16.07.2020].
- o.A.: Vor 75 Jahren: Konferenz von Jalta, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Politik. Hintergrund aktuell, online unter <<https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/304640/konferenz-von-jalta>> [Stand: 04.02.2020].



„Flucht und Vertreibung“ in Österreich

von Alexander Weidle

Auf dem Gebiet der Republik Österreich befanden sich zum Ende des Zweiten Weltkriegs neben ca. 6,5 Millionen Alteingesessenen gut 1,6 Millionen „Displaced Persons“. Die Behörden verstanden darunter die rund eine Million fremdsprachigen Personen, die z. B. durch Deportation und Zwangsarbeit Opfer der NS-Politik geworden waren, aber auch Deutschsprachige, die unter Rückgriff auf in der NS-Zeit übliche Begriffe als „Reichsdeutsche“ (ca. 260.000) und „Volksdeutsche“ (ca. 400.000) bezeichnet wurden. Die meisten waren in Folge von „Flucht und Vertreibung“ aus deutschsprachigen bzw. deutsch besiedelten Gebieten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa nach Österreich gelangt und galten zunächst als staatenlos. Dabei wurde Österreich nicht nur aus geographischen Gründen für sie zu einem der Hauptaufnahmelande, sondern auch, weil viele insofern einen Bezug zu dem Land hatten, als ihre Herkunftsgebiete noch bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zur Habsburgermonarchie gehört hatten. Obwohl Österreich und das Deutsche Reich spätestens seit dem „Anschluss Österreichs“ (1938) eng miteinander verflochten waren, stand das Land den Neuankömmlingen nach 1945 (zunächst) ablehnend gegenüber.

Nach dem Krieg versuchte Österreich, möglichst viele „Volksdeutsche“ in die Bundesrepublik zu vermitteln. Erst als man dort die Einreise unterband, erließ das Land Gesetze, die den nun als Ausländern geführten (ehemaligen) „Volksdeutschen“ zunehmend eine (dauerhafte) Integration ermöglichten. 1954 wurde mittels einer Erklärung ermöglicht, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Zuvor war der Zugang dazu mit Kriterien wie der Verwendungsmöglichkeit auf dem Arbeitsmarkt verbunden gewe-

sen. Etliche Heimatvertriebene zogen jedoch auch später noch aus Österreich weiter in die Bundesrepublik: Hier war es vor allem das Lastenausgleichsgesetz (siehe S. 30), von dem sich viele eine neue und sichere Existenz versprachen. Landsmannschaften als Interessensvertretungen von Heimatvertriebenen konnten sich in Österreich nie in gleicher Weise etablieren wie in der Bundesrepublik. Dort verfügten sie über Jahrzehnte über maßgeblichen politischen Einfluss und konnten erfolgreich (erinnerungs-) politische Themen setzen. In Österreich verhielt sich dies auch deshalb anders, weil zumindest bis Anfang der 1990er Jahre ohnehin ein Geschichtsbild in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg dominierte, wonach Österreich das erste „Opfer“ Hitlers und somit für die Verbrechen des gemeinsamen Staates nicht verantwortlich gewesen sei. Da die spezifischen Erfahrungen und Erzählungen der Geflüchteten und Vertriebenen dazu nicht im Widerspruch standen, fand eine umfassendere Auseinandersetzung mit dem Thema „Flucht und Vertreibung“ lange nicht statt. Seit den 1990er Jahren wurde das Feld vor allem durch die politische Rechte bedient. Dadurch veränderte sich auch das Selbstverständnis vieler Heimatvertriebenen (bzw. deren Nachkommen) in Österreich, die sich bis dahin häufig an die (west-) deutschen Verbände angeschlossen hatten: Aus den österreichischen „Heimatvertriebenen“ wurden vielfach „Altösterreicher“, womit andere Erzählungen und Geschichtsbilder ins Zentrum rückten als in der Bundesrepublik. Noch immer kommt dem Thema gesamtgesellschaftlich nur geringe Aufmerksamkeit zu – wenngleich sich während der letzten Jahre ein verstärktes wissenschaftliches Interesse andeutet.



Literaturangaben und -empfehlungen

- Melanie Dejnega: Nationalsozialismus und Zwangsmigration. Opferidentität und (Mit-) Täterschaft in lebensgeschichtlichen Interviews mit „volksdeutschen“ Evakuierten, Geflüchteten und Vertriebenen in Österreich, in: Ernst Langthaler/Ina Markova (Hg.): Landwirtschaft und Ernährung im Nationalsozialismus (= Zeitgeschichte 45, Heft 3, 2018), S. 391-422.
- Gaëlle Fisher: „Ethnic Germans“, „Expellees“ or „Old Austrians“: Identity Narratives and Memory Politics of Germans from Bucovina in Austria since 1945, in: Maren Röger/Alexander Weidle (Hg.): Bukowina-Deutsche. Erfindungen, Erfahrungen und Erzählungen einer (imaginierten) Gemeinschaft seit 1775 (Danubiana Carpathica 52), Berlin-Boston 2020, S. 147-168.
- Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hg.): Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Stuttgart 1997.
- Niklas Perzi: Flüchtlinge und Vertriebene in der Republik Österreich, 16.04.2015, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015, online unter <<http://www.ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32875>> [Stand: 16.04.2015].



Lastenausgleich

von Alexander Weidle

Das „Lastenausgleichsgesetz“ vom 14. August 1952 (LAG, auch: „Gesetz über den Lastenausgleich“) bildet den Kern bundesrepublikanischer Entschädigungsleistungen, die sich an Personen richteten, die in Folge des Zweiten Weltkrieges (materielle) Schäden erlitten hatten. Dabei ermöglichte der Lastenausgleich insbesondere vielen der rund zwölf Millionen Menschen eine neue Existenz, die zum Ende des Zweiten Weltkriegs infolge von „Flucht und Vertreibung“ aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und weiteren deutsch (sprachig) besiedelten Gebieten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa in das Gebiet der späteren Bundesrepublik gekommen waren. Ende der 1950er Jahre war das Gros der bis dahin eingegangenen Anträge auf Lastenausgleich abgearbeitet. Während der 1980er Jahre profitierten auch die später Ausgesiedelten sowie – nach der Wende – ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR von den Entschädigungsleistungen. Finanziert wurde der Lastenausgleich (rund 75 Milliarden Euro an Entschädigungsleistungen) mittels einer Kombination aus Ausgleichsabgaben (Hypotheken-, Kreditgewinn- und Vermögensabgaben) sowie über Steuern und Zuschüsse der Länder. Das LAG galt als Ausdruck einer Solidargemeinschaft: Wer Vermögen über den Krieg retten konnte, sollte die (materiellen) Lasten derjenigen auszugleichen helfen, die fast alles verloren hatten. Heute im Wesentlichen abgeschlossen, bleibt der Lastenausgleich als eine der größten finanziellen Unterstützungsmaßnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik in Erinnerung. In Öffentlichkeit und Wissenschaft firmiert er überwiegend als Erfolgsgeschichte und zentraler Beitrag zur (wirtschaftlichen) Integration der Geflüchteten und Vertriebenen nach 1945.

Noch vor der Gründung der Bundesrepublik fanden sich im sogenannten „Homburger Plan“ 1948 erste Vorschläge, wie durch eine Umverteilung von Besitz eine wirtschaftliche Eingliederung der von „Flucht und Vertreibung“ betroffenen Menschen ermöglicht werden könnte. Ein „Soforthilfegesetz“ trat bereits am 18.

August 1949 in Kraft. Es zielte auf eine grundsätzliche Existenzsicherung und wurde später durch das LAG weitergeführt: Inhalte waren Renten- bzw. Unterhalts- und Hausratshilfen oder Darlehen (insbesondere für den Wohnungsbau und Arbeitsplätze), später auch Kriegsschadenrente oder Ausbildungshilfe. Mit dem LAG gingen mehrere (und weitaus weniger bekannte) Gesetze einher, die den Umfang und die organisatorischen Schwierigkeiten des Vorhabens verdeutlichen: Das „Feststellungsgesetz“ (September 1953) beispielsweise bezog sich auf die Maßstäbe, nach denen verlorenes Vermögen festgestellt und bewertet wurde. Weitere Gesetze waren ein „Reparationsschädengesetz“ (RepG, Januar 1969) oder ein „Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz“.

Die Hauptorganisation des LAG lag beim Bundesausgleichsamt. Daneben wurden Landesausgleichsämter sowie zahlreiche Ausgleichs- und Zweigstellen eingerichtet. Heimatauskunftsstellen (HAST) hatten u. a. zur Aufgabe, sich um Lösungen für Schadensnachweise zu bemühen. Denn häufig waren Unterlagen in Folge von „Flucht und Vertreibung“ verloren gegangen. Dabei waren in den HAST vielfach Personen tätig, die selbst als Vertriebene in die Bundesrepublik gekommen waren: Gerade sie standen in besonders enger Verbindung zu den ab 1949 gegründeten Landsmannschaften, die die Interessen der verschiedenen Vertriebenengruppen (Sudetendeutsche, (Ober-) Schlesier, aber auch kleinere Gruppen wie Bukowina- oder Bessarabiendeutsche) mitunter energisch nach außen vertraten. Im Rahmen des LAG waren die Landsmannschaften etwa an der Beschaffung und Bestätigung fehlender Informationen (z. B. „Deutschtumsnachweise“) beteiligt. Unterstützt wurden primär zahlende Vereinsmitglieder, wodurch die Landsmannschaften von Seiten der Behörden top-down legitimiert wurden: Wer (staatliche) Entschädigungsleistungen erhalten wollte, hatte so häufig schlicht keine andere Wahl, als den Verbänden beizutreten.



Literaturangaben und -empfehlungen

- Henning Bartels: Überblick über den Lastenausgleich. Beitrag auf der Konferenz „Kriegsfolgenarchivgut“ in Bayreuth, 14.10.2019, online unter <<https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Aufsaeetze/kriegsfolgenarchivgut-p1-bartels.html>> [Stand: 14.10.2019].
- Mathias Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen, München 2011.
- Benjamin Härte: Der Lastenausgleich im Spiegel der zeitgenössischen deutschen Presse. 1949 bis 1979, Univ.-Dissertation, Bonn 2010.

- Karsten Kühnel: Das Lastenausgleichsarchiv und seine Bestände, online unter <<https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Aufsaeetze/kriegsfolgenarchivgut-kuehnel.html>> [Stand: 28.11.2020].
- o.A., weitere Gesetze zum Lastenausgleich, in: Lastenausgleich, hg. durch das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen, online unter <<https://www.badv.bund.de/DE/Lastenausgleich/HistorieLastenausgleich/WeitereGesetze/start.html>> [Stand: 12.03.2021].

i

Vertriebenenstädte

von Alexander Weidle

Im Kontext von „Flucht und Vertreibung“ veränderten sich nicht nur staatliche Zugehörigkeiten, sondern auch Sozialstrukturen und Stadtbilder. Dies gilt für die „alte Heimat“, aus der die sogenannten Heimatvertriebenen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges kamen, ebenso wie für Städte und Dörfer in Österreich und den alliierten Besatzungszonen bzw. der 1949 gegründeten Bundesrepublik oder der DDR. Schon bald nach Kriegsende trugen neu entstehende Stadtrandsiedlungen fast überall zu einem veränderten Stadtbild bei. Am Rande bestehender Siedlungen schufen Kommunen und Städte neuen Wohnraum, nachdem die Heimatvertriebenen nach Kriegsende zunächst meist noch in Flüchtlingslagern untergebracht gewesen waren. In den neuen Siedlungen konnten sich viele von ihnen, ermöglicht auch durch Unterstützung im Rahmen des Lastenausgleichsgesetzes (siehe S. 30), eigene Häuser leisten. Dass sie sich geschlossen und in großen Gruppen an einem Ort niederließen, war jedoch grundsätzlich nicht vorgesehen. So sollte eine schnelle Integration in die „neue Heimat“ garantiert werden. Neben Schleswig-Holstein wurde Bayern zu einem der wichtigsten Aufnahmegebiete in der Bundesrepublik. Von insgesamt rund zwölf Millionen Heimatvertriebenen ließen sich dort knapp zwei Millionen Menschen nieder. In Bayern entstanden vier bzw. fünf eigenständige Ansiedlungen, die heute als „Vertriebenenstädte“ bezeichnet werden: Geretsried, Traunreut und Waldkraiburg in Oberbayern, Neutraubling in der Oberpfalz sowie Neugablonz im Allgäu, Letzteres seit 1950 ein Stadtteil von Kaufbeuren. Alle wurden nach 1945 auf ehemaligem NS-Wehrmachtsgelände gegründet und zu Sammelpunkten von Heimatvertriebenen, vor allem für Sudetendeutsche, die aus Gebieten des heutigen Tschechiens gekommen waren. Die Sudetendeutschen avancierten, auch aus Gründen ideeller Integrationsanreize an die Neubürgerinnen und Neubürger, offiziell zum „vierten Stamm Bayerns“ – neben den Altbayern, Franken und Schwaben. Dadurch wurde den Einheimischen vermittelt, dass die Neuankömmlinge dauerhaft zur bayerischen Bevölkerung gehören sollen. Viele von ihnen brachten spezifische (industrielle)



In Neugablonz bei Kaufbeuren ist die „alte Heimat“ nicht nur im Ortsnamen präsent: Dort finden sich auch ein Gablonzer Haus mit Isergebirgs-Museum, mehrere Denkmäler oder ein Themenpfad. Auch die staatliche Berufsfachschule für Glas und Schmuck ist hier ansässig: Ihre Ansiedlung dort war Ausdruck der Bedeutung der „Flüchtlingsindustrie“, durch die Neugablonz zu einem der führenden Modeschmuckzentren der (jungen) Bundesrepublik wurde.

Foto: Alexander Weidle

Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten mit, und insbesondere in den Vertriebenenstädten gelang es, die sogenannte „Flüchtlingsindustrie“ erfolgreich (neu) aufzubauen. Dazu zählten z. B. die Schmuckindustrie, die Glasherstellung oder der Musikinstrumentenbau. Schon Ende der 1940er Jahre existierten allein in Bayern rund 2.400 „Flüchtlingsunternehmen“: Viele von ihnen boten auch Einheimischen einen Arbeitsplatz und waren im Exportgeschäft erfolgreich. Die (Neu-) Gründungen waren wirtschaftlich bedeutend für die Regionen, wodurch der politische Einfluss der Heimatvertriebenen wuchs. Neben den Sudetendeut-

schen ließen sich dort – sowohl gleichzeitig als auch später – Heimatvertriebene und Ausgesiedelte aus anderen Herkunftsregionen nieder. Vor Ort zeigt sich dies noch heute an zahlreichen Vereinen mit Bezug zur „alten Heimat“. So sind zum Beispiel in Neugablonz neben den Sudetendeutschen vor allem die sogenannten Russlanddeutschen vernetzt, die nach 1990 in großer Zahl nach Bayern kamen und nach wie vor ein reges Vereinsleben pflegen. Aber auch Straßen- und Platzbezeichnungen mit Bezug zur „alten Heimat“, die es in den Vertriebenenstädten besonders häufig gibt, spiegeln die Bedeutung der Herkunftsregionen wider.



Literaturangaben und -empfehlungen

- Martin Renghart: Vertriebenengemeinden und -siedlungen, in: Historisches Lexikon Bayerns, online unter <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Vertriebenengemeinden_und_-siedlungen> [Stand: 18.12.2017].
- Barbara Würnstl: Die Vertriebenenstädte – zwischen Altlasten und Neubeginn. Stadtgründungen auf ehemaligen Rüstungswerken in Bayern im städtebaulichen Kontext von Kontinuität, Neuorientierung und Integration in der frühen Bundesrepublik, Univ.-Dissertation, Berlin 2018.
- Walter Ziegler: Integration oder Nichtintegration. Die „Flüchtlingsstädte“ in Bayern 1945-1990, in: Hans-Joachim Hecker/Andreas Heusler/Michael Stephan (Hg.): Stadt, Region, Migration. Zum Wandel urbaner und regionaler Räume (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung 42), Ostfildern 2017, S. 165-188.



Der Umgang mit „Flucht und Vertreibung“ in der ehemaligen DDR

von Alexander Weidle

Als Folge des Zweiten Weltkriegs kamen durch „Flucht und Vertreibung“ insgesamt rund zwölf Millionen Menschen aus den ehemals deutschen bzw. von Deutschsprachigen besiedelten Regionen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Auch aus geographischen Gründen war dabei der Anteil derer, die zunächst in der sowjetischen Besatzungszone bzw. der späteren Deutschen Demokratischen Republik (DDR, 1949-1990) Aufnahme fanden, besonders hoch. 1949 lebten dort rund 4,3 Millionen Menschen, die von „Flucht und Vertreibung“ betroffen waren – damals gut ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Während sich in den westlichen Besatzungszonen bzw. der „alten“ Bundesrepublik Begriffe wie „(Heimat-) Vertriebene“ oder

„Flüchtlinge“ etablierten, wurden die Betroffenen in der DDR bewusst erst als „(ehemalige) Umsiedler“, später als „Neubürger“ bezeichnet. Hintergrund war, dass in der DDR eine spezifische Integrationspolitik verfolgt wurde, die sich auch sprachlich niederschlug. Die „Neubürger“ sollten sich möglichst schnell integrieren und sich ebenso wie die Einheimischen als (sozialistische) Bürgerinnen und Bürger der DDR begreifen. Eine eigenständige Erinnerungskultur, wie sie in der Bundesrepublik von den Vertriebenenverbänden etabliert und verbreitet wurde, war unerwünscht. Aus diesem Grund war ihnen auch die Bildung politischer Interessensverbände untersagt.

Während es in der Bundesrepublik zahlreiche Möglichkeiten gab, sich der „alten Heimat“ zu erinnern, fand eine solche Erin-

nerung in der DDR zumeist im privaten Rahmen statt. Gerade auf Hochzeiten war die „alte Heimat“ Gesprächsstoff, denn hier versammelte sich die ganze Familie.

Bereits 1950 hatte die DDR, die enge Beziehungen zu den anderen sozialistischen Staaten unterhielt, die Oder-Neiße-Linie als ihre Ostgrenze zu Polen anerkannt. Die Bundesrepublik sollte damit erst 20 Jahre später folgen (= „neue Ostpolitik“, siehe S. 34/35). Im selben Jahr wurde in der DDR ein „Umsiedlergesetz“ erlassen, das allerdings nur wenige Jahre Bestand hatte und als „Hilfe zur Selbsthilfe“ verstanden wurde. Die DDR-Regierung lehnte den bundesrepublikanischen Lastenausgleich (siehe S. 30) ab, und abgesehen von einigen Maßnahmen im Rahmen des Umsiedlergesetzes (z. B. staatliche Kreditgabe), gab es keine ähnlich umfangreichen Entschädigungen wie in Westdeutschland. Stattdessen profitierten die Betroffenen viel eher von Gesetzen, die auch für die übrige Bevölkerung der DDR galten, sowie einer sich im Laufe der 1960er Jahre generell verändernden gesellschaftlichen Situation (schnelle Aufstiegschancen, weil politisch Unerwünschte entlassen wurden; freie Arbeitsplätze durch

„Republikflucht“ in den Westen etc.). Viele Betroffene und ihre Familien fanden in der DDR ihre „neue Heimat“. Dennoch war gerade unter den „Republikflüchtlingen“ die Zahl derer, die schon einmal ihre Heimat verlassen mussten, besonders hoch: Bis zum Mauerbau 1961 verließen von circa 4,3 Millionen im Jahr 1949 rund 900.000 Menschen die DDR in Richtung Westen. Die Gründe dafür waren vielfältig. Neben der Attraktivität des LAG dürften auch die Schilderungen von Familienangehörigen eine Rolle gespielt haben, die im Westen lebten und von guten Chancen berichteten, sich dort ein neues Leben aufzubauen. Wie in der gesamten Bundesrepublik setzte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach 1990 ein Erinnerungsboom an „Flucht und Vertreibung“ ein. Damit verbunden war nicht nur ein sprachlicher Wandel – der Begriff „Vertriebene“ etablierte sich nun zunehmend auch dort –, sondern ebenso eine intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. So wurden in den frühen 1990er Jahren zahlreiche herkunftsbezogene Vereine gegründet, die sich häufig den bundesrepublikanischen landsmannschaftlichen Verbänden anschlossen.



Foto: Archiv für Schriftgut und Medien des Bukowina-Instituts an der Universität Augsburg, Interviewsammlung, 2019_36, Hochzeitsfoto einer „bukowina-deutschen“ Familie bei Bitterfeld (nun Sachsen-Anhalt), ca. 1950er Jahre



Literaturangaben und -empfehlungen

- Heike Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz: Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989, München 2011.
- Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000.
- Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999.
- Michael Schwartz: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR. 1945 bis 1961, München 2004.
- Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, Köln 2005.



Ostverträge 1970-73

von Alexander Weidle

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte eine knapp vierzigjährige Phase ein, die als „Kalter Krieg“ bezeichnet wird. Damit wird der globale Konflikt zwischen den westlichen Staaten unter der Führung der USA und dem sogenannten „Ostblock“ unter der Führung der Sowjetunion bezeichnet. Die beiden deutschen Staaten Bundesrepublik und DDR waren davon besonders betroffen, denn zwischen ihnen verlief die wohl symbolträchtigste Grenze zwischen den Machtblöcken. Unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD, Kanzler 1969-1974) orientierte sich die Bundesrepublik in Richtung einer politischen Entspannung, was durch ein verändertes Bewusstsein in den USA und der UdSSR begünstigt wurde. Im Rahmen der sogenannten „Neuen Ostpolitik“ schloss die sozialliberale Bundesregierung zwischen 1970 und 1973 mehrere Verträge, die als „Ostverträge“ bezeichnet werden: Sie trugen zur Stabilisierung der politischen Lage bei und damit zur Entspannung des „Kalten Krieges“. Denn immer bestand die Möglichkeit, dass sich daraus ein tatsächlicher, also „heißer“ Konflikt entwickeln konnte. Die „Ostverträge“ können mit als Wegbereiter des Mauerfalls und der Wiedervereinigung gelten.

Im Juli 1963 hielt der SPD-Politiker Egon Bahr auf einer Tagung im bayerischen Tutzing eine Rede, deren Titel in die Geschichte eingehen sollte: In „Wandel durch Annäherung“ forderte er, die andauernde Konfrontation zwischen Ost und West durch einen Prozess der friedlichen Veränderung zu ersetzen. Die Rede stieß auf eine kritische Resonanz: Nicht nur die Christsozialen wiesen die Vorschläge vehement zurück, sondern auch der Außenminister der DDR und einige SPD-Abgeordnete äußerten sich ablehnend. Denn für viele Menschen war ein Abtreten der ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches zum damaligen Zeitpunkt unvorstellbar. Obwohl der Berliner Senat unter dem damaligen Bürgermeister Willy Brandt nur wenige Monate

später ein „Passierscheinabkommen“ mit der DDR schloss, das die seit 1961 bestehende Mauer zwischen Ost- und Westberlin durchlässiger machte und über die Weihnachtszeit innerstädtisch grenzüberschreitende Besuche bei Verwandten im Osten ermöglichte, ging dieser Prozess im Laufe der folgenden Jahre nur langsam voran. Mit der Wahl Willy Brandts 1969 zum Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP änderte sich dies. Brandt gab – gegen den Widerstand der CDU/CSU – den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik (= „Hallstein-Doktrin“ unter Konrad Adenauer, 1955) über ganz Deutschland auf und forderte, den Status quo in Europa anzuerkennen. In kurzer Zeit wurden mehrere Verträge unterzeichnet, die langfristig zu einer Entspannung beitrugen: Der Moskauer Vertrag (Bundesrepublik/Sowjetunion, August 1970) schrieb eine gewaltfreie Konfliktlösung fest und implizierte letztlich eine De-facto-Anerkennung der innereuropäischen Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen Polen und der DDR. Entsprechend verpflichteten sich die Bundesrepublik und Polen im nachfolgenden Warschauer Vertrag (Bundesrepublik/Volksrepublik Polen, Dezember 1970) zur wechselseitigen Achtung ihrer territorialen Integrität einschließlich der polnischen Westgrenze. In der Bundesrepublik lehnten dies nicht nur die Unionsparteien ab, sondern auch viele Vertriebenenverbände sprachen sich unmissverständlich gegen die Verträge aus. Denn diese implizierten die Anerkennung der Tatsache, dass die „alte Heimat“ in den ehemaligen Ostgebieten nicht wiederzugewinnen sein würde. Im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag steht eines der berühmtesten Bilder deutscher Geschichte: der Kniefall Willy Brandts vor dem Mahnmahl für die jüdischen Opfer des Aufstands im Warschauer Ghetto.



Das Denkmal für die Helden des Ghettos (pl. Pomnik Bohaterów Getta) in Warschau (pl. Warszawa), an dem Willy Brandt sich 1970 niederkniete. In unmittelbarer Nähe des Denkmals existieren heute ein Willy-Brandt-Platz (pl. Skwer Will'ego Brandta) sowie eine Bronzetafel, die an den Kniefall erinnern.

Foto: Alexander Weidle

1971 erhielt Willy Brandt den Friedensnobelpreis für seinen Beitrag zum Frieden und zur Entspannung zwischen Ost und West. Als letzter der Verträge mit den östlichen Nachbarstaaten wurde 1973 der Prager Vertrag (Bundesrepublik/Tschechoslowakei) geschlossen. Er erklärte die Nichtigkeit des Münchener Abkommens von 1938 und bestätigte die Grenzen der Tschechoslowakei. Dieser Vertrag stieß vor

allem bei den Sudetendeutschen auf viel Kritik. Auf die genuin bilaterale Phase der „Neuen Ostpolitik“ (1970-1973) folgten anschließend multinationale Bemühungen um eine Vertiefung der Entspannungspolitik, die allerdings nur wenig Erfolg zeigten. Die „Neue Ostpolitik“ gilt heute zugleich als Ausdruck und Grundlage zunehmender Entspannung zwischen Ost und West.



Literaturangaben und -empfehlungen

- Andreas Grau: Neue Ostpolitik, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, online unter <<http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-modernisierung/neue-ostpolitik.html>> [Stand 05.05.2003].
- Anna Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957-2004). Selbst- und Fremddarstellungen eines Vertriebenenverbandes, Marburg 2012.
- Volker Kronenberg: Grundzüge deutscher Außenpolitik 1949-1990, in: Deutsche Außenpolitik (Informationen zur politischen Bildung, Heft 304), hg. durch die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2009.
- Matthias Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949-1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht, Berlin 2012.
- Wilfried von Bredow: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung (Studienbücher Außenpolitik und Internationale Beziehungen), Wiesbaden 2008.



Erinnerungsprojekte

von Alexander Weidle

Als „Erinnerungsprojekte“ im Kontext von „Flucht und Vertreibung“ können generell Vorhaben bezeichnet werden, in deren Rahmen unterschiedliche (vornehmlich individuelle und subjektive) Perspektiven auf „Flucht und Vertreibung“ realisiert und/

oder bewahrt werden. Dazu zählen größere und kleinere Projekte mit mündlichen oder schriftlichen Erzählungen, professionelle Oral-History-Interviews oder Sammlungen von persönlicher Korrespondenz, Tagebüchern, Kochrezepten oder dinglichem Gut.

Der Begriff kann im engeren oder weiteren Sinne verstanden werden: Zu Letzterem zählen auch (institutionalisierte) Gedenktage, Denkmäler oder Publikationen ((Heimat-)Gedichte, Sammlungen von Kochrezepten etc.).

Die Erforschung von „Flucht und Vertreibung“ konzentrierte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lange auf die Ereignisgeschichte oder auf heterogene Prozesse der Integration in die (primär bundesrepublikanische) Mehrheitsgesellschaft. Das wohl früheste und gleichsam populärste Erinnerungsprojekt, das Erzählungen und Erfahrungen ins Zentrum stellte, wurde unmittelbar nach der Gründung der Bundesrepublik angestoßen. Von 1951 bis mindestens 1961 finanzierte das damalige Bundesministerium für Vertriebene mit rund dreieinhalb Millionen DM die groß angelegte „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa“. Das Projekt hatte den Anspruch, die Erfahrungen Betroffener für die Zukunft zu bewahren. Heute geben die rund 5.000 publizierten Seiten nicht nur Einblicke in Erzählungen aus den 1950er Jahren, sondern erlauben auch Perspektiven auf das Verhältnis von Politik und (Zeit-) Geschichte in der frühen Bundesrepublik. Indem es die vorangegangenen NS-Verbrechen (insbesondere an Jüdinnen und Juden) ausklammerte und weil ein letzter Band zur Einordnung von „Flucht und Vertreibung“ in Kontinuitäten „ethnischer Säuberungen“ im 19. Jahrhundert nicht publiziert wurde, kann das Projekt als Beleg dafür herangezogen werden, dass Erinnerungsprojekte immer auch im Kontext der jeweiligen Zeit und politischer Absichten zu lesen sind.

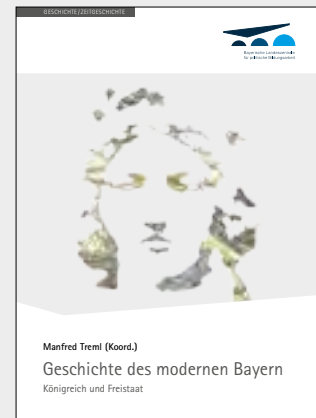
Weitere frühe Erinnerungsprojekte wurden häufig durch die Kultur- und Sprachwissenschaft initiiert. Wichtige Initiatoren zur Erarbeitung von Projekten waren aber auch die unterschiedlichen Vertriebenenorganisationen. Die Oral History, heute methodische Grundlage vieler Erinnerungsprojekte, etablierte sich in (West-) Deutschland ab den 1980er Jahren. Erzählungen zu „Flucht und

Vertreibung“ waren während dieser Zeit häufig auch Beifang von Erinnerungsprojekten, die sich nicht genuin mit „Heimatvertriebenen“ auseinandersetzten. U. a. erarbeiteten beispielsweise Lutz Niethammer, Alexander von Plato oder Dorothee Wierling aus frühen Oral-History-Projekten (z. B. dem LUSIR-Projekt (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, 1980er Jahre) oder frühen Projekten in der DDR) Fragestellungen zu Prozessen der Neubeheimatung. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten setzte in Bezug auf „Flucht und Vertreibung“ ein gesellschaftlicher Erinnerungsboom ein. Seitdem lässt sich auch in der Forschung ein Wandel hin zur Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte konstatieren. In den Blick rückten vermehrt individuelle Perspektiven. Verstärkt wird seitdem auch die ehemalige DDR in den Blick genommen. Bis zur „Wende“ durften sich Betroffene dort nicht organisieren, weshalb es insgesamt wesentlich weniger Erinnerungsprojekte als in den „alten Ländern“ gab. Heute liegt ein zentraler Fokus der Forschung auf der Nachgeschichte von „Flucht und Vertreibung“, also z. B. der Rolle der Landsmannschaften und ihren zentralen Akteuren, von denen sich viele schon in der NS-Volkstumsarbeit engagiert hatten, oder auf Fragen der Integration der Heimatvertriebenen. Weitere Schwerpunkte liegen auf Kontinuitäten und Brüchen im Erzählen oder auf einer sich wandelnden Erinnerungskultur: Welche Bedeutung(en) kommen der „alten Heimat“ aus heutiger Perspektive und den individuellen Erfahrungen von Heimatverlust und Neubeheimatung zu? Welche Medien und Praktiken des Erinnerns (z. B. Vertriebenenpresse und literarische Zeugnisse, Heimmattage oder Publikationen) wurden etabliert? Welche Interessen verfolgten zentrale Akteure, und wie gelang es, unter (ehemaligen) Betroffenen Gemeinschaft zu stiften? 75 Jahre nach „Flucht und Vertreibung“ steht verstärkt auch die intergenerative Tradierung von Erzählungen im Fokus.



Literaturangaben und -empfehlungen

- Mathias Beer: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345-389.
- Gaëlle Fisher: Resettlers and Survivors. Bucovina and the Politics of Belonging in West Germany and Israel, 1945-1989, New York-Oxford 2020.
- Maren Röger: Ereignis- und Erinnerungsgeschichte von „Flucht und Vertreibung“. Ein Literaturbericht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 62 (2014), S. 49-64.
- Eva Hahn/Hans Henning Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn-München-Wien 2010.
- Stephan Scholz/Maren Röger/Bill Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken, Paderborn 2015.



Andreas Kossert stellt das Schicksal von Flucht, Vertreibung und anderen Formen von erzwungener Migration als Menschheitschicksal dar, das in ganz unterschiedlichen Erscheinungsformen existiert. Immer nah an den Einzelschicksalen und auf bewegende Weise zeigt der Autor, welche existenziellen Erfahrungen von Entwurzelung und Anfeindung mit dem Verlust der Heimat einhergehen - und warum es für Geflüchtete und Vertriebene zu allen Zeiten so schwer ist, in der Fremde neue Wurzeln zu schlagen. Ob sie aus Ostpreußen, Syrien oder Indien flohen: Geflüchtete sind und waren Akteure der Weltgeschichte.

Best.-Nr.: 05811110

Böhmen war seit dem Mittelalter eine Region, in der politische, religiöse und ethnische Gegensätze aufeinandertrafen: Tschechische und deutsche, christliche und jüdische Einflüsse bestanden nebeneinander, vielfach sich wechselseitig befruchtend, oft jedoch auch konfliktträchtig. Dieser Band geht auf eine Tagung mit dem Titel „Deutschland und die böhmischen Länder in Vergangenheit und Gegenwart“ 2012 in Würzburg zurück, wo deutsche und tschechische Historikerinnen und Historiker über gemeinsame, aber auch trennende Facetten der Geschichte diskutierten.

Best.-Nr.: 05811031

Geschichte Polens im 20. Jahrhundert v. Włodzimierz Borodziej, München 2010. Im 20. Jahrhundert hat Polen dreimal europäische Geschichte geschrieben: 1920, als es die Rote Armee schlug, 1939, als es sich Deutschland widersetzte, und 1980, als es die erste Bewegung hervorbrachte, die den Staatssozialismus ebenso friedlich wie erfolgreich herausforderte. Der Autor erzählt die dramatische und wendungsreiche Geschichte Polens von 1900 bis zur Gegenwart und macht begreiflich, wie das Land zu dem wurde, was es heute ist.

Best.-Nr.: 05810925

Grundlegende Neubearbeitung des Standardwerks zur bayerischen Geschichte ab 1806 mit zahlreichen Abbildungen, Quellen und Grafiken. Auch für Studium und Unterricht geeignet.

- I. Königreich Bayern (1806-1918)
von Manfred Tremel;
- II. Bayern in der Weimarer Republik (1918-1933)
von Matthias Bischoff und Franz Menges;
- III. Bayern in der NS-Zeit (1933-1945)
von Daniel Rittenauer und Wolf Weigand;
- IV. Bayern seit 1945
von Manfred Tremel und Peter Jakob Kock.

Mit vielen Bildern und Graphiken.

Best.-Nr.: 05811113



Das Themenheft dokumentiert Erscheinungsformen des Antisemitismus und den Umgang damit. Dabei reichen die Beiträge von wissenschaftlichen Artikeln renommierter Autorinnen und Autoren bis hin zu kürzeren Interviews und Essays betroffener Personen. So wird Menschen das Wort gegeben, die antisemitischen Kampagnen ausgesetzt sind oder waren; das Heft eröffnet neben der wissenschaftlichen auch eine oft sehr persönliche Perspektive auf die gesellschaftlichen Konsequenzen des Antisemitismus.

Gerade diese kürzeren Interviews und Essays eignen sich deshalb vielleicht auch für die Arbeit mit Jugendlichen in ganz besonderer Weise.

Dieses Themenheft ist entstanden in einer Zusammenarbeit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit mit dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe.

Best.-Nr.: 05811095

„ETHNISCHE SÄUBERUNGEN“, DEPORTATIONEN UND BEVÖLKERUNGSUSTAUSCH IN EUROPA 1912 BIS 1939

von Matthias Stickler



Massenkundgebung in Budapest für eine Revision des Friedensvertrags von Trianon (Teil der Pariser Vorortverträge), der nach dem Ersten Weltkrieg die Bedingungen für Ungarn regelte und mit großen Gebietsabtretungen verbunden war

Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Grundsätzliches

Das 20. Jahrhundert gilt zu Recht als Jahrhundert der Vertreibungen,¹ denn zwischen 1912 und 1948 verloren allein in Europa bis zu 70 Millionen Menschen ihre Heimat.² Geht man davon aus, dass von 1939 bis 1948 etwa 45 Millionen Menschen vertrieben wurden,³ bleiben für den uns interessierenden Zeitraum bis zu 25 Millionen Betroffene übrig.

In öffentlichen Diskursen werden Vertreibungsmaßnahmen immer wieder gleichgesetzt mit Völkermord bzw. Genoziden;⁴ nicht zuletzt Opfergruppen neigen zu dieser Sichtweise. Es handelt sich hier aber um zwei verschiedene Formen von entgrenzter Gewalt. Die Konvention der UNO über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom Dezember 1948 (seit 1951 in Kraft), die bis heute von 152 Staaten ratifiziert wurde,⁵ legt fest, es

seien Taten, „die mit der Absicht begangen werden, nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen ganz oder teilweise zu vernichten“.⁶ Bei Vertreibungen dagegen geht es um etwas anderes: Ziel ist hier nicht vorrangig die physische Eliminierung von Kollektiven, sondern, diese ganz oder teilweise aus einem bestimmten Territorium zu entfernen. Vertreibungen sind zwar häufig mit Morden bzw. dem Sterben großer Menschenmassen verbunden, doch sind diese in erster Linie Begleiterscheinungen des Vertreibungshandelns, nicht Selbstzweck. Seit den 1990er Jahren wird als Synonym für „Vertreibung“ oftmals auch der Begriff „ethnische Säuberung“ (engl. „*Ethnic Cleansing*“) verwendet, eine Lehnübersetzung aus dem Serbischen („*etničko čišćenje*“), die im Kontext des Zerfalls des früheren Jugoslawiens Eingang in die politisch-soziale Sprache gefunden hat. Nicht zuletzt der US-amerikanische Historiker Norman M. Naimark hat diesen Begriff in der Wissenschaftssprache etabliert. „Die Absicht der ethnischen Säuberung“, so Naimark, „liegt in der Entfernung eines Volks und oft auch aller seiner Spuren von einem bestimmten Territorium“.⁷ Mit den Begriffen Genozid bzw. ethnische Säuberung sind selbstverständlich keine gleichsam moralischen Bewertungen verbunden, wie schlimm bzw. verwerflich eine Handlungsweise ist; anders gesagt, derartige Begriffsdefinitionen taugen nicht und sind auch nicht gemacht für Auseinandersetzungen im Hinblick auf das Phänomen der Opferkonkurrenz.⁸

Flucht und Vertreibung gab es zu allen Zeiten weltweit. Neu im 20. Jahrhundert sind v. a. vier Aspekte, die Ausdruck der europäischen Moderne sind:⁹

- 1 Vgl. hierzu und zum Thema „Flucht und Vertreibung“ im Überblick v. a.: Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg (Hg.): Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem. Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs, Stuttgart 2002 (2009); Hans Lemberg: Das Jahrhundert der Vertreibungen, in: Dieter Bingen/Włodzimierz Borodziej/Stefan Troebst (Hg.): Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen, Wiesbaden 2003, S. 44–53; Norman M. Naimark: Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004 (US-amerik. OA 2001); Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Flucht, Vertreibung, Integration, Bielefeld 2005; Frank-Lothar Kroll/Matthias Niedobitek (Hg.): Vertreibung und Minderheitenschutz in Europa (= Chemnitzer Europastudien, Bd. 1), Berlin 2005; Mathias Beer (Hg.): Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 2007; Michael Mann: Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung, Hamburg 2007 (engl. OA 2005); Detlef Brandes/Holm Sundhaussen/Stefan Troebst (Bearb.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, Wien 2010; Frank-Lothar Kroll/Henrik Thoß (Hg.): Europas verlorene und wiedergewonnene Mitte. Das Ende des Alten Reiches und die Entstehung des Nationalitätenproblems im östlichen Mitteleuropa (= Chemnitzer Europastudien, Bd. 11), Berlin 2011; Philipp Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa, Göttingen 2011; Jan M. Piskorski: Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, Berlin 2013; Michael Schwartz: Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013; Matthew Frank: Making Minorities History. Population Transfer in Twentieth-Century Europe, Oxford 2017.
- 2 Vgl. Karl Schlögel: Europa ist nicht nur ein Wort. Zur Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003) Heft 1, S. 5–12, hier S. 8.
- 3 Vgl. ders.: Bugwelle des Krieges. Die Völkerverschiebungen im 20. Jahrhundert, in: Stefan Aust/Stephan Burgdorff (Hg.): Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Bonn 2003. S. 179–196, hier S. 180.
- 4 Vgl. in diesem Zusammenhang etwa das Motto des Sudetendeutschen Tags 2006 „Vertreibung ist Völkermord – Dem Recht auf Heimat gehört die Zukunft“.
- 5 Vgl. https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&tmtdsg_no=IV-1&chapter=4&clang=_en [Stand: 08.06.2021].

- 6 Zit. nach Norman M. Naimark: Genozid. Völkermord in der Geschichte, Darmstadt 2018 (US-amerik. OA 2017), S. 10. Zum Genozidbegriff vgl. auch Boris Barth: Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert. Geschichte – Theorien – Kontroversen, München 2006.
- 7 Naimark (wie Anm. 1), S. 12. Zur Genese des Begriffs vgl. ebd., S. 10–14; und Schwartz (wie Anm. 1), S. 1–5.
- 8 Vgl. hierzu Mihran Dabag: Kollektive Gewalt als Herausforderung. Überlegungen zur transdisziplinären Genozidforschung, in: Wissenschaft und Frieden, 26,2 (2008), S. 52 ff. Der prinzipielle Unterschied zwischen „Völkermord“/„Genozid“ und „Vertreibung“/„ethnische Säuberung“ ist zuletzt am 3. Februar 2015 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag noch einmal festgestellt worden, als dieser den Genozidcharakter der durch Serbien und Kroatien in den 1990er Jahren durchgeführten ethnischen Säuberungen im früheren Jugoslawien verneinte; vgl. o.V.: Den Haag: Serbien hat keinen Völkermord begangen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 04.02.2015, S. 1.
- 9 Vgl. zum Folgenden Philipp Ther: Erinnern oder aufklären. Zur Konzeption eines Zentrums gegen Vertreibungen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), Heft 1, S. 36–41, v.a. S. 36 f.; ders. (wie Anm. 1), S. 65 ff.; Schwartz (wie Anm. 1), S. 5–16 und S. 623–646; sowie Mann (wie Anm. 1), S. 87–108.

Bevölkerungsverschiebungen 1917–1938



Abbildung: Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg

- Ideeller Bezugspunkt war das seit dem 19. Jahrhundert kaum noch hinterfragte Leitbild des ethnisch fundierten Nationsverständnisses, aus dem die Forderung nach einem ethnisch homogenen Staatsvolk bzw. Nationalstaat abgeleitet wurde.
- Nationale Minderheiten wurden deshalb als grundsätzlich feindliche Elemente angesehen. Der sich daraus entwickelnde wechselseitige Hass begünstigte bei den Minderheiten separatistische bzw. irredentistische Sehnsüchte sowie bei den Mehrheitsvölkern die Vorstellung, dass man sich der Minderheiten durch aggressive Assimilationspolitik oder gezielte Umsiedlungsmaßnahmen entledigen müsse.
- Der moderne durchorganisierte „Anstaltsstaat“¹⁰ trieb die Homogenisierung des Staatsvolks durch die Ausschaltung historisch gewachsener intermediärer Gewalten voran. Schulpflicht und Wehrpflicht dienten als Assimilierungsinstrumente. Der moderne staatliche Zentralismus schuf die Voraussetzungen für Vertreibungen in völlig neuen Dimensionen, weil diesen nun ein Konzept rationaler Planung und Steuerung zugrunde lag.
- Letztlich wurzeln auch die totalitären Ausprägungen ethnischer Säuberungen und Genozide im 20. Jahrhundert in Europa (Nationalsozialismus, Stalinismus) in, allerdings pervertierten, Modernisierungs-, Homogenisierungs- und Zentralisierungsidealen des 19. Jahrhunderts. Ethnische Säuberungen sind allerdings nicht immer Ausdruck von Barbarei oder Rückständigkeit. Auch westlich liberale Staaten haben zeitweise zu diesem Mittel gegriffen.

Im Folgenden werden wichtige Fallbeispiele für ethnisch-national motivierte Zwangsumsiedlungen zwischen 1912 und 1939 behandelt. Hierbei wird auch herausgearbeitet werden, dass diese Begrifflichkeit im konkreten Einzelfall schwierig bzw. interpretationsbedürftig ist. Nicht thematisiert wird die Diskriminierungs- und Vertreibungspolitik der Nationalsozialisten gegenüber den deutschen Juden ab 1933. Dies könnte sinnvollerweise nur im Rahmen einer Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung geschehen, was den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde.¹¹

.....

10 Dieser Begriff geht zurück auf Max Weber und wurde in jüngerer Zeit insbesondere von Hans Ulrich Wehler in die Geschichtswissenschaft eingeführt. Er meint den seit dem 18. Jahrhundert entstehenden bürokratisierten, auf zweckrationalen Organisations- und Verwaltungsprinzipien basierenden modernen Staat.

11 Vgl. hierzu im Überblick Hendrik Thoß: Ausgrenzung – Vertreibung – Vernichtung. Judenverfolgung im Nationalsozialismus bis zur Kriegswende 1941/1942, in: Kroll/Thoß (wie Anm. 1), S. 163–184; sowie das wichtige Werk von Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Band 1: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, München 1998.

Die Balkankriege 1912/13 und deren Folgen

Erste Vertreibungsmaßnahmen im modernen Sinne fanden in den Jahren nach 1912/13 als Folge des Ersten und Zweiten Balkankriegs statt.¹² Im Ersten Balkankrieg (Oktober 1912 bis Mai 1913) verlor das Osmanische Reich¹³ nahezu seine gesamten europäischen Besitzungen an Montenegro, Griechenland, Bulgarien und Serbien; außerdem erklärte sich Albanien für unabhängig, um seiner Aufteilung zu entgehen. Die Uneinigkeit der Sieger über die neue Grenzziehung führte zum Zweiten Balkankrieg (Juni bis August 1913), in dem nun Bulgarien gegen seine bisherigen Verbündeten und das Osmanische Reich kämpfte; außerdem trat Rumänien in den Krieg ein. Bulgarien wurde schließlich besiegt und musste einen beträchtlichen Teil der Gebiete, die es im Ersten Balkankrieg erobert hatte, wieder abgeben. Das Osmanische Reich erreichte eine bescheidene Revision seiner Grenzen, die im Wesentlichen der heutigen Westgrenze der Türkei entsprechen.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen wurden teilweise mit großer Brutalität ausgetragen; die Folge waren Fluchtbewegungen, wobei die Übergänge zu Vertreibungsmaßnahmen nicht selten fließend waren. Hauptopfer dieser Politik waren neben den muslimischen Albanern die Balkantürken, die zwischen 1912 und 1923 mehrheitlich ihre Heimat verloren.¹⁴ Die neuen Grenzziehungen schufen jedoch neue Probleme: Der Balkan¹⁵ war bis weit ins 19. Jahrhundert hinein eine ethnisch stark gemischte Region gewesen. So lebten etwa in der heute nahezu vollständig griechischsprachigen Stadt Thessaloniki (türkisch

.....

12 Vgl. zum Folgenden Ther (wie Anm. 1), S. 71–80; Schwartz (wie Anm. 1), S. 298–318. Schwartz verweist zu Recht darauf, dass die Vertreibungen im Kontext der Balkankriege eine Vorgeschichte im 19. Jahrhundert haben; insofern könnte man die Zäsur 1912/13 mit guten Gründen auch früher setzen, z. B. in das Jahr 1876 mit dem sogenannten bulgarischen April-Aufstand, der einer der Auslöser für den Russisch-Osmanischen Krieg von 1877/78 war.

13 Zur Geschichte der Türkei bzw. des Osmanischen Reiches vgl. v. a. Cengiz Günay: Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute, Wien/Köln/Weimar 2012; Klaus Kreiser: Der Osmanische Staat 1300–1922, München 2001; ders.: Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, München 2002; ders./Christoph K. Neumann: Kleine Geschichte der Türkei, Stuttgart 2009.

14 Vgl. hierzu Justin McCarthy: *Death and Exile. The Ethnic Cleansing of Ottoman Muslims 1821–1922*, Princeton 1995 [stark viktimologisch orientierte Darstellung; vgl. Ther (wie Anm. 1), S. 61 und 71]; Alexandre Toumarkine: *Les migrations des populations musulmanes balkaniques en Anatolie 1876–1913*, Istanbul 1995.

15 Vgl. hierzu Mark Mazower: *Der Balkan*, Berlin 2002 (engl. OA London 2000), v. a. S. 145–223.



Türkische Flüchtlinge 1912 in Silvri nahe Konstantinopel
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

Selanik, südslawisch Solun, judenspanisch Salonika)¹⁶ damals Griechen, Türken, Slawen und sephardische Juden. Charakteristisch für diese Gemengelage war, dass Vielsprachigkeit nicht Ausdruck eines Bildungsprivilegs, sondern gewissermaßen eine existentielle Lebensbedingung war. Man darf sich dieses Zusammenleben allerdings nicht zu romantisch ausmalen; die einzelnen Gruppen lebten keineswegs immer friedlich zusammen und grenzten sich auch voneinander ab; typischerweise lebten sie in eigenen Vierteln. Die Zuordnung des einzelnen Menschen zu einer bestimmten Gruppe war dennoch nicht immer einfach; es existierten vielfach multiple, von Sprachen und Religion gekennzeichnete Identitäten. Das Selbstver-

ständnis der meisten Menschen entsprach zudem keineswegs den Vorstellungen der Repräsentanten der Staaten, die sich als Mutterländer der neuen Bürger begriffen. Die neuen Obrigkeiten, deren Beamte gehofft hatten, nach der Übernahme der neuen Gebiete dort „unerlöste Patrioten“ vorzufinden, bemerkten rasch mit großem Befremden, dass die neuen „Landsleute“ zumeist gar nicht in der Lage waren, sich zu einer bestimmten Nationalität zu bekennen. So bezeichneten sich etwa die christlichen, griechisch sprechenden Menschen in der Regel nicht als „Griechen“ bzw. Hellenen, sondern als *Romaioi*, also „Römer“, und verwendeten damit die alte anationale Selbstbezeichnung der christlichen Bewohner des 1453 untergegangenen oströmisch-byzantinischen Reiches. Auch die Umgangssprache war nur ein unvollkommenes Kriterium für ethnische Zuordnung: So sprach in Makedonien, also in dem Gebiet, das in etwa die heutige Republik Nordmazedonien, die heutige griechische Region Makedonien und

16 Vgl. ders.: *Salonica, City of Ghosts. Christians, Muslims and Jews 1430-1950*, London 2004. Zum sog. Judenspanischen vgl. u. a. Johannes Kramer: Judenspanisch in Israel, in: Sandra Herling/Carolyn Patzelt (Hg.): *Weltsprache Spanisch*, Stuttgart 2013, S. 291-310.

die bulgarische Oblast Blagoewgrad umfasst, die Mehrheit der Christen Slawisch, wurde aber zumeist kirchlich betreut von einem griechischsprachigen Klerus. Welcher Art die slawische Umgangssprache war, ist ebenfalls nicht leicht zu beantworten, da die Menschen für ihre Sprache keine Bezeichnung hatten und es sich auch nicht um eine Literatur- oder Kirchensprache handelte. Die Serben bezeichneten sie deshalb als Südserbisch, die Bulgaren als Westbulgarisch. Erst allmählich entstand bei den Slawen in Makedonien so etwas wie ein Gefühl gemeinsamer Identität und Geschichte, weshalb sie zum Ärger insbesondere der Griechen den antiken Völkernamen „Makedonen“ – völlig ahistorisch, aber mit dem Willen zur Traditionsstiftung – für sich übernahmen. Die neuen Herren zogen aus dieser unübersichtlichen Situation die Konsequenz, aus dem vorgefundenen Völkergemisch im Sinne von *Nation Building* durch Erziehung (Schulpflicht, Wehrpflicht) „gute“ Griechen, Bulgaren oder Serben zu formen. Wer sich dem widersetzte, galt als Feind und musste mit Zwang, Repression und Vertreibung rechnen. Die Grenzziehung von 1913 wurde von allen Beteiligten als unbefriedigend empfunden, so dass der Samen für neue Auseinandersetzungen gelegt war, da jeder Staat auf der anderen Seite der Grenze zu befreiende Landsleute wählte. Einig waren sich Griechen, Serben und Bulgaren lediglich in ihrem Misstrauen hinsichtlich der verbliebenen Muslime, weshalb die Albanisch sprechenden Bewohner des Kosovos, Türken und Pomaken (muslimische Bulgaren) besonders unterdrückt wurden.

Dieser Konflikt war wohlgerneht nur vordergründig genuin religiös motiviert; das religiöse Bekenntnis konstituierte nach der Vorstellung der damals politisch Handelnden auch die ethnische Zugehörigkeit; ein Muslim konnte deshalb unmöglich vollwertiger serbischer, griechischer oder bulgarischer Staatsbürger werden. Der bulgarisch-osmanische Friedensvertrag vom 29. September 1913 sah dann auch erstmals einen förmlichen Bevölkerungsaustausch vor; im Juli 1914 folgte ein ähnliches griechisch-osmanisches Abkommen.

Die Erfahrungen, die das Osmanische Reich 1912/13 gemacht hatte, hatten Konsequenzen für deren Politik gegenüber den nationalen Minderheiten im Ersten Weltkrieg. Insbesondere die weitgehende Eliminierung der christlichen Armenier¹⁷ muss vor dem Hintergrund der 1913 erfolgten Machtübernahme durch die sogenannten „Jungtürken“ in Istanbul gesehen werden, die aus den Erfahrungen in den Balkankriegen den Schluss zogen, dass man den christlichen Minderheiten nicht trauen dürfe. Fernziel der Jungtürken war die Umwandlung des Osmanischen Reiches in einen zentralistischen türkischen Nationalstaat nach französischem Vorbild. Die Vertreibung der Armenier aus Ostanatolien 1915 erfolgte auf Anordnung der osmanischen Regierung vor dem Hintergrund des siegreichen Vordringens der russischen Armee in Türkisch-Armenien. Den offiziell als „Umsiedlungsmaßnahme von Kollaborateuren“ bezeichneten Deportationen fielen schätzungsweise 800.000 Armenier zum Opfer. Ob die damaligen Ereignisse als Genozid bezeichnet werden können, ist bis heute heftig umstritten.

Die Pariser Vorortverträge und deren Folgen

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde 1919/20 eine neue europäische Friedensordnung begründet.¹⁸ Als Ergebnis der Pariser Friedenskonferenzen wurden die sogenannten Pariser Vorortverträge geschlossen: der Vertrag

17 Die Literatur zu dieser umstrittenen Thematik ist Legion; vgl. im Überblick: Naimark (wie Anm. 1), S. 29–58; Schwartz (wie Anm. 1), S. 61–98; Mann (wie Anm. 1), S. 166–262; dort auch umfangreiche Literaturhinweise.

18 Vgl. hierzu und zum Folgenden v. a.: Klaus Schwabe: Woodrow Wilson und das europäische Mächtesystem in Versailles. Friedensorganisation und nationale Selbstbestimmung, in: Gabriele Clemens (Hg.): Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2001, S. 89–107; Erik Goldstein: *The First World War Peace Settlements. 1919–1925*, London 2002; Margaret Macmillan: *Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte*, Berlin 2015; Robert Gerwarth: *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs*, Berlin 2017; Jörn Leonhard: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018; Klaus Schwabe: *Versailles. Das Wagnis eines demokratischen Friedens 1919–1923*, Paderborn 2019.



Pomaken in Bulgarien zu Beginn des 20. Jahrhunderts, undatierte Aufnahme
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl



Im Spiegelsaal von Versailles versammelten sich am 18. Januar 1919 die Repräsentanten der alliierten Siegermächte des Ersten Weltkriegs zu Beratungen über die Friedensverträge. Die wichtigsten Entscheidungen traf der „Rat der Vier“, in dem die Regierungschefs von Großbritannien, David Lloyd George, Italien, Vittorio Orlando, Frankreich, Georges Clemenceau sowie der amerikanische Präsident Woodrow Wilson (v.l.n.r.) vertreten waren. Neben der Frage des Umgangs mit den Hauptkriegsgegnern Deutschland und Österreich-Ungarn stand die komplette Neuordnung Mittel- und Osteuropas im Zentrum der Debatten.
Foto: Süddeutsche Zeitung
Photo/Scherl

von Versailles mit Deutschland am 28. Juni 1919, der Vertrag von Saint-Germain mit Österreich am 10. September 1919, der Vertrag von Neuilly mit Bulgarien am 27. November 1919, der Vertrag von Trianon am 4. Juni 1920 mit Ungarn und der Vertrag von Sèvres mit dem Osmanischen Reich am 10. August 1920. Das Bedeutsamste an der Pariser Friedensordnung war der Untergang beziehungsweise die Transformation der bis 1918 bestehenden Vielvölker-Imperien: Österreich-Ungarns, des russischen Zarenreichs und des Osmanischen Reichs. Daraus entstanden neue Probleme bezüglich ethnisch-nationaler Minderheiten und Grenzziehungen, die die Siegermächte nicht lösen konnten und die in sich den Keim neuer Auseinandersetzungen trugen. Die neue Grenzziehung in Europa folgte in der Perspektive der Kriegsverlierer keineswegs dem vom US-amerikanischen Präsidenten Wilson verkündeten Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Allerdings wurde von jenen dabei übersehen, dass „*self-determination of the nations*“ im US-amerikanischen Verfassungs- bzw. Politikverständnis nicht notwendigerweise eine Grenzziehung entlang von Sprachgrenzen bedeutete, sondern auch und v. a. Demokratisierung des politischen Systems und damit politische Partizipation für alle Staatsbürger unabhängig von Nationalität und Sprache. Dennoch ist es eine Tatsache, dass bei der Implementierung der neuen Friedensordnung für die Siegermächte v. a. strategisch-militärpolitische Überlegungen, die auf die Schwächung der Verlierer und Stärkung der Sieger und ihrer Verbündeten abzielten, eine Rolle spielten. Dies zeigte sich beson-

ders deutlich in der Frage der Zugehörigkeit Südtirols,¹⁹ das aus strategischen Gründen an Italien fiel, obwohl die Provinz Bozen überwiegend deutschsprachig war. Weitere Beispiele sind die Zerschlagung des Königreichs Ungarn ohne Rücksichtnahme auf die Sprachgrenzen, die Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen bzw. die Übergabe der deutsch besiedelten Gebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens (das „Sudetenland“) an die neu gegründete Tschechoslowakische Republik. In Osteuropa entstanden, da Russland an den Pariser Friedenskonferenzen nicht beteiligt war, die neuen Grenzen nach jahrelangen blutigen Kriegen, v. a. Polen gelangen hier bemerkenswerte Gebietsgewinne auf Kosten Russlands.²⁰

Die neuen Grenzziehungen waren verbunden mit vielfältigen Umsiedlungen, Verdrängungen und Vertreibungen der Minderheiten: Zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa die weitgehende Verdrängung der Deutschen aus den Polen zugefallenen Teilen der preußischen Provinzen Posen und Westpreußen²¹ oder die

.....

19 Vgl. hierzu Rolf Steininger: Südtirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003; Brigitte Mazohl/Alexander Piff/Rolf Steininger: Geschichte Südtirols, München 2020.

20 Vgl. Włodzimierz Borodziej/Maciej Górny: Der vergessene Weltkrieg. Europas Osten 1912–1923, 2 Bände, Darmstadt 2018.

21 Vgl. hierzu Albert S. Kotowski: Die erste Vertreibung der Deutschen? Die Migrationsbewegungen in Posen und Pommerellen nach dem Ersten Weltkrieg, in: Dittmar Dahlmann (Hg.): Unfreiwilliger Aufbruch. Migration und Revolution von der Französischen Revolution bis zum Prager Frühling (=Migration in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2), Essen 2007, S. 171–186.

Flucht vieler sog. „Ostjuden“ aus Polen, Rumänien und der UdSSR v. a. nach Österreich²² und Deutschland. Das Problem der aus den Trümmern der Imperien neu entstandenen Staaten war v. a., dass sie sich, obwohl sie tatsächlich Vielvölkerstaaten waren, dennoch als integrale Nationalstaaten nach französischem Vorbild begriffen. Es entwickelte sich deshalb in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas kein gleichberechtigtes Miteinander von namengebenden Staatsnationen und Minderheiten auf Augenhöhe; Letztere sahen sich zumeist diskriminiert. Generell gilt für die Politik der Zwischenkriegszeit, dass die vom Völkerbund vorgesehene Minderheitenschutzpolitik zumeist unterlaufen wurde, weil Minderheitenrechte lediglich als Individualrechte aufgefasst wurden, d. h., der Einzelne musste seine konkrete Benachteiligung aufgrund seiner Volkszugehörigkeit beweisen, was faktisch unmöglich war.²³ Die 1918 unabhängig gewordene Republik Estland war einer der wenigen europäischen Staaten, der ein großzügiges Minderheitenschutzgesetz für seine deutschen, russischen, schwedischen und jüdischen Minderheiten verabschiedete.²⁴

Ein bis heute wenig beachteter Vertreibungsvorgang vollzog sich nach 1918 in Elsass-Lothringen, das 1919 durch den Versailler Vertrag wieder Teil der Französischen Republik wurde:²⁵ Nachdem das bisherige Reichsland bereits kurz nach dem Waffenstillstand von Compiègne (11. November 1918) von französischen Truppen besetzt

worden war, teilte die französische Regierung durch Erlass vom 14. Dezember 1918 die Bevölkerung Elsass-Lothringens in vier Gruppen ein, deren Status auf Abstammung beruhte und das Ziel verfolgte, möglichst viele „Altdeutsche“, also solche Bewohner Elsass-Lothringens, die nach 1871 in das Reichsland gekommen waren, und deren Nachkommen ins Deutsche Reich abzuschieben.

Die vier Gruppen mussten spezielle Identitätskarten, die für Reisen, das Wahlrecht und den Erhalt eines Arbeitsplatzes gebraucht wurden, mit sich führen. Die „Altdeutschen“ bildeten die Kategorie D, Bewohner deutscher oder österreichischer Abstammung und deren Kinder, auch wenn diese in Elsass-Lothringen geboren waren. Diese etwa 513.000 Menschen waren vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt.²⁶ Sogenannte Selektionskommissionen („*commissions du triage*“) entschieden, wer bleiben durfte und wer nicht. Im Ergebnis wurden mindestens 150.000 „Altdeutsche“ dauerhaft ausgewiesen. Auch wenn man nicht von einer systematischen Vertreibung aller „Altdeutschen“ sprechen kann, so setzte, wie Philipp Ther zu Recht betont hat, die rigide Praxis der französischen Regierung doch negative Maßstäbe in Europa.²⁷

Langfristig folgenreich und bis heute von erheblicher Fernwirkung war erneut ein Ereignis an der Peripherie Europas, nämlich der am 24. Juli 1923 mit der Türkischen Republik geschlossene Friede von Lausanne bzw. der in diesem Zusammenhang beschlossene und durchgeführte sogenannte griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch.²⁸ Der am 10. August 1920 mit Sultan Mehmed VI. geschlossene Diktatfrieden von Sèvres hatte das Osmanische Reich bis auf Konstantinopel/Istanbul und einen geringen Rest in West- und Zentralanatolien unter seinen Nachbarstaaten und den westeuropäischen Kolonialmächten aufgeteilt.

Der in jungtürkischer Tradition stehenden türkischen Nationalbewegung um Mustafa Kemal Pascha (seit 1935:

22 Vgl. Hannelore Burger: Heimat- und staatenlos. Zum Ausschluss (ost-) jüdischer Flüchtlinge aus der österreichischen Staatsbürgerschaft in der Ersten und Zweiten Republik, in: Böries Kuzmany/Rita Garstenauer (Hg.): Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert, Wien 2017, S. 156–174.

23 Zu den Problemen der nationalen Minderheiten und des Minderheitenschutzes in der Zwischenkriegszeit vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 325–361; Umberto Corsini (Hg.): Die Minderheiten zwischen den beiden Weltkriegen, Berlin 1997. Speziell zu den deutschen Minderheiten vgl. Walter Ziegler (Hg.): Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen – Entwicklungen – Erfahrung, zwei Teile, München 1999.

24 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 343; und Alexander Schmidt: Geschichte des Baltikums, München 1999, S. 270.

25 Vgl. zum Folgenden v. a. Ther (wie Anm. 1), S. 86–89; Hendrik Thoß: „Purifier – centraliser – assimiler“. Reannexion und Vertreibung im Elsaß und in Lothringen nach 1918, in: Kroll/Niedobitek (wie Anm. 1), S. 281–296; Christiane Kohser-Spohn: Staatliche Gewalt und Zwang zur Eindeutigkeit: Die Politik Frankreichs in Elsass-Lothringen nach dem Ersten Weltkrieg, in: Böries Kuzmany/Rita Garstenauer (Hg.): Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von interethnischer Gewalt im Vergleich, Wiesbaden 2001, S. 183–202; Christiane Kohser-Spohn: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Elsass 1918–1920, in: Jerzy Kochanowski/Maïke Sach (Hg.): Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität (= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 12), Osnabrück 2006, S. 79–94.

26 Vgl. hierzu Marie Hart: *Nos années françaises. Traduit de l'alsacien (alémanique de Bouxwiller) par Joseph Schmittbiel*, Ville de Bouxwiller 2015 [Originaltitel: *Us unserer Franzosezeit*, Stuttgart 1921]; und Raphaël Fendrich: Grenzland und Erinnerungsland. Die Identität des Elsass im Werk Marie Harts (1856–1924), Baden-Baden 2018.

27 Ther (wie Anm. 1), S. 88.

28 Vgl. hierzu v. a.: Matthias Stickler: „Christlich-griechisch“ oder „muslimisch-türkisch“ – Überlegungen zum Stellenwert religiöser und ethnischnationaler Identitätskonstruktionen beim griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1923, in: *Historisches Jahrbuch* 135 (2015), S. 69–93; Renée Hirschon: *Crossing the Aegean. An Appraisal of the 1923 Compulsory Population Exchange between Greece and Turkey*, New York 2004; Naimark (wie Anm. 1), S. 58–75; Schwartz (wie Anm. 1), S. 396–424; Ther (wie Anm. 1), S. 96–106; Frank (wie Anm. 1), S. 49–93.



Aus: F.E Bilz/Louis Gerstner: Geographische Anstalt Leipzig, 1905
(<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=30711041>)



General Hadi Pascha, damaliger türkischer Minister für öffentliche Bildung, bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Sèvres, 1920
Foto: ullstein bild/Granger, NYC

Kemal Atatürk)²⁹ – der selbst aus Thessaloniki stammte – gelang es aber, Griechenland, das im Sommer 1920 einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen hatte, um sein Staatsgebiet in Kleinasien zu erweitern, militärisch vernichtend zu schlagen, verlorene Gebiete zurückzuerobern und schließlich einen revidierten Friedensvertrag zu erzwingen. Griechenland musste nahezu alle durch den Vertrag von Sèvres erworbenen Gebiete wieder abtreten; und die Türkei gewann große Teile des früheren osmanischen Reichsterritoriums im Osten und Süden Anatoliens und Türkisch-Armenien zurück. Um künftige Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und der Türkei auszuschließen, wurde in der am 23. Januar 1923 unterzeichne-

ten griechisch-türkischen Konvention von Lausanne, die später Teil des Friedensvertrags wurde, ein Bevölkerungsaustausch zwischen beiden Staaten vereinbart, in dessen Folge ca. 1,4 Mio. kleinasiatischer Griechen und 430.000 europäische Türken ihre Heimat verloren.³⁰ Maßgeblich für die Einstufung als „Grieche“ oder „Türke“ war nicht das subjektive Bekenntnis des Einzelnen oder die von ihm gesprochene Sprache, sondern die Religion als scheinbar objektives Kriterium. Dies hatte zur Folge, dass z. B. aus Kreta griechisch sprechende Muslime und aus Kappadokien türkisch sprechend orthodoxe Christen in

29 Vgl. Klaus Kreiser: Atatürk. Eine Biographie, München 2014. Atatürk (1881–1938) gilt als „Vater“ der modernen Türkei und war von 1923 bis 1938 deren erster Präsident.

30 Die Zahl der Betroffenen wird in der Literatur unterschiedlich angegeben: Mazower spricht von ca. 1,5 Millionen Griechen und ca. 500.000 Türken; vgl. Mazower (wie Anm. 15), S. 191 f. Naimark nennt 1,2 bis 1,5 Millionen Griechen und 356.000 Türken; vgl. Naimark (wie Anm. 1), S. 73. Lediglich West-Thrakien, Konstantinopel/Istanbul und die beiden Inseln Imbros und Tenedos waren von den Vertreibungsmaßnahmen ausgenommen.

ihre angeblichen Mutterländer vertrieben wurden. Den Vertreibungsmaßnahmen waren umfangreiche Ausschreitungen gegen die jeweiligen Minderheiten vorausgegangen. Die mehrheitlich griechisch besiedelte kleinasiatische Großstadt Smyrna (türkisch Izmir) wurde hierbei teilweise zerstört, ihre christlichen Bewohner wurden getötet oder vertrieben.³¹ Für Griechenland bedeuteten diese Ereignisse eine (letztlich selbstverschuldete) Katastrophe; die fast dreitausend Jahre alte griechische Kultur in Kleinasien wurde mit einem Federstrich ausgelöscht. Allerdings machte die Athener Regierung, wie zehn Jahre zuvor in Makedonien, wieder die Erfahrung, dass es sich bei den Vertriebenen keineswegs um „erlösungsbedürftige“ Hellenen handelte. Die Vertriebenen aus Kleinasien und die griechische Bevölkerung im „Mutterland“ standen einander fremd bis distanziert gegenüber. Positiv für Griechenland und damit langfristig stabilisierend für die Region wirkte sich indes aus, dass mit dem Verschwinden der Minderheiten die Grenzstreitigkeiten mit dem östlichen Nachbarn entschärft wurden und Griechenland eigentlich erst zu einem indigenen Nationalstaat ohne größere Minderheiten wurde. Die Vertriebenen wurden nämlich überwiegend in den ehemals türkisch bewohnten Gegenden und dort angesiedelt, wo es bisher keine griechischen Bevölkerungsmehrheiten gegeben hatte, so in West-Thrakien, Epirus, Thessalien, Makedonien, Böotien und Attika. Diese Regionen wurden damit mittelfristig gräzisiert und die moderne griechische Staatsnation eigentlich erst geschaffen. Ähnliche Entwicklungen gab es auch in der Türkei: Bis auf vergleichsweise kleine türkische Minderheiten in Bulgarien und im griechischen West-Thrakien wurden die Balkan-Türken, die dort immerhin seit dem 14. Jahrhundert ansässig gewesen waren, vertrieben. Durch deren Ansiedlung in der Türkischen Republik wurde diese, v. a. im Westen und Norden, ethnisch homogener, was den Umbau des Osmanischen Restreiches zu einem integralen türkischen republikanischen Nationalstaat erleichterte. Auch hier wurden die Vertriebenen weniger als Landsleute denn als Fremde betrachtet. Die historische Bedeutung des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustauschs besteht v. a. darin, dass dieser scheinbar ein erfolgreiches Muster für die „Lösung“ von Minderheitenproblemen und die politisch gewollten Verschiebun-

gen von Staatsgrenzen im ostmitteleuropäischen Raum nach dem Zweiten Weltkrieg bot.³² Insbesondere die Vertreibung der Deutschen nach 1945 folgte der Logik des „Lausanner Modells“. Dieses legitimierte die erste auf vertraglicher Basis vereinbarte, international (durch den Völkerbund) sanktionierte und das gesamte Staatsgebiet der Vertragsparteien betreffende massenhafte Zwangsumsiedlung überhaupt, ein Präzedenzfall für künftige Vertreibungen nach dem gleichen Muster.³³ Kein Geringerer als der britische Premierminister Winston Churchill bezog sich 1944/45 ausdrücklich auf die Ereignisse von 1922/23 als Vorbild für die geplante Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und betonte hierbei v. a. die friedensstiftende Funktion einer solchen Maßnahme.³⁴

Ethnische Säuberungen in Sowjetrussland und der UdSSR

Sowjet-Russland³⁵ war, wie bereits erwähnt, an den Pariser Friedensverhandlungen nicht beteiligt gewesen. Als sozialistischer Staat war das Regime, nachdem Versuche, die „Sowjetmacht“ durch eine vom Westen unterstützte Gegenrevolution zu stürzen, gescheitert waren, international isoliert. Dass die Bolschewiki den Bürgerkrieg gewinnen würden, war ursprünglich gar nicht vorauszu-sehen gewesen, beherrschten sie anfangs doch nur einen recht kleinen Teil des ehemaligen Zarenreichs, darunter allerdings die beiden politischen Zentren Petrograd (ab 1924 Leningrad) und Moskau. Wladimir Iljitsch Lenin, ideologischer Kopf und starker Mann der Bolschewiki, und seine Verbündeten hatten nach ihrer Machtübernahme als Folge der Oktoberrevolution von 1917 allerdings einen ganz entscheidenden Vorteil: Sie propagierten offen die Emanzipation der Völker des Russischen Reiches als Ziel ihrer Politik.³⁶ Unmittelbar nach der Revolution

32 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 411-424.

33 Vgl. Holm Sundhausen: Die Ethnisierung von Staat, Nation und Gerechtigkeit. Zu den Anfängen nationaler „Homogenisierung“ im Balkanraum, in: Mathias Beer (Hg.): Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 2007, S. 69-90, hier S. 86.

34 Vgl. Naimark (wie Anm. 1), S. 141.

35 Zur Geschichte Russlands vgl. Manfred Hildermeier: Geschichte Russlands: Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution, München 2013; ders.: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998; Heiko Haumann: Geschichte Russlands, Zürich 2010.

36 Zur Politik der Bolschewiki und zur Entstehung der stalinistischen Diktatur vgl. Gerd Koenen: Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, Bonn 2018, S. 714-940; Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012.

31 Vgl. Naimark (wie Anm. 1), S. 64-70; Marjorie Housepian Dobkin: *Smyrna 1922. The Destruction of a City*, Kent 1988 (Erstdruck London 1972); Dora Sakayan: *Smyrna 1922. Das Tagebuch des Garabed Hatscherian*, Klagenfurt-Wien 2006; Giles Milton: *Paradise Lost: Smyrna 1922. The Destruction of Islam's City of Tolerance*, London 2009.

wurde am 15. Dezember 1917 die Deklaration über das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker Russlands proklamiert. Im Januar 1918 legte der sogenannte dritte allrussische Sowjetkongress die Autonomie der Teilrepubliken Sowjet-Russlands in der Steuer-, Finanz- und Verteidigungspolitik fest. Das heißt, die Bolschewiki signalisierten den im Zarenreich unterdrückten Völkern Gleichberechtigung in dem zu schaffenden sozialistischen Staat. Es ist kein Zufall, dass US-Präsident Wilson sein Modell des Selbstbestimmungsrechts der Völker etwa zur gleichen Zeit entwickelte; es handelte sich hierbei um die westlich-liberale Antwort auf das totalitäre Konzept der Bolschewiki.

Im Juli 1918 beschloss der fünfte allrussische Sowjetkongress die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), die ihren Teilrepubliken Autonomie zubilligte. Schließlich fand im März 1919 der achte Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) statt, auf dem der Föderalismus als Staatsprinzip verankert wurde. Hintergrund dieser Politik war die Tatsache, dass die Bolschewiki Mittel und Wege finden mussten, das ganze ehemalige Zarenreich unter ihre Kontrolle zu bekommen. Es gab noch viele Gegner, wie die zaristisch gesinnten „weißen“ Truppen im Süden und in Sibirien oder auch liberale oder sozialdemokratische Kräfte, die eine Republik nach westlichem Vorbild errichten wollten. Die Bolschewiki benutzen den von ihnen propagierten Völkerföderalismus also als Propagandawaffe gegen monarchistische, einheitsstaatliche und großrussische Konzepte zur Wiederherstellung der Einheit Russlands.³⁷ Diese Taktik passte paradoxerweise auch zu den Grundgedanken der leninistischen Ideologie. Lenin war davon überzeugt, dass Russland zunächst einmal zeitlich begrenzt eine quasi nationalstaatliche Ära durchlaufen

37 Vgl. hierzu und zum Folgenden das Fallbeispiel Kaukasus: Jörg Baberowski: Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München 2003.



Verteilung bolschewistischer Propagandaschriften aus einem Zug, Sowjetunion um 1918. Auf dem Dach des Zuges steht auf Russisch „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“
Foto: ullstein bild/adoc-photos

müsse, bevor ein sozialistischer Staat errichtet werden konnte. Das heißt, die Bolschewiki wurden faktisch zu Geburtshelfern von Nationalstaaten auf dem Boden des Russischen Reiches und betrachteten dies als Durchgangsstadium für eine sozialistische Umgestaltung.³⁸ Man muss hierbei allerdings berücksichtigen, dass beim achten Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands die Anerkennung des Föderalismus nur als Staatsprinzip festgelegt wurde, nicht als Parteiprinzip. Die kommunistische Partei als maßgebliches Machtorgan war und blieb gemäß dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ hierarchisch organisiert. Insofern war dieser Föderalismus von Anfang an ein formales Prinzip der Staatsorganisation, das aber durch die zentralistischen Mechanismen der kommunistischen Partei überlagert wurde.

Es gelang den russischen Bolschewiki in der Folgezeit mit einer Mischung von aggressiver Eroberungspolitik und Zugeständnissen an die nationalkommunistischen Strömungen in den Randgebieten, diese überwiegend zurückzugewinnen und als Sowjetrepubliken zu organisieren. Die islamischen Gebiete Innerasiens sowie die fernöstlichen Provinzen Sibiriens wurden hierbei als Autonome Sozialis-

38 Vgl. hierzu Schwartz (wie Anm. 1), S. 361-395.



Stephan Karpow: Völkerfreundschaft 1923/24

Foto: Staatliches Museum für Zeitgenössische Geschichte, Moskau

tische Sowjetrepubliken der RSFSR eingegliedert, während Weißrussland, die Ukraine und die neu geschaffene Transkaukasische Föderative Sowjetrepublik (Georgien, Armenien, Aserbaidschan) formal selbständige Staaten wurden, die 1922 zusammen mit der RSFSR die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), kurz Sowjetunion, gründeten. Die erste Verfassung (1924) organisierte die UdSSR als Bundesstaat nach dem Nationalitätenprinzip, wobei aber auch hier der Föderalismus durch den Zentralismus der kommunistischen Partei überlagert wurde. Es gab in dieser Zeit interessante scheinbare Kompromisse der Bolschewiki mit den örtlichen Eliten. Beispielsweise förderten die Bolschewiki im muslimischen Mittelasien Reformen, die sich gegen die kulturelle Dominanz des dortigen konservativen Islams richteten. Im Grunde betrieben sie eine Art „*Nation Building*“. Man „schuf“ administrativ quasi von oben Nationalitäten aus den diffusen sprachlichen, ethnischen und religiösen Gruppen, die man vorfand. So „entstanden“ Usbeken, Tadschiken, Kasachen, Turkmenen etc. Das Ganze vollzog sich auch durch umfassende Alphabetisierungsanstrengungen, etwa im Wege der Ersetzung der arabischen Schrift durch die lateinische oder kyrillische. Auf dem Weg der Alphabetisierung wurden Sprachen normiert und damit von den Bolschewiki das Fundament gelegt für die Gründung von

Proto-Nationalstaaten. Diese wurden dann von der kommunistischen Partei übernommen. Ähnliches spielte sich auch in den europäischen Republiken der UdSSR ab, etwa in Weißrussland und der Ukraine; auch hier wurde aktiv *Nation Building* betrieben. Aber dann geschah etwas, mit dem die Bolschewiki nicht gerechnet hatten: Lenin war, wie gesagt, überzeugt, dass der Nationalstaat ein notwendiger Übergang zum Sozialismus sei. Nun hatten sich aber teilweise in den Sowjetrepubliken alte und neue Eliten etabliert, die kein Interesse daran hatten, ihre Macht wieder an die Herrscher in Moskau abzugeben. Die geschaffenen Nationen erwiesen sich deshalb zunehmend als Hindernis für den totalitären Kontroll- und Homogenisierungsanspruch der Moskauer Parteizentrale. Josef Stalin, der nach Lenins Tod 1924 alle innenpolitischen Konkurrenten ausschaltete und seit 1927 uneingeschränkter Alleinherrscher der UdSSR

war, fürchtete, obwohl er als Georgier selbst Angehöriger eines Minderheitenvolks war, die Sprengkraft möglicher Nationalitätenkonflikte. Er leitete deshalb eine Rückkehr zur Unterdrückungs- und Russifizierungspolitik zaristischen Stils ein, allerdings in bisher unbekannten Dimensionen, wie sie nur vor dem Hintergrund der seit 1917/22 stattgefundenen Verstaatungsprozesse innerhalb des Imperiums und den Mitteln der totalitären Modernisierungsdiktatur erklärbar sind. Hinzu kam eine in vorrevolutionäre Zeiten zurückreichende, im Grunde archaische Tradition der gewaltsamen Austragung von Konflikten, die nun mit gleichsam modernen Methoden eine Neuauflage fand. Die Folge waren seit den späten 1920er Jahren Zwangsumsiedlungen in erheblichem Umfang etwa von Kosaken, Koreanern, Kurden, Finnen, Polen, Esten, Letten, Litauern, Deutschen, Krimitataren, Kalmücken, Tschetschenen und Inguschen. Hinzu kamen die politischen Säuberungen der 1930er Jahre, die sich auch und v. a. gegen die indigenen Eliten der nichtrussischen Sowjetrepubliken richteten, und der durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft maßgeblich verursachte „Holodomor“ in der Ukraine 1932/33, der drei bis fünf Millionen Menschen das Leben kostete. In Kasachstan verhungerten 1,45 Millionen Menschen, das waren 38

Prozent der Bevölkerung.³⁹ Die Toten wurden durch die gezielte Ansiedlung von Russen „ersetzt“. Die Terrorherrschaft Stalins kann man auch verstehen als Versuch, durch Einsatz massiver Gewalt zentrifugale Tendenzen in den Teilrepubliken zurückzudrängen und einen sozialistischen Einheitsstaat von oben zu erzwingen. Ganze Völker wurden von Stalin und seinen Schergen als Feinde stigmatisiert, die den Bestand der UdSSR und der kommunistischen Partei gefährdeten; jeder Einzelne wurde unabhängig von seinem persönlichen Willen als Teil eines feindlichen Kollektivs gesehen, das vernichtet werden musste. Ein gutes Beispiel hierfür ist etwa die Ukraine, wo die Spätfolgen von Stalins Terror noch heute bei den Auseinandersetzungen im Donbass spürbar sind. Die Entstehung der UdSSR stellt ein bemerkenswertes Beispiel dafür dar, dass es einer neuen Elite, die gewaltsam an die Macht kam, gelang, ein altes Imperium mit einer neuen Ideologie zu versehen und so unter sozialistischen Vorzeichen in ein neues Imperium zu transformieren.

Fazit

Michael Schwartz hat in seinem großen Werk „Ethnische ‚Säuberungen‘ in der Moderne“ für die Zwischenkriegszeit drei alternative Modelle ethnischer Konfliktlösung benannt: das Versailler Modell „Nationalstaaten und Minderheitenschutz“, das Moskauer Modell „Nationalitäten-Föderalismus und Autonomie“ und das Lausanner Modell „Gewaltsame Trennung durch ‚Bevölkerungsaustausch‘“.⁴⁰ Allen dreien ist gemeinsam, dass sie unbestreitbar Erfolge vorweisen konnten: das Versailler Modell etwa durch Formulierung völkerrechtlicher Standards für den Minderheitenschutz, das Moskauer Modell durch das ambitionierte *Nation Building* und seine konsequente Modernisierungs-

politik, das Lausanner Modell dadurch, dass nach einem äußerst blutig und brutal geführten Krieg tatsächlich ein Friedensschluss zwischen Griechenland und der Türkei möglich wurde, der bis heute tragfähig ist. Dennoch waren die drei Modelle nicht in der Lage, die Minderheitenproblematik als solche befriedigend und modellhaft zu lösen: Das Minderheitenschutzsystem von Versailles enttäuschte die Minderheiten und führte dazu, dass Separatismus und Irredentismus die Stabilität der 1918/19 neu entstandenen Vielvölkerstaaten gefährdeten. Der Moskauer Nationalitäten-Föderalismus erwies sich angesichts des ideologieimmanenten totalitären Zentralismus der kommunistischen Partei als Chimäre und führte dazu, dass unter Josef Stalin die UdSSR immer mehr den Charakter eines Völkerkerkers annahm. Die gewaltsame Trennung Lausanner Provenienz schlug den beteiligten Staaten Wunden, die bis heute nicht wirklich verheilt sind, und wurde auch nicht zur Basis einer wirklichen Aussöhnung zwischen Türken und Griechen. Die alten Ressentiments wirken vielmehr bis in die Gegenwart weiter. Gemeinsam ist den drei Modellen zudem, dass sie, wie Schwartz zu Recht betont,⁴¹ alle – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – auf struktureller Gewalt beruhten und punktuell auf offene Gewaltanwendung zurückgriffen. Am brutalsten zweifellos in der UdSSR Josef Stalins, aber auch die westlichen Demokratien waren nicht frei von der Versuchung, Minderheitenprobleme und Grenzkonflikte gewaltsam zu lösen. Die Vertreibung der Deutschen nach 1945 nach dem Muster des Lausanner Modells ist hierfür das prominenteste Beispiel. Insofern war die Zwischenkriegszeit auf eine beklemmende und in gewissen Sinn tragische Weise ein Lernort für eher zweifelhafte Problemlösungsmodelle, die ab 1944/45 ihre Umsetzung erfuhren. ▀

39 Zu Stalins Politik gegenüber den nationalen Minderheiten vgl. Nicolas Werth: *Mass Deportations, Ethnic Cleansing, and Genocidal Politics in the Later Russian Empire and the USSR*, in: Donald Bloxham/A. Dirk Moses (Ed.): , Oxford 2010, S. 386–406; Timothy Snyder: *Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2015; Naimark (wie Anm. 1), S. 111–137; ders.: *Stalin und der Genozid*, Berlin 2010. Die genannten Opferzahlen folgen den Angaben von Naimark, S. 75 und S. 80; vgl. hierzu auch Snyder, S. 43–78, hier S. 73 f.

40 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 319.

41 Ebd., S. 325.

FLUCHT, WILDE VERTREIBUNGEN UND UMSIEDLUNG AUS DEN DEUTSCHEN OSTGEBIETEN

von Maren Röger



Flüchtlinge aus
Ostpreußen in
einem Pferdewagen
unterwegs durch den
Schnee nach Westen
*Foto: Scherl/Süd-
deutsche Zeitung*
Photo

Im Zuge des Zweiten Weltkrieges war Europa „on the move“, in Bewegung, wie der frühe Migrationshistoriker Eugene M. Kulischer als Buchtitel formulierte.¹ In Lager und zur Zwangsarbeit deportierte, aus Gründen der ethnopolitischen Neuordnung verschleppte und vor Besatzung und Krieg geflüchtete Menschen waren entwurzelt, ihr Leben vielfach zerstört.

Unter den Millionen, die erzwungenermaßen „on the move“ waren, befanden sich ab 1944 zahlreiche deutsche StaatsbürgerInnen und Angehörige deutschsprachiger Minderheiten, die in den unterschiedlichen Ländern des östlichen und südöstlichen Europas lebten. Insgesamt mussten zehn bis zwölf Millionen Deutsche in den Jahren 1944 bis 1947/48 ihre Heimat im östlichen und südöstlichen Europa verlassen. Der Großteil kam aus den Gebieten, die zuvor deutsches Staatsgebiet gewesen waren und die in Folge des Zweiten Weltkrieges an Polen und die Sowjetunion fielen.

Zu Kriegsbeginn lebten in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, Schlesien sowie in der Freien Stadt Danzig knapp zehn Millionen Deutsche. Die zweitgrößte Gruppe waren die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen, vor allem die Sudetendeutschen. Rund dreieinhalb Millionen wurden im September 1939 als Deutsche gezählt.² Wie viele der 1939 in diesen Gebieten Gemeldeten sich auf die Flucht machten, oder später vertrieben wurden, ist bis heute nicht gänzlich zu bestimmen.³ Von der Zwangsmigration betroffen waren auch die Deutschen auf dem Gebiet der zweiten polnischen Republik sowie in ihren Siedlungsgebieten in der Sowjetunion, in den baltischen Staaten, in Jugoslawien, Rumänien und Ungarn –wobei der Großteil bereits während der NS-Zeit unter der Losung „Heim ins Reich“ in die von NS-Deutschland annektierten polnischen Gebiete umgesiedelt worden waren.⁴ In den einzelnen genannten Regionen –

und je nach Zeitpunkt – verliefen die komplexen Prozesse, die heute unter „Flucht und Vertreibung“ zusammengefasst werden, unterschiedlich. In der Forschung hat sich die idealtypische Unterscheidung in drei Phasen durchgesetzt: „Flucht“, „wilde Vertreibung“ und „Umsiedlung“.

Die „Flucht“

Erstens ist die Phase der Flucht zu nennen, die bereits 1944 einsetzte. Das schnelle Vorrücken der Roten Armee machte vielen Menschen Angst. Die nationalsozialistische Propaganda hatte Befürchtungen vor den zu erwartenden Gewalttaten des Stalin'schen Heeres über Monate, seitdem sich die Kräfteverhältnisse im Krieg zu ihren Ungunsten gewendet hatten, weiter systematisch geschürt. Gerüchte über Gräueltaten und die Überzeichnung tatsächlicher Verbrechen durch die NS-Propaganda trugen zur Massenflucht bei. Beispielhaft steht dafür der ostpreussische Ort Nemmersdorf, der von der Sowjetarmee im Herbst 1944 eingenommen wurde, bevor die Wehrmacht ihn zurückeroberte. Die stattgefundenen Verbrechen an den Zivilisten wurden von den deutschen Propagandakompagnien wiederum ausführlich genutzt: Sie veröffentlichten Fotografien von brutal zugerichteten Leichen, wobei tatsächlich erfolgte sexuelle Gewalt ausgestellt wurde, aber Gewaltdarstellungen zuweilen auch erst inszeniert worden zu sein scheinen.

Millionen machten sich in jenen Monaten auf, zuerst aus Ostpreußen, später auch aus Schlesien und Pommern. Sie flüchteten allein, in Kleingruppen oder Trecks. Unterwegs waren vor allem Frauen, Kinder und Ältere. Jene Fluchten aus den Gebieten, die zuvor überwiegend deutsches Staatsgebiet waren, geschahen ohne längere Vorbereitungsmöglichkeit. Die örtlichen Behörden evakuierten nicht, sondern folgten vielmehr den Durchhalteparolen des Regimes, weshalb die NS-Regierung eine „[e]rhebliche Schuld an dem Ausmaß des Chaos hatte“.⁵

Die Flucht aus Ostpreußen wurde erschwert durch den strengen Winter 1944/45. Seine Kälte setzte den Flüchtlingen in dieser Phase zu und kostete zahlreiche Leben, vor allem von Kindern. Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen sind es jene Aufnahmen der Flüchtlingstrecks aus Ostpreußen, die sich in Schnee und Eis vorwärtskämpften, die bis heute die Vorstellungen von Flucht und Vertreibung prägen.

1 Eugene M. Kulischer: *Europe on the Move. War and Population Changes 1917–47*, New York 1948.

2 Diese und alle weiteren Zahlenangaben zur Bevölkerung nach Gerhard Reichling: *Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985* (= Die deutschen Vertriebenen in Zahlen 1), Bonn 1986, S. 17.

3 Vgl. zu einer längeren Debatte Ingo Haar: „Bevölkerungsbilanzen“ und „Vertreibungsverluste“. Zur Wissenschaftsgeschichte der deutschen Opferangaben aus Flucht und Vertreibung, in: Josef Ehmer/Ursula Ferdinand/Jürgen Reulecke (Hg.): *Herausforderung Bevölkerung. Zu Entwicklungen des modernen Denkens über die Bevölkerung vor, im und nach dem „Dritten Reich“*, Wiesbaden 2007, S. 267–281.

4 Die für September 1939 angegebenen Bevölkerungszahlen lauten im Einzelnen: Sowjetunion (1,4 Millionen), baltische Staaten (250.000), Jugoslawien (536.000), Rumänien (782.000), Ungarn (600.000) und in den polnischen Gebieten (1,2 Millionen).

5 Philipp Ther: *Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 127), Göttingen 1998, S. 54.



Maria Furtwängler und Hanns Zischler, die Hauptrollen in dem Zweiteiler „Die Flucht“ unter der Regie von Kai Wessel spielen, am 17. Januar 2007 vor einem Werbeplakat für den Film.
Foto: picture alliance/rtn - radio tele nord/Fotograf: Ulrike Blitzner

Auf ihren teils planlosen Routen gerieten zahlreiche Personen zwischen die Fronten und starben im Kriegsgeschehen. Als die Sowjetarmee weiter nach Westen vorrückte, schnitten sie den Flüchtlingen im Januar 1945 den Landweg ab. Als Anlaufstelle wählten diese nun die Ostseehäfen, in denen sich Massen verzweifelter Menschen sammelten. Das deutsche Militär, das zuvor eigene Belange des Rückzugs priorisiert hatte, entschloss sich angesichts der humanitären Notlage, Zivilisten mit auf die Schiffe aufzunehmen. Ca. 250.000 Personen sind aus den Häfen von Danzig bis Swinemünde ausgeschifft worden, wobei sowjetische Angriffe zu zahlreichen, bis heute nicht genau bezifferbaren Todesopfern führten. Am bekanntesten ist der Untergang der „Wilhelm Gustloff“, zuvor ein Schiff der nationalsozialistischen „Kraft durch Freude“-Organisation, bei dem mehrere Tausend Menschen zu Tode kamen. Dieses Ereignis fand in Filmen und Romanen der Bundesrepublik seinen Niederschlag. 2003 griff Günter Grass den Untergang des Schiffes auf, um den öffentlichen Umgang mit Flucht und Vertreibung nach 1945 zu kritisieren. Laut Grass habe die Gesellschaft das Leid der Betroffenen nicht gewürdigt, was sie in revisionistische Kreise getrieben habe. Diese These eines Tabus ist danach in der Öffentlichkeit häufig unkritisch wiederholt worden, nicht zuletzt fügte sie sich ein in eine Ende der 1990er begonnene Debatte über die Opfer des Bombenkriegs ein, die ebenfalls – verkürzend – ein Erinnerungstabu und Empathiemangel

postulierte. HistorikerInnen haben inzwischen präzise herausgearbeitet, wie präsent das Thema von Flucht und Vertreibung seit der unmittelbaren Nachkriegszeit war, aber auch, dass es seit den späten 1960er Jahren ein stark politisiertes und zunehmend polarisierendes wurde.⁶

Die Flucht aus Ostpreußen über das zugefrorene Haff oder per Schiff dominiert das bundesrepublikanische kollektive Gedenken an jene Phase. Doch auch aus Pommern und Schlesien begannen die Menschen, massenhaft zu fliehen, viele in der Hoffnung, in wenigen Wochen oder Monaten wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Ihre Wege waren aufgrund mangelnder Ausstattung oft strapaziös; in ihrer Versorgung waren sie auf die Güte der Mitmenschen angewiesen, da staatliche Strukturen nicht griffen. Zudem kam es in dieser Phase zu massenhaften Übergriffen der sowjetischen Soldaten, darunter Vergewaltigungen durch Einzel- und Gruppentäter.

„Wilde Vertreibungen“

Als zweite Phase des gesamten Prozesses wird die Phase der sogenannten „wilden Vertreibungen“ benannt, die

6 Kritik an der These bei Maren Röger: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989 (= Studien zur Ostmitteleuropaforschung 23), Marburg 2011. Zu den Phasen der Erinnerung vgl. ebd., S. 41–45; und Stephan Scholz/Maren Röger/Bill Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken, Paderborn 2015.



„KdF“-Schiff Wilhelm Gustloff im Hafen, um 1938.
Foto: picture-alliance/akg-images

zwischen dem sowjetischen Vormarsch und der Potsdamer Konferenz Anfang August 1945 zu verorten ist.

Dies war die gewaltsamste Phase von Flucht und Vertreibung – in ihr entluden sich Rachegefühle der sowjetischen Soldaten und in Teilen der polnischen Bevöl-

kerung. Je nach Gebiet hatten sie selbst ein brutales deutsches Besatzungsregime erliden müssen, das unter der Zivilbevölkerung Millionen Opfer forderte, bzw. waren in den bereits vor 1939 deutschen Gebieten als PolInnen einer systematischen Entrechtungs- und Ausbeutungspolitik unterworfen.

Seit dem deutschen Überfall im September 1939 auf das polnische Staatsgebiet war der Alltag der polnischen Bevölkerung von Erniedrigungen, Hunger und Elend geprägt. Die deutschen Besatzer brachten Vertreibung und Vernichtung über das Land. Sie ermordeten den Großteil der jüdischen Bürgerinnen und Bürger des Landes; weitere Millionen nicht-jüdische Opfer forderte die Gewalt- und wirtschaftliche Ausbeutungspolitik. Zudem überlebten weitere Millionen physisch versehrt, abgesehen von den psychischen Traumata, von denen so gut wie jede Familie betroffen war. Familien wurden zerrissen und die Infrastruktur des Landes zu Kriegsende zerstört. Auch Zwangsumsiedlungen waren ein wesentliches Element der Besatzungspolitik in den von NS-Deutschland okkupierten Westgebieten Polens. Ohne die massenhafte Deportation von Zwangsarbeitern ins „Reich“ mit einzurechnen,⁷ kommt der polnische Historiker Piotr Madajczyk zu folgendem Schluss: „Insgesamt umfassten die Zwangsaussiedlungen in den polnischen Gebieten über 1,65 Millionen Personen, im Warthegau



Abzeichen für polnische ZwangsarbeiterInnen in der NS-Zeit
Foto: wikicommons/Sjam2004

.....
7 Davon waren ca. zwei Millionen Polen betroffen.



Das Foto stammt aus einem Artikel in der Zeitung „Żołnierz Polski“ (Polnischer Soldat) Heft 10, März 1946 mit dem Titel: „Endlich. Die Deutschen verlassen uns für immer“.

Foto: Süddeutsche Zeitung Foto/Forum

(das Posener Gebiet war am stärksten betroffen) trafen sie 15 Prozent der Vorkriegsbevölkerung.⁸

Die NS-Besatzung begann Mitte 1944 zu enden, als die Rote Armee die polnischen Gebiete, die von den Deutschen 1939 bzw. 1941 besetzt wurden, erreichte. Unmittelbar auf die militärische Vorhut der Sowjets folgten polnische kommunistische Bataillone und das sogenannte „Nationale Befreiungskomitee“, das als provisorische Regierung fungierte und schließlich 1945 auch als solche eingesetzt wurde. Auf diese Weise wurde das neue Gesellschaftssystem nach sowjetischem Vorbild etabliert. Aber erst mit dem Überschreiten der Oder-

Neiße-Grenze im Frühjahr 1945 durch die Rote Armee wurden die Gebiete östlich davon einer polnischen Zivilverwaltung unterstellt. Neuere polnische Arbeiten weisen darauf hin, dass die Macht teilweise erst im Sommer 1945 – und in den ehemals deutschen Ostgebieten noch später – von der Roten Armee auf die polnische Verwaltung überging, und sprechen deshalb von einer „Doppelherrschaft“ in dieser Phase.⁹ Die Fluchtbewegungen der Deutschen bis Mitte Juni 1945 fallen also in eine Zeit geteilter Verantwortung.

Entgegen der begrifflichen Suggestion, dass die wilden Vertreibungen spontan gewesen seien, folgten sie zum Teil doch einer Strategie. So wollten beispielsweise die polnischen Behörden in ihren Gebieten mit den wilden Vertreibungen vor der Konferenz in Potsdam deren Teilnehmer vor vollendete Tatsachen stellen. Ab Mitte Juni 1945 for-

8 Piotr Madajczyk: Formen der Zwangsmigrationen in Polen 1939–1950, in: Dieter Bingen/Włodzimierz Borodziej/Stefan Troebst: Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen, Vergangenheitspolitik, Zukunftskonzeptionen (= Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 18), Wiesbaden 2003, S. 110–123, hier S. 117. Zur Problematik von korrekten Zahlenangaben für die ostpolnischen Gebiete während der deutschen Besatzung vgl. Stanisław Ciesielski: Einleitung, in: ders. (Hg.): Umsiedlung der Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten nach Polen in den Jahren 1944–1947 (= Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 6), Marburg 2006, S. 1–75, hier S. 25.

9 Darstellung nach Philipp Ther: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 127), Göttingen 1998, S. 59.

cierte die polnische Verwaltung die Zwangsaussiedlungen. Von Mitte Juni bis Mitte Juli 1945 wurde beispielsweise die Bevölkerung, die in der Nähe der zu erwartenden künftigen Grenzen an Oder und Neiße lebte, von Militär und Miliz vertrieben. Auch andere Gebiete wurden nach einem festen Plan geräumt.¹⁰ Die Vertreibungen dieser Phase waren nicht mit der Sowjetunion abgesprochen.¹¹ Mit ihnen versuchte die polnische Verwaltung, so schnell als möglich Fakten zu schaffen. Hintergrund war das sich verschlechternde Klima zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten, insbesondere Großbritannien. Dessen Regierung hatte mit der bürgerlichen Exilregierung Polens, die seit dem Einmarsch der Sowjetunion in London saß, mehrfach über eine Westverschiebung Polens gesprochen und derartige Pläne, die die massenhafte Umsiedlung der Deutschen einschlossen, bereits goutiert.¹² Vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden sowjetisch-westlichen Antagonismus erschien es zunehmend unwahrscheinlich, dass der kommunistischen Regierung Polens zugestanden werden würde, was „der bürgerlichen quasi aufgedrängt“ worden war.¹³

Diese geplanten wilden Vertreibungen waren nicht nur von Gewalt während der Ausweisung aus dem Heimatort begleitet, sondern bescherten den Betroffenen eine ganze Reihe an unterschiedlichen Gewalterfahrungen bis zu ihrer Ankunft jenseits von Oder und Neiße: Morde, Vergewaltigungen, Überfälle, Plünderungen und Nahrungsmittelknappheit waren an der Tagesordnung. Rache war angesichts der Tatsache, wie sehr die polnische Gesellschaft unter der gewaltsamen deutschen Besatzung gelitten hatte ein wichtiges Motiv, bei Weitem aber nicht das alleinige. Vielmehr wurden Racheempfindungen politisch

instrumentalisiert, um die Fluchtbewegungen der Deutschen in den fortan polnischen Gebieten voranzutreiben und zu steuern. Größere pogromartige Ausschreitungen sind – im Gegensatz zur Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei – im polnischen Fall aber nicht überliefert.¹⁴

Trotz des rücksichtslosen Vorgehens der polnischen Verwaltung während der Phase der wilden Vertreibungen hatte sich die Anzahl der Deutschen im Gebiet nicht nennenswert verringert. Ein großer Teil der Bevölkerung hegte die Hoffnung, die Gewalt ziehe vorüber und sie könnte an dem Ort bleiben, an dem ihre Familien teils seit Generationen lebten. Erst die organisierten Zwangsumsiedlungen nach dem Potsdamer Abkommen sollten nach und nach zu einer Entvölkerung des Gebiets von seiner deutschen Bevölkerung führen.¹⁵ Oder, wie der Historiker Christian Lotz es mit Blick auf erinnerungspolitische Legitimierungsstrategien durch Opferzahlen formuliert: Es bleibe festzuhalten, „dass keineswegs die Mehrheit der Flüchtlinge und Vertriebenen auf dem Wege der ‚wilden‘ Vertreibungen ihre Heimat verlassen musste“.¹⁶ Wie viele Deutsche die polnischen Gebiete während der Phase der wilden Vertreibung verließen, war lange umstritten. Neuere Arbeiten sehen ihre Zahl aber bei rund 400.000 Menschen.¹⁷

Umsiedlungen aus den polnischen Gebieten nach dem Potsdamer Abkommen

Weiter wird, drittens, unterschieden in die Phase der vertraglich festgelegten „Umsiedlungen“ in Folge des Potsdamer Abkommens. Im August 1945 wurde von den Alliierten der „Bevölkerungstransfer“ beschlossen, wie es euphemistisch hieß, und ein ordnungsgemäßer und humaner Umgang angeordnet. Doch die die Vertreibung begleitenden Umstände verbesserten sich zunächst nur geringfügig. Die polnischen Behörden verlangsamten den Vorgang zwar, da das Abkommen auch die künftigen Grenzen festschrieb und eine schnelle Politik der geschaffenen Fakten obsolet machte. Das Chaos bei den Umsiedlungen wurde jedoch

10 Vgl. ebd., S. 56 f. Zur Reihenfolge der Vertreibungen vgl. Małgorzata Ruchniewicz: Niemcy [Deutsche], in: Grzegorz Hryciuk/Witold Sienkiewicz (Hg.): *Wysiedlenia wypędzenia i ucieczki 1939-1959. Atlas ziem Polski* [Umsiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegungen 1939-1959. Ein Atlas der polnischen Gebiete], Warszawa 2008, S. 158-203, hier S. 182. Zu den Abläufen der Vertreibung in den polnischen Gebieten vgl. vor allem das umfassende Werk von Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hg.): „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven, 4 Bde., (= Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas), Marburg 2000-2004.

11 Vgl. Ruchniewicz (wie Anm. 10), hier S. 182.

12 Vgl. als deutsches Standardwerk zu diesem Thema Detlef Brandes: Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 94), München 2001.

13 Michael G. Esch: „Ethnische Säuberungen“ zwischen Deutschland und Polen 1939-1950: Überlegungen zu ihrer Genese und Einordnung, in: Ulf Brunnbauer/Michael G. Esch/Holm Sundhaussen (Hg.): Definitionsmacht, Utopie, Vergeltung. „Ethnische Säuberungen“ im östlichen Europa des 20. Jahrhunderts, (= Geschichte 9), Berlin 2006, S. 96-124, hier S. 103.

14 Vgl. Bernadetta Nitschke: Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949 (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 20), München 2003, S. 172 und S. 201.

15 Vgl. Ruchniewicz (wie Anm. 10), S. 183.

16 Christian Lotz: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948-1972) (= Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte 15), Köln 2007, S. 52.

17 So zum Beispiel Nitschke (wie Anm. 14), S. 147.



Am 17. Juni 1991 unterzeichnen Premierminister Bielecki und Bundeskanzler Kohl den polnisch-deutschen „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“.

Foto: picture-alliance/dpa

nur schrittweise geringer. Zuerst beschränkte sich die „ordnungsgemäße und humane Weise“, wie es im Abkommen hieß, auf die Ausweitung der Packdauer und des -umfangs. Ab Mitte 1946 konnte man dann von einer geordneten Umsiedlung, wie im Potsdamer Abkommen vereinbart, sprechen. Trotzdem kam es in den unbeheizten Zügen bis zum Winter 1946/1947 zu kältebedingten Todesfällen, was schließlich – nicht zuletzt aufgrund des öffentlichen Drucks aus dem Westen – zur Aussetzung der Aussiedlungen in den kältesten Monaten führte.¹⁸ 1947 ging dann die Hauptphase der Aussiedlung aus Polen zu Ende.

Die ehemals deutschen Ostgebiete waren bis Mitte des Jahres 1946 ein „praktisch rechtsfreier Raum“, in dem besonders die verbliebenen Deutschen Schikanen von Seiten der Administration ausgesetzt waren, aber auch „zum bevorzugten Opfer von Kriminellen und Banden“ wurden.¹⁹ Gleichsetzungen mit dem amerikanischen „Wilden Westen“ wurden zeitgenössisch erstmals formuliert.²⁰

Die Forschungen der letzten Jahre vermitteln ein differenziertes Bild davon, wie die Monate und Jahre in den nun polnischen Territorien abliefen, wie zentrale Politik,

regionale Interessenslagen und lokale Akteure das Verhältnis zwischen den noch anwesenden Deutschen und den überwiegend neu hinzugekommenen Polen beeinflussten. Insbesondere das mehrbändige Werk „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden“, aber auch zahlreiche monographische Städte- und Regionalstudien vermitteln ein komplexes Bild der Akteure und der sich wandelnden Aktionen und Motive.²¹ Sowohl die deutsch- als auch die

21 Vgl. als Auswahl Halicka (wie Anm. 20); Thum (wie Anm. 19); Jan Musekamp: Zwischen Stettin und Szczecin. Metamorphosen einer Stadt von 1945 bis 2005, Wiesbaden 2010; Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hg.): „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, Band 1: Zentrale Behörden, Wojewodschaft Allenstein, (= Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas), Marburg 2000; Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hg.): „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, Band 2: Zentralpolen, Wojewodschaft Schlesien (Oberschlesien) (= Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas), Marburg 2003; Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hg.): „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, Band 3: Wojewodschaft Posen, Wojewodschaft Stettin (Hinterpommern) (= Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas), Marburg 2004; Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hg.): „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, Band 4: Danziger Pommern, Wojewodschaft Niederschlesien (= Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas), Marburg 2004; Kerstin Hinrichsen: Die Erfindung der Ziemia Lubuska. Konstruktion und Aneignung einer polnischen Region 1945–1975 (= Kultur- und Sozialgeschichte Osteuropas 5), Göttingen 2017. Siehe auch den Literaturüberblick bei Maren Röger: Ereignis- und Erinnerungsgeschichte von „Flucht und Vertreibung“. Ein Literaturbericht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 62 (2014), H. 1, S. 49–64.

18 Siehe ebd., S. 233.

19 Ther (wie Anm. 9) S. 61. Vgl. dazu auch Ruchniewicz (wie Anm. 10), S. 186. Für eine konkrete Einzelstadtstudie vgl. Gregor Thum: Die fremde Stadt. Breslau 1945, Berlin 2003.

20 Vgl. unter ebenjenem Titel Beata Halicka: Polens Wilder Westen. Erzwungene Migration und kulturelle Aneignung des Osterrumes 1945–1948, Frankfurt/Oder 2011.

polnischsprachige Geschichtswissenschaft legte seit den 1990er Jahren einen Fokus auf die Geschichte der Vertreibung der Deutschen, wobei viele Projekte als bilaterale Kooperationsprojekte entstanden. Nach Jahrzehnten der Politisierung des Themas zwischen beiden Ländern fand so eine multiperspektivische Aufarbeitung statt, wenngleich Begriffe noch unterschiedlich benutzt werden.

Die im Deutschen gängigen Termini „Flucht und Vertreibung“ bzw. „Vertreibung“ waren lange Zeit insbesondere zwischen dem kommunistischen Polen und Westdeutschland sehr umstritten. Der polnische Historiker Włodzimierz Borodziej sieht deshalb „die ‚Vertreibung‘ [als] eine[n] Schlüsselbegriff und Symbol des polnisch-westdeutschen Nachkriegskonfliktes“.²² Dies lässt sich aus der unterschiedlichen geschichtspolitischen Positionierung der Staaten erklären. Nach 1989 konnte sich ein freier Umgang mit den Termini in den ehemals kommunistischen Ländern entwickeln. Und zumindest für die geschichtswissenschaftliche Zunft „hat der Streit um Begriffe seinen Sinn verloren“,²³ so Borodziej. Auch polnische Historiker bedienen sich der Termini, teils zur Kennzeichnung der Phase der wilden Vertreibungen, teils synonym zu Zwangsmigration oder Aussiedlung.²⁴

Angenähert haben sich polnische und deutsche HistorikerInnen auch hinsichtlich der Opferzahlen.

Als plausibelste Schätzung, auf die sich deutsche und polnische ExpertInnen geeinigt haben, gilt, dass ca. 420.000 Personen in den nach 1945 dann polnischen Territorien zu Tode kamen. 200.000 starben bei den Deportationen in die Sowjetunion, 40.000 in den dortigen Lagern und 120.000 durch verschiedene Gewalttaten, verübt vor allem von Sowjetsoldaten. 60.000 Opfer verloren in polnischen Lagern für Deutsche ihr Leben. Die Internierungslager Lamsdorf, Schwientochlowitz(-Zgoda) und Potulitz erlangten in diesem Zusammenhang traurige Berühmtheit. Seuchen, Nahrungsmittelknappheit und die Brutalität der Lagerkommandanten führten zu hohen Opferzahlen.²⁵ Borodziej bemerkt hierzu, „dass die Art der Behandlung der Deutschen 1945 und 1946 innerhalb der polnischen Gesellschaft kaum auf Widerspruch stieß“, fügt aber an, dass die Lager nur einem kleinen Kreis bekannt gewesen seien.²⁶ Ältere deutsche Zahlen hinsichtlich der mutmaßlichen Opfer, die maßgeblich auf der Schieder-Dokumentation beruhten, mussten insgesamt entschieden nach unten korrigiert werden. ■

.....
22 Włodzimierz Borodziej: Flucht – Vertreibung – Zwangsaussiedlung, in: Andreas Lawaty/Hubert Orłowski (Hg.): Deutsche und Polen. Geschichte – Kultur – Politik, München 2006, S. 88-95, hier S. 90.

23 Ebd., S. 95.

24 Dabei ist die synonyme Verwendung noch nicht Konsens. Die polnische Historikerin Bernadetta Nitschke, die eine der wichtigsten ereignisgeschichtlichen Studien über die Thematik vorlegte, sieht mit der deutschen Begriffsverwendung, der Dominanz des Vertreibungsbegriffs, „die Opferperspektive durchgesetzt“. In Polen dauere die Begriffssuche ihrer Meinung nach noch an. Vgl. Nitschke (wie Anm. 14), S. 29.

.....
25 Mit den Arbeiten von Edmund Nowak liegen erstmals solide Darstellungen zur Geschichte der Lager vor. Vgl. Edmund Nowak: Lager im Oppelner Schlesien im System der Nachkriegslager in Polen (1945-1950). Geschichte und Implikationen, Opole 2003; ders.: Schatten von Lambinowice. Versuch einer Rekonstruktion der Geschichte des Arbeitslagers in Lambinowice in den Jahren 1945-1946, Opole 1994. Eine essayistische Annäherung, die die Opfer zu Wort kommen lässt, bietet Helga Hirsch: Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950, Berlin 1998.

26 Borodziej (wie Anm. 22), hier S. 94 f.

DIE VERTREIBUNG DER DEUTSCHEN AUS DER TSCHECHOSLOWAKEI

von Martin Schulze Wessel



Marienbad im Januar 1946: Schienen, auf denen Züge Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei brachten
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/ CTK Photobank

Die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei stellte in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei lange Zeit eine Hypothek dar. Nach der Teilung der Tschechoslowakei blieben die Spannungen vor allem mit dem tschechischen Nachfolgestaat zunächst bestehen. Speziell vor dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union 2004 kam es zu erhitzten Diskussionen über die Vertreibungen. Der Streit drehte sich vor allem um die vom damaligen tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš erlassenen Dekrete, auf denen der Entzug der Staatsbürgerschaft und die Enteignung der Deutschen rechtlich basierten. Die Dekrete wurden zu einem Symbol der Vertreibung; von Teilen der deutschen Politik und Öffentlichkeit wurde ihre rückwirkende Annullierung gefordert, während die tschechische Politik auf ihnen bestand.¹ Auch in der Geschichtswissenschaft hat das Thema der Vertreibung kontroverse Deutungen gefunden.² Nicht zuletzt durch die Arbeit der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission ist in den vergangenen Jahrzehnten jedoch ein geschichtswissenschaftliches Fundament geschaffen worden, das die Kontroversen nicht beendet, aber doch einen gemeinsamen Bezugspunkt für die Geschichtswissenschaft, Schulbücher und Institutionen der politischen Bildung in allen drei Ländern geschaffen hat.³ Für das Thema der Vertreibung stellte vor allem die Herausgabe des von Detlef Brandes, Edita Ivaničková und Jiří Pešek herausgegebenen Bandes „Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938-1947“ einen Meilenstein dar, etwa im Hinblick auf die kritische Reflexion des politischen Gebrauchs von Opferzahlen der Vertreibung.⁴ Bezüglich der Interpretation der Vertreibung versucht der Band einen Minimalkonsens abzustecken, indem er die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei als Teil einer vielschichtigen Entwicklung interpretiert, das kein isoliert zu betrachtendes Ereignis der Jahre 1945/46 war, sondern

in einer Zeit stattfand, die weithin von einem „ethnischen Prinzip“ geprägt war. Der Krieg und die Verbrechen der deutschen Besatzungsherrschaft werden als der wesentliche Hintergrund der Vertreibung gekennzeichnet und zugleich wird davor gewarnt, die Vertreibung der Sudetendeutschen gemäß einer einfachen Ursache-Folge-Logik, und damit als bloßen Reflex auf antitschechische Maßnahmen der Nationalsozialisten, zu deuten.

Dieser weite Deutungsrahmen hat seine Gültigkeit bewahrt. Die Vielschichtigkeit der Vertreibung zu betonen, bedeutet, kein einzelnes Prinzip und keine einzelne Ursache für die Vertreibung verantwortlich zu machen. Insbesondere ist die Vertreibung nicht als Ergebnis eines spezifisch osteuropäischen Typs von Nationalismus zu erklären. Einen entsprechenden Ansatz haben Manfred Kittel und Horst Möller zur Diskussion gestellt, als sie ihre Untersuchung von der Prämisse ableiteten, dass es „kollektive Vertreibungen deutscher Volksgruppen am Ende des Zweiten Weltkrieges nur im östlichen, sowjetrussisch dominierten Teil Europas gegeben hat, nicht aber in westlichen Staaten.“⁵ Damit wird nahegelegt, dass gerade im Ostmitteleuropa das Denken in nationalen Kollektiven und einem nicht zu überbrückenden Antagonismus zwischen dem nationalen „Wir“ und den anderen im östlichen Europa besonders ausgeprägt war. Tatsächlich ist die Entgegensetzung zwischen einem besonders exklusiven, auf die Ethnie fixierten Nationalismus in Ostmitteleuropa und einem inklusiven, politisch geprägten Nationalismus in Westeuropa, kaum zu halten.⁶ Zur Erklärung der Nachkriegsgewalt im östlichen Europa ist der Hinweis auf die besondere Härte der deutschen Besatzungsherrschaft im östlichen Europa sehr viel bedeutender. Das „ethnische Prinzip“ war bei den Vertreibungen wirksam, aber ohne den Weltkrieg hätte es in der Tschechoslowakei keine Vertreibungen gegeben.

Für eine Rekonstruktion der Ursachen der Vertreibung ist eine Analyse der Denk- und Handlungshorizonte der entscheidenden politischen Akteure der Kriegs- und Nachkriegszeit wichtig. Diese waren durch die Besatzungsherrschaft bzw. die hegemoniale Abhängigkeit von NS-Deutschland und im tschechischen Fall besonders von den Erfahrungen der unmittelbaren Vorkriegszeit geprägt. In der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1938)

1 Christian Domnitz: Die Beneš-Dekrete in parlamentarischer Debatte. Kontroversen im Europäischen Parlament und im tschechischen Abgeordnetenhaus vor dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik, Berlin 2007.

2 Peter Haslinger/Erik K. Franzen/Martin Schulze Wessel (Hg.): Diskurse über Zwangsmigrationen in Zentraleuropa: Geschichtspolitik, Fachdebatten, literarisches und lokales Erinnern seit 1989, München 2008.

3 <http://www.dt-ds-historikerkommission.de/> [Stand 09.06.2021].

4 Rüdiger Overmans: „Amtlich und wissenschaftlich erarbeitet“. Zur Diskussion über die Verluste während Flucht und Vertreibung der Deutschen aus der CSR, in: Detlef Brandes/Edita Ivaničková/Jiří Pešek (Hg.): Erzwungene Trennung: Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938-1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien, Essen 1999.

5 Manfred Kittel/Horst Möller: Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 54/4 (2006), S. 541-581, hier S. 543.

6 Philipp Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa, Göttingen 2011, S. 24-32.

bestand zwischen der tschechoslowakischen Mehrheitsnation und der deutschen Minderheit ein Spannungsverhältnis, das im demokratischen System der ČSR um die Mitte der zwanziger Jahre zu einer partiellen Kooperation tendierte, aber nie ganz aufgehoben werden konnte. Seit die globale Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre auch die Tschechoslowakei erfasst hatte, entzündete sich der Konflikt mit neuer Schärfe, wobei die Mehrheit der Sudetendeutschen die von Konrad Henlein geführte Sudetendeutsche Heimatfront, seit 1935 Sudetendeutsche Partei (SdP), unterstützte. Der Konflikt zwischen der tschechoslowakischen Mehrheitsnation und der deutschen Minderheit erhielt eine außenpolitische Dimension dadurch, dass die innenpolitischen Gegensätze von NS-Deutschland gezielt ausgenutzt wurden, um die Demokratie in der ČSR zu destabilisieren und die Tschechoslowakei aufzuteilen. So entwickelte sich aus dem Autonomiestreben der Sudetendeutschen zunehmend ein secessionistisches Programm, wobei Henlein sich im November 1937 in einem geheimen Brief Hitler unterstellte. Ende März 1938, zwei Wochen nach dem Anschluss Österreichs, forderte Hitler Henlein auf, der tschechoslowakischen Regierung in Bezug auf die Nationalitätenfrage unerfüllbare Forderungen zu stellen: „Wir müssen also immer so viel fordern, dass wir nicht zufriedengestellt werden können,“⁷ fasste Henlein die an ihn gerichteten Erwartungen zusammen. In dem Konflikt, den Hitler selbst auf die Spitze getrieben hatte, übernahm er die Rolle eines vermeintlichen „Protektors“ der sudetendeutschen Interessen. Tatsächlich ging es Hitler nicht um die nationalitätenpolitischen Belange der deutschen Minderheit, sondern um einen Vorwand für den lange geplanten Krieg. Im sogenannten Münchner Abkommen, das am 29./30. September 1938 zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich ohne Beteiligung der Tschechoslowakei geschlossen wurde, begnügte sich Hitler jedoch zunächst mit der Abtrennung der überwiegend von den Sudetendeutschen besiedelten Grenzgebiete der Tschechoslowakei und deren Annexion an das Deutsche Reich. Als Folge des Abkommens flohen viele Juden, Tschechen und deutsche NS-Gegner, die in den von Deutschland annektierten Gebieten gelebt hatten, ins tschechische Binnenland. Dort bestand zunächst weiter ein Staat der Tschechen und Slowaken, die sogenannte „Zweite Tschechoslowakische Republik“, deren Existenz jedoch nur wenige Monate währte, ehe NS-Deutschland am 15. März 1939

in den tschechischen Landesteil einmarschierte, während die Slowakei kurz zuvor, von der deutschen Außenpolitik gedrängt, ihre Unabhängigkeit erklärt hatte.

Dies war der Hintergrund für die Nachkriegsplanungen der alliierten Mächte, an denen die Tschechoslowakei durch die Exilregierung unter Edvard Beneš im Londoner Exil beteiligt war. Aus deren Sicht war es ein vorrangiges Ziel, eine Wiederholung der traumatischen Erfahrung der außenpolitischen Instrumentalisierung der tschechoslowakischen nationalitätspolitischen Situation zu verhindern. Als sich das Zusammenspiel zwischen Hitler und Henlein in der Sudetenkrise kurz vor dem Münchner Abkommen deutlich abzeichnete, entstand in der tschechoslowakischen Politik die Idee, dass Zwangsumsiedlungen ein geeignetes Instrument sein könnten, um die Sicherheit des eigenen Staates zu erhöhen. Nachdem Hitler am 12. September 1938 den Anschluss der mehrheitlich von Sudetendeutschen besiedelten Gebiete an das Reich gefordert und Konrad Henlein drei Tage später seine Proklamation „Wir wollen heim ins Reich“ veröffentlicht hatte, übermittelte Beneš der französischen Regierung einen Plan, demzufolge eine Million Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei nach Deutschland umgesiedelt werden sollten. Zugleich sah sein Plan vor, dass drei Gebiete der Tschechoslowakei, nämlich Teile Westböhmens, Nordböhmens und Mährisch-Schlesiens mit weiteren etwa 800-900.000 Deutschen an das Reich abgetreten werden sollten. Dadurch, so Beneš' Kalkül, würde sich die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei auf 1 bis 1,2 Millionen Bürger reduzieren, von denen keine Gefahr mehr für die Republik ausgehen würde.⁸ An seinem Konzept, Gebietsabtretungen und Bevölkerungstransfer zum Zwecke der Reduktion der deutschen Bevölkerung miteinander zu kombinieren, hielt Beneš während der ersten Hälfte des Krieges fest. So war er im Herbst 1940 bereit, das Egerland sowie Gebiete u. a. um Asch (Aš), Schluckenau (Šluknov) und Friedland (Frýdlant) an Deutschland abzutreten, während die deutsch besiedelten Gebiete um Jägerndorf (Krnov), Reichenberg (Liberec) und Karlsbad (Karlovy Vary) innerhalb der Tschechoslowakei eine weitreichende Autonomie erhalten sollten.⁹ Im Verlaufe des Krieges wurden die abzutretenden Gebiete immer kleiner

7 Helmuth G. Rönnefarth: Die Sudetenkrise in der internationalen Politik: Entstehung – Verlauf – Auswirkung. Zwei Bände, Wiesbaden 1961, Bd. 1, S. 219.

8 Arnold Suppan: Hitler – Beneš – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa, Wien 2014.

9 Detlef Brandes: 1945: Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, in: Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848-1989, hg. v. Detlef Brandes/Dušan Kováč/Jiří Pešek, Essen 2007, S. 223-248, hier S. 224.



Einmarsch deutscher Truppen in Prag im März 1939
Foto: *Süddeutsche Zeitung Photo*

und die für die Vertreibung vorgesehene Bevölkerungszahl immer größer. Gegen Kriegsende war die Vorstellung, dass die Tschechoslowakei deutsch besiedelte Gebiete an Deutschland abtreten und damit Deutschland zu einem Gebietszuwachs gegenüber den Grenzen von 1937 verhelfen würde, nicht mehr vermittelbar.

Beneš führte jetzt eine neue Differenzierung ein, um die Zahl der zu vertreibenden Deutschen möglichst gering erscheinen zu lassen: Er rechnete mit der Flucht einer halben Million Sudetendeutscher, die als Anhänger Henleins und der Nationalsozialisten keine Zukunft für sich in der Tschechoslowakei sahen. Umgekehrt veranschlagte er eine Zahl von 800.000 Deutschen, die gegenüber der tschechoslowakischen Republik loyal seien und im Land bleiben könnten, sofern sie bereit wären, sich zu assimilieren.



Edvard Beneš bei seiner letzten Rede vor seinem Rücktritt, Weihnachten 1947

Foto: *Süddeutsche Zeitung Photo/CTK Photobank/Fotograf: Jiri Rublic*

Damit blieb rechnerisch eine Gruppe von deutlich weniger als zwei Millionen Deutschen übrig, die vertrieben werden sollten.

Die Nachkriegsplanung der tschechoslowakischen Exilregierung unter Beneš war von drei Prinzipien bestimmt: Es ging erstens um die Gewährleistung der Sicherheit einer künftigen Tschechoslowakei, wobei innere und äußere Sicherheit gerade in der Minderheitenfrage für ihn zusammenhingen. Diese Lehre hatte er aus dem Zusammenspiel Hitlers mit Henlein vor dem Münchner Abkommen gezogen. Zweitens handelte er in der Tradition des „Volkstumskampfes“, in dem es um die Schwächung der Position der Minderheiten und deren möglichst reibungslose Integration und ethnische Assimilation in die Mehrheitsnation ging. Dem lag jedoch keine rassenbiologische Sichtweise zugrunde. Deutsche im Land zu behalten, war kein Nachteil, solange die Minderheit beherrschbar und im besten Falle zu assimilieren war. Drittens war Beneš' Kriegsdiplomatie von seinem Wissen um die Wirkmächtigkeit der öffentlichen Meinung in der internationalen Politik geprägt. Dabei knüpfte er an das demokratisch-universalistische Selbstverständnis der von Masaryk gegründeten Tschechoslowakischen Republik an, wenn er die Schuld der Deutschen nicht nur auf die eigenen Opfer, sondern zugleich auf universale Werte bezog: „Unsere Deutschen [...] haben den Staat verraten, die Demokratie verraten, uns verraten, die Menschlichkeit verraten und die Menschheit verraten.“¹⁰

Die vermutete Wirkung auf die internationale Öffentlichkeit war für Beneš auch relevant, wenn es um die Frage ging, wie viele Deutsche nach dem Krieg deportiert werden sollten. Über drei Millionen Sudetendeutsche zu vertreiben, barg über kurz oder lang die Gefahr, die tschechoslowakische Politik ins Unrecht zu setzen. So kam ein moralischer Faktor ins Spiel, der ein Grund für Beneš' Bestreben war, die Zahl der Vertreibungsoffer durch die Kombination mit Gebietsabtretungen oder durch die Differenzierung von zu Vertreibenden und antifaschistisch gesinnten Sudetendeutschen zu verringern. 1942 vertrat er gegenüber dem Londoner Foreign Office die Überlegung, individuelle Schuld Kriterien für die Vertreibung einzuführen. Dies geschah offenbar mit Blick auf die internationale Öffentlichkeit, denn durch die Einführung von Schuld Kriterien hätte die Vertreibung den Anschein eines moralischen Strafgerichts gewonnen, in dem die Vertriebenen

nicht als Opfer, sondern als individuelle Täter erschienen wären. Das britische Foreign Office lehnte diesen Vorschlag ab und bevorzugte es, die Vertreibungen auf der Basis von „*political expediency*“ durchzuführen, „*which seems the only safe basis, and to restrict or expand the application of the principle as circumstances may require.*“¹¹

Die robuste und pragmatische Nachkriegsplanung des Foreign Office fußte, anders als Beneš' Vorstellungen zu diesem Zeitpunkt, auf einem kollektivistischen Ansatz: Die Sudetendeutschen sollten unterschiedslos – ohne Hinsicht auf individuelle Schuld – vertrieben werden. Dabei setzte die britische Politik auf Vertreibung als einem seit dem Vertrag von Lausanne von 1923 erprobten und damals legitim erscheinenden Mittel der Neuordnung von Beziehungen zwischen Staaten. Am 6. Juli 1942 erklärte die britische Regierung das Münchner Abkommen für ungültig und bekannte sich zu dem „allgemeinen Grundsatz des Transfers von deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland“. Dabei lehnte die britische Regierung, anders als Beneš, „halbe Maßnahmen“ ab, die die Gefahr in sich bargen, dass verbleibende deutsche Minderheiten in Ostmitteleuropa Deutschland erneut Anlass zu einer revisionistischen Politik bieten könnten. Churchill machte sich im britischen Unterhaus am 15. Dezember 1944 zum Anwalt einer „totalen Vertreibung der Deutschen“: „Reiner Tisch wird gemacht.“¹² Churchill bezog sich hier ausdrücklich auf die Deutschen, die in den ostdeutschen Gebieten lebten, die an Polen abgetreten werden sollten. Die Wirkung seiner Worte ging aber darüber hinaus.

Im Laufe des Jahres 1943 erreichte Beneš die grundsätzliche Zustimmung auch der USA und der Sowjetunion zu einer umfassenden Reduzierung der Anzahl der Deutschen in der Tschechoslowakei durch einen Bevölkerungstransfer. Nicht die tschechoslowakische Exilregierung war die treibende Kraft bei dem Gedanken, eine umfassende Vertreibung durchzuführen. Viel früher drängten die polnische Exilregierung und auch die britische Politik in diese Richtung.¹³

11 Gerhard Seewann: Der Vertreibungsprozess in und nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund britischer Quellen, in: ders. (Hg.): Migrationen und ihre Auswirkungen. Das Beispiel Ungarn 1918-1955, München 1997, S. 55-89, hier S. 60. Siehe auch: Arnold Suppan: Hitler – Beneš – Tito, Wien 2014, S. 1376.

12 Brandes (wie Anm. 9), S. 230 f.

13 Philipp Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa, Göttingen 2011, S. 128.

10 Zit. nach Norman Naimark: Flammender Hass, Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 148, S. 144.



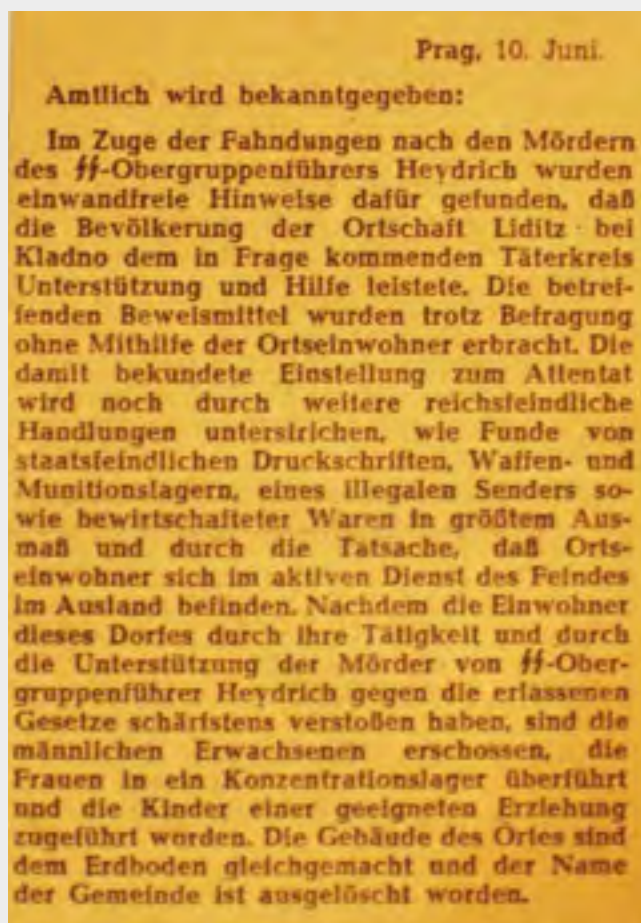
Der britische Premierminister Winston Churchill, März 1944
 Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/United Archives/TopFoto

Daneben war es auch der einheimische Widerstand, der – geprägt durch die unmittelbare Erfahrung der Besatzungsherrschaft – auf eine umfassende Vertreibung der Deutschen drängte. Dabei spielte es durchaus eine Rolle, dass die Besatzungsmacht im Protektorat mit Karl Hermann Frank auch einen sichtbaren sudetendeutschen Repräsentanten besaß. Geboren 1898 in Karlsbad als Sohn eines Volksschullehrers, war Frank von seiner Jugend an vom „Volkstumskampf“ geprägt und hatte sich dabei ein geschlossenes Weltbild angeeignet, in dem die Tschechen die politischen Gegner, die Juden die rassischen Feinde und die deutschen Sozialdemokraten und Liberalen als „Verräter an der nationalen Sache“ figurierten. Von Anfang an in völkischen und nationalsozialistischen Parteien und Verbänden aktiv, stieg Frank an der Seite Konrad Henleins in der Sudetendeutschen Heimatfront, dann der Sudetendeutschen Partei auf, um nach dem Münchner Abkommen und der deutschen Besetzung in Prag nach höchsten Staats- und Parteiämtern zu greifen. Im März 1939 zum Staatssekretär unter dem Reichsprotektor für Böhmen und Mähren, Konstantin Freiherr von Neurath, und wenig später zum Höheren SS- und Polizei-

fürer im Protektorat ernannt, war er „der einzige Sudetendeutsche, den im ‚Dritten Reich‘ eine steile Karriere in eine führende Stellung mit tatsächlichem politischem Einfluss führte“.¹⁴ Die Rolle, die Hitler Frank zudachte, war die eines landeskundigen Beraters der nationalsozialistischen Besatzung; ausdrücklich sollte er „aufgrund seiner Kenntnisse des Landes und der Leute ein guter Berater des Reichsprotektors werden“.¹⁵ Indes gab es noch eine weitere Aufgabenteilung zwischen dem Sudetendeutschen Frank und dem landesfremden, aus dem Reich kommende Neurath. Letzterer sollte der Besatzungsherrschaft ein relativ gemäßigtes Aussehen verleihen, während Frank als der Mann fürs Grobe fungierte. So zeichnete er nach dem Attentat auf Heydrich für die grausamen „Vergeltung“ in Form der Zerstörung der tschechischen Ortschaften Lidice und Ležáky und der Ermordung bzw. Verschleppung aller ihrer Einwohner verantwortlich. Dabei waren

.....
 14 René Küpper: Karl Hermann Frank (1898–1946). Politische Biographie eines sudetendeutschen Nationalsozialisten (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 119), München 2010, S. 405.

15 Ebd., S. 134.



Bekanntmachung der deutschen Besatzungsmacht vom 10. Juni 1942, abgedruckt in der deutschen Besatzungszeitschrift „Der neue Tag“ am 11. Juni 1942

Foto: wikicommons/Orik

Lidice und Ležáky Symbolorte für eine umfassendere Verfolgungs- und Vernichtungspolitik: Die NS-Herrschaft in der Tschechoslowakei zeichnete für 330.000 bis 360.000 Opfer, darunter rund 270.000 Menschen, die von den Nationalsozialisten als Juden verfolgt wurden, sowie den Tod von ca. 8.000 Roma verantwortlich.

Diese Opferzahlen sind erschreckend hoch, in Polen, Belarus, der Ukraine und Russland waren sie jedoch noch viel höher. In der Geschichtswissenschaft ist diese Differenz oft mit der rüstungspolitischen Bedeutung des Protektorats, vereinzelt aber auch mit dem Einfluss sudetendeutscher NS-Funktionäre wie Karl Hermann Frank, erklärt worden. Diese hätten gerade nicht für einen rassisch-biologischen Kampf gegen die Slawen gestanden, sondern seien durch die Erfahrung des „Volkstumskampfs“ in den böhmischen Ländern und dem Gefühl der traditionellen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorrangstellung

der Deutschen geprägt gewesen.¹⁶ In den Augen des tschechischen Widerstands, der von den Verfolgungsmaßnahmen der deutschen Besatzungsherrschaft betroffen war, galt Frank jedoch keineswegs als Anwalt einer „flexiblen Tschechenpolitik“, sondern als Triebkraft eines Terrors, der ein spezifisch sudetendeutsches Gesicht besaß. Aus dem einheimischen Widerstand meldete František Bořek-Dohalský im September 1941 an Beneš: „Alles, was aus Berlin kam, wird mit aller Grausamkeit gerade von den Sudetendeutschen umgesetzt. Die Erschießungen, Konfiskationen, die Einkerkierungen führt Frank durch, der Sudetendeutsche. Die größten Bestialitäten im Sudetenland begehen die dortigen Sudetendeutschen.“¹⁷ Auch im slowakischen Widerstand gegen das von NS-Deutschland gestützte Vasallenregime unter Tiso verfestigte sich die Absicht, die Slowakeideutschen nach dem Krieg zu vertreiben. Dies geschah unter dem Einfluss der entsprechenden tschechischen Pläne, gewann aber in der Folge des Slowakischen Nationalaufstands 1944 noch eine spezifische Dynamik. Die Kämpfe zwischen den Aufständischen und den deutschen Einheiten hatten direkte Auswirkungen auf das Zusammenleben von Slowaken und Deutschen. Letztere erschienen aus der Sicht der am Nationalaufstand Beteiligten als Verbündete des verhassten Regimes und der deutschen Militärmacht.¹⁸ Während es in der Slowakei eine Aufstandsbewegung gab und sich auch seitens der Tschechen partiell Widerstand regte, gab es keinerlei Anzeichen für ein Aufbegehren unter den Sudetendeutschen im letzten Kriegsjahr. Ausschlaggebend dafür war, so die Erklärung von Volker Zimmermann, die Angst der Sudetendeutschen vor Heimatverlust und tschechischem Terror nach einem verlorenen Krieg.¹⁹

Dies verstärkte aus Sicht derjenigen Tschechen, die sich im Widerstand engagierten, die Identifikation der Sudetendeutschen mit der deutschen Besatzungsmacht. Beneš musste in sein Kalkül einbeziehen, dass die Verbitterung

16 Jaromír Balcar: Bernhard Adolf. NS-Rüstungspolitik im Protektorat Böhmen und Mähren zwischen Ökonomie und „Germanisierung“, in: Gesichter der Zeitgeschichte. Deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert, hg. von Theresia Bauer (u.a.), München 2009, S. 69–84, hier 79 ff.

17 František Bořek-Dohalský an Edvard Beneš, 7.9.1941, in: Jitka Vondrová (Hg.): Češi a sudetoněmecká otázka, 1939–1945. Dokumenty, Praha: Ústav mezinárodních vztahů, 1994, Dok. 66.

18 Lubomír Lipták: Die deutsche und die ungarische Minderheit in der slowakischen Politik und Widerstandsbewegung, in: Detlef Brandes/Edita Ivaničková/Jiří Pešek: Erzwingene Trennung: Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien. Essen 1999, S. 111–122.

19 Volker Zimmermann: Der „Reichsgau Sudetenland“ im letzten Kriegsjahr, in: Brandes (wie Anm. 18), S. 53–71, hier S. 71.

in der Widerstandsbewegung speziell den Sudetendeutschen galt, und er erwies sich als flexibel: Als inländische Widerstandsgruppen gegen seinen Plan protestierten, dass loyale Deutsche in der Republik bleiben dürften, präsidierte sein Kanzleichef im Juli 1944: Nötig sei, dass in den ersten Tagen der Befreiung die Schuldigen, die Nazis und Henlein-Anhänger, aus Angst vor Pogromen so bald wie möglich flöhen und „möglichst viele von ihnen, die sich als Nazis wehren und Widerstand leisten werden, während der Revolution erschlagen werden.“²⁰

Damit war dem gewaltsamen Charakter der Vertreibung im Voraus eine Legitimation gegeben. Zugleich minimierten sich die Einflussmöglichkeiten jener Sudetendeutschen, die sich als Demokraten gegen Hitler und die deutsche Besatzung stellten. Deren bekannteste Figur war der Vorsitzende der sudetendeutschen Sozialdemokraten, Wenzel Jaksch, der nach dem Münchner Abkommen wie Beneš die Tschechoslowakei verlassen hatte und ins politische Exil nach London gegangen war. Zunächst hoffte er im Exil auf eine gemeinsame soziale Revolution der Tschechen und Sudetendeutschen gegen die NS-Herrschaft, die zu einer Wiederherstellung der Tschechoslowakei mit einer territorial gedachten Autonomie für die Sudetendeutschen führen würde, doch sah er sich bald angesichts der Entwicklung der tschechischen Nachkriegsplanungen der Perspektive einer Einigung mit Beneš mehr und mehr beraubt.

Die politische Entscheidung für die umfassende Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei war damit vorgezeichnet. Vertraglich festgelegt wurde sie am 2. August 1945 durch die Alliierten im Potsdamer Abkommen, dessen XIII. Artikel von der „Überführung“ von Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn handelte. Damit schuf das Potsdamer Abkommen eine völkerrechtliche Grundlage für ein Geschehen, das längst begonnen hatte. Die Vertreibung der Deutschen vollzog sich in verschiedenen Etappen, zunächst chaotisch und doch nicht ungeplant, später geregelt. Mit dem Ende der Besatzungsherrschaft begann sofort die Internierung von Deutschen, die in den Besatzungsbehörden und in der Justiz gearbeitet hatten, oder in NSDAP und SS engagiert gewesen waren. Tatsächlich konnten die Verhaftungen aber jeden treffen: In den ersten Monaten nach Kriegsende wurden 120.000-130.000 Personen, über neunzig Prozent von ihnen Deutsche, in Gefängnissen und improvisierten

Lagern interniert. Die Internierten waren de facto vogelfrei, rechtlos den Schikanen, der Folter und sogar der Lynchjustiz der Wachleute ausgesetzt, bis sich die Situation im Herbst 1945 auch durch Interventionen des Internationalen Roten Kreuz allmählich besserte.²¹ Es kam zu einer Welle von Suiziden in der sudetendeutschen Bevölkerung, und zu lokalen Ausschreitungen, unter denen das Massaker von Ústí nad Labem (Aussig) hervorstach, in dessen Verlauf als Folge einer Serie von Explosionen in einer Munitionsfabrik der gegen deutsche „Werwolf“-Gruppen gerichtete Vorwurf der Sabotage erhoben wurde. Ohne konkreten Hinweis auf Sabotage verübten tschechische Milizen und Zivilisten ein Massaker an den Deutschen der Stadt, bei dem nach neueren Berechnungen bis zu 220 Menschen ums Leben kamen.²²

Die Ausschreitungen sollten bei den Deutschen aus der Tschechoslowakei eine Fluchtbewegung auslösen und in der tschechoslowakischen öffentlichen Debatte diejenigen stärken, die auf eine rasche Deportation drängten. So argumentierte Außenhandelsminister Ripka im Rundfunk: „Viele unserer Menschen fühlen sich immer noch nicht sicher, bis sie wissen, dass die Deutschen fortgehen werden.“²³ Die willkürliche Praxis der Internierungen und die Ausschreitungen wurden im Oktober 1945 durch ein Präsidentendekret Edvard Beneš' vom 8. März 1946 nachträglich legitimiert.

Ursprünglich ein Gegner einer umfassenden Vertreibung, heizte Beneš den Drang, Vergeltung für die Grausamkeiten des Besatzungsregimes zu üben, noch an, als er unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Prag am 16. Mai 1945 einer begeisterten Menge auf dem Altstädter Ring verkündete: „Es wird notwendig sein [...], insbesondere kompromisslos die Deutschen in den tschechischen Ländern und die Ungarn in der Slowakei völlig zu liquidieren, soweit diese Liquidierung im Interesse des einheitlichen Nationalstaates der Tschechen und Slowaken überhaupt nur möglich ist. Unsere Losung muss es sein, unser Land kulturell, wirtschaftlich und politisch endgültig zu entgermanisieren.“ Lange bevor die tschechoslowakische Regierung am 15. Juni 1945 provisorische Richtlinien für den Bevölkerungstransfer

21 Tomáš Staněk: Internierung und Zwangsarbeit: das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945 – 1948, (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 92), München, Oldenbourg, 2007; ders.: Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (außerhalb der Lager und Gefängnisse), Wien 2002.

22 Peter Steinkamp: Aussig 1945. In: Gerd R. Ueberschär (Hg.): Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 2003, S. 16.

23 Zit. nach Naimark (wie Anm. 10), S. 148.

20 Zit. nach Detlef Brandes: 1945: die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei (wie Anm. 9), hier S. 225.



Gedenktafel an das Massaker von Aussig im Jahr 1945 auf der Edvard-Beneš-Brücke in Aussig (Ústí nad Labem)
Foto: wikicommons/SchiDD

erließ, wurden Deutsche von Revolutionsgardisten, Polizei- und Armee-Einheiten und Betriebsmilizen aus ihren Häusern vertrieben.

Zu einem Symbol der „wildten Vertreibung“ ist die als „Brünner Todesmarsch“ bekannt gewordene Deportation deutscher Einwohner aus Brünn geworden. Diese wurden am 1. Juni rund 55 Kilometer in Richtung österreichische Grenze getrieben. Der Zug bestand aus 26.000 Personen, hauptsächlich Frauen, Kindern und alten Männern, während die jüngeren Männer in Kriegsgefangenschaft oder interniert waren. Viele brachen auf dem Marsch angesichts der Strapazen am Straßenrand zusammen. Ein Teil der Vertriebenen wurde in einer Lagerhalle in der Nähe der österreichischen Grenze interniert, nachdem ihnen der Grenzübertritt verwehrt worden war. Im Verlauf der Internierung verstarben weitere Vertriebene an Krankhei-

ten, die sich im Lager ausbreiteten. In der Zeit zwischen dem 1. Juni und dem 12. Juli kamen im Zusammenhang mit dem „Brünner Todesmarsch“ 455 Menschen ums Leben.²⁴ Insgesamt liegt die Zahl der während der Vertreibung aus der Tschechoslowakei getöteten Deutschen nach Einschätzung der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission zwischen 19.000 und 30.000.²⁵

.....
24 Brandes (wie Anm. 20), S. 239.

25 Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung: Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert = *Konfliktní společenství, katastrofa, uvolnění. Náčrt výkladu německo-českých dějin od 19. století*, hg. von der Gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission, München/Prag 1996, S. 71.



Tschechoslowakei, Sudetenland 1947: offizielle Begutachtung von deutschem Besitz vor der Konfiszierung
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/CTK Photobank/Fotograf: Alexandr Hampl

Die Vertreibung hatte also längst begonnen, als der Entzug der Staatsbürgerschaft und die Enteignung der Deutschen durch Dekrete, die Staatspräsident Edvard Beneš unterzeichnete, rechtlich geregelt und legitimiert wurden. Insgesamt erließ Beneš als Präsident der (Exil-)Regierung seit 1940 143 Dekrete, von denen acht die Deutschen und die Magyaren der Tschechoslowakei betrafen. Am 19. Mai 1945 wurde das Dekret Nr. 5 veröffentlicht, das Vermögensübertragungen während der Besatzungsherrschaft, aber auch das Eigentum der Angehörigen der nationalen Minderheiten der Republik generell betraf. Dabei bediente es sich der Konstruktion eines Begriffs von „staatlicher Unzuverlässigkeit“. In § 1 bestimmte es: „Das Vermögen staatlich unzuverlässiger Personen im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik wird unter nationale Verwaltung nach den weiteren Bestimmungen

dieses Dekrets gestellt.“ In § 4 folgte die Ergänzung, wer als „staatlich unzuverlässig“ zu gelten habe: „Personen deutscher oder ungarischer Nationalität.“²⁶

Maßgeblich für die Vertreibungen war neben den Bestimmungen der Potsdamer Konferenz der Siegermächte das Präsidenten-Dekret Nr. 33 vom 2. August 1945 über die „Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen mit deutscher und ungarischer nationaler Zugehörigkeit“.²⁷ Es entzog einem großen Teil der deutschen und ungarischen Minderheit die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit. Konkret bestimmte es den generellen Verlust der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft für Bürger deutscher oder magyarischer Nationalität, wovon nach §2, Absatz 1, Personen ausgenommen werden sollten, die „nachweisen, dass sie der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen und sich entweder aktiv am Kampf um seine Befreiung beteiligt oder unter dem nazistischen oder faschistischen Terror gelitten haben.“ Wer als Deutscher zu gelten hatte, wurde auf der Grundlage der letzten Volkszählung in der demokratischen Tschechoslowakischen Republik von 1930 bestimmt. Personen, die sich damals als Deutsche bekannt hatten, gal-

ten 1945 als Deutsche, darüber hinaus alle Personen, die in der Zeit der Besatzung die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hatten. Problematisch waren speziell die genannten Ausnahmebestimmungen, denn sie erlegten den Personen, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bewahren wollten, die oft schwierig zu erbringende Beweis-

.....
26 Dekret des Präsidenten der Republik vom 19. Mai 1945 über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Handlungen aus der Zeit der Unfreiheit und über die nationale Verwaltung von Vermögenswerten von Deutschen, Ungarn, Verräter und Kollaboranten sowie einiger Organisationen und Anstalten. In: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0095_ben&l=de [Stand: 15.03.2021].

27 Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945 über die Regelung der Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und magyarischer Nationalität, in: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0095_ben&l=de [Stand: 09.06.2021].

last auf. Davon waren anfangs auch Juden betroffen, die sich bei der Volkszählung von 1930 aufgrund ihrer deutschen Umgangssprache als Deutsche deklariert hatten – etwa 40.000 jüdische Bürger, von denen nur zwei- bis dreitausend die deutsche Besatzungsherrschaft überlebt hatten. Während etwa 2,9 Millionen Deutsche durch die Dekrete die Staatsbürgerschaft verloren und so ihren Besitz einbüßten und zum Verlassen der Heimat gezwungen wurden, blieben etwa 220.000 Deutsche in der Tschechoslowakei, darunter Deutsche, die ihre „antifaschistische Einstellung“ belegen konnten, und Arbeitskräfte, die für die Aufrechterhaltung der Produktion in bestimmten Industriebranchen unerlässlich waren.

Nach einer ersten wilden Phase der Vertreibung begann, auf der völkerrechtlichen Grundlage des Artikels XIII. des Potsdamer Abkommens und der Dekrete von Präsident Beneš, die geregelte Phase der Vertreibung. Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei vollzog sich unter der Regie des kommunistisch geführten Innenministeriums, das die Aussiedlung wie auch die Neuansiedlung von Tschechen und Slowaken in den Vertreibungsgebieten durch seine „Regionalen Besiedlungsämter“ und in Kooperation mit den Nationalausschüssen, der Polizei und der Armee durchführte. Zielgebiete der Vertreibung waren vor allem die amerikanische und die sowjetische Besatzungszone, wobei 1946 etwa 1,2 Millionen Sudetendeutsche in die amerikanische Besatzungszone und weitere 750.000 in die sowjetische gelangten. „Geregelte“ Vertreibung bedeutete im Falle der Überführung in die amerikanische Zone, dass pro Person 50 kg Gepäck, Lebensmittel für drei Tage und 1.000 RM mitgenommen werden durften. In der Regel wurde der Termin des Beginns der Zwangsaussiedlung ein oder zwei Tage

vorher mitgeteilt. Die Deportation begann mit einem Aufenthalt in Sammellagern, in denen die Deutschen bis zu drei Wochen auf den Abtransport warteten, der mittels Güterzügen in geschlossenen Wagons organisiert wurde.

Mit dem Vollzug der fast vollständigen Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei erhielt die Vertreibung eine politische Dimension, die in dieser Eindeutigkeit und Zuspitzung in der ursprünglichen Nachkriegsplanung nicht bestanden hatte. Beneš, der im Krieg zunächst auch an die Abtretung einiger sudetendeutsch besiedelter Gebiete an Deutschland sowie an die Assimilation eines größeren Teils der Deutschen in der Tschechoslowakei gedacht hatte, verkündete als Staatspräsident am Nationalfeiertag des 28. Oktober 1946 feierlich, dass die ČSR nun ein „Nationalstaat der Tschechen und Slowaken“ sei. Dies lag auf der Linie der Nachkriegsplanung der tschechoslowakischen Exilregierung seit 1943. Der kommunistische stellvertretende Regierungschef Klement Gottwald sprach jedoch rhetorisch schärfer von der „Säuberung der Republik von fremden Elementen und dem Todfeind des Volkes“.²⁸ Mit der vollzogenen Vertreibung wurde die Verdammung der Sudetendeutschen zum festen Bestandteil des Diskurses in der Nachkriegstschechoslowakei, dem sich nur einzelne Stimmen auf der Seite der katholischen Volkspartei und der Sozialdemokraten entzogen.²⁹ Dem kollektiven Charakter der Vertreibung sollte eine kollektive Schuld entsprechen. Dabei machte sich Beneš jene Argumentation zu eigen, die der Inlandswiderstand unter dem Eindruck der Repressionen der Besatzungsmacht während des Kriegs entwickelt hatte: dass „die Haupttäter, Mitarbeiter und ausführenden Organe des Verbrechens böhmische Deutsche waren“, so Beneš zum Jahrestag der Zerstörung von Lidice.³⁰ ▲

.....
28 Zit. nach Emilia Hrabovec: Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945–1947, Berlin u.a. 21996, S. 314.

29 Zu den zeitgenössischen tschechoslowakischen Bewertungen der Vertreibung siehe ebd., S. 70–96.

30 Johann Wolfgang Brügel: Tschechen und Deutsche, Bd.2: 1939–1945, München 1974, S. 163; Brandes (wie Anm. 9), S. 246.

GENERATION II

(Enkelkinder von als Erwachsenen Geflüchteten bzw. Kinder von als Kindern Geflüchteten)

Wann sind Sie mit dem Thema in Ihrer Familie konfrontiert worden?



Sehr früh in der Kindheit. Solange die Großeltern und älteren Verwandten noch gelebt haben, die geflüchtet sind oder vertrieben wurden, wurde auf Familienfesten sehr oft über die „schlesische Heimat“ gesprochen. Mit neun Jahren fuhr ich Ende der 1970er Jahre gemeinsam mit meinen Eltern zum ersten Mal nach Schlesien, um dort lebende Verwandte zu besuchen. Dabei wurden verschiedenen Orte besichtigt, die mit der Familie des Vaters verbunden waren, z.B. das Haus, in dem er geboren und die Kirche, in der er getauft worden war. Die Großeltern hatten meines Wissens nach kein Interesse, die frühere Heimat zu besuchen. Erst nach dem Tod des Großvaters besuchte die hochbetagte Großmutter mit meinem Vater Schlesien. Mein Vater beschäftigte sich als Erwachsener sehr intensiv mit seiner Vergangenheit, besuchte immer wieder Schlesien und die dort lebenden Verwandten und war z.B. Mitglied der deutsch-polnischen Gesellschaft. Er legte ganze Ordner mit Zeitungsartikeln und Memorabilia zum Thema an (er sammelte beispielsweise alte Postkarten aus Schlesien). Noch vor dem Fall der Mauer schmuggelte er ein altes Eisentor vom Elternhaus seines Vaters aus dem Jahr 1776 mit den Initialen eines Vorfahren aus Polen heraus, das er dem damals dort lebenden Bauern abgekauft hatte. Dieses Tor hängt bis heute bei meinen Eltern im Innenhof ihres Hauses. Dabei ging es in erster Linie um die Erinnerung, es war nie ein Ziel, wieder dorthin zurückzukehren.



In der Kindheit durch Erwähnungen, grobe Informationen, Erzählungen ohne Hintergrundinformationen. Einige Gespräche im Erwachsenenalter.



In der Kindheit: Mit ca. acht bis neun Jahren, als ich mit meinen Eltern und Großeltern an Weihnachtsfeiern der Sudetendeutschen Landsmannschaft teilgenommen habe (und mit meinem Opa zusammen musiziert habe).

Im Alter von 11/12 Jahren, als ich durch meine Eltern zum Mitglied in der DJO (Deutsche Jugend des Ostens) gemacht wurde und bei Freizeiten in Geistal bzw. Furth im Wald teilgenommen habe (Lagerfeuer, Schnitzeljagden wie bei den Pfadfindern, nur mit dem Unterschied, dass man uns bei dieser Gelegenheit noch in Geografie des ehemaligen Sudetenlandes unterrichtet hat und dass wir morgens gen Osten begrüßt haben).

Im Alter von 16/17 Jahren war ich bei Sudetendeutschen Tagen in Nürnberg und bin bei Einzügen in die Festhalle und bei abendlichen Fackelzügen mitgelaufen.



Bereits als Kind bin ich mit dem Thema durch wiederkehrende Erzählungen/Unterhaltungen der Eltern und Großeltern in Berührung gekommen.



Als kleines Kind, ich kann das genaue Alter nicht benennen, erzählte mir meine Oma vor dem Einschlafen oft, wie sie über die bayerisch-tschechische Grenze floh. Ich kann mich gut daran erinnern, wie aufregend ich die Geschichte fand, als sie in einem eiskalten Bachwasser unter einer Brücke ausharren musste, in der Hoffnung, von Soldaten nicht entdeckt zu werden. Das war spannender als jede Gute-Nacht-Geschichte. Ich forderte daher von ihr auch immer wieder, mir Geschichten aus ihrer Zeit in Honet-schlag zu erzählen.



Bei Familientreffen mütterlicherseits ging es manchmal um das Thema „Alte Heimat“. Meine Oma ist öfter zu sudetendeutschen Treffen gefahren, um ehemalige Nachbarn/ Bekannte zu treffen, bei ihr hingen auch lauter Bilder aus Asch und Schlackenwerth, die immer ganz sentimental betrachtet wurden – das kam mir seltsam vor und hatte nichts mit meiner Lebenswelt zu tun – Bilder von Leuten in aus unserer Sicht komischen Kleidern und befremdliche Ausdrücke (meine Tante hat „Tschapperl“ zu mir gesagt).

In der Begegnung mit gleichaltrigen Freunden (in einer Kleinstadt bei München) habe ich dann gemerkt, dass bei uns irgendwie was anders ist als bei den Eingesessenen – die hatten alle Häuser und Grund seit ganz langer Zeit – aber letztlich hat das in der Jugendzeit eigentlich keine Rolle gespielt. Eine andere Ecke, an der die Vertreibungsgeschichte spürbar wurde, war ein sehr großes Sicherheitsbedürfnis meiner Mutter. Wichtig war: sparsam leben und vor allem Bildung. Sie sagte immer zu mir: Das Wichtigste, was du brauchst, ist Bildung – du kannst alles verlieren, aber was du im Kopf hast, kann dir keiner nehmen. Das habe ich erstmal zur Kenntnis genommen, später ging mir auf, dass das eine Konsequenz aus der Erfahrung war, alles verloren zu haben. Das Zweite, was sie versucht hat, uns auf den Weg zu geben, ist Gottvertrauen zu haben und stark zu bleiben, egal, was passiert.

Wie empfanden Sie es, wenn die Vertreibungsgeschichten thematisiert wurden? Welche unterschiedlichen Verhaltens-/ Erzählweisen sind Ihnen bei den Erzählenden aufgefallen?



Als Kind hatte man bei den Erzählungen über die Flucht und den Krieg ein diffuses Bild von etwas, das die Älteren beschäftigt und manchmal traurig oder wütend gemacht hat. Wenn die Großmutter „schlesisches Himmereich“ gekocht oder Mohnkuchen gebacken hat, oder für die Kinderohren ungewöhnliche Ausdrücke verwendet hat („Tüchel“ für Tuch, „Küchel“ für Gebäck etc.), dann spürte man, dass sie anders war und sprach, als die Leute, denen man sonst in Osthessen begegnete.



Empfinden meinerseits: abstrakt, es hat mich als Kind nicht wirklich betroffen. Man konnte sich nicht viel darunter vorstellen. Später im Erwachsenenalter erscheint es einem auf persönlicher Ebene beinahe unwirklich, dass die eigenen Eltern/Großeltern so etwas durchgemacht haben sollen. Man reflektiert dies natürlich ganz anders, als in der Kindheit und versetzt sich gedanklich in die Lage der Angehörigen und entwickelt Mitgefühl.

Die Erzählenden haben aufgrund ihres damaligen Alters jeweils eine sehr subjektive Sicht auf die Situationen. Jeweils völlig andere Details sind wichtig und dies ist auffällig. Die älteren wirkten auch eher verschlossener in der Erzählweise als die jüngeren Erzählenden.



Als junger Mensch empfand ich die Geschichten insbesondere meines Großvaters väterlicherseits (er war sehr aktiv im Ortsverband der Landsmannschaft) wirklich befremdlich. Das war immer angefüllt mit Pathos und Stolz – ich konnte damit schlicht nichts anfangen. Im Grunde haben in meiner Erinnerung nur die Männer der Familie, also Großvater, Vater und mein Onkel über das Thema „Vertrieben aus dem Sudetenland“ gesprochen und ehrlich gesagt waren das, worüber sie geredet haben, für mich „böhmische Dörfer“.

Mein Vater hat fast ausschließlich von seiner Erinnerung über die schöne Kindheit in Lauterbach im Landkreis Landskron erzählt.

Mein Onkel, der knapp 15 Jahre jüngere Bruder meines Vaters, hat hauptsächlich aus der Perspektive der Jugendorganisation DJO erzählt, wie toll die Gemeinschaft ist und wie klasse die Jugendfreizeiten organisiert sind (da war er sehr aktiv).



Es war fast normal, weil man damit ständig konfrontiert war.



Ich verstand, dass meine Großmutter Tragisches durchgestanden hatte, wenngleich ich damals das Ausmaß nicht ganz erfassen konnte. Ich habe meine Oma als taffe und starke Frau in Erinnerung, deren Mut zur Flucht in einer Nacht- und Nebelaktion ich bis heute bewundere. Da ihr körperlich zum Glück nichts passiert war, war die Konfrontation mit diesem Thema im Kindesalter für mich auch emotional

völlig in Ordnung. Ich mochte es sogar, wenn sie mir immer wieder Spannendes aus dieser Zeit auf kindgerechte Art erzählte.



Ich fand es sehr seltsam, dass man mir überhaupt nicht erklärt hat, was da passiert war, oder jedenfalls nicht so, dass ich es verstanden hätte.

Als kleineres Kind habe ich irgendwie gespürt, dass in der Vergangenheit unheilvolle Vorgänge passiert sein mussten. Ich habe eine große Melancholie gespürt und hatte das Gefühl, sie hängen mit der halben Seele in der Vergangenheit. Meine Mutter war letztlich die Einzige, die beschloss, einen Haken daran zu machen und war froh, in München/Bayern einen sehr guten Neuanfang machen zu können. Der Schmerz hing ihr aber auch nach, zudem ihr Vater, der kein Nazi gewesen ist, an der russischen Front gefallen war. Bei den Cousins meiner Mutter hatte ich immer das Gefühl, ihre Wohnungen seien sudetendeutsche Museen – sie konnten sich beide einfach nicht von den Erlebnissen befreien und hingen in der Vergangenheit fest. Was mich befremdete, waren die Kriegserzählungen von „dem Russen“; da sie ihre Erlebnisse (zumindest uns Kindern) nie explizit erzählten, konnten wir uns darüber nie richtig austauschen. „Der Russe“ schien das Böse an sich zu sein.

Mit 15/16/17 habe ich dann dank des Geschichtsunterrichts kapiert, dass das Ganze mit der deutschen NS-Geschichte zu tun hatte, und dass die Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten für die NS-Vergangenheit einen höheren Preis zahlten als diejenigen, deren Heimat unangetastet blieb. Ich hatte das Gefühl, dass jeder eine andere Version erzählt und das war für mich mit eine Motivation, Geschichte zu studieren.

Wie ging es Ihnen damit? (positiv/negativ)



Als Kind reflektiert man das ja nicht. Ich spürte aber unterschwellig, dass „etwas Schlimmes“ passiert war und dass die Erwachsenen aufgewühlt waren, wenn sie davon sprachen. Als Jugendliche habe ich versucht, mit meinen Großeltern über den Nationalsozialismus zu sprechen und war zunächst beruhigt, als ich erfuhr, dass sie nicht aktiv als Täter beteiligt waren, habe aber

auch nicht weiter nachgebohrt. Erst später wurde mir bewusst, wie nah ihre Heimat z.B. an Auschwitz gelegen war und dass sie wohl doch zumindest mehr gewusst hatten, als sie erzählt haben. In der Familie war stärker der Verlust der Heimat Thema als die Verbrechen der Nationalsozialisten.



Diese Informationen sind wertvoll und interessant als Teil der Familiengeschichte auf persönlicher Ebene sowie zeitgeschichtlich auf allgemeiner Ebene. Also positiv.



Ich war genervt von der Thematik, weil das schlichtweg nicht zu meiner Lebenswirklichkeit als junger Mensch gepasst hat. Und ich wollte auch nicht dazu benutzt werden, die Verantwortung übernehmen zu müssen, die Erlebnisse einer Generation weiterzutragen. Denn alle diese Freizeiten hatten nur den Zweck, der Jugend klar zu machen, dass den Eltern Unrecht geschehen ist, das nicht vergessen werden darf und die Heimat zurückgegeben werden soll. Wir jungen Leute sollten uns damit identifizieren – damit kam ich nicht klar.

Während mein Bruder gerne bei den Freizeiten war (Zeltlager in Geital, in Bundhose und Grauhemd) habe ich diese Freizeiten als nicht wirklich prickelnd in Erinnerung. Ich bin halt mit, weil es in der Familie so gepflegt wurde.

Als junger politischer Mensch empfand ich das Uniformierte, Traditionsbewahrende und die ständige Rückbesinnung als abschreckend. Widerstand war angesagt!



Manchmal war es interessant, mit der Zeit auch langweilig durch Wiederholung.



Ich war damals noch zu klein, um tatsächlich verschiedene Erzählweisen nachvollziehen zu können. Da sie allerdings beruflich Pädagogin war, verpackte meine Großmutter ihre Erzählungen auch mit Humor und wollte mir sicherlich keine Angst machen. Mir war aber durchaus bewusst, dass meine Großmutter Schlimmes erlebt hatte, weil ich die Emotionen in ihrer Geschichte nachspüren konnte und zu ihrem Erzählten meine eigenen Bilder im Kopf hatte, die ich übrigens bis heute in dieser Form behalten habe.



Kinderzeichnung aus dem Jahr 1976, die Erzählungen von der Flucht der Großeltern unter Fliegerbeschuss verarbeitet. Auf der Rückseite des Bildes hat die Großmutter notiert: 8.5.1976, Christina: „Auf der Flucht“ (im Winter, Schnee).

Abbildung: privat



Nachdem ich schrittweise verstanden habe, wie kompliziert die Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen war, und dass es letztlich eine Antwort auf die Verbrechen der Nazis war, hat es mich schon geärgert, wie einseitig manche Mitglieder meiner Familie die Dinge betrachteten. Auf der anderen Seite hatte ich immer ein großes Mitgefühl vor allem für meine Großmutter, die erst ihren vergötterten Mann im Krieg verlor, und dann auch unter völlig unwürdigen Umständen nach Bayern kam. Meine Mutter musste in dieser Situation als Vierzehnjährige alles in die Hände nehmen und sich auch noch um ihre Mutter kümmern, die völlig deprimiert war. Davor habe ich sehr großen Respekt. Politisch bleibt bei mir vor allem ein großer Hass auf die Nazis. Mein Nazi-Großvater väterlicherseits ist wesentlich besser durch den Krieg gekommen als dieser Teil der Familie mütterlicherseits, der politisch eher auf der christlich-konservativen Seite stand, und der alles verloren hat.

Welche Rolle spielt diese Geschichte für Sie heute?



Im Laufe der Jahre haben sich die Gefühle dazu immer wieder verändert. Man denkt mehr nach, wenn man älter wird und erkennt, dass die eigenen Eltern und Großeltern in einem jüngeren Alter, als dem, in dem man mittlerweile selber ist, furchtbare Erlebnisse und Verluste zu ertragen hatten, dass man selber in großer Sicherheit und großem Wohlstand aufgewachsen ist und lebt. Nach dem Tod der Großeltern und des Vaters setze ich mich heute ganz anders mit den in der Familie tradierten Geschichte auseinander, ich habe das Gefühl, dass sie aufbewahrt werden müssen, da sie Teil meiner Familiengeschichte und damit meiner eigenen Biographie sind.



Die Thematik gehört zur Familiengeschichte. Ich bin daher froh zumindest Ausschnitte direkt von den Betroffenen gehört zu haben.

Diese Geschichte beeinflusst nicht meinen Alltag, führt einem jedoch durch die Nähe zu den betroffenen Personen in der Familie die Dramatik der gesamten Situation im Zweiten Weltkrieg bildhaft vor Augen und erfüllt damit eine Art Warnfunktion.



Die erste Amtshandlung direkt nach meinem 18. Geburtstag war, meinem Vater zu verkünden, dass ich ab sofort kein Mitglied mehr in der DJO sein werde und nie wieder etwas damit zu tun haben will.

Aus heutiger Sicht ist unseren Vorfahren Schreckliches widerfahren, in der Geschichte ist vielen Völkern schlimmes Unrecht geschehen. Ich sehe es als meine Aufgabe, ein politischer Mensch zu sein und nachzudenken und selbstbestimmt mir meine Meinung bilden zu dürfen. Ich lebe jetzt und ich finde Tschechien ein interessantes Land, ich habe einige Tschechen aufgrund meines Berufes kennenlernen dürfen.



Es beschäftigt mich noch und ich möchte mich, wenn ich Zeit habe, wieder damit befassen.



Ich war mit meinem Vater in Honetschlag und er hat mir das Geburtshaus meiner Oma gezeigt. Ich kenne ihre Biografie, was für mich persönlich wichtig ist, um auch meine eigene Geschichte voll zu erfassen. Oma hat mir mit ihrer Geschichte vor Augen geführt, wie wichtig Mut und die Überwindung von Angst im Leben sind. So gesehen wird sie für mich immer ein Vorbild bleiben.



Letztlich hat die Familiengeschichte mein Leben geprägt – ich interessiere mich sehr stark für die heute noch sichtbaren Spuren von Geschichte, die so deutlich erkennbar sind – man muss nur hinschauen. Auch bestimmte Einstellungen haben damit zu tun – und vor allem die Aufgabe konsequent für Demokratie und gegen Hass, übersteigerten Nationalismus und Gewalt zu kämpfen. ■

FLUCHT UND VERTREIBUNG DER DEUTSCHEN AUS SÜDOSTEUROPA NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG: JUGOSLAWIEN, RUMÄNIEN UND UNGARN IM VERGLEICH

von Ulf Brunnbauer



Alois Schlögl, bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von 1948 bis 1954, übergibt den tausendsten Bauernhof an den Siebenbürger Bauern Michael Hoos aus Binsweiler. Hier steht der Landwirtschaftsminister am Dorfeingang von Dombühl und wird vom Regierungspräsidenten Schregel, den Bürgermeistern des Landkreises und Einwohnern des Dorfes empfangen.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo



Flüchtlinge aus Jugoslawien auf dem Gelände des Durchgangslagers Allach. Kinder spielen mit leeren Konservendosen, 1947.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotoarchiv Otfried Schmidt

Am 1. November 1944 verließ Josefina Pirka mit ihrer Familie – drei kleinen Kindern, den Schwiegereltern und ihrem kranken Schwager – mit zwei Pferdewagen ebenso wie viele andere Familien ihren Heimatort Oberjosefsdorf-Krawitz in der Region Slawonien in Kroatien. Fast ein halbes Jahrhundert später berichtete sie über das weitere Schicksal ihrer Familie: „Unser Fluchtweg ging über Ungarn bis in die Oststeiermark. Es war für die späte Jahreszeit eine arge Strapaze, um die Wegstrecke von über 400 km in 18 Tagen zu bewältigen. Als wir unsren Zufluchtsort Seibuttendorf, Kreis Feldbach, erreichten, ging mein Mann an die Front nach Kroatien. Im April 1945 mussten wir vor der russischen Armee bis nach Voitsberg/Weststeiermark flüchten. Schon kurz nach Kriegsende begaben wir uns auf den Rückweg in die Heimat, um unsere Felder zu bestellen [...]“¹

Zurück in Jugoslawien, wurde die Familie von den kommunistischen Partisanen, die nun die Macht ergriffen hatten, interniert und in das Lager Josipovac, das sich in der Nähe ihres Heimatorts befand, gebracht: „Als im Juli 1945 ein Eisenbahntransport (Viehaggons!) zusammengestellt wurde, sollten auch wir mit diesem Transport

weggeschafft werden. Weil aber mein Schwiegervater zu dieser Zeit auf Zwangsarbeit außerhalb des Lagers war, gingen wir nicht mit. [...] Das Lager Josipovac wurde nun aufgelöst und die zurückgebliebenen Lagerinsassen in das 16 km entfernte Lager Valpovo zu Fuß gebracht. [...] Die Verpflegung in Valpovo war ganz miserabel, ohne Salz, kein Tropfen Milch, kein Zucker und kein Brot, nur Tee und Wassersuppe.“

Ein nächster Eisenbahntransport, den die jugoslawischen Behörden zusammenstellten, sollte die Insassen des Lagers, allesamt Angehörige der deutschen Minderheit, nach Österreich bringen; ihn ließen die britischen Besatzungsbehörden aber nicht passieren – es begann für die Deportierten, unter ihnen Josefina Pirka, eine wochenlange Odyssee mit langen Fußmärschen und wiederholten Lageraufenthalten unter schrecklichen Bedingungen. Nach der Auflösung des Lagers in Valpovo im Mai 1946 versuchte Josefina Pirka, sich mit landwirtschaftlichen Hilfsarbeiten und dann auch am Eisenbahnbau durchzuschlagen, in ständiger Angst, von den jugoslawischen Behörden wieder in ein Lager gesteckt zu werden, da sie über keine gültigen Papiere verfügte. Erst im April 1951 konnte sie mit zwei ihrer drei Kinder nach Graz in Österreich fliehen, wo ihr Gatte bereits wartete, der zuvor aus britischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden war.

Schicksale wie jenes von Josefina Pirka spielten sich in den letzten Monaten des Krieges sowie den ersten Nach-

¹ Der Erfahrungsbericht stammt aus dem Jahr 1991 und ist abgedruckt in: Donaueschinger Kulturstiftung (Hg.): Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien, Bd. II, München/Sindelfingen 1997, S. 798 ff.

kriegsjahren auf dem Gebiet des bis 1944/45 von deutschen Truppen besetzten Jugoslawiens zehntausendfach ab. Diese Lebensgeschichte steht beispielhaft für die Kombination aus Flucht, Vertreibung, Massenmord sowie Tod in Internierungslagern, welche die deutsche Minderheit in Jugoslawien weitgehend zerstörte. Das Beispiel macht auch deutlich, dass es sich hierbei um einen vielgestaltigen Prozess handelte und nicht um ein einmaliges Ereignis. Viele Deutsche etwa flohen vor Kriegsende oder wurden von den sich zurückziehenden Besatzungsbehörden evakuiert, bevor die jugoslawischen Partisanen diese Gebiete befreiten. Von Ort zu Ort konnten die Schicksale sehr verschieden sein, weder alle deutschen Familien noch jugoslawischen Partisanen agierten gleich; außerdem veränderten sich die internationalen Umstände rapide, wie Josefins Geschichte ebenfalls verdeutlicht: Die Deutschen Jugoslawiens waren Spielball von Mächten, über die sie keinerlei Kontrolle hatten.

Klar ist, dass das Ende der deutschen Minderheit in Jugoslawien nicht erklärt werden kann, ohne die Kriegsergebnisse und damit die deutsche Besatzungsherrschaft als zentrales Ursachenbündel zu berücksichtigen. Ein Krieg und insbesondere ein so „totaler“ wie der Zweite Weltkrieg mit seinen nationalsozialistischen Massenverbrechen ist ein Kontext – der Historiker Mathias Beer spricht von „Ausnahmesituation“² –, in dem Machthaber und Gewaltakteure radikale, d. h. menschenverachtende, „Lösungen“ umsetzen können, die in Friedenszeiten undenkbar wären. „Ethnische Säuberungen“, wie seit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien in den 1990ern die gezielte Vertreibung ganzer Volksgruppen aus einem bestimmten Territorium genannt werden, sind ein Phänomen des Krieges und seiner Massengewalt. Hinzu kommt im Falle der Vertreibung der Deutschen aus Jugoslawien, dass diese von den siegreichen Partisanen vor dem Hintergrund ihrer Erfahrung einer brutalen deutschen Besatzungspolitik sowie eines jahrelangen Widerstandskampfes betrieben wurde. Individuelles Rachegefühl spielte hier für die Brutalität und Konsequenz der Vertreibung eine wesentliche Rolle.

Dieser Beitrag hat zum Ziel, zu erklären, warum aus Jugoslawien als Folge des Zweiten Weltkriegs die deutsche Minderheit fast vollständig vertrieben wurde bzw. in den letzten Kriegsmonaten die Flucht aus ihrer Heimat antrat. Um dieses Ereignis besser zu verstehen, ist es hilfreich,

auch zwei weitere Länder Südosteuropas in den Blick zu nehmen, in denen es große deutsche Minderheiten gab: Ungarn und Rumänien. Auch in Ungarn plante die Nachkriegsregierung die Vertreibung der Deutschen, und viele wurden aus ihrer Heimat deportiert; in Rumänien hingegen kam es zu keiner systematischen Aussiedlung. Ein Vergleich der drei Nachbarländer hilft, die Besonderheiten eines jeden einzelnen Falles besser zu verstehen – und trägt insgesamt zu einem differenzierten Verständnis der Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa bei: Warum etwa drängte die ungarische Regierung auf eine Aussiedlung, nicht aber die rumänische, obwohl beide Länder während des Zweiten Weltkriegs Verbündete des „Dritten Reiches“ waren? Welche Rolle spielten die Alliierten? Machte es einen Unterschied, ob ein Land zu den Siegernationen (Jugoslawien) oder zu den Verlierern des Kriegs (Ungarn und Rumänien) gehörte?

Vorgeschichte(n)

Die massenhafte Flucht und systematische Vertreibung der Deutschen aus Südosteuropa (ebenso wie aus dem östlichen Europa) war kein singuläres Ereignis, sondern hatte historische Ursachen. Aber welche? Bei der Antwort auf diese Frage hat sich der Forschungsstand in den letzten drei Jahrzehnten, also seit dem Ende des Kommunismus, sowohl in Deutschland als auch den Ländern Ost- und Südosteuropas maßgeblich weiterentwickelt. In Letzteren war die unabhängige Forschung über ein zeithistorisch so sensibles Thema während der kommunistischen Herrschaft schlicht nicht möglich; das Thema Vertreibung galt als Tabu, selbst in dem relativ liberalen jugoslawischen System. Hier wie auch in Ungarn brach die schablonenhafte Deutung der Aussiedlung der Deutschen als gerechte Strafe für die Verbrechen der Nationalsozialisten – falls sie überhaupt thematisiert wurde – erst in den späten 1980er Jahren auf.

In Deutschland wiederum widmeten sich jahrzehntelang vor allem die Vertriebenenverbände selbst dem Themenkomplex. Sie produzierten Dokumentationen und Darstellungen, die zwar vielfach nützlich waren, oft aber einseitig; häufig zielten sie stärker darauf, Sympathie für das Schicksal und die Anliegen der Vertriebenen zu schaffen, als eine objektive wissenschaftliche Analyse vorzulegen. Veröffentlichte Zeitzeugenberichte ließen sich auf ihren Wahrheitsgehalt oftmals nicht überprüfen, da die relevanten Dokumente in den Archiven der kommunistischen Länder nicht eingesehen werden konnten. Die Interpretationen des Geschehens, die von den

2 Mathias Beer: Flucht und Vertreibung aus Jugoslawien in vergleichender Perspektive: zehn Thesen, in: Christian Glass (Hg.): Vom „Verschwinden“ der deutschsprachigen Minderheiten. Ein schwieriges Kapitel in der Geschichte Jugoslawiens 1941–1955, Ulm/Berlin 2016, S. 140.

Vertriebenenverbänden und ihren Autoren angeboten wurden, zeichneten sich v. a. dadurch aus, dass die Vertreibungen von der zuvor stattgefundenen nationalsozialistischen Besatzungs- und Vernichtungspolitik losgelöst wurden; auch das Bekenntnis vieler führender Aktivisten der deutschen Minderheiten in den späten 1930ern zum Nationalsozialismus fiel unter den Tisch, ebenso wie die massenhafte Rekrutierung von Deutschen in Waffen-SS-Verbände oder die Rolle von ortsansässigen Deutschen in den Besatzungsbehörden. Die Dokumentation „Der Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien“, aus welcher der eingangs zitierte Erfahrungsbericht stammt und die in großer Auflage gedruckt wurde, kann hier beispielhaft stehen. Im einleitenden Kapitel „Die tieferen Ursachen unserer Vertreibung“ werden prominent der serbische Nationalismus sowie die kommunistische Ideologie als Ursachen genannt, nicht aber der Nationalsozialismus, die deutschen Kriegsverbrechen oder der Holocaust auf dem Boden Jugoslawiens.³ Mit solchen selektiven Deutungen, die zumal historisch falsch sind, erwiesen sich solche Publikationen selbst einen Bärendienst, da sie ihre eigene Glaubwürdigkeit – und damit auch der in ihnen abgedruckten Zeitzeugenberichte – untergruben.

Mit dem Ende des Kommunismus veränderten sich die Bedingungen für die Forschung grundlegend. In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, in Rumänien und Ungarn öffneten sich die Archive für einstige Tabuthemen, und Autoren wie Zoran Janjetović in Serbien, Vladimir Geiger in Kroatien, Ágnes Tóth in Ungarn sowie Hannelore Beier und Samaranda Vultur in Rumänien verfassten grundlegende Arbeiten, die wesentliche Fakten über die Verfolgung und Deportation der Deutschen durch die regierenden Kommunisten festhielten.⁴ In diesen Ländern war dieses Thema in den 1990er und frühen 2000er Jahren politisch deutlich weniger sensibel als in der Tschechischen Republik oder Polen, sodass diese und andere Historikerinnen und Historiker keine großangelegte öffentliche Diffamierung befürchten mussten. In Deutschland (und partiell auch Österreich) wiederum



Das Motiv aus der nationalsozialistischen Propaganda zeigt „volks-deutsche“ Flüchtlinge aus Jugoslawien, die auf dem Dampfer „Uranus“ in Pressburg (heute: Bratislava/Slowakei) eintreffen, aufgenommen im April 1941.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Sammlung Berliner Verlag/Archiv

rückte als Reaktion auf öffentliche Debatten über den Platz der Vertreibung – und der Vertriebenen – in der deutschen (und österreichischen) Nachkriegsgeschichte sowie über deutsche (österreichische) Opfer des Zweiten Weltkriegs der Themenkomplex in den letzten zwei Jahrzehnten in den Mainstream der zeithistorischen Forschung. Damit verbunden war eine Entideologisierung der Debatte, zumindest in der Wissenschaft. Für Südosteuropa sind hier insbesondere die Arbeiten von Mathias Beer (zur Region insgesamt sowie zu Rumänien), Gerhard Seewann (zu Ungarn) sowie Michael Portmann und Carl Bethke (zu Jugoslawien) zu erwähnen.⁵ Einen Meilenstein

3 Siehe Georg Wildmann: Die tieferen Ursachen unserer Vertreibung, in: Leidensweg der Deutschen (wie Anm. 1), S. 29 ff.

4 Siehe Zoran Janjetović: *Between Hitler and Tito. Disappearance of Ethnic Germans from Vojvodina*, Belgrad 2000; Vladimir Geiger: *Nestanak folksdojčera* (Das Verschwinden der Volksdeutschen), Zagreb 1997; Ágnes Tóth: *Migrationen in Ungarn 1945–1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch*, München 2001; Hannelore Baier (Hg.): *Tief in Russland bei Stalino. Erinnerungen und Dokumente zur Deportation in die Sowjetunion 1945*, Bukarest 2000; Smaranda Vultur (Hg.): *Germanii din Banat prin povestirile lor*, Bukarest 2000.

5 Siehe Mathias Beer (Hg.): *Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem. Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs*, Stuttgart 2009; ders.: *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*, München 2011; ders. (Hg.): *Krieg und Zwangsmigration in Südosteuropa 1940–1950. Pläne – Umsetzung – Folgen*, Stuttgart 2019; Gerhard Seewann: *Geschichte der Deutschen in Ungarn*, Marburg 2012; Michael Portmann: *Die kommunistische Revolution in der Vojvodina 1944–1952*, Wien 2008; Carl Bethke: *Von der „Umsiedlung“ zur „Aussiedlung“. Zur destruktiven Dynamik „ethnischer Flurbereinigung“ am Beispiel der Deutschen in Bosnien und Kroatien 1941–1948*, in: Mariana Hausleitner (Hg.): *Vom Faschismus zum Stalinismus: deutsche und andere Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1941–1953*, München 2008, S. 23 ff. S. auch Christian Glass (Hg.): *Vom „Verschwinden“ der deutschsprachigen Minderheiten. Ein schwieriges Kapitel in der Geschichte Jugoslawiens 1941–1955*, Ulm/Berlin 2016.

bildete das „Lexikon der Vertreibungen“ (2010), in dem auch das Schicksal der diversen deutschen Minderheiten auf Basis des aktuellen Forschungsstands dargestellt wird.⁶

Diese neuere Forschung betont drei wesentliche historische Kontexte, vor deren Hintergrund das tragische Schicksal der deutschen Minderheiten im südöstlichen Europa zu betrachten ist:

1. Die Eroberungs- und Besatzungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands;⁷ ohne den vom „Dritten Reich“ losgetretenen Krieg sowie die besondere Brutalität, mit der es diesen führte, wären Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihren Siedlungsgebieten schwer denkbar gewesen; in Jugoslawien entlud sich an den Deutschen (und Italienern) der Hass angesichts von vier Jahren gewaltsamer Besatzung, der Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger des Landes zum Opfer fielen; darüber hinaus stand am Beginn der Vertreibung die Evakuierung von Angehörigen der deutschen Minderheit durch die Besatzungsbehörden und die Wehrmacht.
2. Die Zwangsaussiedlung der deutschen Minderheit war auch Teil eines seit dem 19. Jahrhundert andauernden Prozesses der ethnischen Homogenisierung der Nationalstaaten Südosteuropas. In Kriegszeiten (und dazu gehören auch die Monate nach einer Waffenruhe) griffen Regierungen regelmäßig zu Gewalt und Vertreibung, um sich unliebsamer Minderheiten zu entledigen – diese Linie der sog. „ethnischen Säuberungen“ zog sich bis in die 1990er Jahre, und sie verbindet das Schicksal der Deutschen mit anderen Minderheiten in der Region, die zu unterschiedlichen Zeiten vergleichbare Erfahrungen mit ihrem Staat gemacht haben.⁸
3. Die unmittelbare Nachkriegskonstellation und die Pläne der Alliierten für die Sicherung des Friedens stellten einen weiteren wichtigen Kontext dar; die Siegermächte sahen in der Umsiedlung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa nach Deutschland (und in geringerer Zahl nach Österreich) ein probates Mittel, um ein für alle Mal der Destabilisierung der Region durch Nationalitätenkonflikte einen Riegel vorzuschieben. Insbesondere sollte verhindert werden, dass jemals wieder Deutschland

die deutschen Minderheiten für seine Expansionspolitik instrumentalisieren konnte. Dabei hatten die Alliierten (insbesondere Großbritannien) den Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei von 1923 vor Augen, der ihnen als Vorbild der Konfliktbeilegung durch sog. „ethnische Entmischung“ galt.

Eine mögliche Ursache spielte interessanterweise kaum eine Rolle für die Entscheidung der Nachkriegsregime, die Deutschen aus ihrem Land zu vertreiben: länger zurückreichende Animositäten oder Pläne aus der Zwischenkriegszeit, die man nun verwirklichen konnte. Sowohl in Jugoslawien (mit rund einer halben Million) als auch Rumänien (über 700.000) und Ungarn (ca. 550.000) bildeten die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg eine der größten ethnischen Minderheitengruppen, in Ungarn sogar die größte. Ihre Anwesenheit reichte Jahrhunderte zurück, zumeist in das 18. Jahrhundert, bei den Siebenbürger Sachsen bis in das Mittelalter. Mit der Auflösung Österreich-Ungarns 1918 wurden sie von Angehörigen einer der zwei dominanten Nationalitäten der Doppelmonarchie zu nationalen Minderheiten – ein schmerzvoller Prozess. Aber im Laufe der 1920er Jahre fanden Minderheit und (neue) Mehrheit zu einem halbwegs tragfähigen Zusammenleben. In keinem der drei Staaten (Jugoslawien, Rumänien, Ungarn) kann man von Verfolgung oder massiver Diskriminierung der deutschen Minderheit sprechen, auch wenn es um die Einhaltung der zugesagten Minderheitenrechte häufig nicht zum Besten stand; insbesondere in Krisenzeiten, wie der großen Depression, kam es zur Benachteiligung der Minderheiten. Es gab jedoch deutsche Schulen und Zeitungen; die Leute konnten ihrem Beruf nachgehen und ihre Muttersprache sprechen sowie ihre Religion frei ausüben, und niemand wurde gezwungen, seine Heimat zu verlassen. Mit Ausnahme der unmittelbaren Nachkriegszeit (nach dem Ersten Weltkrieg) gab es auch keine verstärkte freiwillige Auswanderung von Deutschen aus der Region.

Die Nationalisten in den drei angesprochenen Ländern sahen in anderen Minderheiten eine viel größere Gefahr: Die Serben Jugoslawiens konzentrierten ihre Verachtung auf die Albaner oder allgemein Muslime, die Ungarn und Rumänen auf die Juden, und den Rumänen war zudem die ungarische Minderheit ein Dorn im Auge. Vielen galten die Deutschen eher als loyale Vorzeigeminderheit, von der keine Gefahr ausging, was auch damit zu tun hatte, dass Deutschland keine territorialen Ansprüche hegte. Es war ja kein Nachbarland – die Situation unterschied sich somit fundamental von jener in der Tschechoslowakei. Kurzum:

6 Siehe Detlef Brandes/Holm Sundhaussen/ Stefan Troebst (Hg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, Wien/Köln/Weimar 2010.

7 Vgl. Beer (wie Anm. 2), S. 38 ff.

8 Vgl. Philipp Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa, Göttingen 2011; Brandes u.a. (wie Anm. 6).

Es gab weder einen historischen „Deutschenhass“, auch nicht bei den Kommunisten, der sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs plötzlich in Form von Zwangsvertreibungen Bahn gebrochen hätte; noch pflegten die deutschen Minderheiten eine besondere Abneigung gegen ihr Heimatland und dessen Mehrheitsgesellschaft.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderte sich die Lage insofern, als die organisierten Vertretungen der Deutschen zunehmend in den Dunstkreis der NS-Ideologie gerieten; in Jugoslawien übernahmen 1939 NS-Sympathisanten die Führung der wichtigsten deutschen Interessensvertretung, des Kulturbundes (mit massiver reichsdeutscher Hilfe). Allerdings standen alle drei Länder außenpolitisch Nazi-Deutschland nahe – Jugoslawien nur bis März 1941 –, was die Position der deutschen Minderheit absicherte. Wenn, dann gefährdeten Umsiedlungspläne des Deutschen Reiches die Existenz von deutschen Minderheiten in der Region: 1940 wurde die deutsche Minderheit aus zwei Landesteilen, die Rumänien an die Sowjetunion abtreten musste (Nordbukowina und Bessarabien), sowie aus der rumänischen Dobrudscha auf der Basis von Verträgen zwischen der Sowjetunion bzw. Rumänien und dem „Dritten Reich“ umgesiedelt – allerdings nicht nach Deutschland, wie die Umgesiedelten hofften, sondern in besetzte Gebiete in Polen, v. a. den sog. Warthegau, wo sie auf zuvor enteignetem polnischen Besitz angesiedelt wurden. Davon waren über 160.000 Menschen betroffen, die dann 1945 Polen verlassen mussten.

Die Realität eines von Deutschland losgetretenen Krieges sollte die Lage der deutschen Minderheit fundamental ändern; zur nationalsozialistischen Kriegsführung gehörten bekanntlich der Völkermord an den Juden und Roma, die massive Verletzung des Kriegsrechts in den besetzten Gebieten sowie die Umsetzung weitreichender Pläne zur Bevölkerungsverschiebung, um einerseits „Lebensraum“ für Deutsche zu schaffen sowie andererseits das „Deutschtum“ zu konsolidieren. So wurde etwa im Winter 1941/42 nach der Besetzung Jugoslawiens die überwiegende Mehrheit der relativ isolierten deutschen Bevölkerung der Gottschee (Kočevje) in Slowenien, die dort seit dem Mittelalter ansässig war, ins Deutsche Reich umgesiedelt (die Gegend war Teil des italienischen Besatzungsgebietes). Angesiedelt wurden sie in einem vom Deutschen Reich annektierten Gebiet des zerschlagenen Jugoslawiens (Untersteiermark), aus dem Zehntausende Slowenen deportiert worden waren. Auch die anderen Besatzungsmächte in Jugoslawien (Italien, Bulgarien, Ungarn) vertrieben Zehntausende ihnen unliebsame, zumeist slawische Bewohner aus ihren Besatzungszonen.



Angehöriger der deutschen Minderheit im Gebiet Gottschee in Jugoslawien auf Reisen in Deutschland. Aufgrund einer Sonderregelung durften 1936 50 Gottscheer Bauern ein halbes Jahr durch Deutschland reisen, um zusätzliches Geld für ihre Familien in Jugoslawien zu verdienen. Auf ihren Reisen verdienen sie Geld mit einem Glücksspiel, das bei ihnen seit 500 Jahren Tradition hat, aufgenommen im Februar 1936.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

Das im April 1941 attackierte und danach besetzte Jugoslawien war insgesamt ein zentraler Schauplatz der spezifischen deutschen Kriegsführung im östlichen Europa mit dem Resultat, dass hier ein machtvoller bewaffneter Widerstand entstand, der letztlich zur „Selbstbefreiung“ Jugoslawiens führte. Angehörige der deutschen Minderheit waren an prominenter Stelle im Besatzungsapparat aktiv; sie wurden gegenüber den von den Nationalsozialisten als „Untermenschen“ betrachteten Slawen bevorzugt, profitierten von der „Arisierung“ jüdischen Vermögens in der Vojvodina; und zahlreiche deutsche Männer im besetzten Jugoslawien schlossen sich freiwillig der Waffen-SS an (viele jedoch wurden gegen ihren Willen geradezu in sie gepresst). Diese aus „Volksdeutschen“ rekrutierte Division der Waffen-SS kam nur in Jugoslawien bei der Partisanen-

bekämpfung zum Einsatz⁹ und nährte somit bei den Partisanen den Eindruck, alle Deutschen kollaborierten mit den Besatzern (obwohl sich einige auch den Partisanen anschlossen). Die allermeisten Deutschen in Jugoslawien wollten den Krieg aber einfach nur überleben und waren nicht in Kriegsverbrechen involviert, zumal sie selbst den deutschen Plänen für sie ausgeliefert waren. In den Augen der gegen die deutschen Besatzungstruppen kämpfenden Partisanen verschwanden allerdings die Unterschiede zwischen den ortsansässigen Deutschen, ihren NS-Aktivisten und den deutschen Besatzungsbehörden. Die jugoslawische Kriegsverbrecherkommission identifizierte jedenfalls „bloß“ 2.150 mutmaßliche Kriegsverbrecher und „Volksfeinde“ unter den Jugoslawiendeutschen.¹⁰

Hier zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zu Ungarn und Rumänien, der für den Verlauf der Vertreibung bedeutungsvoll werden sollte – bzw. im Falle Rumäniens für die Tatsache, dass es zu keiner Vertreibung kam und diese auch nie systematisch geplant wurde: Beide Länder waren lange Zeit Alliierte Deutschlands, formal unabhängig; Rumänien wurde nie von deutschen Truppen besetzt, Ungarn im März 1944 allerdings schon – mit der Folge, dass die ungarischen Juden in Vernichtungslager deportiert wurden und Ungarn zum Schauplatz eines ebenso zähen wie aussichtslosen Abwehrkampfes der Wehrmacht gegen die vorrückenden sowjetischen Truppen mit massiven Opfern unter der ungarischen Zivilbevölkerung sowie umfangreichen Zerstörungen wurde. Für die neue ungarische Nachkriegsregierung boten sich die verbliebenen Deutschen als Sündenböcke an, zumal so die Verantwortung für Ungarns Kriegsschicksal symbolisch auf Deutschland übertragen werden konnte, obwohl Ungarn anfänglich auf Seiten Deutschlands in den Krieg gezogen war. In Rumänien wiederum gab es für die Regierung keinerlei besonderen politischen Grund, Rache an der deutschen Minderheit zu üben.

Verlauf der Flucht und Vertreibung

Jugoslawien

Im besetzten Jugoslawien begannen die kommunistischen Partisanen im Winter 1943/44, Pläne für die Vertreibung der Deutschen zu entwickeln, die – dem serbischen Historiker Zoran Janjetović zufolge – als „besonders illoyal angesehen“ wurden. An ihnen sollte Vergeltung für den

Besatzungsterror geübt werden.¹¹ Schon zuvor hatten die deutschen Besatzungsbehörden begonnen, die deutsche Minderheit aus dem sog. „Unabhängigen Staat Kroatien“, einem faschistischen Vasallenstaat Deutschlands, zu evakuieren – rund 100.000 Personen gelangten so noch 1944 ins Reichsgebiet;¹² aus Slowenien waren es bis zu 15.000, die vor dem Kriegsende flohen.¹³ Auch aus dem besetzten Serbien sollten Deutsche vor den vorrückenden Partisanen sowie der Roten Armee evakuiert werden, was aber nur teilweise gelang, da die Zeit nicht mehr reichte; Tausende konnten aus dem Gebiet der heutigen Vojvodina nach Ungarn oder ins Reichsgebiet (Österreich) entkommen – diejenigen, die nach dem Abflauen der Kampfhandlungen in ihre Heimat zurückkehrten, wie Josefina Pirka, sahen sich umgehend gewaltsamer Verfolgung in Jugoslawien ausgesetzt.

Rund 160.000 bis 170.000 deutsche Zivilisten konnten nicht fliehen oder entschlossen sich, in ihren Heimorten zu bleiben, und befanden sich so ab Herbst 1944 in von den Partisanen befreiten Gebieten.¹⁴ Sie wurden Opfer von Racheakten seitens der Partisaneneinheiten, die nicht überall mit der gleichen Brutalität die verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit verfolgten. Im Oktober 1944, also noch vor dem Ende des Krieges, beschloss der „Volksbefreiungsausschuss“ für die Vojvodina – dem Hauptsiedlungsgebiet der jugoslawischen Donauschwaben –, den Deutschen alle Rechte zu entziehen, da sie kollektiv der Kollaboration mit den Besatzern für schuldig befunden wurden. Nach Angaben der Geheimpolizei der Partisanen wurden in dieser Phase in der Vojvodina fast 7.000 Deutsche und circa 500 in Slowenien ermordet (auch zahlreiche anderer „Feinde“ und Kollaborateure wurden von lokalen Partisaneneinheiten getötet).¹⁵ Im November 1944 beschloss das provisorische Parlament des befreiten Jugos-

⁹ Siehe Thomas Casagrande: Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen“. Die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen, Frankfurt am Main 2003.

¹⁰ Siehe Portmann (wie Anm. 5), S. 232.

¹¹ Siehe Zoran Janjetović: Feinde der Nation. Ausweisungen aus Serbien am Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Beer (wie Anm. 5), S. 192. Zu Jugoslawien vgl. Glass (wie Anm. 2); Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien, hg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Band V, Düsseldorf 1961.

¹² Siehe Beer (wie Anm. 2), S. 90.

¹³ Siehe Mitja Ferenc: Das Schicksal der deutschen Minderheit in Slowenien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Vom „Verschwinden“ der deutschsprachigen Minderheiten (wie Anm. 2), S. 86.

¹⁴ Siehe Michael Portmann: Die donauschwäbische Bevölkerung in der Vojvodina: Flucht, Internierung und Aussiedlungspolitik (1944–1954), in: Vom „Verschwinden“ der deutschsprachigen Minderheiten (wie Anm. 2), S. 97.

¹⁵ Siehe Michael Portmann: Flucht, Internierung, „Abschub“ und Wiederbesiedlung. Zwangsmigrationen und Bevölkerungsaustausch in der Vojvodina 1944–1948, in: Beer (wie Anm. 5), S. 227; Ferenc (wie Anm. 13), S. 90.



Die deutschsprachige Gemeinde Neu-Werbass in der Batschka feierte 1935 ihr 150-jähriges Bestehen. Männer und Frauen aus der weiteren Umgebung sind zur Feier in ihrer Tracht zusammengekommen. Blick auf eine Reitergruppe im Festzug vor dem Gemeindehaus Neu-Werbass

Foto: *Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl*

lawiens die Enteignung der Deutschen; im Juni 1945 verloren sie formal ihre staatsbürgerlichen Rechte. Fast 70.000 deutsche Höfe mit rund 380.000 Hektar Land wurden vom Staat enteignet, womit einem großen Teil der Minderheit die Lebensgrundlage entzogen wurde.¹⁶ Hinzu kam die Deportation von rund 10.000 bis 12.000 arbeitsfähigen Deutschen (mehrheitlich Frauen) im Winter 1944/45 in die Sowjetunion (v.a. in die Ukraine) zur Zwangsarbeit; rund 2.000 von ihnen überlebten diese nicht.¹⁷

Die überwiegende Mehrheit der verbliebenen Deutschen wurde in von der politischen Polizei (OZNA) geleiteten Lagern bzw. bewachten Dörfern „unter spezieller Verwaltung“ interniert. Insgesamt gab es mehr als 80 solcher Lager mit rund 110.000 Internierten, von denen

viele, die arbeitsfähig waren, zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Die Bedingungen in den jugoslawischen Lagern waren durch Hunger, Krankheit und Gewalt geprägt; die genaue Zahl der in den Lagern gestorbenen Menschen samt den vielen Getöteten ist nicht bekannt. Die einst von donauschwäbischen Autoren genannte Zahl von 50.000 ist wohl zu hoch gegriffen; 20.000 bis 30.000 entspricht eher dem heutigen Kenntnisstand.¹⁸ Es gibt keine Hinweise, dass die kommunistische Führung das Massensterben in den Lagern intendiert hatte; sie nahm es aber gleichgültig hin.¹⁹ In den Augen der jugoslawischen Regierung sollte die Internierung in Konzentrationslagern die systematische Aussiedlung der Donauschwaben nach Deutschland ermöglichen – mit diesem Ansinnen trat sie mehrfach an

16 Siehe Portmann (wie Anm. 15), S. 228.

17 Siehe ders. (wie Anm. 14), S. 101.

18 Siehe Janjetović (wie Anm. 11), S. 198; Beer (wie Anm. 2), S. 145.

19 Siehe Portmann (wie Anm. 15), S. 231.

die siegreichen Alliierten heran, die dies jedoch ablehnten. Da somit eine Deportation in das besetzte Deutschland (und nach Österreich) nicht möglich war, begannen die jugoslawischen Behörden, Deutsche mit Zügen an die Grenze zu Österreich und Ungarn zu transportieren. Viele wurden mit sowjetischer Hilfe über Ungarn nach Österreich verbracht, nachdem sich die britischen Besatzungsbehörden in Österreich geweigert hatten, weitere Vertriebene aufzunehmen.²⁰ Die jugoslawischen Behörden unterstützen auch die Flucht nach Österreich.²¹

Ab Ende 1947, in Slowenien schon 1945 wurden die Lager nach und nach aufgelöst; dieser Prozess fand im Frühjahr 1948 seinen Abschluss. Die freigelassenen Deutschen erhielten die Staatsbürgerschaft zurück und sollten in der Landwirtschaft, im Bergbau und dem Wiederaufbau der Industrie und Infrastruktur arbeiten – oder sie wurden faktisch abgeschoben. Der Großteil des verbliebenen Rests der einst florierenden deutschen Minderheit wanderte in den frühen 1950er Jahren u. a. im Zuge von Familienzusammenführungen nach Deutschland und Österreich ab. Wer blieb, genoss dann im Vielvölkerstaat Jugoslawien Minderheitenrechte – allerdings hatte sich durch Flucht, Vertreibung, Massentötung und Auswanderung die deutsche Minderheit auf rund 62.000 Menschen reduziert (Volkszählung von 1953), davon mehr als die Hälfte in der Provinz Vojvodina. Die meisten von ihnen siedelten in den nächsten Jahren nach Deutschland über; 1971 zählte die jugoslawische Volkszählung nurmehr rund 13.000 Mitglieder der deutschen Minderheit.

Ungarn

Auch Ungarn entledigte sich nach dem Krieg eines großen Teils seiner deutschen Minderheit. Hier waren nicht durch deutsche Kriegsverbrechen verursachter Hass und Rachegefühle ausschlaggebend, obwohl der hartnäckige Kampf der Wehrmacht gegen die vorrückenden sowjetischen Truppen, insbesondere die lange Schlacht um Budapest, viele zivile Opfer und massive Zerstörungen zur Folge hatte, was die Sympathie für die Deutschen unter der ungarischen Bevölkerung sicherlich nicht erhöhte. Wesentlich für die Aussiedlung war der Wunsch der ungarischen Regierung, die ethnische Homogenisierung des Landes voranzutreiben: Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Alliierten (Juli-August 1945) machten es Ungarn möglich, die Deutschen mit

20 Siehe Ferenc (wie Anm. 13), S. 88 f.

21 Siehe Portmann (wie Anm. 14), S. 102.



Militärisches Hinweisschild auf Ungarisch und Deutsch in den 1940er Jahren in Ungarn
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

Zustimmung der Siegermächte auszuweisen. Fast alle ungarischen Parteien (mit Ausnahme der Sozialdemokraten) propagierten die These der Kollektivschuld der Deutschen, die als Rechtfertigung für ihre Entrechtung und Abschiebung dienen sollte. Diese These sollte wohl ein anderes, wichtiges Motiv verbergen: den Wunsch, sich das Eigentum der Deutschen anzueignen. Wie der Historiker Gerhard Seewann betont, beschloss die Regierung Ungarns bereits am 27. Februar 1945, zwei Wochen nach der Befreiung Budapests, die Enteignung des deutschen Besitzes und Vermögens.²² Mit der Vertreibung der Deutschen und der Umverteilung ihres Besitzes sollte Platz für aus den Nachbarländern geflüchtete bzw. vertriebene Ungarn geschaffen werden.

22 Siehe Seewann (wie Anm. 5), S. 339.

Im Unterschied zu Jugoslawien gab es in Ungarn keine Phase der „wilden“ Vertreibung und viel weniger Gewaltexzesse – ein Hinweis darauf, dass nicht so sehr Rachege-danken bestimmend waren, sondern der Staat geplant an die Vertreibung heranging. Der Anteil jener, die mit der sich zurückziehenden Wehrmacht flohen, war auch viel geringer als in Jugoslawien (ca. 50.000 Personen). Eine ungarische Regierungsverordnung vom Dezember 1945 sah die Aussiedlung der gesamten deutschen Minderheit vor (Ausnahmen gab es für „antifaschistische Kämpfer“). Einige Angehörige des hohen Klerus erhoben zwar ihre Stimme dagegen, jedoch bestand, so Gerhard Seewann, ein „partiübergreifender Konsensus“ in Bezug auf die Aussiedlung.²³ Mitte Januar 1946 verließen die ersten Eisenbahntransporte mit Deutschen Ungarn in Richtung Deutschland; dort kamen die Vertriebenen in so elendigem Zustand an, dass die amerikanischen Besatzungsbe-hörden bei der ungarischen Regierung auf eine Verbes-derung der Transportbedingungen drängten, was Ungarn nach zähen Verhandlungen letztlich akzeptierte.²⁴ Bis November 1946 wurden mehr als 115.000 Deutsche aus Ungarn in die amerikanische Besatzungszone deportiert; ab dann weigerten sich die Westalliierten, weitere Ver-triebene aus Ungarn aufzunehmen. Allerdings stimmte die Sowjetunion 1947 einer Aussiedlung von rund 50.000 Ungarndeutschen in ihre Besatzungszone, die zukünftige DDR zu, die v. a. in Sachsen Zuflucht fanden.²⁵

Neben der permanenten Aussiedlung war die deutsche Minderheit in Ungarn, ähnlich wie jene in Jugoslawien und Rumänien, ebenfalls von Verschleppung zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion betroffen. Die Westalliierten hatten nämlich der Sowjetunion zugestanden, als eine Form der Reparationsleistung Deutschlands für die von der Wehrmacht angerichteten Verwüstungen Zivilisten auch aus den deutschen Bevölkerungen Osteuropas für Zwangsarbeit ausheben zu dürfen. Auf dieser Basis wur-den im Dezember 1944 und Januar 1945 mehr als 31.000 Männer und Frauen aus Ungarn in die Sowjetunion deportiert (ungarische Historiker geben eine höhere Zahl an), wo sie vor allem im Kohlrevier des Donbass Zwangsarbeit leisten mussten. Arbeitsunfähig gewordene Zwangsarbeiter wurden ab 1945 wieder in ihre Heimat repatriert; 1949 konnten die letzten ungarndeutschen

Zwangsarbeiter zurück. Insgesamt kehrten rund 29.000 verschleppte Ungarndeutsche aus der Sowjetunion heim; einige Tausend hatten die Strapazen der Zwangsarbeit nicht überlebt.²⁶

Mehr als die Hälfte der Ungarndeutschen verblieb in Ungarn – auch aufgrund der schlechten Organisation der Vertreibung, des behördlichen Chaos, der unklaren gesetzlichen Vorgaben und der Korruption der lokalen Verwaltung. Sie erhielten ihre bürgerlichen Rechte zurück und konnten im Land bleiben; aufgrund des starken Assi-milationsdrucks sank aber die Zahl derer, die sich in der Volkszählung als Deutsche bekannten, auf rund 50.000 im Jahr 1960.

Rumänien

Rumänien schließlich war das einzige Land im östlichen Europa mit einer großen deutschen Minderheit, das von einer Zwangsaussiedlung absah, obwohl es in Regierungs-kreisen durchaus Überlegungen in diese Richtung gege-ben hatte; auch zu „wilden“ Vertreibungen oder anderen Gewaltausbrüchen gegen die deutsche Minderheit kam es am Ende des Krieges nicht. Dies lag wohl nicht nur an dem relativ problemlosen Zusammenleben zwischen rumänischer Mehrheit und deutscher Minderheit in den Siedlungsgebieten der Deutschen in Rumänien (Banat und Siebenbürgen), sondern auch am Verlauf des Krieges: Rumänien war nie von Deutschland besetzt gewesen – im Gegenteil, bis zum Einmarsch der sowjetischen Truppen im August 1944 und einem Regierungswechsel in Buka-rest hatte es sich an der Seite Deutschlands am Krieg auf sowjetischem Boden beteiligt (und ab August 1944 auf Seiten der Sowjets am Kampf gegen Nazi-Deutschland). Nicht nur für die politische Elite Rumäniens, sondern auch für weite Teile der Bevölkerung rangierten die Sow-jetunion und Ungarn – und damit auch die große unga-rische Minderheit im Land – ganz oben auf der Liste der äußeren Bedrohungen. Nach Angaben des Historikers Mathias Beer flüchteten einige Zehntausend Deutsche aus dem rumänischen Banat vor den heranrückenden sow-jetischen Truppen; eine großflächige Evakuierung wurde nicht durchgeführt.²⁷ Die Führung der gleichgeschalteten deutschen „Volksgemeinschaft“ in Rumänien setzte sich ins Reichsgebiet ab.

23 Ebd., S. 343.

24 Siehe Beer (wie Anm. 5), S. 95.

25 Siehe Ágnes Tóth: Zwangsmigration und Machtumstrukturierung in Un-garn 1944–1948, in: Beer (wie Anm. 5), S. 258.

26 Siehe Lexikon der Vertreibungen (wie Anm. 6), S. 182; Toth (wie Anm. 25), S. 250 f.

27 Siehe Beer (wie Anm. 5), S. 88.



Berlin, 1940: Anlässlich von Adolf Hitlers Geburtstag wartet eine Menschenmenge auf dem Wilhelmplatz vor der Reichskanzlei. Unter ihnen auch eine Siebenbürger Trachtengruppe.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

Allerdings kam es auch in Rumänien zur Deportation von Deutschen zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion als Teil der sowjetischen Reparationsforderungen. Im Januar 1945 wurden rund 70.000 deutsche Frauen und Männer ausgehoben und in die Sowjetunion gebracht. Mathias Beer schätzt die Todesrate unter den aus den drei Ländern Südosteuropas verschleppten Zwangsarbeitern auf rund 15 Prozent.²⁸ Die Leserinnen und Leser des berühmten Romans „Atemschaukel“ der Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller, der auf den Erfahrungsberichten von Deportierten beruht, werden verstehen, warum so viele der Verschleppten die Zwangsarbeit nicht überlebten, denn die Lebensumstände in den Lagern waren elend und Hunger allgegenwärtig. Darüber hinaus wurden die deutschen Bauern schon 1945 enteignet.²⁹

Insgesamt ging aufgrund der Kriegsergebnisse auch in Rumänien die Zahl der dort lebenden Deutschen stark zurück: von fast 750.000 vor dem Krieg auf circa 350.000 in der Volkszählung von 1956.³⁰ Diesen wurde allerdings

von der kommunistischen Verfassung Minderheitenrechte zugesichert, was sich etwa in der Existenz muttersprachlichen Unterrichts sowie einer deutschen Presse äußerte – unter Kontrolle der Kommunisten selbstverständlich. In den 1960ern jedoch begann eine permanente Auswanderungsbewegung von Deutschen aus Rumänien, wobei das kommunistische Regime für die Ausreisegenehmigungen Geld von der Bundesrepublik verlangte.

Die Erinnerung an das Schicksal der Deutschen heute

Der heutige Umgang mit dem Thema „Vertreibung der Deutschen“ in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und Ungarn sowie mit der Deportation von Deutschen in Rumänien ist nicht systematisch untersucht. Generell lässt sich feststellen, dass dieses Thema weit weniger emotionalisiert und politisiert ist als etwa in Polen und der Tschechischen Republik – was aber auch bedeutet, dass es nur auf geringes Interesse in der Öffentlichkeit stößt. In der kollektiven Erinnerung der Gesellschaften der hier behandelten südosteuropäischen Länder ebenso wie in ihrer Geschichtspolitik spielen andere historische Ereignisse eine viel größere Rolle; in Serbien und Kroatien sind es offenkundig der Krieg von 1991 bis 1995 und in Serbien

28 Siehe ebd., S. 89.

29 Siehe ders. (wie Anm. 2), S. 141.

30 Siehe Cristian Cercel: Rumänien, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/53708.html [Stand 09.09.2020].



Banater Schwaben zersägen am 9. Mai 1988 in der Münchner Fußgängerzone in einem symbolischen Akt eine Grenzschanke für ein grenzenloses Europa. Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Karl-Heinz Egginger

auch der Kosovokrieg von 1999, welche die historischen Debatten prägen, und bezüglich des Zweiten Weltkriegs wird heftig über die Einschätzung von Partisanen sowie von Kollaborateuren debattiert; die Deutschen haben hingegen als Feindbild längst ausgedient. Das gilt auch für Ungarn und noch viel mehr für Rumänien, wo die verbliebene kleine deutsche Gemeinschaft als Vorzeigeminderheit gilt (einer ihrer Sprösslinge, Klaus Johannis aus Hermannstadt/Sibiu, amtiert heute als Staatspräsident).

Mit dem Ende der kommunistischen Herrschaft 1989/1990 hat die Vertreibung der Deutschen (so wie auch andere heikle Fragen) aufgehört, ein Tabuthema zu sein. Im ehemaligen Jugoslawien wurde das Thema von der Presse und dann auch der Geschichtswissenschaft schon Ende der 1980er Jahre entdeckt – die Internierung und Vertreibung der Deutschen wurde als eines von vielen Verbrechen der Kommunisten bei ihrer Machtübernahme beschrieben. Ab den frühen 1990er Jahren erschienen in Serbien, Kroatien und dann auch Slowenien archivbasierte Studien, die detailliert die Verbrechen an den Deutschen und ihre Aussiedlung dokumentierten, ohne öffentliche Skandale zu provozieren. In Serbien etwa passte dies durchaus in das Geschichtsbild des Milošević-Regimes, das sich von den Kommunisten zumindest rhetorisch abgrenzen wollte. Nur in Slowenien gab es einige öffentli-

che Kontroversen, hier aber vor allem im Zusammenhang mit Forderungen Österreichs nach der Anerkennung einer österreichischen Minderheit in Slowenien. In der Autonomen Provinz Vojvodina, die Teil Serbiens ist, hat das Provinzparlament vor etwas mehr als zehn Jahren eine offizielle Untersuchung über das Leid der Bevölkerung der Provinz in den letzten Monaten vor und ersten Monaten nach Kriegsende in Auftrag gegeben; Band 6 des Untersuchungsberichts widmet sich den deutschen Opfern.³¹

Nach Informationen des serbischen Historikers Zoran Janjetović haben organisierte Besuche von Donauschwaben in ihren ehemaligen Heimatorten in den 1990er und frühen 2000er Jahren in einigen Zeitungen zu kritischen Kommentaren geführt, als ob sie ihr enteignetes Land wieder in Besitz nehmen wollten. Andere Medien berichteten aber positiv und äußerten Empathie mit dem Leid der Vertriebenen.³² Lokale Kommunen sahen in solchen Besuchern ohnehin eher eine Chance für ihre moribunde Wirtschaft. Insgesamt spielt das Thema heute kaum eine Rolle in der Öffentlichkeit in Serbien und ebenso wenig

31 Siehe *Na putu ka istina* (Auf dem Weg zur Wahrheit), Bd. VI, Novi Sad 2009.

32 Informationen von Zoran Janjetović per E-Mail an den Autor.

in Kroatien; mit dem Ableben der Erlebnisgeneration wird es regelrecht in Vergessenheit geraten - mit Ausnahme der wissenschaftlichen Forschung, die weiterhin neue Erkenntnisse liefert. Eine deutsche (Minderheiten-)Identität wurde in beiden Ländern entstigmatisiert; nur gibt es trotz der Unterstützung der Bundesrepublik für die Minderheit nurmehr wenige Menschen, die das betrifft: In Serbien identifizierten sich in der letzten Volkszählung (2011) rund 4.000 Menschen als Deutsche (0,06 % der Gesamtbevölkerung). In Kroatien ist der Anteil ähnlich; hier umfasst die Minderheit keine 3.000 Personen mehr.

In Ungarn begann die Abkehr von der Kollektivschuldthese ebenfalls bereits in den 1980er Jahren, und ab 1990 prangerten verschiedene Politiker, unter ihnen der ungarische Staatspräsident, die Vertreibung als Unrecht an.³³ Am 50. Jahrestag der Aussiedlung im Jahr 1996 entschuldigten sich bei Gedenkfeiern ungarische Regierungspolitiker für dieses Unrecht und riefen zur Versöhnung auf. Das ungarische Parlament verabschiedete im Dezember 1993 ein Gesetz zur Rehabilitation und materiellen Entschädigung der in die UdSSR zur Zwangsarbeit verschleppten Deutschen, die einen Zuschlag auf ihre Rente erhielten.³⁴ Auf lokaler Ebene wurde in den 1990er Jahren eine Reihe von Denkmälern, die an die Vertreibung der Ungarndeutschen erinnern, teils unter Beteiligung hoher Regierungsvertreter, eingeweiht. Gerhard Seewann betont, dass die Aufstellung dieser Denkmäler „mit keinerlei politischer Auseinandersetzung oder gar Konflikten“ verbunden gewesen sei, auch, weil sie auf gegen Ungarn gerichtete Botschaften verzichteten.³⁵ Die wissenschaftliche Forschung trug – vor allem dank der Arbeiten von Ágnes Tóth – ebenfalls wesentlich dazu bei, dass die Aussiedlung der Deutschen immer seltener als „gerechte Strafe“, sondern als Unrecht dargestellt wurde. Begriffe wie „Vertreibung“ und „Verschleppung“ traten anstelle des weniger gewaltsamen Ausdrucks „Aussiedlung“. 2007 folgte nochmals eine Runde von regierungsamtlichen Entschuldigungen an die Adresse der Ungarndeutschen und ihrer Nachkommen. Wie Gerhard Seewann festhält, wurde die Frage nach den Tätern jedoch wenig thematisiert und die Ursachenforschung ebenfalls nur zaghaft betrieben.³⁶ Ein die Öffentlichkeit in höherem Maße beschäftigendes

Thema war und ist die Erinnerung an die Vertreibung der Ungarndeutschen ohnehin nicht.

In Rumänien ist die Situation insofern anders, als sich hier für die Mehrheitsgesellschaft die Frage nach der Verantwortung ihres Landes für das Schicksal der deutschen Minderheit gar nicht erst stellte, denn die Deportation in die Sowjetunion lag in deren Verantwortung. Vielmehr fügte sich dieses Ereignis gut ein in die offizielle Erinnerungskultur, die nach 1990 stark antisowjetisch und auch zunehmend antikomunistisch ausgerichtet war. Die Deutschen galten somit als eine Opfergruppe des Kommunismus, der Sympathie entgegengebracht wurde – so sprach Staatspräsident Iliescu 1996 von der „Tragödie“ der Deutschen; und ein Jahr später drückte der rumänische Außenminister sein Bedauern für die Deportation der Deutschen in die Sowjetunion und die Behandlung der Minderheit durch die kommunistische Regierung aus.³⁷ Das Schicksal der deutschen Minderheit fand auch Eingang in rumänische Schulbücher. Angesichts der generell positiven Haltung der Rumänen zur deutschen Minderheit, der sehr engen außenpolitischen Beziehungen Rumäniens zu Deutschland und des Fehlens von historischen Streitpunkten zwischen den beiden Ländern brauchen Forschungs- oder Denkmalaktivitäten in Rumänien, die sich mit dem Schicksal der Rumäniendeutschen beschäftigen, nicht befürchten, in die Mühlen der politischen Auseinandersetzung zu geraten. Ein die öffentliche Debatte bestimmendes Thema ist dies aber gewiss nicht.

Das Verschwinden – durch Flucht, Ermordung, Vertreibung, Internierung, Deportation und danach Auswanderung – großer deutscher Minderheiten in Südosteuropa ist ein Erbe des Zweiten Weltkriegs und der Besatzungspraxis Nazi-Deutschlands. Die hier dargestellten drei Beispiele – Jugoslawien, Ungarn und Rumänien – zeigen jedoch, dass der Prozess der erzwungenen Aussiedlung von Land zu Land unterschiedlich verlief, wobei die Ereignisse der unmittelbaren Kriegszeit ausschlaggebend für die Unterschiede waren. In der Siegernation Jugoslawien, deren Bewohner eine besonders brutale Besatzungsherrschaft zu erleiden gehabt hatten, kam es zu Gewaltexzessen, wilden Vertreibungen und systematischen Internierungen, so dass wenige Jahre nach dem Kriegsende kaum noch Deutsche im Lande übrigblieben. Die Todesrate bei diesen Vorgän-

33 Siehe Seewann (wie Anm. 5), S. 354.

34 Siehe Lexikon der Vertreibungen (wie Anm. 5), S. 182 f.

35 Seewann (wie Anm. 5), S. 361.

36 Siehe ebd., S. 358 f.

37 Siehe Cristian Cercel: *Memory Discourses on the Deportation of Romanian Germans to the Soviet Union in a Transnational and Transcultural Context*, in: *CAS Sofia Working Paper Series*, Nr. 8 (2016), S. 12 f., <https://www.cceol.com/search/article-detail?id=479348> [Stand: 15.09.2020].

gen war besonders hoch; ca. 50.000 Deutsche fielen ihnen zwischen Oktober 1944 und März 1948 zum Opfer.³⁸ In Rumänien, das sich nie unter Besatzungsherrschaft befand, kam es weder zu Massenverfolgung noch Zwangsaussiedlung; allerdings sollte sich in den nächsten Jahrzehnten (und insbesondere nach 1989) die Minderheit aufgrund von Auswanderung nach Deutschland stark ausdünnen, sodass auch sie heute nur mehr ein eingeschränktes Gemeindeleben pflegen kann. Ungarn mit seiner im Vergleich zu Jugoslawien kürzeren deutschen Besatzungsherrschaft lag zwischen diesen beiden Fällen: Hier begann die Nachkriegsregierung, mit Zustimmung der Alliierten die deutsche Minderheit nach Deutschland zu deportieren; als aber im Jahr 1947 diese Aufnahmebereitschaft

zuerst in der West- und dann der Ostzone wegfiel, erhielten die verbliebenen Deutschen ihre Bürgerrechte zurück. Allerdings unterlagen sie starkem Assimilationsdruck; nach dem Ende des Kommunismus stieg die Anzahl derer, die bei Volkszählungen „deutsch“ als Nationalität angaben, 2011 auf mehr als 130.000 Personen wieder stark an. Damit sind die Deutschen die zweitgrößte ethnische Minderheit Ungarns.

Aber selbst diese Zahl verdeutlicht den größeren Kontext, zu dem auch die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Südosteuropa gehören: die nationale Homogenisierung der Staaten der Region im 20. Jahrhundert; vielerorts ist Multiethnizität heute in Südosteuropa nurmehr eine historische Erinnerung. ▀

38 Siehe Beer (wie Anm. 2), S. 145.



Publikationen können Sie auf der Webseite der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit einsehen und bestellen:
www.blz.bayern.de/publikationen-zur-politischen-bildungsarbeit.html



Lesen Sie dort auch online die viermal jährlich erscheinende Zeitschrift Einsichten+Perspektiven mit vielen interessanten Aspekten zu historischen und aktuellen politischen Themen. Wenn Sie die Zeitschrift kostenlos abonnieren möchten, schreiben Sie uns eine Nachricht an:
landeszentrale@blz.bayern.de



Gerne können Sie uns unter dieser Adresse auch Fragen oder Anregungen zu unseren Publikationen zukommen lassen.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
 Engelschalkinger Str. 12
 81925 München
 Tel.: 089 2186 0
 Fax: 089 2186 2180
www.blz.bayern.de

**BLZ AUF SOCIAL
 MEDIA**



DIE EINGLIEDERUNG DER VERTRIEBENEN IN BAYERN

Kalte, fremde oder neue Heimat?

von Walter Ziegler



Straßenzug in Neugablonz, 1950er Jahre
Foto: Isergebirgs-Museum Neugablonz



Blick über zerstörte Waggons auf den Münchner Hauptbahnhof. Die Aufnahme stammt von einem der ersten Soldaten der US Army in der Stadt, dem späteren Presseoffizier Ernest Langendorf. Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

Man hat vor einiger Zeit von einer „Kalten Heimat“ gesprochen, die die Vertriebenen aus dem Osten nach 1945 voranden, und wollte damit zeigen, dass das Bild des großen Erfolges, das sich bis in die achtziger Jahre für deren Aufnahme herausgebildet hatte, so nicht zutrifft, dass vielmehr die Vertriebenen in eine fremde, sie nicht freundlich aufnehmende Welt gekommen seien.¹ Ist diese Einschätzung, die vor allem aus Entwicklungen in Norddeutschland gefolgert wurde, auch für Bayern richtig?

Voraussetzungen: Situation, Zahlen, Verteilung

Als in der letzten Kriegsphase zuerst Flüchtlinge, dann nach dem Krieg in großem Maß zwangsweise Ausgesiedelte nach Bayern kamen, handelte es sich hier keineswegs mehr um ein Land mit traditionellen Strukturen und Erscheinungsformen, wie man sich Bayern in frü-

herer Zeit, etwa vor 1914, vorstellen konnte: ein eigenständiges, bäuerlich geprägtes, von Traditionskräften wie König und Adel, Kirchen und Brauchtum, Fremdenverkehr und Festen geprägtes Gebiet. Es war jetzt vielmehr ein Land, das zuerst durch die Revolution 1918 und die Weimarer Zeit, dann durch die NS-Diktatur tief umgestaltet worden war:

Die Traditionskräfte, auch die Kirchen, waren weit zurückgedrängt zugunsten der nationalen gesamtdeutschen Einheit, das staatliche Schicksal Bayerns war dem anderer Regionen gleich und nun durch Krieg und Zerstörung gekennzeichnet. Die Bevölkerung war ebenso durcheinandergewürfelt, besonders durch den Dienst in der Wehrmacht, durch Evakuierungen und Aufnahme von Flüchtlingen schon vor 1945. Natürlich gab es hier und da Dörfer, wo die Traditionen ungebrochen schienen; insgesamt aber hatte die nicht vertriebene Bevölkerung in vielen Lebensbereichen ein ähnliches Schicksal wie die vertriebene erlitten (abgesehen vom Verlust der Heimat): Nur deshalb, weil alle, ob aus Ost oder West, von den Siegermächten wie von den Besiegten selbst als der deutschen Nation zugehörig angesehen wurden, war eine Ein-

¹ Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2009.

gliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen² in diesem Maßstab überhaupt möglich.³

Bis 1952 kamen rund 1,9 Millionen Ostvertriebene nach Bayern, das 1939 (ohne die Pfalz) 7,1 Millionen Einwohner gehabt hatte. Das bedeutete einen Zuwachs von über 26 Prozent Neubürgern, also ein Viertel aller Bewohner des neuen Freistaates. Seit 1815, als große Teile von Franken und Schwaben zu Bayern geschlagen worden waren, fand damit der größte Bevölkerungszuwachs hier statt. Herkunftsländer der Ankömmlinge waren, wie überall im verbliebenen Deutschland, die Ostgebiete des Reiches, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz an Polen und die Sowjetunion gegeben worden waren, sowie mittel-, südost- und osteuropäische Staaten, die ihre deutsche Bevölkerung vertrieben. Dabei ist eine Besonderheit, dass in Bayern die aus der Tschechoslowakei (ČSR) stammenden Sudetendeutschen unter den Vertriebenen eine Mehrheit von 55 Prozent ausmachten, also über die Hälfte; erst mit 24 Prozent folgten die Schlesier und mit vier Prozent die Ostpreußen.

Die Hauptmasse der Ausgesiedelten kam 1946 in 764 Transporten (über 700.000 Menschen) aus der ČSR, und zwar vor allem über die Grenzdurchgangslager Wiesau bei Hof im Norden und Furth im Wald im Osten. Diese große Anzahl von Menschen wurde noch durch kleinere spezielle Gruppen ergänzt: Flüchtlinge aus der SBZ/DDR (bis 1955 ca. 281.000, zum Teil dort früher Ansässige, zum Teil dorthin aus dem Osten Ausgesiedelte), Kriegsgefangene und Displaced Persons (zuerst ca. 360.000, bald durch Auswanderung stark abnehmend) sowie Spätausiedler (bis 1961 ca. 362.000). Zu nennen sind auch die im Kriegsverlauf Evakuierten (ca. 468.000), also Einheimische, die auf die Rückkehr aus anderen Gebieten Bayerns oder Deutschlands harren, aber nicht als Vertriebene gerechnet wurden. Eine ganz kleine, gleichwohl bald einflussreiche Gruppe war die der „Remigranten“, die einst das NS-Reich verlassen und im Exil im Ausland gelebt

hatten (etwa Waldemar von Knoeringen, Hans Habe und Annette Kolb).⁴

Die Hauptfrage war, wie diese Menschen, die zum großen Teil völlig besitzlos waren, verteilt werden sollten. Da nach dem Willen der für Bayern zuständigen amerikanischen Besatzungsmacht die Ankömmlinge ohne Rücksicht auf Herkunft und Konfession in der bisherigen Bevölkerung aufgehen sollten, war die Bildung zusammengehöriger Gruppen im Allgemeinen nicht möglich. Bis heute ist nicht genau erforscht, wie im Einzelnen und aus welchen Gründen die ankommenden Flüchtlingszüge im Land verteilt wurden. Klar ist nur, dass angesichts der Zerstörung der großen Städte eine Überstellung in ländliche Gebiete den Vorrang hatte, und ebenso, dass die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz, da schon vorher mit Flüchtlingen stark belegt, eher verschont werden sollten. Im Ergebnis hatten dann im Oktober 1946 die Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben die meisten, Unterfranken und die Oberpfalz die wenigsten Vertriebenen zugeteilt erhalten.⁵ Die Hoffnungen, die man zeitweise auf Rückkehr, Umsiedlung oder Auswanderung in die USA setzte, erfüllten sich kaum; nur an die 200.000 Personen zogen später in andere Bundesländer.

Die nüchternen Zahlen zeigen allerdings nicht an, welche Probleme diese erzwungene Verschiebung der Bevölkerung mit sich brachte: von persönlichem Leid und traumatischen Erfahrungen durch die Vertreibung über schlechte Versorgung, die Unterbringung an unbekannten und ungewünschten Orten bis zu Konflikten innerhalb der Vertriebenen und mit den Einheimischen. Die Zahlen zeigen aber auch nicht sogleich, wie viel aktiven und erfolgreichen Einsatz es dabei gab, bei den Vertriebenen wie bei den Einheimischen, etwa um Familien und Gruppen zusammenzuhalten und die täglichen Schwierigkeiten zu bewältigen. Jedenfalls entsprach das Endergebnis durchaus nicht überall den genannten Prämissen von Streuung und Verteilung: Viele Familien unternahmen es in Eigeninitiative und auf persönliche Gefahr hin, vom Land in die Städte zu gehen, um Arbeit und Unterkunft zu finden, und oft gab es durch mancherlei Einsatz die Möglichkeit, früheren Zusammenhalt zu wahren oder wieder-

2 In der Publizistik und auch in den wissenschaftlichen Darstellungen ist es üblich, die Begriffe „Flüchtlinge“ und „Vertriebene“ identisch zu gebrauchen, da auch die Flucht kaum je freiwillig war. Allerdings hat das Bundesvertriebenengesetz von 1953 alle Deutschen, die den Osten verlassen mussten, als „Vertriebene“, die dort schon vor dem 31. Dezember 1937 Lebenden als „Heimatvertriebene“ bezeichnet und den Ausdruck „Flüchtlinge“ für die aus der Sowjetischen Besatzungszone (ab 1949 DDR) Geflüchteten reserviert, was aber meist in den Darstellungen nicht übernommen wird.

3 Siehe für die Fakten den Artikel „Flüchtlinge und Vertriebene“ von Walter Ziegler, in: Historisches Lexikon Bayerns, https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Flüchtlinge_und_Vertriebene [Stand: 05.07.2021].

4 Waldemar von Knoeringen, Politiker (1906–1971) aus Bayern, im Exil in England, 1947/63 Landesvorsitzender der SPD in Bayern; Hans Habe, Journalist (1911–1977) aus Ungarn, im Exil in den USA, nach 1945 u.a. Gründer der Neuen Zeitung München; Annette Kolb, Schriftstellerin (1870–1967) aus München, Exil in Frankreich und in den USA, nach 1945 zum Teil wieder in München lebend.

5 Vgl. Die Flüchtlinge in Bayern (= Beiträge zur Statistik Bayerns 142), München 1948, S. 7.



Flüchtlingsfamilien
in einem Notlager
in Kaufbeuren-
Neugablonz
Foto: Süddeutsche
Zeitung Photo/Alfred
Strobel

herzustellen, so dass schließlich die meisten Schlesier und Ostpreußen in Oberfranken und Niederbayern und sehr viele Sudetendeutsche in Schwaben ansässig wurden.

Und dann gibt es in Bayern, fast einmalig in Deutschland, fünf spezielle Flüchtlingsgemeinden (in Oberbayern Geretsried bei Wolfratshausen, Traunreut bei Traunstein, Waldkraiburg bei Mühldorf; in der Oberpfalz Neutraubling bei Regensburg; in Schwaben Neugablonz/Stadtteil von Kaufbeuren), wo die Vertriebenen, zuerst ohne Zuzug von Einheimischen, auf ehemaligen, nun aufgelassenen und halb zerstörten (aber noch mit Infrastruktur versehenen) Munitionsfabriken und einem Militärflugplatz angesiedelt wurden. Diese Gemeinden stiegen trotz aller Schwierigkeiten bald schnell auf und wurden schon in den 1950er Jahren zu Städten erhoben; heute sind sie die größten Kommunen in ihren Landkreisen. Eine davon, Neugablonz, konnte einen großen Teil der vertriebenen Arbeiter der einst weltberühmten Gablonzer Modeschmuckindustrie an sich ziehen (der Ort blieb merkwürdigerweise ein Stadtteil von Kaufbeuren). Das Schicksal dieser Gemein-

den, gerade auch das von Neugablonz, ist ein besonders interessanter Aspekt der Integration in Bayern.⁶

Wohnung und Arbeit

Eine solche Flut von Menschen unterzubringen, war eine besonders hohe Herausforderung. Zur ersten Versorgung dienten Flüchtlingslager unterschiedlichster Gestaltung und Verteilung: Im Oktober 1946 waren es 1381 mit über 151.000 Bewohnern (1949 noch 465, 1957 wurden die letzten aufgelöst). Dafür wurden alle nur denkbaren größeren Gebäude und Barackenlager benutzt, sogar die des ehemaligen KZ Dachau; das Leben in den Lagern, das anfangs kaum menschenwürdig war, stellt eine eigene (und bisher nur wenig untersuchte) Geschichte im Gesamtprozess dar.

.....
⁶ Vgl. Martin Renghart: Vertriebenengemeinden und -siedlungen, in: Historisches Lexikon Bayerns (Internet-Lexikon), 2017.



Kinder spielen zusammen mit ihrer Kindergärtnerin auf dem Sportgelände der Flüchtlingssiedlung in Kaufbeuren-Neugablonz. (undatierte Aufnahme, 1950er Jahre)

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/ Alfred Strobel

Trotzdem war angesichts der großen Zahlen die Unterbringung in Privatwohnungen noch erheblich wichtiger. Diese erfolgte normalerweise über erzwungene Einweisung, wobei in den Kommunen staatliche Flüchtlingskommissare, die mit geradezu diktatorischen Vollmachten ausgestattet waren, das entscheidende Wort bei der Belegung des vorhandenen Wohnraums mit Vertriebenen hatten. Dies bedeutete äußerste Beengung im täglichen Leben für alle, was bei den Eingewiesenen noch durch das Fehlen von Möbeln erschwert war. Dass dabei Ungerechtigkeiten und Korruption zu beklagen waren, verwundert nicht; es gab aber ebenso auf beiden Seiten eine enorme Hilfsbereitschaft. Auch hier ist zu vermerken, dass die Wohnsituation der Einheimischen – und nicht nur in den zerstörten Städten – meist ebenfalls keineswegs heutigen Maßstäben entsprach, da das Leben mehrerer, auch fremder Personen in einem Raum etwa oder die gemeinsame Nutzung von Toiletten durch mehrere Familien oft allgemein üblich waren. Obwohl anfangs das Wohnungsproblem geradezu ungeheuerlich erschien, konnte es doch innerhalb von etwa zehn Jahren gelöst oder wenigsten stark gemildert werden, wozu Wohnungsbauprogramme der Gemeinden und der Kirchen beitrugen. Die vielen Flüchtlingssiedlungen am Rand von Städten und Dörfern sind heute noch ein sichtbares Zeugnis dieses Aufbauwillens (z. B. Hochbrück, Ortsteil von Garching bei München).

Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt schien vielleicht nicht im Erleben, wohl aber in der Sache weit schwieriger. Bayern war immer noch überwiegend ein Agrarland; dagegen hatten viele sudetendeutsche Flüchtlinge handwerkliche und industrielle Berufe gelernt, für die es hier nur eine geringe Basis gab. Dazu kamen, etwa bei den Beamten und Lehrern, völlig andere Traditionen und Regelwerke. Trotzdem wurde bald überall beobachtet, dass die Flüchtlinge schnell Arbeit fanden, vor allem deswegen, weil sie erst einmal keinerlei Ansprüche stellten und jede Tätigkeit annahmen. Das bedeutete freilich, dass sie nicht oft im gleichen Beruf wie früher unterkamen, wobei es die Landwirte am schwersten hatten, da die (an sich geplante) Bodenreform in Bayern kaum zum Zug kam. Schwer hatten es auch insgesamt ältere Menschen und Frauen mit Kindern, deren Männer tot oder verwundet oder noch nicht aus der Gefangenschaft heimgekommen waren. Doch der schnelle Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft nach der Währungsreform war bei der Verbesserung der Lebensverhältnisse sehr hilfreich, ebenso, dass durch Art. 131 des Grundgesetzes auch ehemalige Beamte aus dem Osten, ganz gleich, aus welcher Stellung, wieder in den öffentlichen Dienst übernommen werden konnten. Das spielte insbesondere bei den Lehrkräften eine Rolle, die, vor allem wegen einer hervorragenden Ausbildung gerade in Böhmen (nach alt-österreichischem Muster), den einheimischen Kollegen oft überlegen waren; 1950 waren immerhin 28 Prozent der hauptamtlichen bayerischen Volksschullehrer und -lehrerinnen Vertriebene. Ähnliches gilt für die Hochschullehrkräfte, wobei besonders solche der Universitäten Breslau und Prag hier gute Wirkungsmöglichkeiten fanden, ja, sogar bis in höchste Stellen der Wissenschaft in Bayern aufstiegen.⁷ Aber auch im gewissermaßen normalen Geschäftsleben zeichneten sich die Vertriebenen schnell besonders aus – durch den Zwang der Verhältnisse, durch ihre persönliche Agilität sowie gestützt durch staatliche Hilfen. Am auffälligsten waren die vielen Flüchtlings-Industriebetriebe, die sich bald auch in Bayern entwickelten und das Know-how meist aus ihrer alten Heimat mitbrachten, angefangen von regionalen und nur zeitweise bestehenden wie der bis 1987 produ-

7 Z. B. Prof. Friedrich Prinz aus dem Sudetenland (1928–2003), Historiker für Mittelalter und Bayerische Geschichte; Dr. Walter Jaroschka ebenfalls von dort (1922–2008), Generaldirektor der staatlichen Archive Bayerns, später Präsident der Sudetendeutschen Akademie; Prof. Horst Fuhrmann aus Schlesien (1926–2011), Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; einer seiner Nachfolger in diesem Amt war Prof. Dietmar Willoweit aus Memel/Litauen (geb. 1936).



Werbebild der Firma „Kunert“ aus dem Jahr 1961
Foto: Andreas Brücklmayer

zierenden Glashütte Phoenix in Konstein bei Eichstätt (aus Schlesien) oder der erst 2005 aufgelösten bekannten Firma „Müllers Karlsbader Backpulver“ in Neutraubling über bis heute tätige ansehnliche Betriebe wie die Medikamentenfirma Verla in Tutzing („Von Erlichs Reichenberger Löwen-Apotheke“) bis hin zu Weltfirmen wie der Strumpffabrik Kunert in Immenstadt (aus Warnsdorf in Böhmen); ebenso muss immer die bald wieder in alle Welt exportierende Schmuckwarenindustrie in Neugablonz genannt werden.⁸ Besonders bekannt, da mit Hei-

spezifischen Abwandlungen) und die von ihr bewohnten Regionen bereits seit den 1920er Jahren als Nachbargebiete Ostbayerns mehr als früher wahrgenommen worden waren. Eine ernsthafte Diskussion, ob man die Vertriebenen übernehmen müsse, konnte es trotz manchem Unmut nicht geben.

Deshalb nahm sich die neu gebildete bayerische Staatsverwaltung alsbald dieses Problems an. Es wurde eine mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattete Sonderbehörde mit Staatssekretär Wolfgang Jänicke (aus Schlesien) an der Spitze und den schon genannten Kommissaren im Land etabliert; 1950 wurde diese dann in das Ressort eingegliedert, das für Arbeit zuständig war (heute: Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales). Sodann wurde ein Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen

materinnerungen verbunden, sind zudem Firmen der Genussbranche, etwa der Produzent der bekannten Karlsbader Oblaten (Firma Wetzels aus Marienbad in Böhmen, heute Dillingen an der Donau) oder die Schokoladenfabrik Schwermer aus Königsberg in Ostpreußen (heute Bad Wörishofen).

Staatliche Hilfe und Selbsthilfe

Es war überhaupt keine Frage, dass die ankommenden Flüchtlinge und Vertriebenen eingegliedert werden mussten: Sie waren deutsche Staatsbürger (was durch das NS-Regime auch in nichtdeutschen Staaten erzwungen worden war), hatten die gleiche Sprache, bekannten sich fast alle zur christlichen Religion, waren auch von der geschichtlichen Tradition her Angehörige der deutschen Nation - und damit in den Augen der Siegermächte ebenfalls haftbar für alles im „Dritten Reich“ Geschehene. Für Bayern kam noch dazu, dass die Bevölkerung Süd- und Westböhmens bayerischen Dialekt sprach (mit

⁸ Siehe Walter Ziegler: Der Beitrag der Vertriebenen zu Wiederaufbau und Wirtschaftswunder, in: Christoph Daxelmüller u.a. (Hg.): Wiederaufbau und Wirtschaftswunder (Bayerische Landesausstellung 2009), Augsburg 2009, S. 146 ff.



Wolfgang H. Jänicke, Diplomat und nach dem Kriege Staatskommissar für das Flüchtlingswesen
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/ Poehlmann

gebildet, der mit Parteivertretern alle Probleme zu diskutieren hatte.⁹ Wirtschaftlich nahm sich der Staat vor allem der Notwendigkeit von Krediten an, die die Vertriebenen benötigten, weshalb 1950 eine Landesanstalt für Aufbaufinanzierung gegründet wurde (heute LfA, Förderbank Bayern).¹⁰ Von Seiten der neu errichteten Bundesrepublik wurden zuerst ein Soforthilfegesetz (1949) und dann das bedeutende Lastenausgleichsgesetz erlassen (1952): Indem man alle nichtvertriebenen Deutschen mit einer Vermögensabgabe von 50 Prozent belastete (auf Jahrzehnte gestreckt), sollte wenigstens ein Teil des Verlustes

von Hab und Gut der Vertriebenen aus dem Gesamtvermögen der Nation erbracht werden. Dass dies durchsetzbar war, gehört zu den bewundernswerten Leistungen der jungen Demokratie in Westdeutschland.

Man darf aber auch die Selbsthilfe nicht unterschätzen, die von den Vertriebenen vielfach unternommen wurde, sowohl von Einzelpersonen wie von Instituten wie etwa den Kirchen. Bedeutend wurden die bald begründeten „Landsmannschaften“ (z. B. in Bayern „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ 1947, der Ostpreußen 1948, der Schlesier 1950), die sich aller Belange ihrer Gruppen annahmen und besonders die fortbestehende Zusammengehörigkeit in der neuen Heimat betonen wollten, dann – stärker politisch ausgerichtet – 1957 der „Bund der Vertriebenen“ in Westdeutschland. Zentren der bayerischen Vereinigungen, die stark vom Freistaat unterstützt wurden, wurden in München das „Haus des deutschen Ostens“ (1970), das noch heute für alle Gruppen zuständig ist und vor allem durch Vorträge und Ausstellungen einen ausstrahlenden Schwerpunkt bildet, sowie das „Sudetendeutsche Haus“ (1985) mit vielen unterschiedlichen Veranstaltungen und Aktivitäten (z.B. Adalbert-Stifter-Verein). Besondere Erwähnung verdienen im diesem Haus die Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste (gegründet 1979), vor allem aber das 1956 gegründete wissenschaftliche Institut „Collegium Carolinum“, das sich in der Tradition der alten Universität Prag sieht, mit einer großen Bibliothek und internationalen Veranstaltungen und Projekten, gerade auch zum Verhältnis von Tschechen und Deutschen in Böhmen.

2020 erfolgte dann die lang erwartete Eröffnung eines Sudetendeutschen Museums, ebenfalls in München. Besondere Zentren der Schlesier in Bayern sind Würzburg, der Ostpreußen Ellingen in Mittelfranken, der Deutschen aus der Bukowina (früher Österreich-Ungarn, heute: Rumänien und Ukraine) Augsburg.

Kulturelle Veränderungen

Es kamen nicht einheitlich „Vertriebene“ nach Bayern, sondern Menschen aus den unterschiedlichsten Regionen, die jeweils eigenständige kulturelle Traditionen hatten, von der Sprache, den Konfessionen, über Eigenheiten von Schulen, Literatur und Musik, dann auch von sportlicher Betätigung bis hin zu ausgeprägten Speisegewohnheiten. Es ist deshalb zu bedenken, was aus diesem vielfältigen Erbe geworden ist und wie die einheimische Bevölkerung davon beeinflusst wurde. Für diese Fragestellung passt gut die seit längerem in der Migrationsforschung geführte

⁹ Vgl. Franz J. Bauer: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950, Stuttgart 1982.

¹⁰ Vgl. Richard Winkler: Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, in: Historisches Lexikon Bayerns, [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Landesanstalt_für_Aufbaufinanzierung_\(LfA\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Landesanstalt_für_Aufbaufinanzierung_(LfA)) [Stand: 05.07.2021].

Diskussion über die richtigen Begriffe.¹¹ Wenn man dabei „Integration“ als Oberbegriff für die Eingliederung nimmt, so würde „Assimilation“ bezeichnen, dass eine Gruppe ihre bisherige Identität ganz aufgibt und sich voll an die neue anschließt, „Akkulturation“ aber eine gemäßigte Art von Anpassung meinen, wo man nicht alles Eigene ablegt und nur manches Neue übernimmt, „Hybridität“ schließlich einen Vorgang, bei dem bei zwei aufeinander treffenden Kulturen jede sich verändert und gewissermaßen eine neue entstehen lässt.

Was zuerst die heimatlichen Dialekte betrifft, so sind sie fast durchwegs rasch verloren gegangen und mit der älteren Generation als Umgangssprache ausgestorben, und zwar nicht nur, weil sich die Jugend den einheimischen Dialekten (Bayerisch, Fränkisch, Schwäbisch) angepasst hat, sondern weil auch zwischen den Vertriebenen unterschiedlicher Herkunft nur ein allgemeines Verkehrsdeutsch möglich war (so z.B. in den Flüchtlingsstädten, abgesehen von Neugablonz); gepflegt werden die Dialekte der alten Heimat fast nur noch in Gruppen wie den Landsmannschaften – ein Beispiel weitgehender Assimilation. In Bezug auf die christliche Religion haben die Vertriebenen (aus Böhmen meist katholisch, aus den deutschen Ostgebieten meist evangelisch) zwar die allgemeine Religionsstatistik Bayerns kaum geändert, doch ist durch die Verteilung ohne Rücksicht auf die Konfession die Existenz der konfessionell einheitlichen Kommunen in Bayern (in Altbayern viele katholische, in Franken evangelische) praktisch beendet worden, was bedeutende Folgen vor allem für die bisherigen Konfessionsschulen hatte, die eben deshalb bald ihr Ende fanden, aber auch etwa für kirchliche Friedhöfe. Trotzdem war der religiöse Bereich einer der ersten, in dem Flüchtlinge und Einheimische sich trafen und Kontakt fanden, besonders im einheitlichen lateinischen Gottesdienst der Katholiken; bei den Protestanten war es wegen der unterschiedlichen Traditionen der Landeskirchen schwieriger. Allerdings haben sich anfangs teilweise entwickelte Sondergruppierungen in den Kirchen nicht gehalten (abgesehen von gelegentlichen kirchlichen Feiern). Ebenfalls bald gute Kontakte gab es im Sport und bei der Volksmusik, wobei oft der Anstoß von den Vertriebenen kam, die solches in der alten Heimat intensiv betrieben hatten und nun in Bayern manche etwas eingeschlafenen Vereine aktivierten, wie immer wieder berichtet wird.

11 Vgl. dazu Marita Krauss: Migration, Assimilierung, Hybridität, in: Eckart Conze u. a. (Hg.): Geschichte der internationalen Beziehungen, Köln 2004, S. 258 ff.

Dem Bildungswesen gehörten dann aus eigener Erfahrung und aus Notwendigkeit für die Zukunft besondere Bemühungen der Vertriebenen; es ist bemerkenswert, dass die moderne bayerische Realschule auf Initiative des sudetendeutschen Pädagogen Viktor Karell (1898-1979) nach dem Vorbild der böhmisch-österreichischen „Bürgerschule“ begründet wurde (in Landau an der Isar).¹²

Hier könnte man von umgekehrter Akkulturation sprechen: Bayern lernte von den Vertriebenen. Bei der Literatur ist nicht so leicht zu beurteilen, ob etwa das große Ansehen, welches das Werk Adalbert Stifters, der aus dem Böhmerwald stammte und diesen vielfach beschrieben hat, nach dem Krieg erreicht hat, eine allgemein europäische Erscheinung ist oder speziell mit den Vertriebenen zu tun hat, für die er geradezu als Emblem steht; Ähnliches gilt für die Prager Literaten um Franz Kafka und Franz Werfel. Doch dass für die gehobene Literatur Ernst Wiechert (1887-1950, aus Masuren), der längere Zeit in Wolfratshausen gelebt hatte, in Bayern so bekannt wurde oder für die Kinderbücher der aus Reichenberg stammende, später bei Rosenheim ansässige Lehrer Otfried Preußler (1923-2013), hängt zweifellos mit den Vertriebenen zusammen.



Der Schriftsteller Otfried Preußler (1923-2013) mit seinen Büchern in der Internationalen Jugendbibliothek in Schloss Blutenburg, aufgenommen im Jahr 2000

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Andreas Heddergott

12 Vgl. Sechzig Jahre für die „Sudeten“ und Deutschland. Der sudetendeutsche Beitrag zum deutschen Schulwesen nach 1945, Frontenhausen 2013.



Banater Schwaben des Landkreises Esslingen. Ernte- und Trachtenfestumzug in Wendlingen am 25. August 2019
Foto: United Archives / Hauenschild/Süddeutsche Zeitung Photo

In der Musik sind die Bamberger Symphoniker, die die Tradition der Prager Orchester weitergeführt haben, und die Instrumentenbauer von Graslitz zu nennen, die sich in Waldkraiburg zusammenfanden, oder auch der Promotor der Jugendsingbewegung und Volksliedersammler Walther Hensel aus Mähren (1887-1956, eigentlich Julius Janiczek), der zum Schluss in München wirkte. Angesichts der großen musikalischen Traditionen in Bayern trifft hier aber wohl eine Akkulturation der Neubürger zu. Von großer Bedeutung als Gradmesser der Integration sind schließlich die Ehen zwischen Einheimischen und Vertriebenen. Die Begründung dieser Partnerschaften erfolgte wider die Erwartungen konservativer einheimischer Kreise schnell und offenbar weitgehend problemlos (wobei freilich auch der von den Folgen des Krieges verursachte Männermangel eine Rolle spielte): 1948 gab es in Bayern nur noch 38 Prozent reine „Vertriebenen-Ehen“, was später schnell noch

weiter abnahm.¹³ Hier entstand tatsächlich für beide Teile Neues (Hybridität), was bei einer Vergrößerung der Bevölkerung um ein ganzes Viertel auch gar nicht anders anzunehmen war. Es ist aber hinzuzufügen, dass immer eine kleine Zahl reiner „Vertriebenen-Ehen“ erhalten blieb, ja, dass oft noch heute, wie man immer wieder beobachten kann, junge Menschen, deren Vorfahren einst aus dem Osten kamen, sich leicht verbinden, ohne zuerst darauf zu achten: Offenbar wirken bestimmte persönliche Eigenheiten über Generationen weiter. Wenn also die früheren Vertriebenen in ihren Nachkommen als solche kaum mehr sichtbar sind, wirken die Folgen der Integration durchaus weiter.

Es gibt aber auch Bereiche, wo offensichtlich weder Assimilierung noch Akkulturation geplant waren oder einfach nicht erfolgten. Hier sind besonders die regionalen Vertrie-

.....

¹³ Vgl. Bayern in Zahlen 9 (1955), S. 33.



Nürnberg, Hallplatz: Zentrales Denkmal Flucht und Vertreibung 1945 (errichtet 1999 vom Freistaat Bayern; Entwurf: Joachim Bandau)
Foto: Andreas Praefcke

benengemeinschaften zu nennen, die das Erbe der alten Heimat wahren wollen, durch Jahrestreffen, Trachtenfeste und anderes, etwa die Egerländer Gmoi, die Landsmannschaft der Banater Schwaben oder die Landsmannschaft der Russlanddeutschen, um nur wenige anzuführen. Angesichts der Überalterung vieler Mitglieder bemühen sie sich aber in letzter Zeit besonders um Öffnung zu den anderen Vertriebenen-Gemeinschaften und solchen angestammter regionaler Tradition. Ebenso wurden die Speisen, die man als besonders wichtige Erinnerung aus der Heimat im Gedächtnis behielt und an die Jugend weitergab,¹⁴ im Allgemeinen nicht in Bayern übernommen – mit Ausnahme des im Osten überaus weit verbreiteten Mohns, den man seit damals ganz selbstverständlich, etwa bei Backwaren, auch

14 Siehe dazu Andreas Otto Weber u.a. (Hg.): Kann Spuren von Heimat enthalten. Typische Rezepte der Deutschen aus dem östlichen Europa, München 2018.

hier findet. Typisch für dieses selbstbezogene Traditionsdenken sind dann die sehr vielen und kulturgeschichtlich durchaus wertvollen Heimatstuben (etwa das Freudenthal/Alt Vater-Museum in Memmingen),¹⁵ die heute allerdings immer mehr aufgegeben werden müssen; hier blieben die Vertriebenen weitgehend unter sich. Und bis heute werden in der Adventszeit fast immer für die Bayern Ludwigs Thomas Weihnachtsgeschichte „Heilige Nacht“ und für die Sudetendeutschen Adalbert Stifters „Bergkristall“ vorgetragen und keineswegs umgekehrt.

Schließlich noch eine Bemerkung zu den Denkmälern für die Vertreibung und die Vertriebenen. Obwohl manche, wie das erst 1999 errichtete Denkmal in Nürnberg (Hallplatz), in der Öffentlichkeit hohes Interesse fanden, sind sie insgesamt – wenn man von den Gedenkkreuzen auf den Friedhöfen absieht – nicht besonders zahlreich, gerade auch nicht in den Flüchtlingsstädten. Hervorgehoben seien aber besonders eindrucksvolle in Neugablonz, darunter der berühmte Rüdigerbrunnen aus der alten Stadt Gablonz.¹⁶

Die Vertriebenen und die Politik

Die Vertriebenen aus dem Osten, besonders aus den nicht-deutschen Staaten, waren in besonderer Weise politisch interessiert: zum einen durch die dort vielfach sehr aktiven Parteien und parteinahen Organisationen (z. B. Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Böhmen, Memelländische Volkspartei im Memelland/Litauen; Jugendverbände usw.), zum anderen infolge des überall in diesen Staaten, besonders aber in Polen und der ČSR, seit mindestens 1918 virulenten „Volkstumskampfs“, der von Seiten der nicht-deutschen Staatsführungen wie von den nun deutschen Minderheiten intensiv geführt wurde, um die Stellung der jeweiligen ethnischen Gemeinschaft zu sichern und möglichst zu erweitern. Dies geschah mit Schutzverbänden für Kultur und Schule, aber auch im Rahmen der sog. Turnbewegung, die über Vereine der Leibesübung immer auch nationale Ziele verband. Das hatte oft erbitterte Auseinandersetzungen mit sich gebracht, die dann seit der Errichtung des „Dritten Reichs“ leicht zum Kontakt mit und später zum Anschluss an die NS-Partei geführt hatten. Da die Mehrzahl der Menschen aus dem Osten mit diesem „Gepäck“ hier ankam, war eine baldige politische Positionierung ganz natürlich. Sie fiel anfangs überwiegend

15 Vgl. Michael Henker (Hg.): Die Heimatsammlungen der Sudeten- und Ostdeutschen in Bayern, München 2009.

16 Vgl. Wikipedia: Liste der Vertriebenen Denkmale in Bayern (A–L, M–Z) [Stand 12.09.2020].

zugunsten der SPD aus, weil dies eine seit alters bekannte, mit den sozialistischen Parteien in den Herkunftsländern eng verbundene und dann durch den vielfachen Widerstand gegen den Nationalsozialismus besonders bewunderte Traditionspartei war, die zudem in der ersten Zeit nach dem Krieg stark national argumentierte, für ein Gesamtdeutschland eintrat und der westlich orientierten Bundesrepublik kritisch gegenüberstand. Richard Reitzner aus Marienbad (1893-1962) war als stellvertretender Landesvorsitzender der bayerischen SPD und dann im Bundestag einer der führenden Köpfe, die sogleich am neuen Freistaat mitarbeiteten, später auch Volkmar Gabert aus Nordböhmen (1923-2003) als Landesvorsitzender. Allerdings veränderte sich in Bayern bei den Flüchtlingen die Parteipräferenz zweimal entscheidend – zuerst durch den im Norden gegründeten, in Bayern vor allem durch Theodor Oberländer (1905-1998) und Walter Becher (1912-2005) vertretenen BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten), der bei den Landtagswahlen 1950 immerhin auf 12 Prozent kam und bis 1962 in der Regierung vertreten war (bei baldigem Bedeutungsverlust).¹⁷ Wichtiger waren als Zweites dann die immer stärkeren Sympathien der nun schon länger ansässigen Neubürger für die CSU, die anfangs als partikularistisch und fremdenfeindlich angesehen worden war; doch spätestens seit 1969, als die SPD freundliche Verbindungen mit der Sowjetunion und ihren Satelliten herstellen wollte, die die völkerrechtswidrige Vertreibung leugneten und nur von „Umsiedlung“ sprachen, wurde die CSU mehr und mehr als Sachwalter der Vertriebenen verstanden. Daneben gab es bei den Vertriebenen immer auch rechtskonservative bis rechtsradikale Tendenzen, etwa bei dem ersten Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Robert Lodgman von Auen (1877-1962), die aber insgesamt randständig gehalten werden konnten, wie die Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 zeigt. Auch die enge politische Verbindung der von den Vertriebenen bevorzugten Parteien SPD, BHE und vor allem der CSU mit der bayerischen Staatsregierung, die sich von allen Rechtstendenzen fernhielt, trug dazu bei.

Diese Zusammenarbeit wurde weithin sichtbar gewürdigt, als 1954 die bayerische Staatsregierung die Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe übernahm (Patenschaft über die Ostpreußen 1978) und diese sogar 1962 als „vierten Stamm Bayerns“ neben den traditionellen „Stämmen“ Altbayern, Franken und Schwa-

ben proklamierte.¹⁸ Und ganz im Sinne der Vertriebenenvertreter war es, dass Bayern 1973 zum Initiator des berühmten Urteils des Bundesverfassungsgerichts wurde, das die Ostverträge der Bonner Regierung zwar nicht beanstandete, aber bindend festlegte, dass das Deutsche Reich trotz des Zusammenbruchs 1945 weiterexistiere, womit die Rechte der Vertriebenen aus den Ostgebieten (und auch der DDR-Flüchtlinge) zumindest psychologisch unterstrichen wurden. Des Weiteren konterkarierte die bayerische Regierung stets die der ČSR besonders entgegenkommende Haltung der Bundesregierung durch wesentlich härtere Formulierungen, die das Recht auf die alte Heimat vor allem im Sudetenland betonten. Auch die regelmäßige Teilnahme von Mitgliedern der Staatsregierung am jährlichen „Sudetendeutschen Tag“ unterstreicht bis heute die Bedeutung dieses Volksteils für Bayern.

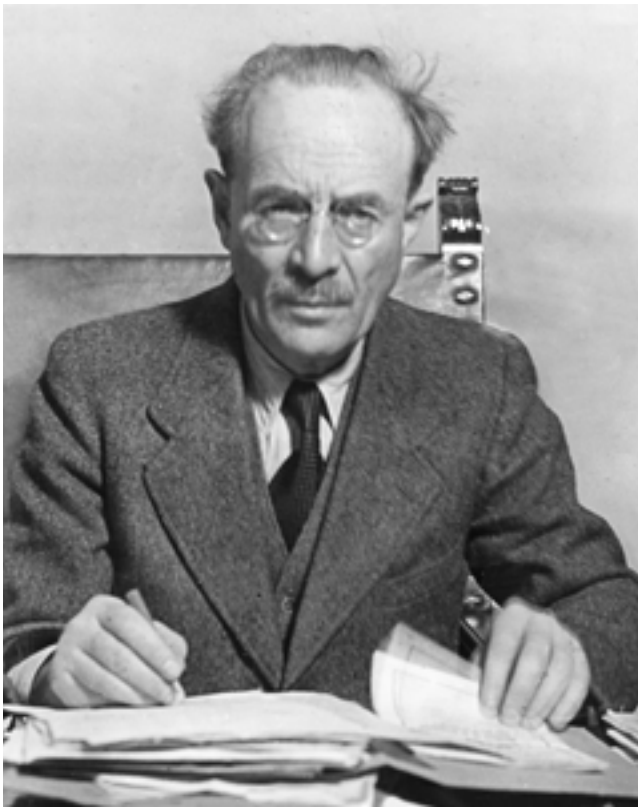
Man muss freilich hinzufügen, dass im Fortschritt der Zeit, zum einen wegen der nachwachsenden Generationen nach der Vertreibung von 1945, zum anderen wegen des Endes der sowjetischen Herrschaft in Europa, sich die Verhältnisse doch deutlich geändert haben, etwa durch die Aufnahme von persönlichen oder institutionellen Kontakten auf unterer oder mittlerer Ebene mit Bewohnern von Tschechien und Polen, vor allem in den früher von Deutschen bewohnten Regionen. Im Fall von Ungarn sind solche Beziehungen sogar auf höchster Ebene geknüpft worden (Einführung eines Gedenktages der Vertreibung 2012). Damit hat sich das vorher schwierige Verhältnis doch deutlich entspannt, ging aber auch das Gewicht der Vertriebenen in der Öffentlichkeit zurück, gerade, was die Politik, weniger, was kulturelle Traditionen betrifft. Positiv könnte man dafür nun die Vertriebenen und ihre Nachkommen als Vermittler der Geschichte und Kultur der mittel- und osteuropäischen Länder in Deutschland begreifen; eine solche Entwicklung sollte man mit Nachdruck bejahen.

Erfolg oder Misserfolg der Integration?

Das oben genannte Schlagwort von der „Kalten Heimat“ stellt die Frage, ob die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen geglückt ist oder nicht, ob also das Aufnahmeland, in das diese verbracht wurden, sie wirklich

.....
¹⁸ Vgl. Erik K. Franzen: Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954-74, München 2010; s. auch Manfred Kittel: Bayerns „fünfter Stamm“. Schlesier, Ostpreußen und viele andere Vertriebenengruppen im integrationspolitischen Vergleich mit den Sudetendeutschen, München 2010.

.....
¹⁷ Vgl. Daniel Schönwald: Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, in: Historisches Lexikon Bayerns (Internet-Lexikon), 2013.



Dr. Wilhelm Hoegner (bayerischer Ministerpräsident 1945/46 und 1954–57), Aufnahme aus dem Jahr 1947
Foto: Francé/Süddeutsche Zeitung Photo

akzeptiert hat oder ob sie, für längere Zeit oder letztlich für immer, Fremde geblieben sind. Bei der Betrachtung dieses Themas muss man zwischen der grundsätzlichen Diskussion und den Problemen bei der Eingliederung selbst unterscheiden.

Natürlich war jeder Verantwortliche sich der Tragweite dieser erzwungenen Massenzuwanderung bewusst und versuchte, sich eine Meinung zu bilden und eine Position zu finden. So stellte etwa Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) in seiner Regierungserklärung vom 22. Oktober 1945 fest, dass das Flüchtlingsproblem eine der größten Sorgen darstelle. Es gehe über die Kraft des Landes, drei Millionen fremde Menschen auf Dauer aufzunehmen: „Wir müssen diesen wurzellos gewordenen Menschen im Benehmen mit der Besatzungsmacht so rasch wie möglich wieder zu ihrer Heimat verhelfen“; bis dahin dürfe man sie aber nicht verkommen lassen. Das entsprach auch der Meinung des Münchner Erzbischofs, Kardinal Michael von Faulhaber, weil trotz aller Hilfe durch die Caritas Bayern unmöglich auf Dauer so viele Flüchtlinge aufnehmen könne; das würde einen ewigen Krieg mit den Einheimischen

geben – so blieben nur entweder die Rückkehr oder die Ansiedlung nach Übersee möglich.¹⁹ Zwei Jahre später, am 24. Oktober 1947, erklärte dagegen Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) zwar auch noch, man hoffe, dass bei den Friedensverhandlungen die Rückkehr in die Heimat ermöglicht werde, doch stand bei ihm jetzt etwas ganz anderes im Vordergrund: Es müsse der Flüchtling „zunächst das bittere Gefühl verlieren, dass er ein heimatloser Fremdling ist. Er soll Wurzel schlagen in unserem Land und in unserem Volk“; die organische Verschmelzung von Fremden und Einheimischen sei das Hauptziel.²⁰

Ganz anders sahen die, oft persönlich erlebten, konkreten Probleme bei der Eingliederung der Vertriebenen aus. Natürlich stand im Vordergrund die Beschlagnahme von Wohnraum zu deren Gunsten. Jede Einschränkung der Einheimischen hier war bitter – allerdings hatte es solche in kleinerem Maß schon bei der Unterbringung der Evakuierten im Zweiten Weltkrieg gegeben. Da die Flüchtlingskommissare nicht nur einen zweifelhaften Ruf hatten, sondern wohl tatsächlich nicht überall „Idealfiguren“ waren, gab es Anlass genug zu klagen (z. B. rücksichtsloses Vorgehen, illegale Bevorzugung). Sodann fürchteten viele Einheimische, dass Bayern „überfremdet“ werde: Gute Sitten und Traditionen, gerade auch religiöse und volkstümliche, würden in einer mit den Vertriebenen verschmolzenen Gesellschaft schnell ans Ende kommen. Im persönlichen Umgang gab es auch viel Unverständnis von beiden Seiten, angefangen von den jeweiligen Dialekten, die man schwer verstand, über unterschiedliche Kleidung und Arbeitsweisen, die Berichte eines angeblichen früheren Wohlstandes der Flüchtlinge – sie kämen wie Landstreicher daher, hätten aber angeblich einst lauter Schlösser gehabt – bis zu einem herablassenden Benehmen mancher Flüchtlinge, so, als wären sie mit ihrer gutbürgerlichen Tradition nun in Gegenden von ungebildeten Eingeborenen verschlagen worden. Nicht selten interpretierten dies Einheimische, vor allem bei der sich damals gerade bildenden Bayernpartei, als überhebliches „Preußentum“, welches seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Bayern einen sehr schlechten Ruf hatte. Allerdings konnte der Vorwurf nur einen kleineren Teil der Flüchtlinge treffen, da ja die aus Böhmen stammende Mehrzahl wirklich keine „Preußen“ waren.

19 Heinz Hürten (Hg.): Akten Kardinal Michael von Faulhabers, Bd. 3 (1945–1952), Paderborn u.a. 2002, S. 239 (Aufzeichnung Faulhabers vom 30. November 1946).

20 Zitate aus: Fritz Baer (Hg.): Die Regierungen 1945–1962 (= Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, III/9), München 1976, S. 43 (Hoegner) und S. 142 (Ehard).

Bei diesen größeren und kleineren Misshelligkeiten, die vor allem auch atmosphärischer Art waren, muss man sagen, dass sie offenbar nicht von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt und im Lauf weniger Jahre weit in den Hintergrund gedrängt wurden, vor allem, als klar wurde, welche Vorteile gerade die Aktivität der Neuankömmlinge für Staat und Bevölkerung mit sich brachten.²¹ Insgesamt wird man also das Verdikt der „Kalten Heimat“ oder der „Fremden Heimat“ auf die Entwicklung in Bayern nur bedingt und höchstens für eine kurze Zeit anwenden können. Aber auch pauschal von „Neuer Heimat“ zu sprechen, wäre wohl zu einfach. Besser wird man die oben genannten Begriffe wie Assimilierung und Akkulturation verwenden, weil sie die Entwicklungen differenzierter erfassen, eben Integration bei Beibehaltung überkommener kultureller Identitäten deutlich werden lassen.²² So wird man trotz aller Probleme und obwohl es bei einer so gewaltigen Bevölkerungsver-schiebung auch viele Verlierer gegeben hat, doch grundsätzlich von einem erstaunlichen Erfolg der Eingliederung der Vertriebenen in Bayern sprechen dürfen.

Zur Erforschung der Integration in Bayern

Blickt man auf die Vorlage von Quellen, Darstellungen und auf die Forschungen zur Lage der Vertriebenen in Bayern, so spiegeln diese das allgemeine Auf und Ab der Flüchtlingsforschung wider, die zuerst sehr produktiv war, um 1960 stark zurücktrat und dann erst nach einem Jahrzehnt langsam wieder neu begann. Schon ab 1945 gab es zahlreiche statistische Analysen und Schriften aus dem Bereich der Verwaltung; es folgten einige allgemeine Übersichtsdarstellungen. Doch erst um 1970/80 begann eine neue, nun moderne Phase der Bearbeitung des Themas.²³ Nach frühen Bemühungen wie etwa der Arbeit von Martin Kornrumpf²⁴ ist vor allem eine große Aufsatz- und Quellensammlung des Münchner Professors Friedrich Prinz²⁵

zu nennen, die einen wichtigen Anstoß bildete; dann auch die schon genannte Arbeit von Franz Bauer. Zwei weitere maßgebliche Initiativen gingen ebenfalls von Universitäten aus, wobei aber jeweils das zuständige Ministerium Hilfe bot. Zuerst wurde 1990 bis 1994 ein mehrteiliges Forschungsprojekt der Universität Bayreuth durchgeführt,²⁶ bei dem Rudolf Endres einer der Protagonisten war,²⁷ dann ein zweites, noch umfangreicheres vor allem von Münchner Institutionen, herausgegeben im Auftrag des Arbeitsministeriums, wobei von 1993 bis 2009 insgesamt 13, zum Teil sehr umfangreiche Bände erschienen sind:²⁸ Sie behandeln verschiedenste Materien: von Rechtsfragen über die Probleme der Eingliederung, Familienschicksale, Flüchtlingslehrer, das Vereinswesen und kulturelle Aspekte bis hin zum Verhalten der katholischen Kirche – leider ist die Reihe nicht fortgesetzt worden. Zu nennen sind außerdem wichtige Auseinandersetzungen mit theoretischen Fragen, besonders bei Marita Krauss (Universität Augsburg),²⁹ oder regionale, in die Tiefe gehende Arbeiten wie die über Mittelfranken von Paul Erker.³⁰ Insgesamt wird deutlich, wie intensiv sich Regierung und Universitäten dieses Themas angenommen und damit Leitlinien gesetzt haben, wobei aber Veröffentlichungen von privater Seite und auch sehr viele kleinere Aufsätze keineswegs unterschätzt werden sollen. Trotzdem bleibt noch viel zu erforschen, wie etwa die genaue Verteilung der Angekommenen und die Gründe dafür, das Personal der Flüchtlingskommissare und ihr Wirken, die Flüchtlingslager, die fast ganz aus dem Blick geraten sind, die Art und Entstehung der Denkmäler, schließlich, was lange ganz fernlag, die Entwicklung der im Osten von Deutschen verlassenen Gebiete oder die Kontakte, die erst langsam, dann immer deutlicher mit den jetzigen Bewohnern und Vertretern der ehemaligen Heimat aufgenommen werden konnten. Gerade die letztgenannten Themen können je länger, desto mehr, in die Zukunft der Vertriebenengeschichte weisen. ▀

21 Siehe dazu Ausführungen und Tabellen bei Michael von Engelhardt: Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte. Biographieverläufe von Heimatvertriebenen des Zweiten Weltkriegs, München 2001.

22 Siehe Andreas Otto Weber u. a. (Hg.): Mitgenommen – Heimat in Dingen, Ausstellungskatalog München 2015.

23 Arbeiten bis 1986 sind erfasst von Gertrud Krallert-Sattler: Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und der Schweiz, München 1989.

24 Martin Kornrumpf: In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen, München 1979.

25 Friedrich Prinz (Hg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, 2 Bde., München 1984.

26 Robert Simon u.a. (Hg.): Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, sechs Hefte, Bayreuth 1990 bis 1994.

27 Rudolf Endres (Hg.): Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945, Köln 1998.

28 Hermann-Joseph Busley u.a. (Hg.): Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, 13 Bde., München 1993-2009.

29 Z. B. Marita Krauss (Hg.): Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945, Göttingen 2008.

30 Paul Erker: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945-1955, Wiesbaden 1988.

GENERATION III

(Urenkelgeneration: Enkelkinder von als Kindern Geflüchteten)

Können Sie etwas mit dem Thema Flucht und Vertreibung anfangen?



Ich kenne die Erzählungen meines Großvaters und meiner Mutter sowie einige Ereignisse aus dem Geschichtsunterricht in der Schule, allerdings nur oberflächlich, ich habe mich aber nie intensiv damit beschäftigt.

Was für eine Rolle spielt das Thema in der Familie?



Als Enkelin eines Geflüchteten, der als Kleinkind seine Heimat in Schlesien verlassen musste, weiß ich zwar um die Familiengeschichte, aber sie hat aus meiner Perspektive keine große Rolle in der Familie gespielt. Vielleicht ist es schon zu lange her.

Was interessiert Sie daran?



Es ist schockierend, dass die eigenen (Ur-) Großeltern und andere Verwandte, die man als Kind noch kennengelernt hat, ein solches Schicksal erlitten haben. Da es Teil der Familiengeschichte ist, möchte man viel mehr darüber erfahren. Leider sind schon einige Familienmitglieder, die es persönlich erlebt haben, gestorben, sodass man nicht mehr mit ihnen darüber sprechen kann.

Wie, glauben Sie, wirkt sich diese Familiengeschichte auf Sie aus?



Ich sehe keine großen Auswirkungen auf mein persönliches Leben. Allerdings hat die Flucht meines Großvaters und meiner Großmutter mütterlicherseits auch dazu geführt, dass sich die beiden kennengelernt und eine Familie gegründet haben. Insofern ist ja meine eigene Existenz letztendlich auch auf Flucht und Vertreibung zurückzuführen. Insgesamt empfinde ich das Thema als „sehr weit weg“ von mir. ▲

FLUCHT UND VERTREIBUNG IM GESELLSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN DISKURS DEUTSCHLANDS

von Matthias Weber



46. Heimattag des Bundes der Vertriebenen in Berlin, 1995
Foto: snapshot-photography/Süddeutsche Zeitung Photo

„Eine persönliche Erinnerung:

Die in meinem Geburtsjahr 1961 in Baden-Württemberg durchgeführte „Volkszählung“ ergab einen landesweiten Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge von knapp einem Fünftel. In dem Dorf bei Stuttgart, in dem ich aufwuchs, waren sie aber kaum sichtbar, wie mir rückblickend auffällt. Erst viel später realisierte ich, dass viele Vertriebene in meinem Umfeld gelebt hatten und dass mehrere meiner Jugendfreunde Eltern aus Schlesien oder dem Sudetenland hatten. Gesprochen haben wir darüber nicht. Warum? Offenbar war die Eigenschaft, „Vertriebener“ oder „Flüchtling“ zu sein, in meiner schwäbischen Heimat nicht prestigefördernd gewesen.

Nach 1945

Die junge Bundesrepublik stand in den ersten Nachkriegsjahren zunächst vor der Herausforderung, Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aufzunehmen. Die damit verbundenen Probleme waren zugleich Hauptthemen des gesellschaftlichen und politischen Diskurses der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte.¹

Die Lebenswirklichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg unterschied sich in kaum vorstellbarer Weise von unserer heutigen Zeit, wo Deutschland nach einem Dreivierteljahrhundert Friedenszeit auf einem Spitzenplatz im „Human Development Index“ der Vereinten Nationen steht: Damals trauerten viele um Angehörige oder konnten nicht sicher sein, dass sie überhaupt noch am Leben waren. Viele hausten in zerstörten Städten, litten wirtschaftliche Not und hatten Existenzangst. Dies war nicht die Atmosphäre, in der sich die meisten Menschen selbstkritisch daran erinnerten, dass Deutschland den Krieg begonnen hatte und die Verantwortung für den Holocaust und für den Vernichtungskrieg im Osten trug. Im Gegenteil: Ein Großteil der Deutschen sah sich damals selbst als Opfer.

Für die Einheimischen waren die Vertriebenen und Flüchtlinge zusätzliche Konkurrenten in einem schon bestehenden Wettbewerb um Nahrung, Arbeit, Alltagsgüter und Wohnung: Vielerorts mussten die Behörden sogar Zwangseinquartierungen in Privathäuser vornehmen, um die Ankommenden unterzubringen. Kein Wunder, dass die fremden „Habenichtse“ nicht willkommen waren. Sie wurde oft geringschätzig als „Polacken“ oder „Heuschrecken“ abqualifiziert. „Die Flüchtlinge müssen hin-

.....

1 Zu der in diesem Beitrag behandelten Thematik siehe Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46), Düsseldorf 2004.



Fastnachtsumzug im badischen Lahr, Ende der 1940er Jahre. Verkleidete Männer tragen ein Plakat mit einer Parole gegen Flüchtlinge: „Badens schrecklichster Schreck, der neue Flüchtlingstreck!“

Foto: Stadtarchiv Offenburg

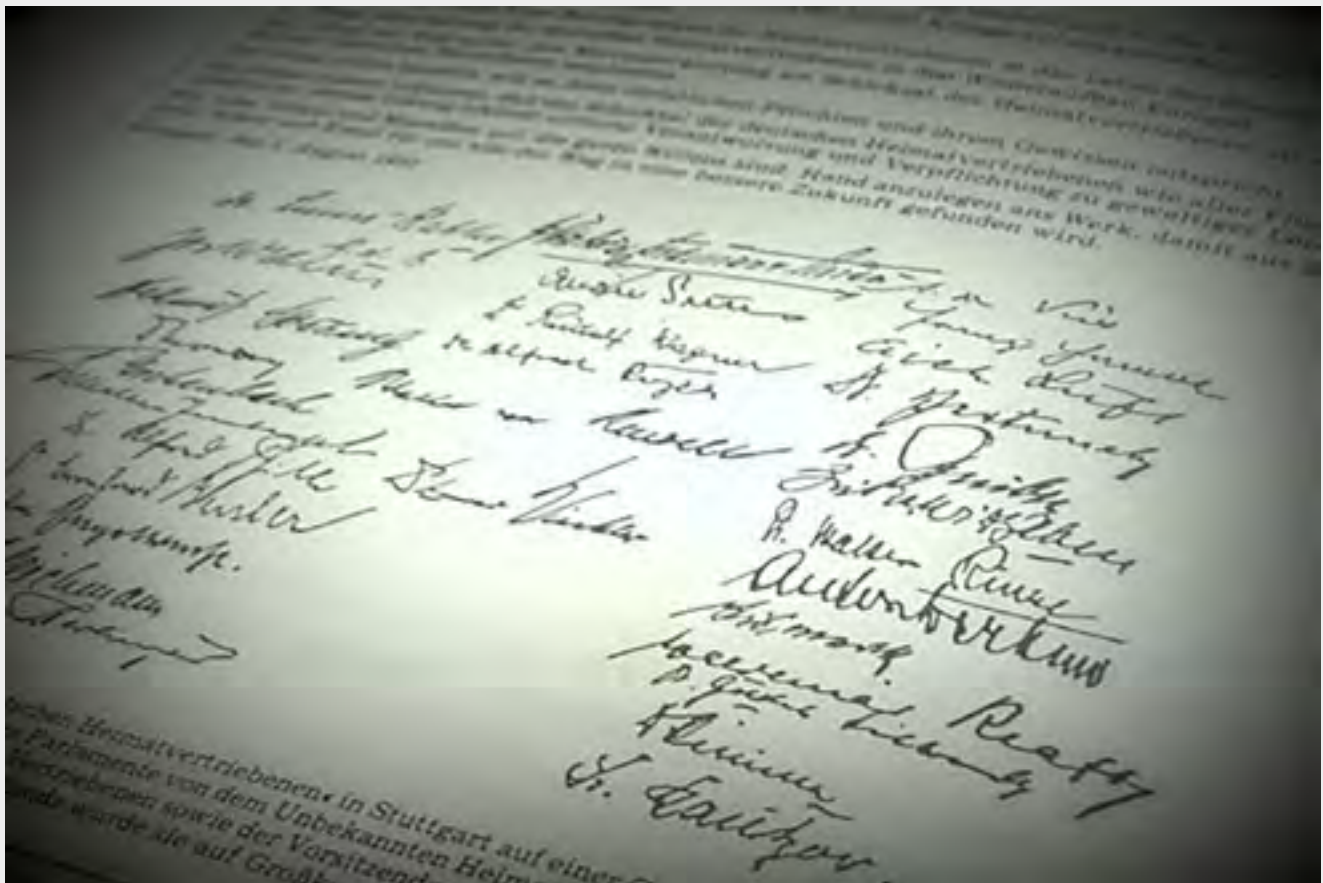
ausgeworfen werden“,² hieß es im bayerischen Traunstein 1947, und im badischen Lahr stand 1951 auf einem Fastnachtsbanner: „Badens schrecklichster Schreck, der neue Flüchtlingstreck“.³

Dies erinnert heute stark an die Pegida-Parolen gegen die Einwanderungspolitik Deutschlands – allerdings hatte die Bundesrepublik mit West-Berlin 1950 lediglich etwas über 50 Millionen Einwohner und musste fast auf einen Schlag knapp acht Millionen Menschen aufnehmen. 2020 hatte Deutschland 83 Millionen Einwohner – die Zahl der Asylanträge, verteilt über das ganze letzte Jahrzehnt, beträgt gerade einmal 2,5 Millionen.

.....

2 Preußen-Attacke: Die Sünde wider das Blut, in: Der Spiegel 16 (1947), S. 4 f., <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41121766.html> [Stand: 16.06.2021]; Andreas Kossert: Wann ist man angekommen? Flüchtlinge und Vertriebene im Nachkriegsdeutschland, in: Deutschland Archiv, 30.11.2016, www.bpb.de/238108 [Stand: 16.06.2021].

3 Mathias Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen – Verlauf – Folgen, München 2011, S.127.



Die unterzeichnete Charta der Heimatvertriebenen
Foto: BdV

Für viele wurde die Ankunft nach dem Heimatverlust zur zweiten traumatischen Erfahrung; es war vielfach eine „Kalte Heimat“,⁴ die sie empfing, in der sie mehr noch als die Einheimischen in eine ungewisse Zukunft blickten. Umso stärker war der Wunsch nach baldiger Rückkehr.

Ein diskursprägendes Dokument – die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ (1950)

Die Bildung politischer Vertretungen, ja, auch nur die Artikulation gemeinsamer Interessen erwies sich infolge des fortdauernden Koalitionsverbots zunächst als schwierig. Die seit 1949 bestehenden beiden Dachvereinigungen („Zentralverband vertriebener Deutscher“, ZvD, und „Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften“, VOL) begannen gleich

nach ihrer Gründung mit der Erarbeitung eines Grundlagentextes, der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, die 1950 in Stuttgart beschlossen und auf einer Großkundgebung vor rund 100.000 Menschen verkündet wurde. Sie sollte den weiteren Diskurs über Flucht, Vertreibung und Eingliederung nachhaltig prägen und dabei selbst zum Gegenstand von Kontroversen werden:

Die Charta erklärte feierlich, dass die Vertriebenen „auf Rache und Vergeltung“ verzichten, „die Schaffung eines geeinten Europas“ unterstützen und am „Wiederaufbau Deutschlands und Europas“ teilnehmen wollten. Zugleich forderte sie das „Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte“, eine angemessene „Verteilung der Lasten des letzten Krieges“ und die Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft.⁵

4 Vgl. Andreas Kossert: Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München 2008.

5 Die Zitate aus der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 sind online abrufbar unter <https://www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-28412> [Stand 24.02.2021].

Die politischen Eliten identifizierten sich damit, was die Charta zu einem Erfolg machte. Von den Vertriebenenorganisationen wurde sie (und wird sie bis heute) als ihr „Grundgesetz“ überhöht. Bundespräsident Richard von Weizsäcker lobte später den beispielhaften „Gewaltverzicht“ (1985),⁶ Historiker bezeichneten sie als „Schlüsseldokument der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (Stickler 2020)⁷ oder für die Vertriebenen als eine „Brücke in die BRD“ (Hans-Ulrich Wehler, 2010).⁸ Hingegen klassifizierten Kritiker die Charta aufgrund der heimatpolitischen Forderungen als „Dokument der Geschichtsklitterung“ und „des Revanchismus“ (Ulla Jelpke, 2010).⁹ Auch gebe es gar kein Anrecht auf „Rache und Vergeltung“, so dass man darauf auch nicht verzichten konnte. Dass sich die Vertriebenen selbst als die „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“ bezeichneten und dabei weder den Holocaust, andere NS-Verbrechen oder den Vernichtungskrieg im Osten erwähnten, sei eine Unterschlagung der deutschen Verantwortung, ein „klassisches Zeugnis deutscher Verdrängungskünste“ und „ein Hemmnis auf dem Wege zur Versöhnung“ (Ralph Giordano, 2011).¹⁰

Gerade angesichts der heute lautstarken populistischen Rhetorik, die alarmistisch Staatsverdrossenheit, Politik- und Elitenskepsis schürt und vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Zuwanderungsfragen propagiert, wird man die Charta differenzierter beurteilen. Keine Frage: Ihr Tonfall ist moderat; sie wirkte mäßigend, richtete trotz der Forderung des Rechts auf Heimat den Blick nach vorn und eröffnete so europäische Zukunftsperspektiven. Das bedeutete damals viel, denn das Erlebte war frisch, das Radikalisierungspotential hoch und Millionen von Menschen hätten leicht in Richtung einer revanchistischen Irredenta gelenkt werden können. Was konnte

man kurzfristig mehr erreichen als die Bereitschaft zur Eingliederung, um dadurch radikalen Kräften den Boden zu entziehen? Berechtigt ist die Kritik an der Ausblendung der deutschen Verbrechen und der historischen Kausalität zwischen dem Krieg und der folgenden Flucht und Vertreibung. Diese unzulässigen Verkürzungen wurden für eine sehr lange Zeit zum Kennzeichen des „Vertriebenen-narrativs“.

Diskursthemen: Eingliederung, Erinnerung, Heimatpolitik

Der „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ (BdV) wurde 1958 gegründet und war über ein Jahrzehnt eine der mächtigsten innenpolitischen Interessenvertretungen. Allerdings betrug der Organisationsgrad der Vertriebenen und Flüchtlinge auch



Titelseite „Der Flüchtlingsberater. Mitteilungsblatt für das Flüchtlingswesen“, Heft 12, Dezember 1949. Mit Broschüren und Zeitschriften informierten die Ministerien und Ämter die Flüchtlinge und Vertriebenen über Hilfen und Möglichkeiten, den Alltag zu meistern. Foto: Kreisarchiv Schleswig-Flensburg

-
- 6 Die Rede Richard von Weizsäckers im Rahmen der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 08. Mai 1985 ist online abrufbar unter https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html [16.06.2021].
 - 7 Matthias Stickler: Verkündung der „Charta der Heimatvertriebenen“ in Stuttgart, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/charta-der-heimatvertriebenen-v2> [Stand: 16.06.2021].
 - 8 Hans-Ulrich Wehler: Enorme Integrationsleistung, https://www.deutschlandfunkkultur.de/enorme-integrationsleistung.954.de.html?dram:article_id=145507 [Stand: 16.06.2021].
 - 9 Ulla Jelpke: Pressemitteilung: Vertriebenen-Charta ist ein Dokument des Revanchismus, online abrufbar unter <https://www.ulla-jelpke.de/2010/08/pressemitteilung-vertriebenen-charta-ist-ein-dokument-des-revanchismus/> [Stand: 16.06.2021].
 - 10 Ralph Giordano: Die Vertreibung ist vom Holocaust nicht zu trennen, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article13523435/Die-Vertreibung-ist-vom-Holocaust-nicht-zu-trennen.html> [Stand: 16.06.2021].

zur Hochzeit um 1950 unter 50 Prozent. 1963 wurden vom BdV 2,3 Millionen Mitglieder angegeben, was 20 bis 25 Prozent der Betroffenen entsprechen würde; kritische Schätzungen liegen deutlich niedriger.¹¹ Viele waren also nicht Mitglied im BdV oder verweigerten seinem politischen Agieren sogar die Unterstützung, allerdings meist, ohne ihre anderslautende Haltung gesellschaftlich wahrnehmbar zu artikulieren.

Das enorme politische und gesellschaftliche Potential des BdV wurde auf den großen und kleinen Vertriebenentreffen augenfällig, die der Erinnerung an das Erlebte, dem Wiedersehen mit Landsleuten und der Traditionspflege dienten. Besonders die Bundestreffen der Landsmannschaften waren Massenveranstaltungen, die die politische Mobilisierung im Fokus hatten und auf denen Forderungen mitunter drastisch vorgetragen wurden: Zum Deutschlandtreffen der Schlesier in Köln 1959 kamen 300.000 Menschen, zum Ostpreußentreffen 1963 in Düsseldorf 230.000, zum Sudetendeutschen Tag 1970 in München 300.000 usw. Drei Themen standen im Zentrum: Eingliederung, Erinnerungspolitik und Kulturpflege sowie Heimatpolitik.

Eingliederung

Zur Aufnahme der Menschen gab es keine realistische Alternative, aber aus deren eigener Kraft konnte der Neuanfang nicht gelingen. Entsprechend galt dieser Aufgabe das Hauptaugenmerk der Politik und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. In den Ländern wurden Ministerien mit entsprechenden Zuständigkeiten und im Bund 1949 das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt) gegründet. Berufliche Eingliederung, Entschädigung und Wohnraumbeschaffung durch staatliche Bauprogramme waren prioritär. Viele Straßen in den an Dorf- und Stadträndern entstehenden Neubausiedlungen erhielten Namen, die – bis heute – an Orte und Regionen in den Herkunftsgeländen erinnern.

Über die gerechte Gestaltung des sog. „Lastenausgleichs“, bei dem es um die wenigstens anteilige Entschädigung für den Verlust von Sach- und Geldvermögen ging, wurde zwischen den politischen Parteien ebenso wie

auf der Straße gestritten: „Wir zahlten mit Leben, Gut und Heimat – wo bleibt Eure ausgleichende Tat?“, oder „Keine Almosen, nur Recht“ war auf den Transparenten der Großdemonstrationen zu lesen. Das 1952 verabschiedete Lastenausgleichsgesetz umfasste individuelle Sozialleistungen, Wohnungsbaudarlehen, Wirtschafts- und Ausbildungshilfen sowie Renten. Seine Finanzierung erfolgte durch Steuern, Kredite und Darlehensrückflüsse sowie eine besondere Lastenausgleichsabgabe der Besitzenden. So gelang es, die Vertriebenen ohne eine übermäßige Belastung der Einheimischen zu unterstützen. Das damals erfolgreich angewandte Instrument der außerordentlichen Abgabe, eine Steuer, die Eigentümer größerer Vermögen zur Überbrückung einer finanziellen Notlage des Staates verpflichtet, ist – nicht zuletzt durch die Befürwortung des Deutschen Instituts für Weltwirtschaft (Berlin) – in der Corona-Krise wieder hochaktuell geworden.

Erinnerungspolitik und Kulturpflege

„Heimat“ existierte für die Vertriebenen und Flüchtlinge nur noch als unerreichbarer und imaginärer Sehnsuchtsort; die Erinnerung daran galt es in der neuen Umgebung umso mehr zu pflegen und zu bewahren. Das Bundesvertriebenengesetz (1953), das Bund und Länder verpflichtete, „das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes“¹² zu erhalten, bildete die Grundlage für eine dauerhafte Kultur- und Wissenschaftsförderung, die eine Fortführung des Diskurses über Flucht und Vertreibung und der Erforschung und Vermittlung von Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ermöglichte.

Die früher von Universitäten, Museen und Einrichtungen in Ostpreußen, Hinterpommern oder Schlesien übernommenen Aufgaben mussten neu organisiert werden. 1956 wurde das Fach „Ostkunde“ im Schulunterricht durch einen Beschluss der Kultusministerkonferenz eingeführt. Mit staatlicher Förderung entstand ein Netz von musealen und wissenschaftlichen Einrichtungen, von Kulturwerken und Initiativen, und in den 1960er Jahren setzte ein Gründungsboom von Heimatstuben und -sammlungen ein. Am Ende waren es bundesweit nahezu

11 Vgl. Matthias Stickler: Bund der Vertriebenen (BdV), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012, ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54033.html [Stand: 16.06.2021]; Eva Hahn/Hans Henning Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden – Mythos – Geschichte, Paderborn 2010, S. 596.

12 Matthias Weber: Kultur- und Wissenschaftsförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz (§ 96 BVFG), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012, ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55230.html [Stand: 16.06.2021].



„Grenzlandwallfahrt“ der heimatvertriebenen Böhmerwälder nach Passau-Mariahilf, Mai 1957. Heimatvertriebene tragen das Gnadenbild Unserer Lieben Frau von Tusset.

Foto: KNA-Bild

„Eine persönliche Erinnerung:
Anfang der 1970er Jahren verrichtete ich in unserer Kirchengemeinde meinen Dienst als Ministrant. An jedem Sonntag um 18.00 Uhr fand eine Rosenkranzandacht statt, an der vielleicht 20 Gläubige teilnahmen – in meiner Erinnerung alles alte Frauen mit dunklen Kopftüchern. Man sagte, sie seien „aus Schlesien“ – aber was das bedeutete, habe ich damals nicht verstanden.

600.¹³ Darin wurden mitgebrachte oder später erworbene Erinnerungsstücke verwahrt; vor allem aber waren sie Orte des persönlichen Austauschs, in denen das Erlebte besprochen und verarbeitet werden konnte – Angebote posttraumatischer Behandlungstherapien oder anderweitige psychologische Betreuung gab es damals noch nicht.

Nach der Jahrtausendwende entstand eine Kontroverse darüber, ob es früher eine Tabuisierung von Flucht und

.....

13 Vgl. „Dokumentation der Heimatsammlungen in Deutschland“, <https://www.bkge.de/Heimatsammlungen> [Stand: 16.06.2021].

Vertreibung gegeben – also eine „Vertreibung der Vertriebenen“ (Kittel) aus der Erinnerungskultur – oder ob das Thema im Gegenteil „eine zentrale Stellung im kollektiven Gedächtnis der Nachkriegsgesellschaft bis heute“¹⁴ (Hahn/Hahn) gehabt habe. Beides trifft nicht zu.

Schon bald existierten nebeneinander zahlreiche unterschiedliche Thematisierungsformen: in der Belletristik (Ernst Wiechert: *„Missa sine Nomine“*, 1950), im idyllisierenden Heimatfilm (*„Grün ist die Heide“*, 1951), im Heimatbuch ebenso wie in der Geschichtswissenschaft durch die Arbeit der „Historischen Kommissionen“ mit ihren regionalen Zuständigkeiten.

Die geflohenen und vertriebenen Historiker konnten im Westen an ihre Vorkriegsforschungen über Ostpreußen, Pommern oder Schlesien anknüpfen – ein konzeptioneller Neuanfang gelang dadurch allerdings nicht. Hinzu kam, dass führende Historiker wie Hermann Aubin selbst politisch belastet waren, sich am „Volkstumskampf“ der NS-Zeit beteiligt hatten und ihre deutschumszentrierte Arbeit lediglich mit einer angepassten Terminologie fortsetzten.

Die Historiographie während des Kalten Krieges hatte auch die politische Funktion, die Geschichtsdeutungen in den östlichen Nachbarländern, insbesondere in Polen, zu erwidern. Der polnischen Historiographie wiederum ging es darum, die propagandistischen Zumutungen der nationalsozialistischen deutschen Volkstumsforschung zurückzuweisen und zugleich die ehemaligen deutschen Ostgebiete im Kontext der kommunistischen Propaganda als „urslawisches“ Land zu beschreiben und zu vereinnahmen, um die Vertreibung und Inbesitznahme der Gebiete historisch zu legitimieren. Auf deutscher Seite verstärkte dies nur die nationalen, antislawischen und antikommunistischen Argumentationsmuster.

Charakteristika der in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten erschienenen Geschichtsliteratur sind nicht nur die Überbetonung des „Deutschtums“, sondern – wie

14 Hahn/Hahn (wie Anm. 11), S. 341.



Sonja Ziemann und Rudolf Prack in dem deutschen Spielfilm „Grün ist die Heide“ aus dem Jahr 1951
Foto: picture alliance/Keystone/Röhnert

in der Charta – die Ausblendung der historischen Zusammenhänge und der Ursachen von Flucht und Vertreibung im Zweiten Weltkrieg.

Das gilt auch für das früheste und größte zeitgeschichtliche Großforschungsprojekt der Bundesrepublik, die vom Bundesvertriebenenministerium finanzierte und herausgegebene „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ mit zahlreichen Zeitzeugenberichten über die während der Vertreibung geschehenen Grausamkeiten. Die fünf von 1953 bis 1962 erschienenen Bände mit über 5.000 eng bedruckten Seiten waren eine politische Auftragsarbeit mit dem Ziel, das der deutschen Nation zugefügte Unrecht zu beweisen – kein Wunder, dass auch darin die Vorgeschichte nicht deutlich gemacht wurde; dementsprechend kritisch wird das Werk heute bewertet.¹⁵

In der Geschichtsliteratur dieser Zeit setzte die Schilderung von Flucht, Vertreibung und Heimatverlust fast immer ganz unvermittelt „aus heiterem Himmel“ ein, als Anklage

15 Siehe Mathias Beer: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998) Heft 3, S. 345-389, https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_3_1_beer.pdf [Stand: 16.06.2021].



Eine Gruppe Besucher hofft, dass mit dem nächsten Heimkehrertransport Angehörige im Lager eintreffen, aufgenommen im Oktober 1955. Am 26. September 1945 eröffnete die britische Armee in dem kleinen Ort Friedland bei Göttingen ein Auffanglager.
Foto: picture-alliance/dpa/Koll

Heimatpolitischer Diskurs und Ostpolitik

„Unser Nahziel ist die gleichberechtigte Eingliederung in die Bevölkerung der neuen Heimat, unser Fernziel aber heißt: Wiedererwerb der alten Heimat“; oder kürzer: „Lebensraum im Westen, Heimatrecht im Osten“,¹⁷ so fassten Vertriebenenfunktionäre ihre politische Doppelstrategie von Integration und Revision zusammen. Die sog. „Heimatpolitik“ betraf die außenpolitische Stellung Deutschlands; dementsprechend emotionsgeladen war der politische und gesellschaftliche Diskurs darüber.

Die Regierung unter Konrad Adenauer hatte kein Interesse daran, Forderungen auf Rückkehr und Gebietsrückgabe tatsächlich auf die Agenda zu setzen, denn dies hätte innenpolitische Unruhe

gegen die „Vertreiberstaaten“ und zur Verstärkung revisionistischer Standpunkte, ohne dass nach eigener Mitschuld auch nur gefragt wurde. Dieses „autistische Geschichtsverständnis“ geriet ab Mitte der 1960er Jahre, als infolge der Auschwitzprozesse die selbstkritische Auseinandersetzung mit der deutschen Schuld am Holocaust und an Kriegsverbrechen zunahm, immer mehr in die Isolation. Der auf Erinnerung und Bewahrung ausgerichtete und zugleich politisierte Geschichtsdiskurs der Vertriebenen verlor auch die wissenschaftliche Anschlussfähigkeit. Von der nicht selten verklärenden Literatur über die „alte Heimat“ fühlten sich vor allem jüngere Menschen nicht mehr angesprochen. Sie galt als verstaubt und geriet als „ewiggestrig“ ins Abseits.

Gegenwärtig erfährt der Begriff „Heimat“ wieder eine neue Wertschätzung. Viele Menschen, die sich in einer globalisierten und vernetzten Welt entwurzelt fühlen, wenden sich verstärkt ihrer Heimat zu, die Orientierung, Sicherheit und Geborgenheit bietet und Identität stiftet. Damals, so Richard von Weizsäcker 1985, „fehlte uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz“,¹⁶ um die Vertriebenen zu verstehen.

16 Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985 (wie Anm. 6).

und außenpolitische Krisen heraufbeschworen, zumal bei den Siegermächten Konsens darüber bestand, den territorialen Status quo von 1945 nicht anzutasten.¹⁸ Am Kabinettschisch war man sich weitgehend einig: Eingliederung, Entschädigung und kulturelle Bildung: ja – außenpolitischer Revisionismus: nein. Folglich spielte man ein Doppelspiel: Offiziell bekannten sich die großen Volksparteien zu den heimatpolitischen Forderungen der Vertriebenenorganisationen, um deren Wählerpotential nicht zu verprellen, aber tatsächlich trat kaum jemand für deren politische Umsetzung ein. So waren die Spitzenrepräsentanten von CDU/CSU und SPD auf den Vertriebenen-Großkundgebungen präsent und unterstützten die dortigen lautstarken Forderungen: „Verzicht ist Verrat“, hieß es in einer Grußbotschaft des SPD-Parteivorstands an das Schlesiertreffen von 1963.

17 Zit. nach Michael Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), Heft 1, S. 101–151, hier S. 124, https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_1_4_schwartz.pdf [Stand: 16.06.2021]; Hahn/Hahn (wie Anm. 11), S. 412 ff.

18 Vgl. Matthias Stickler: Bundesrepublik Deutschland, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2018. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p45301 [Stand: 16.06.2021].



Bundeskanzler Konrad Adenauer, der ehemalige Vertriebenenminister von Niedersachsen, Erich Schellhaus und Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Köln im Jahr 1963

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

Der Erfolg der Eingliederungspolitik und mehr noch die Partizipation der Vertriebenen am „Wirtschaftswunder“ der 1950er und 1960er Jahre ließen den Rückkehrwillen schwinden, und je länger die Situation anhielt, desto klarer wurde, dass es eine Rückkehr nicht geben würde. Die Deutschen begannen, sich mit dem Verlust der Ostgebiete abzufinden.

Die Stimmung und mit ihr die deutsche Ostpolitik veränderten sich während der von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und seinem Außenminister Willy Brandt angeführten Großen Koalition (1966-1969). Kurz vor der Bundestagswahl von 1969 kam es zum politischen Bruch zwischen SPD und BdV, als BdV-Präsident Reinhold Rehs, bisher SPD-Mitglied, angesichts der Ostpolitik Brandts zur CDU übertrat und einen emotionalen Wahlauftritt gegen die „Brandt-Scheel-Verzichtspartei“¹⁹ herausgab. Der Kurswechsel zur „Neuen Ostpolitik“ unter

dem Slogan „Wandel durch Annäherung“ wurde dann durch die von Willy Brandt geführte sozialliberale Koalition vollzogen und mündete in den Abschluss der „Ostverträge“ (1970 Moskauer und Warschauer Verträge). Der vom BdV gegen die Entspannungspolitik geführte Kampf blieb erfolglos.

Bereits damals hatte der BdV infolge des Rückgangs der Mitgliederzahlen seine gesellschaftliche und politisch-gestaltende Kraft verloren. Sein Pochen auf das Recht auf Heimat wurde von den östlichen Nachbarn als revisionistisch und revanchistisch scharf kritisiert; in der deutschen Bevölkerung schwand die Resonanz. Heimatpolitisch konnten die Vertriebenenverbände also nicht viel erreichen. Die Entfremdung zur SPD, die 1969 gleich nach der Bundestagswahl des Bundesvertriebenenministeriums auflöste, sollte bis weit in das neue Jahrtausend andauern.

Obwohl der Warschauer Vertrag faktisch die Westgrenze Polens festgeschrieben hatte, hielten die Emotionen an: Die Vertriebenenverbände vertraten weiter die Ansicht, dass das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 weiterbestehe und sich das Wiedervereinigungs-

19 Manfred Kittel: Vertreibung der Vertriebenen. Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982) (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte – Sondernummer), München 2007, S.105.



Demonstration des Bundes der Vertriebenen gegen die Ostverträge in Bonn, u.a. mit dem Motto ‚Volksverräter Willy Brandt‘, aufgenommen am 7. Mai 1972
Foto: Süddeutsche Zeitung Foto

gebot auf das ganze Gebiet erstreckte. Als 1973 ein Bundesverfassungsgerichtsurteil diese Rechtsauffassung bestätigte, ließ sich ein führender SPD-Vertreter – strittig ist, ob Kanzleramtsminister Horst Ehmke oder Fraktionsvorsitzender Herbert Wehner – dazu hinreißen, die Verfassungsrichter als „die acht Arschlöcher von Karlsruhe“²⁰ zu titulieren, von denen man sich die Ostpolitik nicht kaputt machen lasse. Nach dem Regierungswechsel von 1982 setzte CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl den internationalen Verständigungskurs fort, ohne dabei auf den BdV besonders Rücksicht zu nehmen.

Die kirchliche Avantgarde der Versöhnungsdiskurse

Die neue Ostpolitik war von zwei kirchlichen Initiativen mit vorbereitet worden: auf evangelischer Seite durch die sog. „Ostdenkschrift“ der EKD, auf katholischer durch den Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe.

.....
20 Ebd., S. 106.

” Eine persönliche Erinnerung:
1985 trat ich meine erste Anstellung im neuen Projektbereich Schlesische Geschichte der Universität Stuttgart an – und in diesem Jahr geriet Schlesien ausnahmsweise in die Schlagzeilen: Helmut Kohl hatte den Besuch des Schlesiertreffens angekündigt. Als aber die Veranstalter das Motto „Schlesien bleibt unser“ wählten, um den Bundeskanzler für territoriale Forderungen einzuspannen, kochte die Stimmung. In der Universität waren damals auf jeder Entscheidungsebene Vorbehalte zu spüren, ob ein Projektbereich über Schlesien überhaupt etwas Seriöses sein könne.

Am 1. Oktober 1965, kurz nach der Bundestagswahl, erschien die Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“.²¹ Sie reflektierte empathisch die Lebenssituation der Vertriebenen einschließlich der „menschlichen Erniedrigungen, denen die meisten Vertriebenen ausgesetzt waren“. Zugleich aber verwies sie auf die Kausalität zwischen Krieg und Vertreibung und empfahl den Verzicht auf das Ziel der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 sowie die Respektierung des Heimatrechts der neuen polnischen Bevölkerung in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Die Reaktionen auf diesen Tabubruch reichten von freudiger Zustimmung bei der SPD und FDP über gemischte Äußerungen bei der CDU bis zur einhelligen Ablehnung der Vertriebenenverbände, die von einem „Missbrauch der kirchlichen Autorität“²² sprachen.

Einige Wochen später fand dann der berühmte Briefwechsel statt: Am 18. November 1965 sandten die polnischen Bischöfe eine Einladung zur Versöhnung an ihre deutschen Amtsbrüder, die das Trauma der deutschen Besatzung, die Oder-Neiße-Grenze als besondere Schwierigkeit im Verhältnis zueinander und auch das Leid der deutschen Vertriebenen offen ansprach. Am Ende folgte der berühmte Satz „[Wir] gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“. Die Antwort der deutschen Bischöfe enthielt das Eingeständnis der von Deutschen in Polen angerichteten Verbrechen, den Dank für die Erwähnung deutscher Opfer und ebenfalls eine Bitte um Vergebung. Zur Oder-Neiße-Grenze fehlte aber eine klare Positionierung, was für die Polen enttäuschend war – die Oberhirten hatten sich dazu nicht durchringen können, auch aus Sorge vor der katholisch-konservativen Kritik.

Die „Ostdenkschrift“ und der „Briefwechsel“ trugen wesentlich zum Mentalitätswandel in Deutschland bei und markierten eine Zäsur für die Versöhnung mit Polen. Sie wirkten zukunftsweisend für die Überwindung der Teilung Europas und bis heute als Inspiration für andere Versöhnungsprozesse in Europa und weltweit.²³

.....
21 „Ostdenkschrift“, <https://archiv.ekd.de/EKD-Texte/45952.html> [Stand: 27.01.2021].

22 Stefan Marx, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/ostdenkschrift-der-evangelischen-kirche-in-deutschland> [Stand: 27.01.2021].

23 Vgl. Urszula Pękala: Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2018, www.ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p43232 [Stand: 16.06.2021].

Der Diskurs in der DDR

Über vier Millionen Heimatvertriebene hatten Aufnahme in den mitteldeutschen Ländern in der Sowjetischen Besatzungszone gefunden, die hernach das Staatsgebiet der 1949 gegründeten DDR bildeten – sie machten immerhin 24 Prozent der Bevölkerung aus. Hier verlief der politische und gesellschaftliche Diskurs anders als im Westen: Die SED-Staatsführung erkannte – ganz auf der Linie der sowjetischen Politik – schon 1950 im „Görlitzer Vertrag“ die „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ mit Polen an und wich damit von der Haltung der Bundesrepublik, die die Grenzfrage offenhielt, grundsätzlich ab. In der DDR wurden der Diskurs über die Geschichte der östlichen Provinzen des Deutschen Reichs ausgeblendet und die Erfahrung von Flucht und Vertreibung aus politisch-ideologischen Gründen unterdrückt oder allenfalls verharmlosend ohne die geschehenen Gewalttaten erwähnt. Offiziell sprach man euphemistisch und verfälschend von „Umsiedlern“ oder einfach nur von „Neubürgern“, die sich möglichst geräuschlos in die sozialistische Gesellschaft zu integrieren hatten – Kulturpflege und Erinnerung an die frühere Heimat oder gar eine politische Artikulation spezifischer Interessen konnte dabei nur hinderlich sein, Vertriebenenorganisationen wurden nicht zugelassen. Die Staatsführung der DDR wollte so vermeiden, dass es womöglich zu Schuldzuweisungen an das sozialistische „Bruderland“, die Volksrepublik Polen, oder zu politischen Spannungen mit der Schutzmacht Sowjetunion kommen könnte. Obwohl es besonders in der Literatur und im Film gewisse Erinnerungsfreiräume gab, bestand nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik in den neuen Bundesländern ein besonders hoher Informationsbedarf über die Vertriebenen. Die jahrzehntelange gegen alles Fremde und Nonkonforme gerichtete staatliche Durchsetzung maximaler sozialistischer Homogenität wurde nun zum Nährboden für Fremdenfeindlichkeit.

Internationale Diskurse nach der Wiedervereinigung

Mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag und dem folgenden deutsch-polnischen Grenzvertrag (1990) wurde die Grenze mit Polen endgültig anerkannt. Prinzipientreu hatte der damalige BdV-Präsident Herbert Czaja heftig, aber erneut wirkungslos dagegen votiert; der Mitgliedschwund infolge der allmählich erlöschenden Erlebnissgeneration hatte zum weitgehenden Verlust an Einfluss

geführt. Dass der Verzicht auf die ehemaligen Ostgebiete ausgerechnet durch eine unionsgeführte Bundesregierung vollzogen wurde, war für viele eine besondere Enttäuschung.

Jetzt führte die neue Durchlässigkeit der Grenzen zu einer bisher nicht gekannten Internationalisierung der Geschichtsdiskurse. Dem BdV ging es dabei vor allem um die dauerhafte gesellschaftliche Sicherung der Anerkennung des Vertreibungsunrechts und des Opferstatus der Vertriebenen – der Konflikt mit der Holocausterinnerung als Teil der Staatsräson Deutschlands war absehbar. Nun setzte ein Kampf um die Deutungshoheit ein.

Im Kalten Krieg waren der historische Rückblick auf den früheren „deutschen Osten“ sowie auf Flucht und Vertreibung einfacher gewesen, weil Diskussionspartner in den östlichen Nachbarländern ja weitgehend gefehlt hatten. Jetzt zeigte sich, dass es nicht leicht war, die unterschiedlichen Perspektiven zusammenzubringen.

Zunächst wurde als Folge der in den 1990er Jahren stattfindenden Debatten über die Beteiligung der Deutschen Wehrmacht an Kriegsverbrechen (im Zuge der Hamburger „Wehrmachtsausstellung“ ab 1995) und über die Involvierung der „gewöhnlichen Deutschen“ in den Holocaust („Goldhagen-Debatte“, 1996) die historische deutsche Schuld noch einmal betont. Es glich einer Gegenreaktion, dass nun, sechs Jahrzehnte nach dem Kriegsende, auch das von Deutschen erduldeten Kriegsleid infolge des alliierten Bombenkriegs und von Flucht und Vertreibung neu akzentuiert wurde. Aber: Wie konnte darüber im Schatten der monströsen NS-Verbrechen angemessen gesprochen werden? Durften die Vertriebenen Opfer sein?²⁴ Angesichts der Diskussion solcher Fragen warnten namhafte Historiker sogleich vor einem erinnerungspolitischen „Gezeitenwechsel“, vor einer „Opferkonkurrenz“ zwischen Verfolgten des NS-Staates und Kriegsfolgeopfern²⁵ und kritisierten eine neue Viktimisierungstendenz: Der Erinnerungstheoretiker Harald Welzer befürchtete gar einen Rückfall in die Haltung des „leidenden Kollektivs“.

Der Diskurs über Flucht und Vertreibung zog im Jahrzehnt des Beitritts Polens und weiterer Staaten zur Euro-

24 Vgl. Michael Schwartz: Dürfen Vertriebene Opfer sein? Zeitgeschichtliche Überlegungen zu einem Problem deutscher und europäischer Identität, in: Deutschland Archiv 38 (2005), Heft 3, S. 494–505; Matthias Weber: Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa im deutsch-polnischen Diskurs (= Acta Universitatis Wratislaviensis 3715), Wrocław 2016, S. 399–424, <http://dx.doi.org/10.19195/0435-5865.141.26> [Stand: 27.01.2021].

25 Schwartz (wie Anm. 24), S. 494.



Erste Ausgabe der Monatszeitschrift für Umsiedler „Die neue Heimat“, Berlin, Mai 1947. Die Zeitschrift entstand bei der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler im sowjetischen Okkupationsgebiet in Berlin.

Foto: Deutsches Historisches Museum, Berlin

päischen Union (2004 und 2007) immer weitere Kreise; auch die Medien und der Buchmarkt interessierten sich zunehmend dafür: Günter Grass veröffentlichte 2002 die Novelle „Im Krebsgang“²⁶ über den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ und deren Auswirkungen auf die Gegenwart; im Fernsehen waren die fünfteilige Guido-Knopp-Dokumentation „Die große Flucht“ (2001) und zur besten Sendezeit der Zweiteiler „Die Flucht“ (2007) über die Vertreibung aus Ostpreußen zu sehen. 2010 erschien der Atlas „Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung 1939–1959“,²⁷ der in großer Auflage über die Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben wurde. Er ist nur ein Beispiel für den mittlerweile auf allen Ebenen erreichten deutsch-polnischen Austausch, denn der Atlas war

26 Günter Grass: Im Krebsgang, Göttingen 2002.

27 Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung 1939–1959. Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas (=Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe 1015), Bonn 2010.

eine Übersetzung aus dem Polnischen und zuerst 2008 in Warschau herausgekommen. Seit dem Ende des Kalten Krieges waren im Wissenschafts- und Bildungsbereich zahlreiche auf Verständigung und Multiperspektivität basierende Kooperationen gewachsen, so dass sogar von „Versöhnungskitsch“ die Rede war.

Die Diskurse in Deutschland und Polen waren besonders stark aufeinander bezogen. In Polen bestand die Sorge, dass eine neue Interpretation dazu führen könnte, dass sich die Deutschen als Opfer stilisierten, so dass Polen als „Vertreiberstaat“ und Täternation dastünde. Der Historiker Paweł Machcewicz fasste zusammen: „In Polen sprechen wir offen über die dunklen Seiten unserer Geschichte, erinnern an die Leiden, die polnische Hände Bürgern anderer Völker bereitet haben. Dagegen verstärkt sich in Deutschland die Neigung, sich auf das eigene Leid zu konzentrieren, oft in Begleitung ungerechter Anschuldigungen an andere Nationen. In den Schatten gestellt wird die Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und die verbrecherische Okkupationspolitik als Ursache dessen, was die Deutschen später erlebt haben [...]“.²⁸

In Polen hatte in den 1990er Jahren eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den schwierigen Kapiteln der eigenen Geschichte begonnen. Diese bezog sich auf Antisemitismus und Übergriffe gegen Juden („Massaker von Jedwabne“, 1941), auf die „Aktion Weichsel“ (Zwangsumsiedlung von Ukrainern, 1947) und auch auf die Vertreibung der Deutschen, die mit sämtlichen Implikationen einschließlich der polnischen Verantwortung dafür erstmals dokumentiert und diskutiert wurde. Auch hier sorgten die Medien für eine große öffentliche Resonanz; möglicherweise befassten sich die Menschen in Polen damals intensiver als in Deutschland mit dem Schicksal der Vertriebenen.²⁹ Diese polnische Vertreibungsdebatte wurde in Deutschland allerdings kaum beachtet – was in Polen wiederum Unverständnis auslöste.

Auf beiden Seiten und miteinander wurde sachlich und auch emotional diskutiert, wie man an „Vertreibungen

europäisch erinnern“³⁰ kann und ob das 20. Jahrhundert als ein „Jahrhundert der Vertreibungen“ oder doch richtiger als ein „Jahrhundert der totalitären Diktaturen“ zu bezeichnen sei. Gelegentlich wurden eigentlich überwunden geglaubte nationale Stereotypen hervorgeholt; und die extreme Rechte in Deutschland suchte den Tabubruch, indem sie den Begriff „Vertreibungsholocaust“ verwendete.

Während viele Polen glaubten, die Deutschen wollten sich als Opfer stilisieren, entstand in Deutschland der Eindruck, die Polen wollten den Deutschen das Recht bestreiten, ihrer Opfer zu gedenken.³¹ Es dauerte nicht lange, bis der Vergangenheitsdiskurs eine politische, phasenweise tagespolitische Dimension erhielt und sogar die Regierungschefs und Präsidenten beider Länder beschäftigte.

Der Konflikt um die Deutungshoheit fokussierte sich besonders auf den ab 1999 verfolgten Plan des BdV zur Einrichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin. Hintergrund war, dass es bislang zwar viele Heimastuben und regionale Landesmuseen gab, die Kultur und Geschichte der Regionen im östlichen Europa einschließlich Flucht und Vertreibung dokumentierten, aber kein nationaler Erinnerungsort existierte, der das „Opfergedenken“ über das Erlöschen der Erlebnisgeneration hinaus gesichert hätte, wie er nun vom BdV gefordert wurde. Obwohl das BdV-Projekt eine Einbindung in den Kontext anderer Zwangsmigrationen vorsah, erkannten Kritiker darin den Versuch, die deutsche Schuld an den nationalsozialistischen Verbrechen in Polen zu banalisieren und – da die Deutschen als Opfer im Mittelpunkt stünden – einen neuen Geschichtsdiskurs zu installieren. In der Stellungnahme eines internationalen Historikerkreises (2003) ist davon die Rede, dass eine „Entkontextualisierung der Vergangenheit drohe, die Negation des ursächlichen Zusammenhangs von NS-Volkstums- und Vernichtungspolitik auf der einen und Flucht und Vertreibung der Deutschen auf der anderen Seite [... und die] Zementierung eines völkischen Verständnisses von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“.³²

Zugespitzt wurde die Auseinandersetzung durch die 2000 gegründete „Preußische Treuhand“, eine Organi-

28 Paweł Machcewicz (2004), in: Stefan Troebst (Hg.): Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung – eine Dokumentation (= Veröffentlichung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. 11), Osnabrück 2006, S. 118.

29 Vgl. Claudia Kraft: Die aktuelle Diskussion über Flucht und Vertreibung in der polnischen Historiographie und Öffentlichkeit, in: Zeitgeschichte-online: Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, Januar 2004, <http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Vertreibung-Kraft> [Stand: 27.01.2021].

30 Dieter Bingen/Włodzimierz Borodziej/Stefan Troebst (Hg.): Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen, Vergangenheitspolitik, Zukunftskonzeptionen (= Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts 18), Wiesbaden 2003.

31 Vgl. Dieter Bingen: Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5/6 (2005), S. 9–17, hier S. 16.

32 Hans Henning Hahn/Eva Hahn/Alexandra Kurth/Samuel Salzborn/Tobias Weger (Initiatoren): *For a critical and enlightened debate about the past*, 2003, <http://www.vertreibungszentrum.de> [Stand: 16.06.2021].

„Eine persönliche Erinnerung:

Die Verhandlungen über die Bildung eines internationalen „Netzwerks gegen Vertreibungen“ kamen 2004/05 kaum voran. Ein polnisches Delegationsmitglied sagte mir in einer Pause: „Das Problem für uns ist, dass ihr Deutschen immer die Vertreibungen und Zwangsmigrationen in den Mittelpunkt stellt, wobei ihr die größte Opfergruppe seid – darauf können wir nicht eingehen. Lasst uns alle Opfer von Krieg und Totalitarismus des 20. Jahrhunderts betrachten, dann sind wir Polen dabei.“ So kam es dann auch.

sation, die auf dem Rechtsweg früheres Eigentum von Deutschen in den 1945 an Polen übergebenen Gebieten einklagen wollte. Obwohl sich die Bundesregierung ebenso wie der BdV von diesen in der deutschen Öffentlichkeit nur wenig beachteten Aktivitäten distanzierte, fiel die Antwort aus Polen deutlich aus: 2004 verabschiedete der Sejm eine Resolution betreffend die „Rechte Polens auf deutsche Kriegsreparationen sowie zu den in Deutschland vorgebrachten unrechtmäßigen Forderungen gegenüber Polen und polnischen Bürgern“. Der Streit um den „Deutschen Osten“ war noch einmal in der großen Politik angekommen – wenn auch nur für kurze Zeit.

In der erhitzten Gemengelage favorisierte die SPD als Partnerin in der großen Koalition die Bildung eines internationalen dezentralen „Netzwerks gegen Vertreibungen“. Daraus ging das 2005 in Warschau gegründete „Europä-

ische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ (ENES)³³ hervor, dessen Aufgaben sich auf die Vermittlung der Geschichte des ganzen 20. Jahrhunderts erstreckte. Anstelle des Zentrums gegen Vertreibungen wurde 2008 die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ (SFFV) in Berlin mit dem Auftrag errichtet, „an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten“. Nach Jahren des quälenden Streits um die inhaltliche Ausrichtung und um Personalien konnte 2012 eine letztlich im In- und Ausland akzeptierte Konzeption verabschiedet werden. Die Dauerausstellung der Stiftung FVV wurde im Juni 2021 eröffnet.

Die gesellschaftliche Virulenz und der politische Tiefgang der Diskussion zeigten sich nicht zuletzt darin, dass die SFVV, das ENES und das Thema Flucht und Vertreibung in den Koalitionsverträgen der Regierungsparteien von 2005, 2009, 2013 und 2018 behandelt wurden. Die skizzierte Diskussion war bislang die letzte große Kontroverse über Flucht und Vertreibung der Deutschen, die nicht nur die deutsche und internationale Politik beschäftigte, sondern auch die Öffentlichkeit erreichte.

Der Umgang mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt wird sehr unterschiedlich, ja, kontrovers beurteilt. Die Spannweite reicht von der Konstatierung eines sogar beispielgebend selbstkritischen Umgangs mit der Vergangenheit, so dass andere „von den Deutschen lernen“ (Susan Neiman)³⁴ können, bis zum Gegenteil: Die Deutschen seien weitgehend einer einseitigen Selbstviktimsierung verfallen und von ihrer „kollektiven Unschuld“ (Samuel Salzborn)³⁵ überzeugt. Wie so oft hängt die Antwort davon ab, welche Perspektive jeweils eingenommen wird.

Willkommenskultur

Flucht und Vertreibung sind in den gesellschaftlichen und in den politischen Diskurs zurückgekehrt. Eine Zäsur bedeutete das Jahr 2015, als Schutzsuchende in großer Zahl nach Europa und insbesondere nach Deutschland kamen. Viele Deutsche fühlten sich an die Millionen von Heimatvertriebenen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert. Aber ob man die gegenwärtigen Zwangsmigrationen und Integrationsfragen, die Menschen mit anderen



Ein Ausstellungsraum im Museum und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin, das am 21. Juni 2021 eröffnet wurde

Foto: Stefan Boness/IPON

³³ Siehe <https://enrs.eu> [Stand: 16.06.2021].

³⁴ Susan Neiman: Von den Deutschen lernen. Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können, Berlin 2020.

³⁵ Samuel Salzborn: „Kollektive Unschuld“. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern, Leipzig 2020.



Die Gebinde des Bayerischen Ministerpräsidenten (Mitte), des Bundes der Vertriebenen (links) und der Fraktionen im Bayerischen Landtag (rechts) am Bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung, 2017
Foto: Bayerische Staatskanzlei

Kulturen, Sprachen und Religionen betreffen, tatsächlich mit Flucht und Vertreibung der Deutschen vergleichen oder auch nur sinnvoll in Verbindung bringen dürfe, das wurde zunächst sehr kritisch gesehen.

Letztlich brachten Kirchenvertreter, der Präsident des BdV und auch diejenigen, die – selbst hochbetagt – der sog. Erlebnisgeneration angehörten, zum Ausdruck, dass die Erfahrungen doch vergleichbar seien. Die Bundesregierung legte deshalb den vom BdV seit Langem geforderten „Gedenktag für die Opfer an Flucht und Vertreibung“ auf den 20. Juni, den Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen.³⁶

Bei der ersten Feier des Gedenktags hob Bundespräsident Joachim Gauck hervor, dass „die Schicksale von damals und die Schicksale von heute“ auf eine „ganz existenzielle Weise“³⁷ zusammengehörten. Die „Willkommenskultur durch Schicksalsvergleich“, die eine freundliche, empathische Aufnahme von Flüchtlingen beinhaltet, beruht ein Stück weit auch auf eigener historischer Erfahrung der Deutschen mit Zuwanderung und erfolgreicher Eingliederung. ▀

36 Siehe Stephan Scholz: Willkommenskultur durch „Schicksalsvergleich“. Die deutsche Vertreibungserinnerung in der Flüchtlingsdebatte, <https://www.bpb.de/apuz/229823/die-deutsche-vertreibungserinnerung-in-der-fluechtlingsdebatte> [Stand: 16.06.2021].

37 Joachim Gauck: Rede anlässlich des ersten Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung, Berlin, 20.06.2015, <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/06/150620-Gedenktag-Flucht-Vertreibung.html> [Stand: 16.06.2021].

POLEN ALS „ERBE“ DER OSTGEBIETE

von Thomas Urban



Skulpturengruppe „Der Übergang“ von Jerzy Kalina, die von 1977 bis 2005 in Wrocław/Breslau zu sehen war.

Foto: snapshot-photography/Fotograf: K.M.Krause

Alle Parlaments- und Präsidentenwahlen in Polen im 21. Jahrhundert führten zu ähnlichen Resultaten: Im Norden und im Westen des Landes machten liberale oder gemäßigt konservative Kandidaten, die auf gute Zusammenarbeit mit den deutschen Nachbarn setzen, das Rennen. In den Wahlkreisen im Osten und Süden des Landes siegte dagegen stets die nationalkonservative populistische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die nationale Interessen und Traditionen durch die Europäische Union bedroht sowie in den Deutschen eine Art Erbfeind der Polen sieht. Mitten durch das Land geht also eine politische wie psychologische Grenze.

Bemerkenswerterweise ist diese Trennlinie nahezu deckungsgleich mit den deutsch-polnischen Vorkriegsgrenzen. In den Gebieten, die einst deutsch waren, setzt die Mehrheit der polnischen Wähler auf gute Nachbarschaft. Auf den ersten Blick wirkt dies paradox: Denn die einstigen deutschen Ostgebiete waren ja jahrzehntelang ein gewichtiger Streitpunkt zwischen den beiden Nachbarn. Die Polen hatten die Deutschen von dort nach dem Krieg vertrieben und sahen diese als permanente Bedrohung für ihre Staatsgrenzen an Oder und Neiße an. Die Propaganda des kommunistischen Regimes in Warschau warnte vor einer Rückkehr der Deutschen.

Auf den zweiten Blick aber ist diese Deutschfreundlichkeit durchaus logisch: In den westlichen und nördlichen Woiwodschaften (Regierungsbezirken), darunter Schlesien, Pommern, Ermland und Masuren, gehört der Kontakt zu Deutschen zum Alltag der Bevölkerung. Denn dorthin sind in den letzten drei Jahrzehnten Zehntausende von Heimatvertriebenen gereist – die allermeisten der nun

in diesen Regionen lebenden Polen betrachten sie nicht mehr als Bedrohung; manche Politiker und Geschäftsleute sehen in den „Heimwehtouristen“ und ihren Kindern sogar einen Wirtschaftsfaktor.

Mehr als 500 Gemeinden und Pfarreien haben seit Anfang der neunziger Jahre die Heimattreffen der einstigen deutschen Einwohner organisiert, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Westen vertrieben worden waren. Die Landsmannschaft Ostpreußen organisierte gemeinsam mit polnischen Amtsträgern aus der Woiwodschaft Ermland und Masuren mehrere Konferenzen über die Geschichte sowie die wirtschaftlichen Perspektiven der Region. Auch die anderen Landsmannschaften unterhalten vielfältige Kontakte nach Polen.

Hinzu kommt, dass die in die Oder-Neiße-Gebiete übersiedelte polnische Bevölkerung zu einem beträchtlichen Teil aus den Gebieten Polens stammt, die im Zweiten Weltkrieg von der Sowjetunion annektiert wurden. In deren kollektives Gedächtnis hat sich tief der sowjetische Terror der Jahre 1939 bis 1941 eingegraben, als Zehntausende Angehörige der polnischen Elite ermordet wurden. Bekanntestes Beispiel: In einem Wald unweit des russischen Dorfs Katyn sowie in einem halben Dutzend weiterer Orte hat der NKWD, der militärisch organisierte Geheimdienst Stalins, rund 22.000 Offiziere und Fähnriche, meist Reservisten mit Hochschulbildung, sowie Staatsbeamte erschossen. Auch wurden Hunderttausende Polen in das sowjetische Hinterland deportiert, nach Sibirien, an den Polarkreis und in die Steppen Kasachstans; nur ein kleiner Teil von ihnen überlebte die Deportation.



Eine Erkennungsmarke und ein Anhänger zum Andenken an die Taufe, die Opfern von Katyn gehört hatten
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl



Deutsche Soldaten bei Kämpfen gegen die polnische Untergrundarmee während des Warschauer Aufstands, 1944
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

Hingegen ist die kollektive Erinnerung der Einwohner Zentral- und Südpolens an den Zweiten Weltkrieg vom deutschen Besatzungsterror geprägt: die Ermordung mehrerer Millionen Menschen durch die SS in den Vernichtungslagern, Massensexekutionen, Zwangsarbeit, die totale Rechtlosigkeit und Ohnmacht gegenüber den Deutschen, die sich wie Herren über Leben und Tod aufführten, Kirchen, Museen und Bibliotheken zerstörten und auch das Zentrum der Hauptstadt Warschau dem Erdboden gleichmachten. Deutsche Heimwehtouristen kommen nicht in den Süden und Osten Polens, weil diese nie zum Deutschen Reich gehört hatten. Die Einwohner dieser Regionen haben deshalb auch wenig Gelegenheit, Deutsche näher kennenzulernen und somit die an die nächsten Generationen weitergegebenen Bilder vom grausamen Besatzer zu korrigieren.

Viele Einwohner der ehemaligen deutschen Ostgebiete bringen auch deshalb Verständnis für die Heimatvertriebenen auf, weil die ältere Generation Augenzeuge von deren Vertreibung wurde und davon ihren Kindern und Enkeln berichtet hat. Jedenfalls haben offenkundig die meisten Politiker, Pfarrer, Intellektuelle in den Oder-Neiße-Gebieten keine Berührungängste gegenüber den Deutschen. Aus all diesen Kontakten folgt, dass die Warnungen des nationalkonservativen Lagers vor den Deutschen in diesen Gebieten nur ein geringes Echo finden.

Auslöschung aller Spuren des Deutschtums

Allerdings war es ein weiter Weg von der Nachkriegszeit zum entspannten Umgang mit den ehemaligen deutschen Einwohnern und der Pflege des deutschen Kulturerbes. 1945 hatte der großangelegte „Bevölkerungsaustausch“ begonnen, wie die kommunistische Führung in Warschau Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen sowie die Ansiedlung von Polen nannte. Diese kamen nicht nur aus den von der Sowjetunion annektierten Regionen, die den Sowjetrepubliken Litauen, Weißrussland und Ukraine zugeschlagen worden waren, sondern auch aus dem zerstörten Warschau.

Weder die deutsche Bevölkerung noch die amerikanischen und britischen Verbündeten des Kremls wussten, dass Stalin längst über die Zukunft der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße einschließlich Stettins entschieden hatte: Sie sollten polnisch werden. Moskau hatte am 26. Juli 1944 einen diesbezüglichen Geheimvertrag mit der Provisorischen Polnischen Regierung geschlossen, der vor allem in Moskau geschulte polnische Kommunisten angehörten, darunter der spätere Parteichef

Władysław Gomułka. Daher übergab die sowjetische Militärkommandantur im Frühjahr 1945 Schlesien, Pommern, Danzig und den Südtteil Ostpreußens offiziell an die polnischen Behörden. Der Nordteil Ostpreußens wurde dagegen zu sowjetischem Territorium erklärt.

Die Verdrängung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße war 1945 das Hauptziel der vom Kreml eingesetzten neuen polnischen Führung. Bei dieser Politik wurde zwar der Tod vieler Betroffener billigend in Kauf genommen, doch handelte es sich nicht um eine Vernichtungspolitik; es gab weder staatlich durchgeführte Massenmorde noch Vernichtungslager wie unter der deutschen Besatzung während des Krieges. Zunächst waren sich Politiker aller Parteien darin einig, dass mit der Errichtung einer polnischen Verwaltung in den Oder-Neiße-Gebieten die Zeit von Rache und Abrechnung gekommen sei. Sogar katholische Bischöfe verteidigten das Recht der Polen auf Vergeltung und rechtfertigten Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit akzeptierte wohl die überwältigende Mehrheit der Polen die Formel: Nun erfahren die Deutschen am eigenen Leib, auf welche Weise die Nazis im Krieg die Polen gequält haben. Politiker wie Publizisten rechtfertigten, dass Repressalien kopiert wurden, die Polen selbst unter der deutschen Besatzung während des Krieges erduldet hatten. Damals galten alle Deutschen als „Hitleristen“. Der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit war verboten. Entgegen der polnischen Orthographie wurde, auch in offiziellen Dokumenten, in den ersten Nachkriegsjahren das Wort „Deutscher“ klein geschrieben, also *niemiec* statt *Niemiec*. In vielen Orten mussten Deutsche Armbinden mit einem „N“ für *Niemiec* tragen. Die Rede war fast ausschließlich vom „bösen Deutschen“, dem Erbfeind der Polen. In den ersten Nachkriegsjahren erschienen Hunderte von Artikeln und Dutzende von Büchern über den heldenhaften Kampf der Polen gegen die Besatzer, die Abneigung und Hassgefühle gegen alle Deutschen verstärken sollen.

Die in den Oder-Neiße-Gebieten zurückgebliebenen Deutschen hatten ihre Wohnungen und Häuser zu räumen; ihr Besitz wurde zu polnischem Staatseigentum erklärt. Zehntausende wurden in Lager, die die deutschen Besatzer während des Krieges eingerichtet hatten, interniert und mussten Zwangsarbeit leisten. In einigen Städten mussten die Deutschen, bevor sie zwangsausgesiedelt wurden, in besonders gekennzeichnete Bezirke ziehen, die die lokalen Behörden „Deutschen-Ghettos“ nannten.

Der Kommunist Edward Ochab, der Generalbevollmächtigte der Regierung für den Aufbau einer polnischen



Deutsche aus Breslau und Niederschlesien warten auf den Transport, Breslau 1946.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Forum

Verwaltung, fasste das Ziel der Maßnahmen gegen die Deutschen in dem Satz zusammen: „Wir treiben sie in Haufen hinter Oder und Neiße.“¹ Władysław Gomułka, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, der später auch das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete übernahm, befand: „Wir müssen sie alle hinauswerfen, denn einen Staat baut man aus einer Nation und nicht aus vielen Volksgruppen.“² Der Begriff „wiedergewonnene Gebiete“ bezog sich darauf, dass Schlesien und Pommern im Mittelalter zum Königreich Polen gehört hatten.

Alle maßgeblichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte Polens – Kommunisten, Nationalisten, katholische Kirche – waren sich einig darin, dass die Zwangsaussiedlung politisch unausweichlich sei. Mit drei Kernargumen-

ten wurde diese Politik einhellig jenseits aller ideologischen Schranken begründet:

- Polen wird dadurch sicherer.
- Polen wird eine ethnisch homogene Nation.
- Die historische Gerechtigkeit ist wiederhergestellt.

Die in die Großstädte wie Breslau, Danzig, Stettin strömenden Polen begannen unverzüglich, Kirchen, Schulen, Theater instand zu setzen, sofern sie nicht völlig zerstört waren. In Breslau, das nur noch Wrocław genannt werden durfte, eröffnete die nun polnische Universität im Oktober 1945 pünktlich das Wintersemester; Vorlesungen und Seminare fanden in mehreren halb zerstörten Gebäuden statt.

Gleichzeitig wurden systematisch alle deutschen Spuren entfernt, von Aufdrucken auf Biergläsern und Kaffeetassen über Straßenschilder und Inschriften auf Gebäuden bis hin zu Privatbibliotheken. Zehntausende deutschsprachiger Bücher wurden in den ersten Nachkriegsjahren

1 Zit. nach Wanja W. Ronge: *Und dann mussten wir raus/I wtedy nas wywieźli*. Wanderungen durch das Gedächtnis. Von Vertreibungen der Polen und Deutschen 1939–1949, Berlin 2000, S. 40.

2 Zit. nach Piotr Madajczyk: *Niemcy w Polsce 1944–1989*, Warschau 2001, S. 17.

verbrannt, Denkmäler geschleift und Friedhöfe eingeebnet. Mit den Grabplatten wurden die Seiten des Breslauer Stadtgrabens verstärkt; sie wurden beim Bau der Tribüne des Fußballstadions ebenso verwendet wie für die neuen Freigehege des Zoos.³

Verfälschung der Geschichte

Die staatliche Propaganda trommelte zunächst, die Enteignung und Zwangsaussiedlung der Deutschen seien Vergeltung für den deutschen Besatzungsterror während des Zweiten Weltkrieges. Bald aber galten andere Vorgaben der Parteiführung. Die Umstände der Zwangsumsiedlung der Deutschen durften nicht mehr als gerechte Strafe beschrieben, sondern überhaupt nicht mehr erwähnt werden. Der Begriff „Vertreibung“ wurde nur in Anführungszeichen geschrieben; er galt als westdeutsche Propagandavokabel.

Offiziell war von „Repatriierung der Deutschen“ die Rede. Die polnische Führung habe mit dem „Transfer“ der Deutschen aus den historisch polnischen Gebieten in ihre „Heimat“ nur die Anordnungen ausgeführt, die die Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 beschlossen hätten. Polen sei verpflichtet worden, diese Beschlüsse auszuführen, und habe dies „auf humanitäre Weise“ getan. Sie seien auch als Entschädigung für die Verluste zu sehen, die Polen im Zweiten Weltkrieg durch die deutschen Besatzer erlitten habe. Dass es zwischen 1945 und 1949 zu Verbrechen an Deutschen gekommen sei, wurde grundsätzlich bestritten; die Aussiedlung sei überdies Folge der deutschen Verbrechen im Krieg.

Ebenso war jegliche Andeutung, geschweige denn Erörterung verboten, dass Polen durch die Verschiebung seines Territoriums nach Westen auf Kosten des Deutschen Reichs langfristig vom politischen und militärischen Schutz durch die Sowjetunion abhängig war; die Sowjetarmee habe Polen vor den westdeutschen Revanchisten zu schützen. Dass laut dem Potsdamer Protokoll die deutschen Ostgebiete zunächst nur „unter polnische Verwaltung“ kommen sollten und die neue polnische Westgrenze erst auf einer künftigen Friedenskonferenz festgelegt werden sollte, erfuhr die Bevölkerung nicht. In der gleichgeschalteten Presse war ebenso wie in den Schulbüchern von „urpolnischer Erde“ die Rede.

In der Geschichtsschreibung wurde konsequent die deutsche Vergangenheit der 1945 unter polnische Hoheit

gekommenen Gebiete ignoriert oder bagatellisiert. Die Westgebiete seien vor Jahrhunderten gewaltsam vom polnischen Staat abgetrennt worden, der „deutsche Drang nach Osten“ habe auch zur Germanisierung der Bevölkerung geführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien diese Gebiete „zum Mutterland zurückgekehrt“. Es wurde der Bogen von den Rittern des Deutschen Ordens über Friedrich den Großen bis zu Bismarck geschlagen, die alle Vorläufer Hitlers gewesen seien. Alle hätten dasselbe Ziel gehabt: Polen zu unterjochen.

Die Geschichte Schlesiens, Pommerns, West- und Ostpreußens wurde mit großem Aufwand umgeschrieben. Für Schlesien galt beispielsweise, dass bis Anfang des 14. Jahrhunderts das Land polnisch gewesen und anschließend tschechisch geworden sei. Dass der König von Böhmen damals ein Deutscher war, nämlich Johann von Luxemburg, und dass es zum Deutschen Reich gehörte, durfte nicht erwähnt werden. Auf der Verbotsliste für die Historiker stand ebenso die Aufbauleistung der deutschen Siedler, die die schlesischen Herrscher aus dem polnischen Geschlecht der Piasten eingeladen hatten. Dass die schlesischen Piasten einen eigenen Weg gegangen waren und sich von der polnischen Krone gelöst hatten, war ebenfalls ein unerwünschtes Thema: Sie betrieben die Aufnahme ihres Herrschaftsgebiets in das Deutsche Reich; der polnische König Kasimir III. musste im 1335 geschlossenen Vertrag von Trentschin den Verlust Schlesiens anerkennen.

Desgleichen wurden in der offiziellen Geschichtsschreibung die österreichische und die preußische Periode Schlesiens als Fremdherrschaft dargestellt. So lernten die Schüler, welche großen Polen in den vergangenen Jahrhunderten Breslau besucht hatten; doch sie erfuhren in der Schule nicht, dass die Stadt in dieser Zeit durch und durch deutsch war.

Die These von den „wiedergewonnenen Gebieten“ vertrat in Polen neben sämtlichen politischen Gruppierungen auch die katholische Kirche. Mit ihr ließ sich begründen, warum mehrere Millionen Deutsche die Oder-Neiße-Gebiete verlassen mussten und polnische Siedler ihr Eigentum übernahmen. Die Kirche beteiligte sich energisch an der Auslöschung aller Spuren der deutschen Vergangenheit. Im traditionell protestantischen Masuren übernahm sie die Kirchen; die katholischen Bischöfe rühmten sich, dort die Reformation rückgängig gemacht zu haben.

Die kommunistische Führung warnte unablässig vor dem „deutschen Revanchismus“. Die der Zensur unterliegende Presse druckte in großer Aufmachung Erklärungen der führenden Persönlichkeiten des Bundes der Vertriebenen nach, die in der Tat eine Revision der faktisch beste-

3 Vgl. Włodzimierz Kalicki: Breslau – das Zuhause von Pawel und Małgorzata, in: Transodra. Deutsch-polnisches Informationsbulletin 17 (1997), S. 21.



Die Marienburg, seit 1280 Konventssitz des Deutschen Ordens, 1308–1457 Residenz des Hochmeisters, wurde nach fast völliger Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut und gehört heute zum UNESCO-Weltkulturerbe. Die Burganlage ist von einer Ringmauer mit Türmen umgeben und besteht aus Hochschloss (Konventshaus, Ende des 13. Jahrhunderts erbaut), Wehrturm (nach 1344), Marien- und Annenkappelle (bis 1344 fertiggestellt) und Mittelschloss (Hochmeisterpalast, um 1400 vollendet) sowie einer Vorburg aus der Mitte des 15. Jahrhunderts.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Hubertus Kanus

henden Grenzen anstrebten. Sie konnten sich dabei auch auf die Bundesregierung in Bonn stützen. Die polnische Presse publizierte Karikaturen, die Bundeskanzler Konrad Adenauer als Ordensritter zeigten. Im Mittelalter führten der Deutsche Orden und die polnischen Könige mehrere Kriege gegeneinander.

Unter den polnischen Neusiedlern herrschte große Unsicherheit, da die Bundesregierung nach wie vor Ansprüche auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße erhob. Wiederholt verbreiteten sich Gerüchte, dass die Polen die „wiedergewonnenen Gebiete“ wieder räumen müssten. So wurde die Aufnahme der Bundesrepublik in die Nato 1955 als erster Schritt zu einem militärischen Angriff des Westens angesehen. Nach den Unruhen in der Provinzstadt Posen im folgenden Jahr, als die Armee einen Streik blutig niederschlug, kursierte das Gerücht, der Kreml habe Gomułka angedroht, Schlesien an die DDR

anzugliedern, falls dieser nicht für Ordnung im Land sorgen werde. Auch die Berlin-Krise von 1961 wurde als Auftakt zu einem internationalen Konflikt um die DDR und die deutschen Ostgebiete interpretiert.⁴

Der rechtlich ungeklärte Status der ehemaligen deutschen Ostgebiete, die zu den polnischen Westgebieten geworden waren, hatte weitreichende Folgen vor allem für einige Großstädte: Die Volksrepublik Polen hielt sich mit Investitionen zurück. So gab es in der Breslauer Innenstadt keine großen Bauvorhaben; das Stadtbild prägten stattdessen immer noch viele Ruinen. In anderen Städten sah es ähnlich aus. Doch bedeutete diese Zurückhaltung bei Investitionen auch, dass diesen Städten die Verschan-

.....
⁴ Vgl. Norman Davies/Roger Moorhouse: Die Blume Europas. Breslau – Wrocław – Vratislavia. Die Geschichte einer mitteleuropäischen Stadt, München 2002, S. 571.



Władysław Gomułka (1905–1982), Generalsekretär der polnischen Arbeiterpartei, im Oktober 1956 in Warschau
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Rue des Archives/AGIP



Autobahnschild bei Kassel, 1956
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

delung durch modernistische Bausünden in Glas und Beton erspart blieb, wie sie nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Osteuropa Baulücken füllten.

Der psychische Druck auf die Bewohner der Westgebiete verringerte sich spürbar erst ab Dezember 1970 mit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, den Gomułka und Bundeskanzler Willy Brandt ausgehandelt hatten. In dem Vertrag sicherte die Bundesregierung die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen zu. Von polnischer Seite wurde der Vertrag auch als völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze interpretiert. Nun stellte die polnische Regierung auch Mittel zum Wiederaufbau vieler im Krieg zerstörter Gebäude zur Verfügung. Dass es sich dabei meist um Baudenkmäler aus dem deutschen Kulturerbe handelte, wurde dabei durchweg verschwiegen, so wie die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg Tabuthema blieb.

Doch konnten die Parteiführung, die Schulbehörden und die Zensur nicht verhindern, dass eine Generation nach dem Krieg immer mehr Menschen begannen, nach den deutschen Wurzeln der nun völlig polonisierten Städte zu suchen. Man traf sich zu privaten Exkursionen; es entstand ein illegaler Sammlermarkt für deutsche Bücher, alte Ansichtskarten, sogar Uniformen, Orden und Waffen der Wehrmacht, die die Finder entgegen den behördlichen Anordnungen nicht vernichtet hatten. Als mit dem Zusammenbruch des Parteiregimes im Wen-

dejahr 1989/90 auch die politische Zensur verschwand, zeigte sich, dass in jeder Stadt Dutzende von Hobbyhistorikern Zeugnisse vom deutschen Kulturerbe gesammelt hatten.

Entdeckung der deutschen Vergangenheit

Die nun keiner Zensur mehr unterliegende Presse berichtete ausführlich, beginnend mit den Regionalzeitungen in den „wiedergewonnenen Gebieten“. Ebenso erschienen die ersten objektiven Berichte über das Los der Vertriebenen, darunter Interviews mit Deutschen, die 1945 ihre polnisch gewordene Heimat verlassen mussten – und sorgten längst nicht mehr für Emotionen. Bald brachten polnische Verlage auch Bildbände über das alte Breslau, Danzig, Stettin und viele andere Städte heraus, die bis zum Zweiten Weltkrieg jahrhundertlang deutsch gewesen waren.

Überdies erschienen die ersten wissenschaftlichen Arbeiten über die Vertreibung; sie wurde geradezu ein Modethema junger Historiker. Die polnische Öffentlichkeit bekam nun bislang unbekannte Informationen über die Vertriebenen: Fast ein Drittel waren Kinder unter 14 Jahren. Unter den Erwachsenen waren nahezu 90 Prozent Frauen. Maßstäbe setzte die Publikation von vier Bänden amtlicher polnischer Dokumente zur Enteignung, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deut-



Eichendorff-Denkmal im Botanischen Garten der Universität Breslau. Der Dichter hatte ein Breslauer Gymnasium besucht. Das ursprünglich an anderer Stelle 1911 errichtete Denkmal wurde rekonstruiert und am 11. Mai 2012 im Botanischen Garten auf der Dominzel der Stadt aufgestellt. Der Sockel zeigt die Flachreliefs von 1911 sowie die gleiche Inschrift: „Joseph Freiherr von Eichendorff 1788-1857“.
Foto: wikicommons/Togamek

schen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße, darunter auch Untersuchungen zu den Lagern, in denen Deutsche Zwangsarbeit leisten mussten und Tausende umkamen.⁵

Die Publikation all dieser Zeitungsartikel, Aufsätze und Bücher führte zu einer Debatte, die von Mitgefühl für das Schicksal der Vertriebenen und Verständnis für ihre Verbitterung geprägt war. Ein Sammelband, der die wichtig-

sten Beiträge dazu zusammenfasste, erschien in Polen unter dem Titel „Müssen wir die Deutschen um Vergeltung für die Vertreibung bitten?“⁶

Ebenso nahm sich die Belletristik des Themas an. Der bekannte Danziger Schriftsteller Stefan Chwin stellte das Schicksal eines Danziger Arztes und einer dorthin zwangsumgesiedelten Ukrainerin im Jahr 1945 in den Mittelpunkt seines Romans „Hanemann“. Dem Roman „Deutscher Tanz“ von Maria Nurowska, einer der populärsten polnischen Autorinnen, liegt eine wahre Begebenheit zugrunde: Eine junge Deutsche wird im Sommer 1945 von Polen nackt an den Brunnen auf dem Marktplatz eines Städtchens in Pommern angekettet; um den Hals trägt sie ein Schild mit der Aufschrift „Heil Hitler!“ Die Literaten interessierten sich zunehmend auch für die deutsche Vergangenheit der „wiedergewonnenen Gebiete“. So spielen die Kriminalromane des polnischen Bestsellerautors Marek Krajewski im Breslau der Zwischenkriegszeit; einige seiner Romane wurden auch verfilmt. Olga Tokarczuk, 2019 ausgezeichnet mit dem Nobelpreis für Literatur, hatte für ihren frühen Roman, „E. E.“ (1995) um eine junge Frau mit parapsychischen Fähigkeiten denselben Ort und dieselbe Zeit gewählt.

Auch die junge Politikergeneration, die nach den ersten freien Kommunalwahlen 1991 in den westlichen und nördlichen Woiwodschaften in die Rathäuser einzog, kannte keine Scheu vor dem Thema. Die meisten von ihnen gehörten der Demokratiebewegung um die Gewerkschaft Solidarność an; deren Führung hatte noch zur Zeit des Parteidiktums die „Entlüftung der Geschichte“ gefordert. Dazu gehörte auch, dass die deutsche Vergangenheit der „wiedererlangten Gebiete“ nicht länger verschwiegen oder bagatelisiert werden sollte. In vielen Städten wurden Kontakte zu den Organisationen der Vertriebenen geknüpft.

Die drei masurischen Gemeinden Goldap, Lötzen (Giżycko) und Sorquitten (Sorkwity) machten im Frühjahr 1992 den Anfang: Sie luden die von dort stammenden Deutschen ein, ihre alte Heimat zu besuchen. Es waren die ersten Vertriebenentreffen auf polnischem Boden. Für die neue Politikergeneration hatten gute Beziehungen zum gerade erst wiedervereinigten Deutschland Priorität. Man sah es als selbstverständlich an, die gemeinsame Geschichte auch gemeinsam aufzuarbeiten – mit all ihren Schatten- seiten. Noch im selben Jahr zogen die ersten schlesischen

5 Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hg.): „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven. Bd. I–IV, Marburg 2000–2004.

6 Deutsche Ausgabe: Klaus Bachmann/Jerzy Kranz: Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen, Bonn 1998.



Wegweiser an der Straße nach Lötzen (Giżycko), Nikolaiken (Mikołajki) und Arys (Orzysz) in Ostpreußen, 1930er Jahre
 Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/United Archives/Fotograf: K. H. Lämmel

Gemeinden mit der Organisation von Treffen der ehemaligen mit den derzeitigen Einwohnern nach: mehrere Orte im ehemaligen Landkreis Neustadt/Oberschlesien (Prudnik) sowie die Gemeinden Himmelwitz (Jemielnica) bei Oppeln und Reinswalde (Złotnik) bei Grünberg (Zielona Góra). Aus diesen Kontakten entstanden Hunderte von Freundschaften zwischen den ehemaligen und den jetzigen Bewohnern der einst umstrittenen Gebiete.

Ortsvereine der Landsmannschaften sammelten Geld für die Renovierung von Baudenkmälern in ihren heute zu Polen gehörenden Heimatorten. Nicht unerhebliche Mittel stellte dafür auch die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit zur Verfügung. Die 1991 gegründete Stiftung verteilt Gelder aus dem sogenannten Jumbokredit; es handelt sich um genau eine Milliarde Mark, die die Bundesregierung 1975 der Volksrepublik Polen als



Das Breslauer Rathaus am Ring (Marktplatz/Rynek)
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Caro/Eckelt

Darlehen gewährt hatte. Da die neue demokratisch legitimierte Führung in Warschau Anfang der neunziger Jahre nicht in der Lage war, die Schulden des kommunistischen Regimes zu begleichen, verzichtete Bonn auf diese Milliarde. Sie wurde der Grundstock der neuen Stiftung, die nicht nur der deutsch-polnischen Verständigung dienen, sondern auch den Aufbau demokratischer Strukturen in Polen fördern soll.

Mit dem Ende der Zensur gehörte ebenso ein Verbot der Vergangenheit an: Tabu waren für polnische Historiker lange die von den Landsmannschaften finanzierten Jahrbücher, die sich auf akademischem Niveau der Geschichte Schlesiens, Pommerns oder Ostpreußens widmen. Seit der politischen Wende ist es eine Selbstverständlichkeit für polnische Regionalhistoriker, dort zu publizieren und auch an wissenschaftlichen Tagungen teilzunehmen.

Diese freundschaftlichen Kontakte führten dazu, dass die Heimatmuseen vieler der polnisch gewordenen Städte umgestaltet wurden; sie stellen nun objektiv die deutsche

Vergangenheit mit ihren Licht- und Schattenseiten dar. So war es für den Stadtrat von Breslau eine Selbstverständlichkeit, 1997 Mittel für eine „Galerie der großen Breslauer“ zu genehmigen, in der zunächst sieben Persönlichkeiten mit Büsten gewürdigt wurden - sechs von ihnen waren Deutsche: Max Born, Träger des Nobelpreises für Physik, Literaturnobelpreisträger Gerhart Hauptmann, der Dramatiker Karl von Holtei, Ferdinand Lassalle, einer der Gründerväter der SPD, der Maler Adolph von Menzel, die in Auschwitz ermordete Philosophin und Nonne Edith Stein und schließlich der aus einer deutsch-polnischen Familie stammende Chirurg Johann von Mikulicz.

Die Galerie wurde mittlerweile um 25 Büsten erweitert, 14 davon sind deutschen Breslauern gewidmet. Die Andenkenläden auf dem prachtvoll renovierten Breslauer Ring, wie der weit ausholende Rathausplatz mit seinen vom einstigen Reichtum der Stadt zeugenden Bürgerhäusern heißt, bieten historische Ansichtskarten mit deutschen Aufschriften an. Der Begriff „Ring“ für einen

rechteckigen Platz ist kein Irrtum; es handelt sich nicht um das deutsche Wort, sondern um einen Anklang an die Zugehörigkeit der Stadt zum Piastenreich im Mittelalter: „Ring“ geht hier auf das polnische Wort *rynek* (Markt) zurück.

Am Beispiel des Breslauer Rathauses lässt sich aufzeigen, warum das Deutschland-Bild der Polen im Westen des Landes so anders ist als im Osten: Traditionell führt ein Schulausflug von Oberstufenschülern aus den westlichen Woiwodschaften nach Breslau; dort besuchen sie das Rathaus mit der Galerie der „großen Breslauer“, unter denen die Deutschen die Mehrheit stellen. Die Schüler in Ostpolen aber besuchen das Museum des Warschauer Aufstandes von 1944, wo Filmsequenzen und Fotos in drastischer Weise die Verbrechen der deutschen Besatzer zeigen.

Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen

Die erste von Neugierde und Mitgefühl geprägte polnische Debatte über die Vertreibung der Deutschen und den Umgang mit ihrem Kulturerbe fand mit der Jahrtausendwende ihr Ende. Dieses ging mit einem innenpolitischen Rechtsschwenk in Polen einher. Es wurde offenbar, dass all die Publikationen über die deutsche Vergangenheit der polnischen Westgebiete an konservativen und nationalistischen Gruppierungen weitgehend vorbeigegangen waren. In diesen Kreisen gab und gibt es überhaupt kein Verständnis für die engen Kontakte zwischen den Organisationen der Heimatvertriebenen und polnischen Kommunalpolitikern.

Für heftige Emotionen sorgte in Polen das vom Bund der Vertriebenen unterstützte Projekt einer Dokumentationsstätte, in der Vertreibungen im 20. Jahrhundert wissenschaftlich erforscht und in einer Dauerausstellung einem größeren Publikum nähergebracht werden sollten. Das Zentrum gegen Vertreibungen, wie die hinter dem Projekt stehende Stiftung heißt, wurde an der Weichsel nicht nur als Versuch angesehen, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu Lasten der Polen umzuschreiben, sondern auch als psychologischer Flankenschutz für Eigentumsforderungen. In der Tat hatte eine Gruppe von Vertriebenen

eine Gesellschaft mit dem Namen Preußische Treuhand gegründet, die deren Eigentumsansprüche auf verlorene Immobilien juristisch durchsetzen sollte. Zwar distanzieren sich die Initiatoren des Zentrums gegen Vertreibungen von der Preußischen Treuhand, doch konnten sie damit nicht zur Beruhigung der Lage beitragen. Vielmehr löste das Zentrumsprojekt in Polen einen wahren Sturm der Entrüstung aus. Es wurde argumentiert, die Deutschen seien selbst an der Vertreibung schuld, denn sie hätten schwerste Verbrechen als Besatzer in Polen begangen.

Die zweite polnische Vertreibungsdebatte, die von Historikern und Publizisten aus dem nationalpatriotischen Lager dominiert wurde, setzte somit gänzlich andere Akzente als die erste: Nun wurde behauptet, in der Bundesrepublik würden die Verbrechen des NS-Regimes zunehmend marginalisiert; stattdessen stellten die Deutschen sich selbst als Opfer des Krieges dar – eine These, die indes nicht durch Fakten gedeckt war. Das Thema Vertreibung verschwand aus den Schul-, Verlags- und Fernsehprogrammen, und an den Universitäten wurde es von den Themenlisten für Forschungsvorhaben und Examensarbeiten gestrichen. Zudem brachte die hitzige Debatte die Befürworter eines Dialogs mit den Vertriebenen sowie der Pflege des deutschen Kulturerbes in die Defensive.

Die Lage entspannte sich zumindest für die betroffenen Regionen, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2008 eine Musterklage der Preußischen Treuhand mit dem Ziel der Rückgabe von Immobilien an die früheren Eigentümer zurückgewiesen hatte. Die Begründung war formal: Die Europäische Menschenrechtskonvention von 1953 könne nicht rückwirkend auf die Enteignungen von 1945 angewendet werden. Da nun weder Kommunen noch Privatleute die Rückkehr der früheren deutschen Besitzer fürchten mussten, konnten sie sich wieder unbeschwert der Pflege des deutschen Kulturerbes widmen, so wie dies nach der politischen Wende Anfang der neunziger Jahre begonnen hatte. Doch in Zentralpolen sowie im Osten und Süden des Landes, wo fast überall nationalkonservative Kandidaten seit zwei Jahrzehnten alle Wahlen gewonnen haben, betrachtet man diese Annäherung nach wie vor mit großem Misstrauen. ▀

FLUCHT UND VERTREIBUNG. DIE TSCHECHOSLOWAKEI UND IHRE NACHFOLGESTAATEN

von Tobias Weger



Sudetendeutsche vor ihrem Abtransport aus Marienbad/Mariánské Lázně am 25. Januar 1946
Foto: Süddeutsche Zeitung/PhotoCTK Photobank

Die Vertreibung der großen Mehrheit der Deutschen aus der Tschechoslowakei unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und infolge der Potsdamer Konferenz betraf im tschechischen Landesteil etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung und bedeutete für die Tschechoslowakei in mehrfacher Hinsicht einen tiefen Einschnitt. Ihre ethnische Struktur, ihr kulturelles Gefüge und ihre Bevölkerungsdichte in den grenznahen Gebieten veränderten sich, was sich auch auf die Wirtschaft des Landes auswirkte. Die Wiederbesiedelung zurückgelassener Städte und Dörfer gestaltete sich zu einer Herausforderung für die von sechs Jahren Besatzung, Krieg, Unterdrückung, Demütigung und für zahlreiche Menschen auch vom Verlust von Angehörigen geprägte tschechische Gesellschaft.

Die Zwangsumsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei war bereits während des Krieges von der Exilregierung in London geplant, vorbereitet und mit den alliierten Mächten koordiniert worden. Auf der Potsdamer Konferenz stimmten die Vertreter der USA, Großbritanniens und der UdSSR im Sommer 1945 diesem Vorgehen zu, damit es – so die Verlautbarung der Teilnehmer – „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“¹ – durchgeführt werde.

Wie wurde die Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei gedeutet, welchen Stellenwert hatte und hat sie in der kollektiven Erinnerung? Wie geht man in den beiden Nachfolgestaaten seit 1993, der Tschechischen Republik und der Slowakei, mit diesem Thema um? Eines lässt sich schon vorab konstatieren: Eine „Tabuisierung“ der Vertreibung, wie gelegentlich behauptet wurde, hat es in der tschechischen und slowakischen Gesellschaft seit 1945 nie gegeben, sondern lediglich unterschiedliche Phasen, in denen jeweils unterschiedliche offizielle und nicht-offizielle Sichtweisen auf die Ereignisse und ihre Folgen dominierten. Je nach dem Grad der aktuellen gesellschaftspolitischen Verfasstheit des Landes gingen diese Sichtweisen mit gewandelten Konnotationen einher. Dieser Beitrag vermittelt schlaglichtartige Einblicke in die Entwicklung des Vertreibungsdiskurses in der Tschechoslowakei bzw. ihren Nachfolgestaaten, der Tschechischen Republik und der Slowakei, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Politische Diskurse und zivilgesellschaftliche Stimmen bis 1948

In der unmittelbaren Nachkriegszeit herrschte im tschechoslowakischen Diskurs ein breiter Konsens dahingehend, dass die Vertreibung der Deutschen für das Land eine politische und gesellschaftliche Notwendigkeit gewesen sei. Die gemeinsame Basis bildete die antifaschistische Nationale Front, ein Parteienbündnis aus Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten, Nationalen Sozialisten und Christdemokraten, das die erste Nachkriegsregierung stellte. Die aus diversen Lagern vorgetragenen Argumente lassen sich folgendermaßen auf den Punkt bringen: Die „Beseitigung“ der deutschen Minderheit sei ein Akt der Vergeltung und Revanche für die Erniedrigungen gewesen, die die Tschechen in den 1930er Jahren seitens der aus dem „Dritten Reich“ fremdgesteuerten Sudetendeutschen Partei (SdP), durch die Abtrennung der so genannten sudetendeutschen Gebiete infolge des Münchner Abkommens im Herbst 1938 und durch die nationalsozialistische deutsche Besatzungspolitik der Jahre 1938/39–1945 erfahren hätten. Die Konfiszierung der zurückgelassenen materiellen Besitztitel der Deutschen wurden als Entschädigung für das durch Deutsche verübte Unrecht interpretiert, die Aburteilung und Bestrafung führender sudetendeutscher Funktionäre als juristische Wiedergutmachung. In dem Maße, in dem die Kommunistische Partei im politischen Leben zur einflussreichsten Kraft wurde, setzte sich auch die Legende durch, der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft und die Integration des bis 1945 mehrheitlich von deutschsprachigen Bürgern bewohnten Grenzlandes seien nur infolge der Vertreibung der Deutschen möglich gewesen.

Die zur Schau gestellte Einmütigkeit der Nationalen Front wurde in allen Sphären des öffentlichen Lebens verankert. Die Schüler des Staatlichen Realgymnasiums im mährischen Holešov hatten beispielsweise 1947 im Rahmen ihrer Abschlussprüfungen das Erörterungsthema *Odsun Němců, jeho důvody, provedení a důsledky* [Die Abschiebung der Deutschen – ihre Ursachen, Durchführung und Folgen] zu bearbeiten.²

Bei genauerer Betrachtung wiesen jedoch die Legitimierungsstrategien in den Jahren vor dem kommunistischen Umsturz vom Februar 1948 signifikante Nuancen auf. In seinen 1948 veröffentlichten Erinnerungen

1 Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 2. August 1945, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland 1945, S. 13, Art. XIII.

2 XXXI. výroční zpráva Státního reálného gymnasia v Holešově za školní rok 1946–47 [31. Jahresbericht des Staatlichen Realgymnasiums Holešov für das Schuljahr 1946–47], Holešov 1947, S. 30.



Blick auf eine Demonstration auf dem Wenzelsplatz in Prag am 1. Oktober 1938 gegen die Unterzeichnung des Münchner Abkommens
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

begründete Staatspräsident Edvard Beneš (1884–1948), der 1945 aus dem Londoner Exil nach Prag zurückgekehrt war, die Vertreibung als Konsequenz aus dem mehrheitlichen Verhalten der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei in den 1930er-Jahren sowie des Münchner Abkommens. Eine Bedrohung, die das tschechische Volk an den Rand seiner Existenz gebracht habe, sei durch die „Abschiebung der Deutschen“ endgültig überwunden worden.³ Während Beneš in erster Linie nationalpolitisch argumentierte, sah der kommunistische Informationsminister Václav Kopecký (1897–1961) die Vertreibung der

Deutschen als eine unter vielen Errungenschaften, die der tschechoslowakische Staat der „Befreiung aus dem Osten“ – dem Bündnis mit der UdSSR – zu verdanken habe.⁴ Kopecký interpretierte die Vertreibung der Deutschen aus einer marxistisch-leninistischen Position heraus; für ihn war sie eine revolutionäre Tat, die die Weiterentwicklung der Gesellschaft befördert habe.

Ungeachtet des breiten Konsenses wurden in der Tschechoslowakei der Nachkriegsjahre durchaus zivilgesellschaftliche Einwände gegen die Vertreibung der Deut-

3 Edvard Beneš: *Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství* [Erinnerungen. Von München in einen neuen Krieg und zu einem erneuten Sieg], Praha 1948, S. 328 ff.

4 Václav Kopecký: *Lásku k Sovětskému svazu si již náš národ vzíti nedá* [Die Liebe zur Sowjetunion lässt sich unser Volk nicht mehr nehmen], in: *Rudé právo*, Nr. 156, 7.11.1945, S. 5. Übersetzung dieses und der weiteren tschechischen und slowakischen Zitate: Tobias Weger.



Václav Kopecký (1897–1961), tschechoslowakischer Minister und Parteifunktionär der KPC, aufgenommen 1955 bei einem Besuch in der damaligen DDR.

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-30268-0001/CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 DE/Wikimedia Commons

schen – und wie sie umgesetzt wurde – vorgebracht. Die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder beanstandete beispielsweise schon am 26. Juni 1945 die „grobe Behandlung der deutschen Bevölkerung, die zu unserem Bedauern und zu unserer Schande“ noch andauere.⁵ Der Journalist Michal Mareš (1893–1971) schrieb kritische Reportagen aus dem Grenzgebiet für die Zeitung *Dnešek* [Heute].⁶ Junge katholische Intellektuelle um den Pub-

lizisten Pavel Tigrid (1917–2003) äußerten in der Zeitschrift *Obzory* [Horizonte] ihr Unbehagen in Anbetracht der Art und Weise, wie die Zwangsaussiedlung durchgeführt wurde.⁷ Die Redaktion dieser Zeitschrift erkannte einen Widerspruch zu den Prinzipien, aufgrund derer die Tschechoslowakische Republik einst errichtet worden war: „Wir werden von einem sehr großen Teil der urteilenden öffentlichen Meinung der Grausamkeit, der Unmenschlichkeit und der Abartigkeit bezichtigt, die den Groll der Welt erregen und deren Gewissen provozieren. Das ist die schwerwiegendste Anschuldigung, die gegen die Nation Masaryks erhoben werden kann.“⁸

Diese Haltung war in den Jahren nach 1945 keine Einzelmeinung. Aus den Berichten deutscher Vertriebener lässt sich herauslesen, dass es neben ungezählten grausamen Akten im Verlauf der Jahre 1945/46 auch immer wieder Beispiele humanen Handelns von Tschechen und Slowaken gegenüber ihren ehemaligen Nachbarn gegeben hat, indem man ihnen beispielsweise Kleidung und Nahrungsmittel auf den Weg ins Unbekannte zusteckte oder Bedauern über die erzwungene Abreise äußerte. Der evangelische Pädagoge und Geistliche Přemysl Pitter (1895–1976), der unmittelbar nach Kriegsende zunächst überlebende jüdische Kinder aufgenommen und versorgt hatte, rettete auch etwa 400 elternlos gewordenen deutschen Kindern das Leben und bemühte sich, den Kontakt zu deren Eltern zu vermitteln.⁹

Die erste literarische Verarbeitung des Vertreibungsthemas in der tschechischen Belletristik stammt schon von 1947. In ihrem Roman *Dům na zeleném svahu* [Das Haus am grünen Hang] schildert Anna Sedlmayerová (1912–1995) – noch unter dem frischen Eindruck der Ereignisse – die komplexen und vielfältigen zwischenmenschlichen Beziehungen, die sich an einem fiktiven Ort im Erzgebirge zwischen tschechischen Neusiedlern, die während des Zweiten Weltkriegs unter der deutschen Besatzung gelitten hatten, und den nach und nach ausgesiedelten deutschen Einwohnern entwickeln.¹⁰ Dabei scheint durchaus Empathie für die Menschen auf, die ihre Heimat verlassen mussten. Sedlmayerová's Schriftstellerkollege

5 Zit. nach Jiří Otter: *Naše církev a odsun Němců po 2. světové válce* [Unsere Kirche und die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg], in: *Evangelický časopis Český bratr* 72 (1996), S. 4.

6 Vgl. Michal Mareš: *Ze vzpomínek anarchisty, reportéra a válečného zločince* [Aus den Erinnerungen eines Anarchisten, Reporters und Kriegsverbrechers], Praha 1999, passim.

7 Vgl. dazu Christiane Brenner: „Zwischen Ost und West“. Tschechische politische Diskurse 1945–1948. München 2009, S. 184–197 (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 118).

8 *Otázka mravní* [Eine moralische Frage], in: *Obzory*, 1. Jg., Nr. 12, 1945, S. 177. – Tomáš G. Masaryk (1850–1937) war Soziologe und Politiker sowie ab 1918 der erste Staatspräsident der Tschechoslowakei.

9 Vgl. Olga Fierzová: *Dětské osudy z doby poválečné*, Praha 1992.

10 Anna Sedlmayerová: *Dům na zeleném svahu*, Havlíčkův Brod 1947.



Zu Ehren von Přemysl Pitter (1895-1976) vor der Südwand der katholischen St.-Rupert-Kirche in der Nürnberger Kettlersiedlung aufgestellte Büste
Foto: Aarp65, CC BY-SA 3.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/> Wikimedia Commons

Vojtěch Cach (1914-1980) verarbeitete diese Romanvorlage zu einem Bühnenstück, das 1947 in Teplitz/Teplice und Prag/Praha aufgeführt wurde.¹¹

In der kommunistischen Tschechoslowakei, 1948-1989

Der kommunistische Staatsstreich vom Februar 1948 unterband offene Debatten und zwang zahlreiche demokratisch gesinnte Tschechen und Slowaken in die Emigration ins Ausland. Während der folgenden Jahrzehnte dominierte in der Tschechoslowakei das Meinungsmopol der Kommunistischen Partei und deren geschicht-

11 Jinrich Cerný: *Osudy českého divadla po druhé světové válce. Divadlo a společnost* (1945-1955) [Wege des tschechischen Theaters nach dem Zweiten Weltkrieg. Theater und Gesellschaft (1945-1955)], Praha 2007, S. 140.

liche Deutungshoheit. Dies spiegelte sich im kulturellen Schaffen des Landes, etwa in der Literatur. 1951 erschien in Prag die Erstauflage eines später mehrmals nachgedruckten Romans von Václav Řezáč (1901-1956) unter dem Titel *Nástup* [Die ersten Schritte].¹² Sein Protagonist Jiří Bagár gelangt 1945 aus Mittelböhmen ins Umland der Stadt Kaaden/Kadaň, wo er Deutschen begegnet, die zumeist noch immer unbelehrbar dem Nationalsozialismus anhängen. Sie werden – mit Ausnahme eines deutschen Antifaschisten – vom Autor mit negativen Stereotypen belegt, denen er Bagár als Lichtgestalt für diejenigen Tschechen entgegenstellt, die sich am Aufbau des Grenzgebiets beteiligen. Die Neugestaltung des Grenzgebiets präsentiert der Autor als eine Pionierleistung.

Im gleichen Jahr kam ein weiterer populärer Roman auf den Buchmarkt, der die Vertreibung und ihre Folgen sehr viel subtiler thematisiert hat: *Země dokořán* [Das Land sperrangelweit offen] von Bohumil Říha (1907-1987).¹³ Die beiden tschechischen Hauptfiguren des Textes nehmen ein verlassenes, ehemals von Deutschen bewohntes Haus in den Bergen in Besitz und begründen dort für sich und ihre Familien einen neuen Lebensmittelpunkt. Anders als Řezáč sah Říha von eindeutigen politischen Stellungnahmen ab. Gleichwohl lässt sich auch sein Buch als Kolonialroman interpretieren, indem der Sieg über die einstigen „Feinde“, ihre Ausweisung und die Inbesitznahme ihrer ehemaligen Wohnstätten zu Voraussetzungen für ein neues tschechisches Leben in Frieden und Selbstbestimmung werden.

Das offizielle Geschichtsbild hielt bis 1989 am Prinzip der durch internationale Vereinbarungen legitimierten Revanche für Verfehlungen der deutschen Minderheit fest. Zu den Jahrestagen des Kriegsendes wurde die Abschiebung der Deutschen in Ansprachen und Gedenkzeremonien entsprechend den ideologischen Prämissen des Regimes als heroischer Akt gefeiert. Wie die konkrete Umsetzung dieses gewaltigen Bevölkerungstransfers erfolgt war, blieb in solchen offiziellen Verlautbarungen jedoch stets vage. Diese Darstellung der Geschichte spiegelt sich beispielhaft in einem 1960 vom Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften publizierten Standardwerk zur Zeitgeschichte wider:

12 Václav Řezáč: *Nástup*. Praha 1951; in deutscher Übersetzung: Die ersten Schritte. Übersetzt von Zora Weil-Zimmering, Berlin 1955. Der Roman wurde 1953 auch verfilmt. Vgl. Gertraude Zand: *Václav Řezáčs Nástup – ein tschechischer Kolonialroman*, in: Kakanien revisited, <http://www.kakanien-revisited.at/beitr/fallstudie/GZand1.pdf> [Stand: 02.07.2021].

13 Bohumil Říha: *Země dokořán*, Praha 1951.

„Die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei, die größtenteils der faschistischen Ideologie anhing, wurde nach der Befreiung der gesamten Republik abgeschoben, wobei das Recht zu ihrer Vertreibung von allen Großmächten international anerkannt wurde; die deutschen Antifaschisten konnten jedoch in der Tschechoslowakei bleiben und die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft behalten. [...] Der Tschechoslowakei wurde von der gesamten Welt das Recht zugestanden, die Abschiebung der deutschen Minderheit durchzuführen – entsprechend ihrer Haltung in den Jahren 1938–39, als sie als Werkzeug der deutschen imperialistischen Aggression auftrat. Alle Siegermächte waren der Ansicht, dass die deutsche Minderheit nicht nur eine innerstaatliche tschechoslowakische Angelegenheit, sondern vor allem ein Problem der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens sei. Die Zustimmung der Siegermächte und der übrigen Weltöffentlichkeit zur Durchführung der Abschiebung war vor allem von dem Bemühen getragen, dass in der Zukunft nicht erneut die aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus die deutschen Minderheiten in Zentraleuropa missbrauchen und damit einen weiteren Krieg auslösen.“¹⁴

Debatten unter Dissidenten und Exil-Tschechoslowaken

Mitte der 1960er Jahre liberalisierte sich in der Tschechoslowakei des Reformkommunismus das gesellschaftspolitische Klima verglichen mit der vorangegangenen stalinistischen Ära ein wenig. Diese veränderte Grundstimmung ermöglichte öffentliche Äußerungen, die das offizielle Geschichtsverständnis hinterfragten und zuvor noch kaum denkbar gewesen wären. In den Prager Barrandov-Studios verfilmte 1966 der tschechische Regisseur Karel Kachyňa (1924–2004) einen Roman seines Kollegen Jan Procházka (1929–1971) unter dem Titel *Kočár do Vídne* [Wagen nach Wien].¹⁵ Dies war möglich, da Procházka selbst dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei angehörte. Die Handlung spielt in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs. Deutsche Soldaten hängen einen tschechischen Soldaten wegen angeblicher Plünderung. Krista, dessen junge Frau, beschließt, für dieses Verbrechen Rache an den Deutschen zu nehmen und bekräftigt ihr Vorhaben mit einem Gelübde. Zwei junge Wehrmachtssoldaten, die

von den Vorkommnissen nichts wissen, beschließen, den Krieg Krieg sein zu lassen und über die grüne Grenze nach Niederösterreich zu desertieren. Sie verpflichten ausgerechnet Krista, sie mit einem Pferdegespann an die Grenze zu fahren. Über einsame Waldwege geht die Fahrt, während derer einer der beiden Soldaten seinen Verletzungen erliegt und am Wegesrand bestattet wird. Mit Hans, dem zweiten Österreicher, setzt Krista die Fahrt fort. Zwischen beiden erwächst, den Umständen zum Trotz, eine Art menschlicher Verbundenheit; gleichwohl möchte Krista ihre Rache einlösen und nähert sich dem schlafenden Hans mit einer Axt. Der wacht auf, ruft nach seiner Mutter und kann sich dem Hieb entziehen. Schließlich obsiegt die Menschlichkeit bei Hans und Krista, und sie kommen einander näher. Dabei werden sie von tschechischen Partisanen überrascht. Diese ermorden Hans und misshandeln Krista als angebliche „Nazihure“. Bei der Vorführung auf dem Internationalen Filmfestival von Karlsbad/Karlovy Vary fielen die Reaktionen unterschiedlich aus. Während ein Teil des Publikums Kachyñas Film, der verbreitete nationale Stereotypen hinterfragt, mit verständnislosem Schweigen quittierte, erkannte der polnische Kritiker Bolesław Michalek (1925–1997) in ihm eine Darstellung ethischen Verhaltens in Extremsituationen.¹⁶ *Kočár do Vídne* erhielt schließlich einen der drei Hauptpreise des Filmfestivals. Am 3. Juli 1967 strahlte das ZDF den Film für das deutsche Fernsehpublikum aus. Kachyňa fiel 1970 bei der Prager Parteiführung in Ungnade und durfte bis 1989 nur noch Kinderfilme drehen.

Zu einem wichtigen Sprachrohr einer tschechoslowakischen Debattenkultur wurde die 1956 in New York begründete und zwischen 1960 und 1990 in Paris herausgegebene Exilzeitschrift *Svědectví* [Zeugnis]. Unter den Argusaugen des kommunistischen Regimes in Prag und des staatlichen Geheimdienstes entspann sich auf dieser extraterritorialen Plattform eine angeregte Diskussion über die Vertreibung der Deutschen aus der Nachkriegs-Tschechoslowakei. Den Anfang machte 1978 unter dem Pseudonym „Danubius“ der slowakische Dissident Jan Mlynárik (1933–2012) mit seinen „Thesen zur Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen“.¹⁷ Er verurteilte darin das nach 1945 angewandte Prinzip der Kollektivschuld. Die Vertreibung der Deutschen habe nur dank des Bündnisses der Exilregierung unter Edvard Beneš

14 *Přehled československých dějin* [Übersicht der tschechoslowakischen Geschichte]. Band III: 1918–1945, Praha 1960, S. 574, S. 591.

15 Jan Procházka: *Kočár do Vídne*, Praha 1967.

16 Bolesław Michalek: *Mówią twórcy 'Wozu do Wiednia'* [Es sprechen die Autoren des ‚Wagen nach Wien‘], in: Film, Nr. 35/1966, S. 12f.

17 *Danubius: Tězy o vysídlení československých Němců*, in: *Svědectví* 15 (1978) H. 57, S. 105–122.



Ehemaliger Redaktionssitz der Exil-Zeitung *Svědectví* [Zeugnis] in Paris, 30, Rue Croix-des-Petits-Champs
Foto: arizpropokrocile, CC BY-SA 3.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>>/Wikimedia Commons

mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Josef Stalin durchgeführt werden können. Mlynárik erteilte der These, wonach sich die gesamte deutsche Geschichte linear auf das „Dritte Reich“ und Adolf Hitler hin entwickelt habe, eine Absage. Die NS-Verbrecher hätten individuell zur Verantwortung gezogen werden können, womit man eine Kollektivbestrafung umgangen hätte. Die Vertreibung sei den „Abgründen einer irrationalen Rache“ entsprungen und habe Unschuldige bestraft. Sie stehe im Widerspruch zu den Menschenrechten. Mlynárik appellierte an die tschechoslowakischen Dissidenten, sich nicht nur in der Gegenwart für die Einhaltung der Menschenrechte zu engagieren, sondern auch in einem geschichtlichen Sinn für vergangene Taten Verantwortung zu übernehmen. Die Vertreibung der tschechoslowakischen Deutschen sei

nicht nur eine „deutsche Tragödie“, sondern auch eine Tragödie für die Tschechoslowakei gewesen, mit der man sich auch in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit auseinandersetzen solle.

Mlynáriks Thesen riefen sowohl Dissidenten in der Tschechoslowakei als auch zahlreiche Emigranten auf den Plan, deren Reaktionen zum Teil ebenfalls in der Zeitschrift *Svědectví* abgedruckt wurden. Führende Redaktionsmitglieder empfanden Mlynáriks Text als grob vereinfachend, indem er die Elite der Jahre 1945-1948 pauschal verurteile, ohne den historischen Kontext zu berücksichtigen. Der Historiker Milan Hübl (1927-1989) bemängelte, Mlynárik habe sich argumentativ ausschließlich mit der Situation der Deutschen in den Böhmischen Ländern auseinandergesetzt und die Karpatendeutschen in der Slowakei ignoriert.¹⁸ Hübl warf Mlynárik einen selektiven Umgang mit den historischen Fakten vor und stigmatisierte dessen Text als „politisches Pamphlet“. Rückendeckung erhielt Mlynárik von dem in Wien lebenden Politologen Zdeněk Mlynář (1930-1997),¹⁹ während sich der Historiker Luboš Kohout (1925-2012) eher auf Hübls Seite stellte. Der Philosoph und Literaturwissenschaftler Rio Preisner (1925-2007) meinte in seinem Beitrag, die Tschechoslowakei habe durch die Vertreibung ihre geopolitische Stellung in Europa in einer Weise verschoben, das ihrem früheren Selbstverständnis widerspreche.²⁰ An dem Gedankenaustausch beteiligten sich noch zahlreiche weitere Persönlichkeiten, etwa der in London lebende deutsche Exil-Sozialdemokrat Harry Hochfelder (1914-1991)²¹ und die im Münchner Exil wohnenden Schriftsteller Ota Filip (1930-2018)²² und Hanuš J. Hájek (*1919).²³ Im Jahr 1980 fand diese Debatte ihre Fortsetzung in einem weiteren Exil-Organ, dem in Zürich herausgegebenen *Právo lidu* [Recht des Volkes]. Dort meldeten sich vor allem Historiker zu Wort, etwa Johann Wolfgang Brügel (1905-1986), Vilém Prečan (*1933), Bedřich Loewenstein (1929-2017) und Jaroslav Šabata (1927-2012). Diese im westlichen Exil herausgegebenen Publikatio-

.....

18 Milan Hübl: *Glosy k Danubiovým tezím o vysídlení Němců* [Anmerkungen zu Danubius' Thesen zur Aussiedlung der Deutschen], in: *Svědectví* 15 (1978) H. 58, S. 387-396.

19 Zdeněk Mlynář: *Vážená redakce* [Sehr geehrte Redaktion], in: *Svědectví* 16 (1979) H. 58, S. 396-405.

20 Rio Preisner: *Váženy pane redaktore* [Sehr geehrter Herr Redakteur], in: *Svědectví* 16 (1979) H. 59, S. 571 f.

21 *Vážená redakce* [Sehr geehrte Redaktion], in: ebd. S. 585 f.

22 Ota Filip: *Milý redaktore* [Lieber Redakteur], in: ebd., S. 588 ff.

23 Hanus Hájek: *Vážená redakce* [Sehr geehrte Redaktion], in: ebd., S. 590 f.

nen wurden über in die Tschechoslowakei geschmuggelte Exemplare und Samizdat-Abschriften in den Kreisen des politischen Untergrunds und der Bürgerrechtsbewegung verbreitet, in denen sie zu angeregten Diskussionen, etwa unter den Unterzeichnern der Charta 77, führten. Die Dissidenten setzten die Debatten ihrer in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, Großbritannien oder den USA lebenden Landsleute als eine Art Ersatzöffentlichkeit in der kommunistischen Tschechoslowakei fort.

Historiografische Aufarbeitung

Während der Jahre der kommunistischen Diktatur waren in der Tschechoslowakei Forschungen zu den Hintergründen, zum Ablauf und zu den Folgen der Vertreibung der Deutschen nicht oder nur in wenigen Ausnahmefällen erwünscht. Zu groß war die Angst der Kommunisten, ihre oben skizzierte Deutungshoheit könne durch das Studium der Quellen und deren Neuinterpretation in Frage gestellt werden. Die erste einschlägige Studie eines tschechischen Historikers, des einstigen Widerstandskämpfers Radomír Luža (1922–2009), erschien daher 1964 in amerikanischen Exil.²⁴ Auch der Prager Historiker Jan Křen (1930–2020) verwies in der Zeit des politischen Tauwetters Ende 1967 in der Zeitschrift *Dialog* mit Blick auf die Nachkriegsvertreibungen auf Defizite der „sozialistischen Historiografie“ in der ČSR, in Polen, Ungarn, Jugoslawien und der DDR, während gleichzeitig in Westdeutschland eine Vielzahl von Arbeiten zu diesem Thema erschien. Křen verortete die Vertreibung deutscher Minderheiten aus dem östlichen Europa im Kontext der allgemeinen Nachkriegsentwicklungen und widersprach damit dem

offiziellen Geschichtsbild.²⁵ Die Ende 1968 beginnende „Normalisierung“, das Ende der kurzzeitigen innenpolitischen Liberalisierung, verhinderte, dass dieser Appell an die Historikerkunft in großem Stil aufgegriffen werden konnte.

Das öffentlich dokumentierte Interesse tschechischer Zeithistoriker und Ethnologen galt in den folgenden Jahren stärker den gesellschaftlichen Prozessen, die ab 1945/46 in den „neu besiedelten Gebieten“ stattgefunden hatten.²⁶ Gleichwohl lassen sich im Zeitraum 1968–1989 bereits Ansätze zu einer geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung feststellen. Die ersten Aufsätze dazu erschienen häufig nicht in der Hauptstadt Prag, sondern in regionalen Zeitschriften wie dem in Troppau/Opava herausgegebenen *Slezský sborník* [Schlesische Zeitschrift]. In den 1980er Jahren sammelte der Zeithistoriker Tomáš Staněk (*1952) in tschechischen Archiven Materialien zur Geschichte der Vertreibung. Unmittelbar nach der politischen Wende von 1989/90 konnte er als einer der ersten fundierte Erkenntnisse präsentieren,²⁷ die er in den folgenden Jahren um weitere Detailstudien und Diskussionsbeiträge²⁸ ergänzte. Mit seinem Schweizer Kollegen Adrian von Arburg (*1974) initiierte er später eine Quellenedition mit Dokumenten aus tschechischen Archiven.²⁹

Bereits 1990 publizierte der renommierte Academia-Verlag die 368 Seiten umfassende Anthologie *Češi, Němci, odsun* [Die Tschechen, die Deutschen, die Abschiebung] mit einer Zusammenstellung derjenigen Texte, in denen sich Exil- und Untergrund-Historiker während der vorausgegangenen Jahre zur Vertreibung geäußert hatten.³⁰



Cover einer Ausgabe der Zeitschrift *Slezský sborník* [Schlesische Zeitschrift] aus dem Jahr 2019.
Foto: Slezské zemské muzeum, Opava

24 Radomír Luža: *The Transfer of the Sudeten Germans. A Study of the Czech-German Relations, 1933–1962*, New York 1964.

25 Jan Křen: *Odsun Němců ve světle nových dokumentů* [Die Abschiebung der Deutschen im Lichte neuer Dokumente]. I. Část, in: *Dialog* 16 (1967) H. 4, S. 5, II. Část, in: ebenda, Nr. 6, S. 13; dazu auch Pavel Čapek: *Jak vznikl plán na odsun Němců*, in: *Křesťanská revue* 35 (1968) H. 2, S. 46 ff.

26 Vgl. etwa Alexandra Navrátilová u. a. (Hg.): *Etnické procesy v nově osídlených oblastech na Moravě. Na příkladě vybraných obcí v jihomoravském a severomoravském kraji* [Ethnische Prozesse in den neubesiedelten Gebieten in Mähren. Am Beispiel ausgewählter Gemeinden in Süd- und Nordmähren], Brno 1986.

27 Tomáš Staněk: *Odsun Němců z Československa 1945–1947* [Die Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947], Praha 1991.

28 Historik Staněk: *Odsun? Jsou to naše dějiny, jejich připomínání je na místě* [Abschiebung? Das ist unsere Geschichte, und deren Erinnerung ist angebracht], in: *Deník*, 1.8.2015, https://www.denik.cz/z_domova/historik-stanek-odsun-jsou-to-nase-dejiny-jejich-pripominani-je-namiste-20150731.html [Stand: 02.07.2021].

29 Adrian von Arburg/Tomáš Staněk (Hg.): *Vysídlení Němců a proměny českého pohraničí 1945–1951. Dokumenty z českých archivů*. – mehrere Bände.

30 Bohumil Černý/Jan Křen/Václav Kural/Milan Otáhal (Hg.): *Češi, Němci, odsun. Diskuse nezávislých historiků* [Die Tschechen, die Deutschen, der Abschied. Diskussionen der unabhängigen Historiker], Praha 1990.

Damit gewann die interessierte Öffentlichkeit in der Transformationszeit Zugriff auf jene wichtigen Diskussionsbeiträge, die bis 1989 nur im Geheimen zirkuliert hatten. Einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der historiografischen Aufarbeitung der tschechoslowakischen Geschichte seit 1945 hat auch die 1990 auf Anregung der Außenministerien beider Staaten ins Leben gerufene Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission, die sich insbesondere mit der bilateralen Konfliktgeschichte im 19./20. Jahrhundert beschäftigt.³¹

Der Vertreibungsdiskurs nach 1989 im Kontext der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Beziehungen

In einer am 23. Dezember 1989 vom staatlichen Fernsehen noch vor seiner Wahl zum tschechoslowakischen Staatspräsidenten ausgestrahlten Ansprache erklärte der Dissident Václav Havel (1936–2011):

„Ich denke, dass wir uns bei den Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschoben wurden, entschuldigen sollten. Denn dies war ein Akt der sehr harten Wegnahme der Heimat von einigen Millionen Menschen, und es war ein Übel, mit dem vorausgegangenes Übel vergolten werden sollte. Und ich denke, wenn wir auf Übel mit Üblem reagieren, so wird das Übel nur weiter hinausgeschoben.“³²

Diese Entschuldigung, die zeitweise sogar mit dem Angebot einer doppelten Staatsbürgerschaft für ehemalige tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nationali-

tät einherging,³³ musste Havel später auf Druck politischer Berater und Behörden zurücknehmen. Gleichzeitig erhöhte die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) den Druck auf deutsche Politiker, bei der Gestaltung der bilateralen Beziehungen die rechtlichen Interessen deutscher Vertriebener energisch zu vertreten. Das Thema „Vertreibung“ drohte die politischen Beziehungen zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und der vom Kommunismus befreiten Tschechoslowakei zu belasten, während sich gleichzeitig ein breites Netz an zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Kontakten entwickelte, das diese Belastung abzufedern vermochte.

Diplomaten aus beiden Ländern erarbeiteten ein Dokument, das das Nachbarschaftsverhältnis neu regeln und an die Stelle des so genannten Prager Vertrags (Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik) vom 11. Dezember 1973 treten sollte. Damals war zwar erklärt worden, dass „das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 der Tschechoslowakischen Republik durch das nationalsozialistische Regime unter Androhung von Gewalt aufgezwungen“ worden sei, doch hatte man sich einer darüber hinausgehenden historischen Einordnung und Beurteilung enthalten. Das sollte sich nun ändern. Am 27. Februar 1992 unterzeichneten die Repräsentanten beider Staaten den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit.³⁴ Darin wird in der Präambel „der zahlreichen Opfer, die Gewalt Herrschaft, Krieg und Vertreibung gefordert haben“, gedacht. Der Gebrauch der Vokabel „Vertreibung“, die in der tschechischen Vertragsfassung mit der wortwörtlichen Entsprechung „*vyhnání*“ wiedergegeben wurde,³⁵ führte in der tschechoslowakischen Innenpolitik zu heftigen Kontroversen. Im tschechischen Sprachgebrauch war seit 1945

31 Vgl. etwa Ivona Řezanková/Václav Kural (Hg.): *Cesta do katastrofy. Československo-německé vztahy 1938–1947* [Der Weg in die Katastrophe. Die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen 1938–1947], Praha 1993; Detlef Brandes/Edita Ivaničková/Jiří Pešek (Hgg.): *Vynútený rozchod. Vyhnanie a vysídlenie z Československa 1938–1947 v porovnaní z Poľskom, Maďarskom a Južosláviou* [Erzwungener Abgang. Vertreibung und Aussiedlung aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien], Bratislava 1999.

32 Zit. nach ‚*Odsun*‘ rozděloval i Chartu 77. Chartisté stáli při vzniku česko-německé deklarace [Die ‚Abschiebung‘ spaltete auch die Charta 77. Die Chartisten begleiteten das Zustandekommen der Deutsch-Tschechischen Erklärung], in: *Lidové noviny*, 27.2.2017, https://www.lidovky.cz/domov/odsun-rozdeloval-i-chartu-77-chartiste-stali-pri-vzniku-cesko-nemecke-deklarace.A170127_090844_In_domov_mpr [Stand: 02.07.2021].

33 Vgl. Jan Křen: Nachwort, in: Samuel Salzborn: *Geteilte Erinnerung. Die deutsch-tschechischen Beziehungen und die sudetendeutsche Vergangenheit*, Frankfurt am Main u. a. 2008, S. 125–134, hier S. 130.

34 Gesetz zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftlichen Zusammenarbeit, in: *Bundesgesetzblatt* 1992, Teil II, Nr. 21 vom 15.7.1992.

35 *Sdělení federativního ministerstva zahraničních věcí o sjednání Smlouvy mezi Českou a Slovenskou Federativní Republikou a Spolkovou republikou Německo o dobrém sousedství a přátelské spolupráci* [Mitteilung des Föderativen Außenministeriums über die Aushandlung des Vertrags zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit]. In: *Sbírka zákonů* c. 521/1992, 14.9.1992.



Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung am 21. Januar 1997 durch Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Václav Klaus
Foto: Michal Dolezal/CTK Photobank

für die Vertreibung der Deutschen der Terminus „odsun“ verwendet worden, der wortwörtlich „Abschiebung“ oder „Umsiedlung“ bedeutet, aber auch dem aus historischen Kontexten bekannten „Schub“, also der Ausweisung unliebsamer Personen aus dem Staatsgebiet, entspricht.³⁶

Die Teilung der Tschechoslowakei in zwei Staaten brachte das Thema „Vertreibung“ erneut aufs Tapet der internationalen Politik. Nach langwierigen diplomatischen und publizistischen Diskussionen einigten sich die tschechische und die deutsche Seite darauf, strittige Fragen in einer bilateralen Regierungserklärung zu lösen. Auf diese Weise kam die *Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung vom 21. Januar 1997* zustande. Darin bekannte sich Deutschland zu seiner Verantwortung für das Zustandekommen des Münchner Abkommens, für die „Flucht und Vertreibung“ von Tschechen aus dem Grenzgebiet 1938 und die Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik. Die nationalsozialistische Besatzungspolitik wurde als Ursache der Vertreibung der Deutschen nach 1945 anerkannt. Die Tschechische Republik bedauerte die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen nach 1945 und das in diesem Kontext zugefügte Leid. Bei der Aushandlung dieses Textes war es zu einem terminologischen Dissens gekommen, der im Endergebnis dazu führte, dass in der tschechischen Version als Pendant zu „Vertreibung“ nicht die sprachliche Grundform

„vyhnání“, sondern die Verlaufsform „vyhánění“ verwendet wurde. Als konkrete Ergebnisse der Erklärung entstanden der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds, aus dessen Fördermitteln seither auch zahlreiche kulturelle und wissenschaftliche Projekte mit Bezug zur Vertreibung der Deutschen finanziert wurden, sowie das regelmäßig tagende Deutsch-Tschechische Gesprächsforum, mit dessen Unterstützung es gelang, in der Zivilgesellschaft Diskussionen über strittige (auch historische) Themen anzustoßen. Dank dieser Vereinbarungen hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten das Verhältnis beider Staaten deutlich verbessert.

Der Freistaat Bayern, der 1954 die „Schirmherrschaft“ über die seither als „vierter Stamm“ neben Altbayern, Schwaben und Franken geltenden³⁷ Sudetendeutschen übernommen hat, sah sich über Jahrzehnte als Fürsprecher der von der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) vertretenen außenpolitischen Ansprüche und Forderungen. Dies führte in der Vergangenheit zu einer Verhärtung der nachbarschaftlichen Beziehungen auf politischer Ebene. Im Dezember 2010 fuhr Horst Seehofer (*1949) als erster bayerischer Ministerpräsident offiziell nach Prag; im Februar 2013 fand ein Gegenbesuch des tschechischen Ministerpräsidenten Petr Nečas (*1964) in Bayern statt, der in einer Rede vor dem Bayerischen Landtag sein Bedauern über die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei äußerte.

36 Eintrag „odsun“, in: Hugo Siebenschein (Hg.): *Česko-německý slovník* [Tschechisch-Deutsches Wörterbuch]. Band A–O, Praha 1983, S. 705.

37 Vgl. dazu ausführlich K. Erik Franzen: *Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954–1974*, München 2010.



Sudetendeutsches Museum in München
Foto: picture alliance/SvenSimon/Frank Hoermann

Positionen innerhalb der Tschechischen Republik und in der Slowakei

Das Thema „Vertreibung der Deutschen“ ist bis heute in der Tschechischen Republik stark präsent: Es ist nicht nur Gegenstand historischer Aufarbeitung, gesellschaftlicher Debatten, politischer Kontroversen, sondern der Bevölkerung auch durch das verbliebene Kulturerbe der Sudetendeutschen allgegenwärtig. Gelegentlich wird es zu innenpolitischen Zwecken instrumentalisiert, etwa als im Präsidentschaftswahlkampf Miloš Zeman (*1944) seinem Gegenkandidaten Karel Schwarzenberg (*1937) aufgrund seiner Position zu den so genannten Beneš-Dekreten in einer Fernsehdebatte am 18. Januar 2013 vorhielt, er rede wie ein „*Sudeták*“,³⁸ ein abfälliger Ausdruck für Sudetendeutsche.

Jenseits der Politik spielen solche emotionsgeladenen Diskurse keine größere Rolle mehr. Allerdings lassen Spiel- und Dokumentarfilme, Rundfunkbeiträge, Romane und Erzählungen, Theaterstücke, Denkmäler, Internetportale, ritualisierte Gedenkveranstaltungen auf lokaler Ebene und zahlreiche andere Formate das Thema

in der tschechischen Öffentlichkeit nahezu omnipräsent erscheinen. Aus der kaum mehr zu überblickenden Zahl der literarischen Beispiele sei hier nur der Roman *Vyhnání Gerty Schnirch* [„Gerta. Das deutsche Mädchen“] der Brünner Schriftstellerin Kateřina Tučková (* 1980) über das Schicksal einer mehrsprachigen Brünnerin herausgegriffen.³⁹ Die Vertreibung der Deutschen nach 1945 ist aber auch ein Thema im tschechischen Schulunterricht, für das inzwischen Lehrer- und Schülerhandreichungen mit Ausarbeitungen namhafter tschechischer Historiker vorliegen.⁴⁰

Eine originelle plastische Auseinandersetzung mit der Vertreibung der Deutschen lieferte 2015 der Kunststudent Jakub Hadrava in der auffälligen Kirche des Dorfes Lukau/Luková. Aus Gips und Tüchern komponierte er seine Installation *Věříci* [Die Gläubigen]. Die 32 geisterähnlichen Gestalten in den Kirchenbänken sollen an die einstigen Bewohner des Dorfes erinnern.

Auf nationaler wie auf regionaler Ebene haben sich in der Zivilgesellschaft seit 1990 zahlreiche Initiativen gebil-

38 Jan Kaczor: *Mluvíte jako Sudeták, řekl Zeman Schwarzenbergovi* [Sie reden wie ein „Sudeták“, sagte Zeman zu Schwarzenberg], in: Lidové noviny, https://www.lidovky.cz/domov/aplausy-buceni-a-skandovani-duel-zeman-schwarzenberg-na-prime-pripomina-ring.A130118_212137_In_domov_jkz [Stand: 02.07.2021].

39 Kateřina Tučková: *Vyhnání Gerty Schnirch*, Brno 2009; deutsch: Gerta. Das deutsche Mädchen. Übersetzt von Iris Milde, Berlin 2018.

40 Zum Beispiel Zdeněk Beneš u. a. (Hg.): *Téma: Odsun-Vertreibung. Transfer Němců z Československa 1945–1947. Informační materiál pro učitele k výuce na základních a středních školách* [Thema: Odsun-Vertreibung. Der Transfer der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947. Informationsmaterial für die Lehrer zum Unterricht an Grund- und Mittelschulen], Praha 2002.



Ausstellung von Jakub Hadrava in der baufälligen Kirche des Dorfes Lukau/Luková. Aus Gips und Tüchern komponierte er seine Installation *Věřící* [Die Gläubigen]. Die 32 geisterähnlichen Gestalten in den Kirchenbänken sollen an die einstigen Bewohner des Dorfes erinnern.

Foto: <http://www.lukova-kostel.cz/fotogalerie/fotokolekce>

det, die sich mit unterschiedlichen Zugängen dem Thema „Vertreibung“ widmen. Prager Geschichtsstudenten gründeten 1998 die gemeinnützige Organisation „Antikomplex“, die einen kritischen gesellschaftlichen Dialog über die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei anstoßen wollte. Die Gruppe organisiert Ausstellungen, Begegnungen, Diskussionsveranstaltungen und Lehrerfortbildungen. Problematisch erscheint bei dieser Gruppe die unreflektierte Verwendung des historisch belasteten, da nur zwischen 1938 und 1945 für den gleichnamigen NSDAP-Gau gebrauchten Begriffs „Sudetenland“ für alle ehemaligen Gebiete der Tschechischen Republik, in denen einst Deutsche lebten.⁴¹ Im Jahre 2006 wurde in der einstigen Industriestadt Aussig/Ústí nad Labem von der dortigen Stadtverwaltung, der örtlichen Universität, der Gesellschaft für Geschichte der Deutschen in Böhmen und dem tschechischen Kulturministerium das Collegium Bohemicum ins Leben gerufen, das derzeit eine Dauerausstellung zur Geschichte der deutschen Bevölkerung der Böhmisches Länder vorbereitet. Sie wird den dem Diskurs der Zwischenkriegszeit entlehnten Titel *Naši Němci* [„Unsere Deutschen“] tragen. Die Vertreibung der Deutschen wird dort im Kontext einer langen gemeinsamen

Geschichte thematisiert. Regionale Gruppen bemühen sich darum, nach 1945 in Vergessenheit geratene Kulturlandschaften wieder sichtbar zu machen, indem historische Gebäude restauriert, Denkmäler dokumentiert und über einschlägige Publikationen, Ausstellungen und Online-Portale einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Anders als bei „Antikomplex“ steht hier nicht die Vertreibung der Deutschen im Mittelpunkt. Vielmehr geht es darum, mittels besserer Kenntnis der vorgefundenen Kulturlandschaften und der „Aneignung“ des als „deutsch“ konnotierten materiellen Kulturerbes den heute dort lebenden Menschen die Identifikation mit ihrer Heimat zu erleichtern und so Beheimatung zu ermöglichen.

Was für Tschechien festgestellt werden konnte, gilt in ähnlicher Weise auch für die Slowakei. Historische Abhandlungen zur Geschichte der Deutschen im historischen Oberungarn bzw. der Slowakei liegen in großer Zahl vor, und auch das weitgehende Ende des einstigen Zusammenlebens wird – im Übrigen deutlich entspannter als in der Tschechischen Republik – thematisiert. Als Außenstelle des Slowakischen Nationalmuseums entstand 1997 in Pressburg/Bratislava das Museum der Kultur der Karpatendeutschen/Múzeum kultúry karpatských Nemcov. Es zeigt die kulturelle und historische Vielfalt derjenigen Gebiete auf dem Staatsgebiet der Slowakei, in denen Deutsche lebten. ▀

⁴¹ Petr Mikšíček (Hg.): *Zmizelé Sudety/Das verschwundene Sudetenland*. Praha 2004; Sarah Scholl-Schneider (Hg.): *Sudetské příběhy. Vyhnaní – starousedlíci – osídlenci/Sudetengeschichten. Vertriebene – Alteingesessene – Neusiedler*, Praha 2010.

ÜBER GENERATIONEN HINWEG: DAS ERBE DER VERTREIBUNG – TRAUMATA, VERHALTENSMUSTER, MENTALITÄTEN

von Helga Hirsch



Ankunft im bayerischen Grenzdurchgangslager Furth im Wald um 1946. Allein 1946 wurden dort mehr als 650.000 Menschen versorgt. Die meisten von ihnen kamen in Güterwaggons aus dem Sudetenland.

Foto: picture-alliance / dpa/Fotoreport Stadtarchiv Furth im Wald

„Es gibt ein Leben nach der Flucht“, weiß der Schriftsteller Ilja Trojanow, der als Kind mit seiner Familie aus dem kommunistischen Bulgarien nach Deutschland floh. Flucht ist nicht das Ende, will er trösten, nach der Flucht steht ein neuer Anfang. Doch sein Trost bleibt schwach, halbherzig, durchdrungen von Zweifel. Denn Trojanow

schränkt gleich ein: „Die Flucht wirkt fort, ein Leben lang. Unabhängig von den jeweiligen individuellen Prägungen, von Schuld, Bewusstsein, Absicht, Sehnsucht. Der Geflüchtete ist eine eigene Kategorie Mensch.“ Menschen dieser speziellen Kategorie, so suggeriert Trojanow, sind unter ein Joch gezwungen, das sich zeitlebens



Herta Müller (*17. August 1953 in Nițchidorf, Volksrepublik Rumänien), Nobelpreisträgerin für Literatur, hier aufgenommen in ihrer Wohnung in Berlin-Charlottenburg, 2020
Foto: ullstein bild/Fotograf: Martin Lengemann/WELT



Programmkündigung der Volkshochschule Traunreut, 1951. Nach 1945 hatten sich auf dem Gelände einer ehemaligen „Munitionsanstalt“ („Muna“) der Nationalsozialisten viele Flüchtlinge und Heimatvertriebene angesiedelt und große Firmen wie Siemens Betriebe errichtet, wodurch Arbeitsplätze geschaffen wurden. Am 1. Oktober 1950 wurde durch Zusammenlegung mehrerer Siedlungen und Dörfer eine neue Gemeinde mit dem Namen Traunreut gebildet.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

nicht abschütteln lässt. „Nichts an der Flucht ist flüchtig. Sie stülpt sich über das Leben und gibt es nie wieder frei.“¹

Die Erfahrungen scheinen sein Urteil zu bestätigen. Wir lesen die Bücher der Nobelpreisträgerin Herta Müller: Selbst nach Jahrzehnten in Deutschland taucht sie in ihren Romanen immer noch und immer wieder in das repressive Ceausescu-Regime ein – in die Welt totalitärer Willkür und Repression, der sie als junge Erwachsene entflohen. Wir verfolgen andere Schriftsteller, die in ihren Büchern ebenfalls in ihre Herkunftsländer zurückkeh-

ren – nach Jugoslawien, in die Ukraine, nach Syrien oder nach Afrika, in Länder, aus denen Gewalt, Verfolgung und Armut sie vertrieben. Eben: Flucht „stülpt sich über das Leben“, Flucht drängt sich in das Heute und fordert Aufmerksamkeit für das Gestern, selbst wenn der Heimatverlust viele Jahre zurückliegen mag.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und noch einige Jahrzehnte danach dominierte in Deutschland eine gänzlich andere Sichtweise. Anfangs ließ sich zwar nicht leugnen, dass sich die Schrecken der Flucht bei vielen der

1 Ilja Trojanow: Nach der Flucht: Ein autobiographischer Essay, Frankfurt am Main 2017, S. 9 und 11.



Mutter, Sohn und Großmutter einer heimatvertriebenen Familie in einem Flüchtlingslager, 1950er Jahre
Foto: ullstein bild

zwölf Millionen Flüchtlinge in Deutschland Ost und West festgesetzt, sie sogar krankgemacht hatten, körperlich und seelisch. Es war allzu offensichtlich. Bei Untersuchungen von Flüchtlingskindern Ende der 1940er Jahre etwa stellte man nicht nur Untergewicht, Eiweißmangel, schlechte Zähne und eine besondere Anfälligkeit für infektiöse Krankheiten wie Tuberkulose fest. Diese Kinder waren auch schweigsam, ernst, misstrauisch, und sie litten unter Konzentrationsstörungen, Alpträumen, Sprachstörungen und Kopfschmerzen.² Es dauerte jedoch nur wenige Jahre und man glaubte, aufatmen zu können. Die Auffälligkeiten waren verschwunden. Mangelernährung und traumatische Erfahrungen, so lautete nun das Urteil, ziehe

keine dauerhafte Beeinträchtigung nach sich.³ Menschen in Extremsituationen seien stark belastbar, speziell Kinder würden über eine außerordentliche Elastizität verfügen und nicht grundlegend zu erschüttern sein.

Programmankündigung der Volkshochschule Traunreut, 1951. Nach 1945 hatten sich auf dem Gelände einer ehemaligen „Munitionsanstalt“ („Muna“) der Nationalsozialisten viele Flüchtlinge und Heimatvertriebene angesiedelt und große Firmen wie Siemens Betriebe errichtet, was für Arbeitsplätze sorgte. Am 1. Oktober 1950 wurde durch Zusammenlegung mehrerer Siedlungen und Dörfer eine neue Gemeinde mit dem Namen Traunreut gebildet.

2 E. Lippelt/C. Keppel: Deutsche Kinder in den Jahren 1947 bis 1950, in: Schweizerische Zeitschrift für Psychologie und ihre Anwendungen 9 (1950), S. 212 – 322.

3 Ursula Brandt: Flüchtlingskinder. Eine Untersuchung zu ihrer psychischen Situation, München 1964, S. 80 ff. und 151 ff.

Außerdem galt: Hatten nicht viele Schreckliches erlebt? Hatten manche nicht sogar noch Schrecklicheres erlebt? War Schreckliches nicht „normal“ gewesen in jener Zeit? Und war die aktive Teilnahme von Flüchtlingen am Wirtschaftswunder nicht der handfeste Beweis dafür, dass Schreckliches den Menschen nicht brechen konnte? Zeitungen meldeten Erfolgsgeschichten von „Häuslebauern“ und Firmengründern, die mit nichts als einem Rucksack angekommen waren. Doch um 1970 unterschied sich der Lebensstandard von Vertriebenen nicht mehr von jenem der Einheimischen. Dem Stolz von Politikern – „Wir haben sie integriert!“ – entsprach der Stolz der Betroffenen: „Wir haben es geschafft!“

In den Folgejahren stellte sich jedoch heraus, dass die Annahme einer gelungenen Integration voreilig war. Sozialer Aufstieg allein ließ Sudetendeutsche, Pommern, Bessarabiendeutsche oder Schlesier noch nicht in ihren neuen Wohnorten ankommen. Bayerische, hessische oder sächsische Traditionen blieben besonders älteren Menschen auch nach Jahrzehnten noch fremd, die Trauer um die alte Heimat war keineswegs überwunden. Die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf beobachtete Mitte der 1970er Jahre: Die Alten „alterten in Wochen um Jahre, starben dann, nicht schön der Reihe nach und aus den verschiedensten Gründen, sondern alle auf einmal und aus ein und demselben Grund, mochte man ihn Typhus nennen oder Hunger oder ganz einfach Heimweh, was ein überaus triftiger Vorwand ist, um daran zu sterben.“⁴

Als bei Holocaust-Überlebenden und Veteranen des Zweiten Weltkriegs systematische Forschungen über die psychischen Spätfolgen von Krieg und Vernichtungspolitik begannen, schälten sich bald typische Symptome heraus. Die Betroffenen litten unter Depressionen, Angstzuständen, unter wiederkehrenden, verstörenden Erinnerungsfetzen oder chronischen psychosomatischen Schmerzen. Außerdem hatten sie zum Teil eine emotionale Abgestumpftheit entwickelt, die sie instinktiv Situationen vermeiden ließ, die an das auslösende Ereignis erinnerten. In den 1980er Jahren wurde, von den USA ausgehend, das „Posttraumatische Belastungssyndrom“ (PTSD – *Posttraumatic Stress Disorder*) als Krankheit bei Menschen anerkannt, die in Lebensgefahr geschwebt hatten oder Zeugen lebensbedrohlicher Situationen gewesen waren.

Dass auch deutsche Flüchtlinge und Vertriebene traumatisiert oder doch psychisch tief verletzt sein könnten, geriet so recht allerdings erst Anfang der 1990er Jahre ins Bewusst-

sein der breiten Öffentlichkeit, als über dreihunderttausend Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina in Deutschland aufgenommen wurden. Erst dann wurde vielen Angehörigen der zweiten Generation die moralische Doppelbödigkeit bewusst, die gegenüber verschiedenen Flüchtlingsgruppen herrschte. Wieso wurde vergewaltigten Frauen aus Bosnien und Herzegowina widerspruchslos und selbstverständlich psychologische Hilfe gewährt, den deutschen, bei Kriegsende ebenfalls vergewaltigten und traumatisierten Müttern und Großmüttern das Mitgefühl jedoch nach wie vor verweigert? Gab es bessere und schlechtere Flüchtlinge? Solche, die unsere Empathie verdienten und solche, die uns peinlich waren? Immerhin überwandene ältere Frauen damals zum Teil ihre Scham – galten Vergewaltigungen doch als Schmach, die es vor der Familie und der Umwelt zu verbergen galt – und meldeten sich in den Praxen von Schmerztherapeuten und Psychotherapeuten. Nach mehreren Jahrzehnten waren sie bereit, sich den neu erkannten Zusammenhängen zwischen chronischen Beschwerden und nicht verarbeiteten Erlebnissen zu stellen.

Phasen im Umgang mit Flucht und Vertreibung

In Deutschland lassen sich deutlich drei Phasen im Umgang mit Flucht und Vertreibung unterscheiden. In den 1950er Jahren wurde sehr laut und weitgehend unwidersprochen darüber geklagt, wie Deutsche unter Bombenangriffen, Krieg, Gefangenschaft und eben auch unter Flucht und Vertreibung gelitten hätten – Deutsche sahen sich als Opfer. Auch die westlichen Alliierten widersprachen diesem Narrativ nicht, fügte es sich doch reibungslos in die antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg. Man lenkte von eigenem Versagen ab und verwies auf andere: Hatten die Rotarmisten bei ihrem Vormarsch in Ostdeutschland nicht noch schlimmer gehaust als die Wehrmacht in der Sowjetunion?

Selbst wo ganz abstrakt eine Schuld des NS-Regimes eingeräumt wurde, blieb dies Eingeständnis folgenlos. Konkret Schuldige wurden nicht benannt. Eine Verfolgung einzelner Täter begann erst in den 1960er Jahren, und auch das meist noch gegen erhebliche Widerstände. Erst mit dem Fernsehfilm „Holocaust“, der in Deutschland 1979 ausgestrahlt wurde, setzte sich im Urteil der Öffentlichkeit über den Zweiten Weltkrieg mehr und mehr das Narrativ vom deutschen Täter durch. Das Pendel schlug nun allerdings zur anderen Seite aus, der Holocaust wurde zu einer Art negativem Gründungsmythos der Bundesrepublik – mit gravierenden Folgen für den Umgang mit Flucht und Vertreibung.

4 Christa Wolf: *Kindheitsmuster*, München 2002, S. 412.

Waren sich die großen Parteien und die übergroße Mehrheit der Gesellschaft in den 1960er Jahren noch einig gewesen: „Dreigeteilt – niemals!“, so galt der Heimatverlust gut zehn Jahre später als nahezu gerechte Strafe für die deutschen Verbrechen. Der Verzicht auf die Erinnerung an deutsches Leid schien der Preis, der für die Verständigung mit den Opfern des NS-Regimes zu zahlen war. Vertriebene Eltern wurden von den Söhnen und Töchtern oft nur noch pauschal als Angehörige eines Tätervolks wahrgenommen. Mit Tätern aber durfte es keine Empathie geben und Tätern durfte keine Trauer zugestanden werden. Empathie für die Opfer der Deutschen schloss Empathie für die deutschen Opfer aus. „Für mich entstand schon als 12-Jährige, nachdem ich voller Erschütterung ‚Das Tagebuch der Anne Frank‘ gelesen hatte, ein eigenes Gefühlsverbot: Ich durfte nicht um all das trauern, was verloren war“, so eine Vertriebene über die weit verbreitete Auffassung. „Ich musste es innerlich als ‚Gerechtigkeit‘ des Schicksals anerkennen, weil ‚wir‘ Anne Frank und alle anderen ermordet hatten [...] . Es war ein Konflikt, der für mich als Kind und Jugendliche quälend und unlösbar war, über den ich nicht sprechen konnte, weil Leid und Schuld und Scham zu verknotet und verworren in mir rumorten und, wie ich es heute sehe, dieses Gefühlstabu auch von der älteren Generation ausging. Statt zu fühlen und zu weinen galt es, ‚Contenance‘ zu wahren.“⁵

So entstand eine Situation, in der Trauer aus „edlen“ Motiven abgespalten wurde, dadurch aber nie an ein Ende kam, ständig unter der Oberfläche lauerte und wie eine nicht verheilte Wunde aufzubrechen drohte. Günter Grass räumte später selbstkritisch ein: „Niemand hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und die bekennende Reue in all den Jahren vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestrickten überlassen dürfen.“ Dieses Versäumnis, so Grass, sei bodenlos.⁶

Ende des 20. Jahrhunderts wurde diese dichotomische Sichtweise schließlich durchbrochen. Mit Macht kehrte das Thema Flucht und Vertreibung noch einmal in die deutsche Öffentlichkeit zurück. Zum einen lag dies an den veränderten politischen Umständen. Der Kommunismus war zusammengebrochen. In der DDR war mit der Mauer auch das Tabu gefallen, das jegliche Beschäftigung mit verlorenen Heimaten untersagt und jede eigenstän-

dige Organisation von Heimatvertriebenen verboten hatte. Zudem hatte das wiedervereinigte Deutschland im Grenzvertrag mit Polen die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenze garantiert. Europa war wieder geeint – die Grenzen waren offen, auch zu jenen Gebieten, die für Deutschland nicht nur für ewig verloren waren, sondern auch auf ewig unerreichbar schienen.

Ein regelrechter Heimattourismus setzte ein. Ganze Familien brachen auf zu Erkundungsreisen in die Heimat der Vorfahren in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn oder auch in Jugoslawien. Nicht der Wunsch nach Rückgabe ehemaligen Besitzes oder zumindest nach Reparationen trieb die Reisenden. Fast alle kamen vielmehr als Besucher und als Bittende, die hofften, einen Blick in die einstigen Elternhäuser werfen zu dürfen. Sie wollten die Geschichte nicht wieder zurückdrehen und altes Unrecht nicht mit neuem Unrecht „wiedergutmachen“; deutsches Leid sollte auch nicht gegen das Leid anderer aufgerechnet werden. Vielmehr ging es darum, die weißen Flecken in den Familienbiographien zu füllen, Trauer zuzulassen und – vielleicht – seinen Seelenfrieden finden zu können.

Nun wurde denkbar: Dass, wer die deutsche Schuld anerkennt, deutsches Leid nicht leugnen muss, dass Schuld und Leid – historisch wie in den Biografien – nur unterschiedliche Facetten ein- und derselben deutschen Geschichte sind. Deutsche, obwohl einem „Volk der Täter“ zugehörig, sind auch Opfer geworden – die Opfer der Opfer. Mag sich im kollektiven Gedächtnis der Deutschen auch der Holocaust als dominante Erinnerung durchgesetzt haben, so lassen sich die Leidensgeschichten in den deutschen Familien nicht aus der Welt schaffen. „Es gibt Erfahrungen“, schrieb der Historiker Reinhard Koselleck fünfzig Jahre nach Kriegsende, „die sich als glühende Lavamasse in den Leib ergießen und dort gerinnen. Unverrückbar lassen sie sich seitdem abrufen, jederzeit und unverändert.“⁷ Den Menschen diese Erinnerungen und Gefühle abzusprechen, hieße, einen Teil ihrer Identität auszulöschen.

Bevor diese Sichtweise allerdings auf breitere Zustimmung stieß, galt es so manchen Gegenwind zu überwinden: In Deutschland, wo sich Protest in liberalen und linken Kreisen regte, weil die Auffassung von Deutschen als Opfern angeblich rechtsradikalen Positionen Vorschub leiste. Und in Polen, wo die Angst herrschte, es fände eine Relativierung deutscher Schuld statt und das Leid der Polen

5 Astrid von Friesen: Der lange Abschied, Psychische Spätfolgen für die 2. Generation deutscher Vertriebener, Gießen 2000, S. 9 ff.

6 Günter Grass: Im Krebsgang, Göttingen 2002, S. 99.

7 Reinhart Koselleck: Glühende Lava, zur Erinnerung geronnen, in: FAZ vom 6. Mai 1995.



Erstes Heimatfest der Oberschlesier 1993 in Lubowitz, dem Geburtsort Eichendorffs
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Paul Glaser

werde (noch mehr) verdrängt. Nach teilweise äußerst emotionalen Debatten werden derartige Bedenken inzwischen allerdings nur noch vereinzelt geäußert. Ansonsten wird der Zweite Weltkrieg innerhalb und außerhalb Deutschlands akzeptiert als untrennbare Einheit von der Schuld, die die Deutschen auf sich geladen haben, und dem Leid, das ihnen als Antwort darauf zugefügt wurde.

Erinnerungen der Nachgeborenen

Im Unterschied zu den 1950er Jahren wurde die Erinnerung an Flucht und Vertreibung in den 1990er Jahren wesentlich nicht mehr von den unmittelbar Betroffenen, sondern von den Nachgeborenen geprägt. Von Angehörigen der zweiten Generation wie dem Journalisten Paul Pokriefke, dem Ich-Erzähler in Günter Grass' Bestseller „Im Krebsgang“, die den Krieg entweder gerade noch als Kinder erlebt hatten oder erst in den Nachkriegsjahren geboren worden waren. Sie näherten sich dem Rentenalter. Der Druck des Berufslebens ließ nach, der Wunsch nach einer gewissen Lebens-Bilanzierung wuchs. Was Jahre oder gar jahrzehntelang ausgeklammert, verdrängt oder

gering geschätzt worden war, weil es bedrohlich schien, da es hätte verunsichern können, drängte nun stärker ins Bewusstsein.

Uwe-Karsten Heye beispielsweise, der ehemalige Regierungssprecher von Bundeskanzler Gerhard Schröder, wagte endlich, jene eng beschriebenen Seiten zu lesen, die ihm seine Mutter kurz vor ihrem Tod überlassen hatte – fünfzehn Jahre hatten sie ungelesen unter seinen Papieren gelegen. „Ich habe diese Seiten wie einen Schatz gehütet. Unfähig, ihn zu heben Ich ahnte den Schmerz, der sich darin verbarg. Ich ahnte, dass ich zu warten hatte, bis ich die Kraft haben würde, diesen Schmerz zu ertragen.“⁸

Psychologen, die sich ebenfalls dem Zeitgeist gebeugt und der Flucht keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt hatten, unterstützten nun die Selbsterkundungsprozesse von Söhnen und Töchtern aus vertriebenen Familien. Der Psychologe Michael Ermann rief an der Ludwig-Maximilians-Universität in München das

.....

8 Uwe-Karsten Heye: Vom Glück nur ein Schatten. Eine deutsche Familiengeschichte, München 2004, S. 13 f.

Projekt „Europäische Kriegskindheit im II. Weltkrieg und ihre Folgen“ ins Leben und führte die damals umfangreichsten Studien mit Angehörigen der Jahrgänge 1933 bis 1945 durch.⁹ Eine Flut von Romanen, autobiographischen Erzählungen und Reportagen von Angehörigen der zweiten, später auch der dritten Generation förderte ebenfalls Erlebnisse und Prägungen ans Tageslicht, die die Not von Eltern (meist Müttern) als Not der Kinder erkennbar werden ließen.¹⁰ Sie habe die „Alpträume eines anderen“, gestand die Schriftstellerin Ulrike Draesner in ihrem Roman „Sieben Sprünge vom Rand der Welt“. „Ein Stück kopiertes Leben im eigenen. Oder andersherum: eigenes Leben, umschlossen von Kopierten... Je älter ich wurde, umso deutlicher begriff ich, dass das nicht aufhören würde. Im Gegenteil.“¹¹

Inzwischen haben psychologische und soziologische Studien typische Prägungen von Vertriebenenkindern zutage gefördert. Da ist zunächst die Tatsache, dass Flüchtlingskinder häufig zu Außenseitern wurden, die weder im Osten noch im Westen Deutschlands willkommen waren. Mochten sie auch Landsleute sein, so waren sie doch fremd. Sie sprachen anders, kleideten sich anders, aßen anders. Der aus Schlesien stammende Lothar Plüschke erinnerte sich beispielsweise an die „Dresche“, die er und andere „Pollackenschweine“ immer wieder in einem klei-



Die Flüchtlingsfamilie Barmiske in ihrer selbstgebauten Siedlungsbaracke in der Nähe von Münster. Sie wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus Schlesien vertrieben und bauten sich hier ihre neue Existenz auf.
Fotograf: Alfred Strobel

nen Ort in Sachsen-Anhalt bezogen: „Es gab sogar ‚Kinderkrieg‘ – da kämpften die Flüchtlingskinder gegen die Einheimischen, [...] hart und unerbittlich mit den Pistolen und der noch scharfen Munition, die die Sechs- bis Zwölfjährigen auf den ehemaligen Kampffeldern in den Elbwiesen fanden und mit denen sie sich nicht selten verletzten.“¹²

Um der Ausgrenzung in der „Kalten Heimat“¹³ zu entgehen, unternahmen Flüchtlingskinder große Anstrengungen zur Anpassung. Sie bemühten sich, in bayerischem, württembergischem oder sächsischem Dialekt zu reden, um für ihren schlesischen nicht mehr als ‚Saupreiß‘ beschimpft zu werden. Sie drängten ihre Mütter, die alte Tracht der Ungarndeutschen abzulegen, um in Hessen nicht mehr als ‚Zigeuner‘ verachtet zu werden. Sie hörten auf, die alte Heimat zu erwähnen, tauchten in Sportvereinen unter und heirateten Einheimische. Bei einigen trat sogar eine Erinnerungsverweigerung an die Kultur und Sprache der Eltern auf. So gerieten sie in einen inneren Spagat: Auf der einen Seite stand der eigene Anpassungswunsch, auch die Eltern wollten einerseits mit ihren Kindern beweisen, dass ‚wir aus dem Osten so gut sind wie die Einheimischen‘. Andererseits aber galt die Verleugnung

9 Interview mit Michael Ermann: Der Körper vergisst nicht, in: Spiegel vom 21.02.2009.

10 U.a.: Sabine Bode: Die vergessene Generation. Kriegskinder brechen ihr Schweigen, Stuttgart 2014; dies.: Nachkriegskinder. Die 1950er Jahrgänge und ihre Soldatenväter, Stuttgart 2015; dies.: Kriegsenkel. Die Erben der vergessenen Generation, Stuttgart 2013; Ulrike Draesner: Sieben Sprünge vom Rad der Welt, München 2014; Tanja Dückers: Himmelskörper, Berlin 2004; Susanne Fritz: Wie kommt der Krieg ins Kind, Göttingen 2018; Christoph Hein: Landnahme, Frankfurt am Main 2005; Helga Hirsch: Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema, Hamburg 2004; Reinhard Jirgl: Die Unvollendeten, München 2007; Klaus-Jürgen Liedtke: Nachkrieg und Die Trümmer Ostpreußens, Berlin 2018; Thomas Medicus: In den Augen meines Großvaters, München 2004; Rupert Neudeck: In uns allen steckt ein Flüchtling. Ein Vermächtnis, München 2016; Petra Reski: Meine Mutter und ich, München 2004; Roswitha Schieb: Reise nach Schlesien und Galizien, Berlin 2000; Hans-Ulrich Treichel: Anatolin, Frankfurt am Main 2008; Michael Zeller: Die Reise nach Samosch, Cadolzburg 2003. Die Bücher der Journalistin Sabine Bode mit Geschichten von Angehörigen der zweiten und dritten Generation wurden Bestseller.

11 Draesner (wie Anm. 10), S. 19.

12 Interview mit Lothar Plüschke 2008, im Besitz der Autorin.

13 Andreas Kossert: Kalte Heimat: Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2009.



Ein Kind im Flüchtlingslager Allach, Ende der 1940er Jahre
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Heinz Hering

der Vertriebenentradition als Loyalitätsbruch, als Verrat an der Familie.¹⁴ Es gab keine gute Lösung: Wer sich dem neuen Umfeld verweigerte, fand nur schwer Anschluss an die neue Umgebung. Wer die alte Familientradition aufkündigte, fühlte sich schuldig gegenüber den Eltern. (Eine Konstellation im Übrigen, die fast allen Flüchtlingen und Migranten weltweit vertraut sein dürfte und heute in Deutschland neue Relevanz erhalten hat.)

Die Illoyalität gegenüber der Familie wog umso schwerer, als viele Kinder ihre psychisch aus dem Gleichgewicht geratenen Eltern – meist die Mütter – stabilisieren mussten. Kindern fiel nicht selten eine Elternrolle gegenüber den eigenen Eltern zu – die Psychologie spricht von Parentifizierung. Diese Kinder besaßen nicht den Mut, die Eltern mit ihren Ohnmachts-, Scham- und Schuldgefühlen allein zu lassen. Oft blieben sie bis ins Erwachsenenleben an sie gebunden. Die Mutter von Dagmar D. beispielsweise hatte die Flucht mit ihren drei Kindern noch mit letzter Kraft geschafft. Dann wurde sie Alkoholikerin, lag mit Gedächtnisstörungen im Krankenhaus und brach zusammen, als ein Verhältnis mit einem verheirateten Mann aufflog – und durch den Skandal endete. Die Tochter, obwohl selbst äußerst labil, wurde zur Mutter ihrer

Mutter.¹⁵ Heimlich entsorgte sie die Weinflaschen, führte neben der Schule den vierköpfigen Haushalt und unterbrach später ihr Studium, um die Mutter in der Beziehungskrise aufzufangen.

Flüchtlingskinder mussten aufgrund der Umstände schneller als ihre einheimischen Altersgenossen erwachsen werden. Sie hatten mit für den Lebensunterhalt aufzukommen und hohen Erwartungen an ihre Leistungsbereitschaft gerecht zu werden. „Wir hatten keine andere Chance“, sagte Lothar Plüschke, „als uns über schulische und körperliche Leistungen zur Wehr zu setzen und zu etablieren.“ Fast immer gehörten Vertriebenenkinder zu den ersten, die aus kleinen Orten auf die Oberschulen in die Kreisstädte gingen. „Was du gelernt hast“ – so hörte wohl jedes Flüchtlingskind von seinen Eltern – „das kann dir keiner mehr nehmen“. Wissen, schulischer und beruflicher Erfolg waren die wichtigsten Gegengewichte zu den mit Besitz gesegneten Einheimischen, und die beste Versicherung für eventuelle künftige Verluste. Vertriebenenkinder wurden so oft erfolgreich im Beruf, traten allerdings unsicherer und ängstlicher auf als ihre einheimischen Kollegen, gingen seltener Konflikte ein, waren weniger durchsetzungsfreudig – und standen so meist in der zweiten Reihe. Sie fürchteten, Aufmerksamkeit und Neid auf sich zu lenken. Denn das hatten sie zuhause gelernt: Nur nicht auffallen! „Ihr mit eurem blöden Zwang, bloß! ja! nicht! aufzufallen“, brüllt der junge Ich-Erzähler in Reinhard Jirgls stilistisch eigenwilligem Roman „Die Unvollendeten“ denn auch seine Großmutter an. „Im Grund brüllte ich gegen mich selber, gegen Das, was ich in mir wusste von dieser verfluchten Bescheidenheit, die ich von diesen Flüchtlingen geerbt hatte wie ‚nen seelischen Buckel.“¹⁶

In abgeschwächter Form sind derartige Lebenseinstellungen noch an die dritte Generation weitergegeben worden. Auch die Enkel von Flüchtlingen und Vertriebenen nehmen die eigenen Bedürfnisse oft nicht besonders ernst. Auch sie sind leistungsorientiert und pflichtbewusst, scheuen aber ebenso, sich besonders zu exponieren.¹⁷ In der Regel ist ihr Wissen über die historischen Ereignisse noch geringer als bei ihren Eltern. Gleichzeitig kann ihnen aufgrund größerer zeitlicher und psychischer Distanz aber auch eine vertiefte Auseinandersetzung gelingen. Erleichtert wird dies dadurch, dass die Archive der mitteleuro-

15 Hirsch (wie Anm. 10), S. 20 ff.

16 Reinhard Jirgl: Die Unvollendeten, Roman, München 2003, zit. nach Roswitha Schieb/Rosemarie Zens (Hg.): Zugezogen, Flucht und Vertreibung – Erinnerungen der zweiten Generation, Paderborn 2016, S. 14.

17 Interview mit Ermann (wie Anm. 9).

14 Im Übrigen ist der Spagat zwischen Anpassungswunsch und Loyalität gegenüber der Herkunftsfamilie ein Kennzeichen jeder Migration.

päischen Staaten seit 1989 zugänglich sind. Susanne Fritz beispielsweise findet im polnischen Bydgoszcz/Bromberg die Akte ihrer Mutter, mit Fingerabdruck und genauer Buchführung über deren jahrelangen Aufenthalt in einem polnischen Arbeitslagern und deren Einsatz zur Zwangsarbeit – als Strafe für ihre Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit.¹⁸ Rekonstruktionen von Familiengeschichten erweisen sich somit nicht nur als psychologische Tiefenbohrungen im Verhältnis von Kindern/Enkeln zu Eltern/Großeltern, sondern auch als Tiefenbohrungen im deutsch-polnischen oder deutsch-tschechischen Verhältnis.

Ulrike Draesner beispielsweise verknüpft in ihrem Roman die Fluchtgeschichte der eigenen Familie mit der Fluchtgeschichte einer polnischen Familie: Simone, das deutsche Flüchtlingsmädchen, und Boris, der polnische Flüchtlingsjunge, werden ein Paar. Vielleicht, sinniert die Autorin, könnten Deutsche und Polen über Probleme, die aus der Entwurzelung resultieren, einander noch einmal näher rücken. „Das wäre eine Hoffnung, auf die ich auf der anderen Seite stieß, die ich selbst auch habe.“¹⁹ Eine derartige Hoffnung schimmert auch im jüngsten Buch von Andreas Kossert durch. „Flucht“ ist eine „Weltchronik über das Fliehen“, gefüllt mit „Abermillionen ähnlicher Schicksale“.²⁰ An unzähligen Beispielen belegt Kossert, wie sehr sich „Weggehen“, „Ankommen“, „Weiterleben“ und „Erinnern“ ähneln, unabhängig davon, ob es sich bei den Flüchtlingen um Deutsche, Armenier, Kurden, um Hutu, Jesiden oder assyrische Christen handelt. Kosserts Darstellung liest sich wie eine Untermauerung von Ilja Trojanows These: Flüchtlinge sind eine „eigene Kategorie Mensch“.

Aber erwächst aus gleichem, beziehungsweise ähnlichem Fluchterleben tatsächlich ganz selbstverständlich eine Solidargemeinschaft?

Im Falle von Franz Werfel dürfte die Tatsache seiner jüdischen Abstammung sicher dazu beigetragen haben, dass er eine besondere Sensibilität für das Schicksal der vom Osmanischen Reich vertriebenen Armenier entwickelte und seinen berühmten Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ schrieb. Verfolgung und Vertreibung waren ein Konstituens auch jüdischer Geschichte. Ansonsten lehrt uns die Erfahrung allerdings, dass für

Flüchtlinge die Zugehörigkeit zu ihren nationalen, ethnischen oder religiösen Schicksalsgemeinschaften fast immer bestimmender ist als Zugehörigkeit zu einer allgemein menschlichen Kategorie „Flüchtling“. Um beim deutsch-polnischen Verhältnis zu bleiben: Polen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat in Ostpolen oder Litauen verloren, fühlten sich in der Regel nicht solidarisch mit deutschen Flüchtlingen. Vielmehr hielten sie die Vertreibung der Deutschen für eine gerechte Strafe für deutsche Verbrechen. Deutsche Flüchtlinge waren daher ungeliebte Nachbarn, ja Feinde, und sie blieben dies noch jahrzehntelang, fürchtete man doch ihre Rückkehr in die verlorenen deutschen Ostgebiete.

Unterschiedlichen Opfergruppen fehlt es oft nicht nur an Empathie füreinander, nicht selten treten sie sogar in



Ralph Giordano (1923–2014), aufgenommen im Jahr 1993
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/United Archives/Fotograf:
Frank Hempel

18 Susanne Fritz: *Wie kommt der Krieg ins Kind?*, Göttingen 2018.

19 Katrin Hillgruber: *Sieben Personen suchen einen Ort*, Interview mit Ulrike Draesner, in: DLF 22.09.2014, https://www.deutschlandfunk.de/roman-sieben-personen-suchen-einen-ort.700.de.html?dram:article_id=298238 [Stand: 23.06.2021].

20 Andreas Kossert: *Flucht. Eine Menschheitsgeschichte*, München 2020, S. 14.

eine Konkurrenz zueinander. So stößt sich ein Teil der Polen bis heute daran, dass im Fall der Deutschen von „Vertreibung“ gesprochen wird, während sich in Polen die euphemistische Sprachregelung aus kommunistischen Zeiten gehalten hat, wonach die Polen nur „umgesiedelt“ oder „repatriiert“ wurden. War der Heimatverlust von Polen etwa weniger schmerzhaft als der von Deutschen? Hatte die meisten deutschen Vertriebenen nicht sogar Glück im Unglück, als sie im demokratischen Westdeutschland landeten, während die polnischen Vertriebenen nach der deutschen unter eine sowjetische Vorherrschaft gerieten?

Eine Konkurrenz der Opfer kann nur überwunden werden, wenn sich die Betroffenen nicht voller Verbitte- rung verschließen, wenn sie den Willen und die innere Bereitschaft entwickeln, das eigene Leid in den histo-

rischen Kontext zu stellen und wenn sie sich dem Leid der anderen wirklich öffnen. Das ist eine intellektuelle Anstrengung, denn es erfordert eine Erweiterung des Wissens. Das ist vor allem aber eine emotionale Herausforderung, denn jeder ist sich in seinem Leid am nächsten – sich und seiner Gruppe.

Wer es aber lernt, die Fixierung auf das eigene Leid zu überwinden, der kann die beglückende Erfahrung machen, im anderen, gleich welcher Ethnie oder welchen Glaubens, einem besonderen Verständnis für den eigenen Schmerz zu begegnen. Dann kann tatsächlich Nähe entstehen, denn – wie es der Schriftstellers Ralph Giordano sagte, der als verfolgter Jude Empathie für die deutschen Vertriebenen entwickelte: Die Humanitas ist unteilbar.²¹ ▲

.....
21 Zit. nach Andreas Baum: Die vier Leben des Ralph Giordano, DLF Kultur 10.12.2014, https://www.deutschlandfunkkultur.de/nachruf-die-vier-leben-des-ralph-giordano.2156.de.html?dram:article_id=305788 [Stand: 23.06.2021].

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Dr. Matthias Lill, Christina Gibbs

Titelbild: Das Foto stammt aus einem Artikel in der Zeitung „Żołnierz Polski“ (Polnischer Soldat) Heft 10,
März 1946 mit dem Titel: „Endlich. Die Deutschen verlassen uns für immer“.
Foto: Süddeutsche Zeitung Foto/Forum

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.
Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte
Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Telefon: 089 9541154-00, Fax: 089 9541154-99, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

